v. Sosnosky

Die Politik im Habsburger Reiche

Presented to

The Library

of the

University of Toronto

by

Professor G. M. Smith.

HG.
S.7155p

Die Politik

im

Habsburgerreiche

Randgloſſen zur Zeitgeſchichte

von

Theodor von Sosnosky

Erſter Band

Zweite Auflage

21820
10:11:27

Berlin
Allgemeiner Verein für Deutſche Literatur
(Hermann Paetel Verlag, G. m. b. H.)
1912

WORCESTER COLLEGE
OXFORD

Alle Rechte vorbehalten.

Inhalts-Übersicht.

Vorwort 1

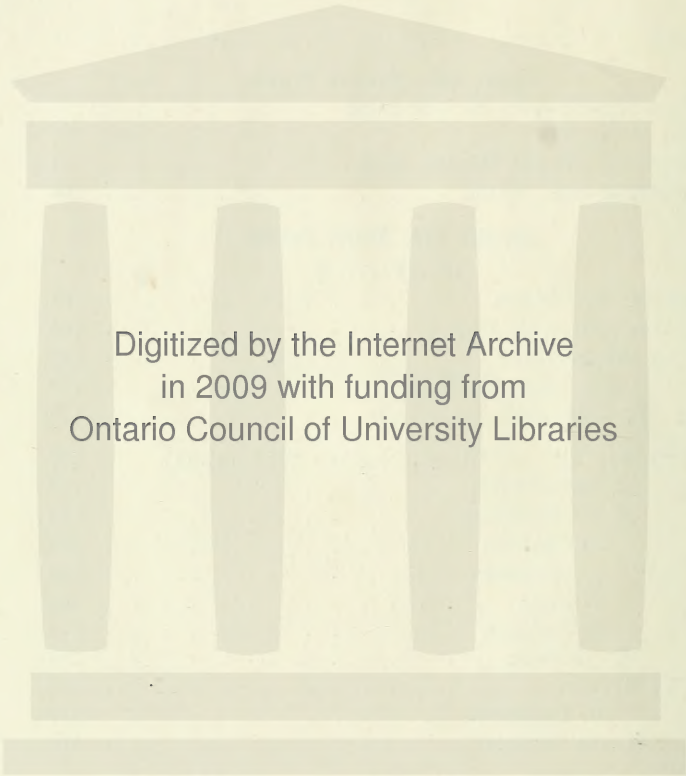
Erster Teil: Äussere Politik.

I. Von Schwarzenberg bis Aehrenthal 9
II. Die Annexion 29
III. Österreich und das Deutsche Reich 64
IV. Österreich und Italien 96

Zweiter Teil: Innere Politik.

In Österreich.

Einleitung: Das System. 135
I. Der nationale Hader 139
a) Allgemeines 139
I. Das nationale Prinzip 139
II. Nationalität und Sprache 145
b) Besonderes: Die nationalen Strömungen . . 159
I. Alldeutschtum 159
II. Panslawismus 225
α) Tschechen 229
β) Südslawen 259
γ) Polen 264
δ) Ruthenen 272
III. Irredenta 282
c) Resumé 316
I. Die Symptome 316
II. Die Ursachen 319


Digitized by the Internet Archive
in 2009 with funding from
Ontario Council of University Libraries

http://www.archive.org/details/diepolitikimhabs00sosn

Vorwort.

Die politischen Vorgänge in der habsburgischen Monarchie bieten eine so überquellende Stoffülle, sind so eigenartig und interessant, so reich an dramatischen Momenten und leidenschaftlichen Explosionen, daß sie zur literarischen Behandlung förmlich herauszufordern scheinen. Man sollte daher glauben, sie müßten schon eine umfangreiche Literatur gezeitigt haben.

Merkwürdigerweise ist aber just das Gegenteil der Fall: die einschlägige deutsche Literatur erweist sich, soweit sie die Gegenwart und jüngste Vergangenheit betrifft, als recht dürftig. An politischen Flugschriften, die sich mit diesem Thema befassen, herrscht allerdings kein Mangel, aber, für den Tag geschrieben, verschwinden sie meist auch mit dem Tag und führen zudem gewöhnlich nicht nur ein ephemeres sondern auch ein obskures Dasein; ganz abgesehen davon, daß sie in der Regel bloß einen bestimmten Ausschnitt aus dem politischen Leben der Monarchie behandeln, nicht das gesamte. Wirkliche Bücher darüber gibt es jedoch nur ganz wenige und ebenfalls fast nur solche, die sich ausschließlich mit einer einzigen Frage des ganzen Komplexes beschäftigen. Diese stiefmütterliche literarische Behandlung eines so dankbaren Themas muß in unserer sonst so schreibseligen Zeit doppelt befremden. Das Merkwürdigste dabei ist aber, daß seine Anziehungskraft, die bei den Historikern und politischen Schriftstellern Österreichs und Deutschlands so auffallend versagt, bei denen des Auslands sich im Gegenteil sichtlich bewährt

hat, denn es gibt in fremden Sprachen verhältnismäßig, vielleicht sogar tatsächlich, mehr Bücher, die sich eingehend damit befassen, als in deutscher*). Worin die Ursache dieser seltsamen Erscheinung zu suchen ist, sei dahingestellt.

Jedenfalls denk' ich im Hinblick hierauf nichts Überflüssiges zu tun, wenn ich der Öffentlichkeit ein Buch übergebe, das dieses Thema behandelt, und ich hoffe, daß man es, wie immer man es aufnehmen mag, nicht zu den „vielzuvielen" Büchern zählen wird, die alljährlich den deutschen Büchermarkt überschwemmen.

Diese Arbeit soll keine „Geschichte" sein, wenigstens nicht im strengern Sinne des Wortes, kein wissenschaftliches Werk; so anspruchsvoll bin ich nicht. Eine umfassende historische Darstellung der neuesten politischen Vorgänge im Habsburgerreiche muß ich den hierzu berufenen geschulten Historikern überlassen. Ich habe nicht aus Archiven geschöpft, sondern bloß aus der Tagesgeschichte; ich veröffentliche keine Geheimakten sondern bloß zeitgeschichtliche Ereignisse; und ich lasse mich nicht auf staatsrechtliche Erörterungen ein, wie sie just bei diesem Thema naheliegen, denn ich bin noch viel weniger Jurist als Historiker.

Was mir bei dieser Arbeit als Ziel vorschwebt, das ist eine Art kritischen und psychologischen Kommentars zu den politischen Vorgängen und Verhältnissen aus der jüngsten Vergangenheit meines Vaterlandes, belegt und erläutert durch eine Reihe markanter Beispiele aus der Zeitgeschichte. Um diese Beispiele ist es mir besonders zu tun gewesen, denn sie sollen nicht nur dazu dienen, den Text wirksam zu illu-

*) Zwei ausländische Schriftsteller, die sich besonders eingehend mit den politischen Verhältnissen Österreich-Ungarns befassen, sind der Franzose André Chéradame und der Engländer R. W. Seton-Watson (Scotus Viator).

ſtrieren, ſondern auch dem Leſer ermöglichen, ſich, unabhängig von meiner Darſtellung, ſelber ein Urteil über die Vorgänge zu bilden und das meine an der Hand dieſer Daten nachzuprüfen.

Ich habe zu dieſem Zweck etwa zwölf Jahre lang Material geſammelt und im Laufe dieſer Zeit eine ſtattliche Reihe dickleibiger Faſzikel damit gefüllt, leider aber nur eine ſehr beſcheidene Auslеſe daraus verwenden können, da das Buch gewiſſe Grenzen wahren mußte. Trotzdem hat ſich eine Teilung des Werkes in zwei Bände als notwendig erwieſen. Der vorliegende erſte Band wird ſich mit der Äußern Politik der Monarchie befaſſen und von der Innern Politik den Nationalitätenzwiſt behandeln, ſoweit er ſich auf die öſterreichiſche Reichshälfte erſtreckt. Im zweiten Bande ſollen dann die ſozialen Erſcheinungen des innerpolitiſchen Lebens in Öſterreich an die Reihe kommen ſowie die Innere Politik der ungariſchen Reichshälfte, und zum Schluſſe die wichtige Frage nach der zukünftigen Entwicklung der Monarchie.

Da das zeitgeſchichtliche Material natürlich aus Zeitungen ſtammt, dieſe aber zwar ergiebige, doch oft recht trübe Quellen zu ſein pflegen, iſt bei der Auswahl der Belege Vorſicht geboten geweſen, und ich habe vor allem getrachtet, ganz poſitive Daten zu bringen, bei denen ſich die journaliſtiſche Parteifarbe überhaupt nicht auftragen läßt, wie bei öffentlichen Kundgebungen, oder doch nur in ganz geringem Maße, wie bei den Parlaments- und anderen Sitzungsberichten. Nur bei den Darſtellungen nicht offizieller Berichte wie z. B. über politiſche Exzeſſe auf der Straße, in Wahllokalen u. dgl. war ich auf die Wahrheitstreue des betreffenden Blattes angewieſen. Solche Berichte laſſen ſich natürlich bis zu einem gewiſſen Grade mit Parteifarbe retouchieren, aber dagegen iſt man machtlos, und auch der gewiſſenhafteſte Hi-

ſtoriker muß damit vorlieb nehmen, wobei er allerdings, was ihm verdächtig erſcheint, einer Entfärbungsprozedur unterziehen kann, um, ſo weit als möglich, die ungeſchminkte Wahrheit zu bringen. Immerhin meine ich annehmen zu dürfen, daß auch die nichtoffiziellen und entſtellbaren Daten dieſes Buches der Wahrheit entſprechen oder ihr doch ſehr nahe kommen, denn es handelt ſich dabei faſt nur um Tatſachen, die als ſolche feſtſtehen, gleichviel wie man ſie darſtellt. Daraus, daß ich als Quelle ſolcher Berichte in der Regel das „Neue Wiener Tagblatt" anführe, möge man nicht etwa den Schluß ziehen, ich ſei auf dieſes Blatt eingeſchworen und ſähe die Dinge durch die Brille, die es mir vorhält; nichts wäre irriger. Ich führe deshalb meiſt dieſe Zeitung an, weil ich ſie regelmäßig leſe und weil ſie, obſchon ausgeſprochenes Parteiblatt, ſich doch einer gewiſſen Objektivität zu befleißigen bemüht, die jedenfalls größer iſt als bei andern tonangebenden Blättern Wiens. Sie ſcheint mir hierfür um ſo geeigneter, als ich mich eben nicht zu dem von ihr vertretenen politiſchen Programm bekenne, denn dadurch weiß ich mich gegen den ſonſt naheliegenden Vorwurf gefeit, ich führte juſt ihre Berichte an, weil ſie meiner eigenen Auffaſſung entſprächen.

Nächſt dem „Neuen Wiener Tagblatt" iſt es „Danzer's Armee-Zeitung", von der ich am meiſten Gebrauch gemacht habe, und zwar faſt ausſchließlich, wo ſich's um italieniſche Angelegenheiten handelt. Dieſes Organ iſt nämlich das einzige öſterreichiſche Blatt, das über die Vorgänge in Italien, ſoweit ſie ſich gegen Öſterreich richten, genau Regiſter führt, während die geſamte tonangebende Preſſe ſie grundſätzlich totſchweigt, um die Öffentlichkeit über das wahre Verhältnis beider Staaten zueinander in Unkenntnis zu erhalten.

Es läge für mich nun nahe, hier die Verſicherung zu

geben, ich hätte „sine ira et studio“ geschrieben, aber ich gebe sie nicht, darum nicht, weil das nicht ganz der Wahrheit entspräche. Ich muß nämlich offen gestehen, daß ich mich bei allem Bestreben nach Objektivität nicht imstande fühlte, diese schöne Devise streng zu befolgen, wenigstens nicht im wörtlichen Sinn. Es gibt eben gewisse Themata, die man nur dann ganz kalt und nüchtern besprechen kann, wenn man entweder ein Philosoph ist, der von seinem überlegenen Standpunkt die Welt gleichsam aus der Vogelperspektive betrachtet, oder ein fischblütiger Banause, dem alles, was nicht sein persönliches Wohlbefinden berührt, gleichgültig bleibt. Da ich nun aber weder das eine noch — gottlob! — das andere bin, so haben mich gewisse Vorgänge, die in diesem Buche erörtert werden, so tief erregt, das ich nicht das Recht habe zu behaupten, ich hätte „ohne Zorn“ geschrieben.

Und ebensowenig darf ich sagen: „sine studio“, denn ich bin mit Eifer beflissen gewesen, in der Fülle der politischen Erscheinungen die Triebfedern dieser Vorgänge bloßzulegen und zu zeigen, woher die Übel stammen, an denen das Reich leidet.

Im übrigen aber glaub' ich trotzdem getrost behaupten zu dürfen, daß ich unsere politischen Verhältnisse unbefangener beurteile, als es im allgemeinen zu geschehen pflegt; aus Gründen, die nicht mein Verdienst sind: erstens, weil ich keiner der bestehenden politischen Parteien Österreichs angehöre und auch sonst keinem wie immer gearteten oder geheißenen Vereine oder Klub, und zweitens, was namentlich im Hinblick auf die nationalen Fragen ins Gewicht fällt, weil ich mich zu keiner der einander befehdenden Nationen zähle, sondern nur als Österreicher fühle. Einer Familie angehörend, deren männliche Mitglieder seit mehreren Generationen des Kaisers Rock getragen haben und die aus

deutschem, polnischem, in höherer Aszendenz auch aus wallonischem Blute stammt, vereinige ich, wie das in österreichischen Soldatenfamilien ja nichts seltenes ist, die germanische, slawische und romanische Rasse in mir, kann mich somit von Rechts wegen eigentlich keiner von ihnen zuzählen und betrachte mich eben deshalb „bloß" als Österreicher. Nur als solcher aber, nicht als Deutscher, Slawe, Magyare oder Romane, darf man unsere politischen Verhältnisse beurteilen, wenn man sich dabei vor Einseitigkeit bewahren und ein Bild von ihnen geben will, das frei ist von nationaler Stimmung und Farbe. Ist mir das geglückt, dann darf ich den wichtigsten Teil der mir gestellten Aufgabe als gelöst betrachten.

Wien, am 10. Juni 1911.

Der Verfasser.

Erſter Teil:

Äußere Politik.

I.

Von Schwarzenberg bis Aehrenthal.

Ein Rückblick.

1.

Mit dem Fürsten Felix Schwarzenberg hat der letzte großzügige Staatsmann des Habsburgerreichs die Augen geschlossen. Von all denen, die nach ihm an seine Stelle kamen, von Buol bis Goluchowski, hat keiner es verstanden, der Monarchie das Ansehen zu erhalten oder wiederzugeben, das sie unter seiner Leitung besessen hatte; auch Andrássy nicht, der einzige von ihnen, der über den Durchschnitt hinausgeragt hat.

Unter ihrem Regiment hatte das Reich eine diplomatische und militärische Niederlage nach der andern zu erleiden und glitt von seiner einstigen Höhe immer tiefer herab, um schließlich im Strom der Zeit bloß mitzuschwimmen, ohne sich irgendwie bemerkbar zu machen, eine Großmacht nur mehr dem Namen nach . . .

Dieses Hinabgleiten erfolgte aber nur allmählich. Zwei Jahre nach dem Tode Felix Schwarzenbergs war das Ansehen Österreichs noch so groß, seine Armee, auf der noch der Glanz von Custoza und Novara lag, noch von so ruhmvollem Nimbus umgeben, daß ihr Aufmarsch genügte, Rußland zur Räumung der von seinen Truppen besetzten Donau-

fürstentümer zu bewegen. Aber eben diese dem Zarenreiche feindliche Stellung Österreichs war der erste und wohl auch einer der schwersten aus der langen und gewichtigen Kette diplomatischer Fehler, die aus jenen Tagen bis zur jüngsten Gegenwart reicht. Er sollte sich bitter rächen, wenn auch erst später. Schon bei dieser Gelegenheit machte sich in der Politik Österreichs das unsichere, unbeständige Schwanken bemerkbar, das heute verwirft, was es gestern erstrebt hat und morgen wieder erstreben wird, diese verhängnisvolle Rohrimwind-Politik, die anscheinend mehr von Impulsen und Einflüsterungen diktiert wurde und die in den auswärtigen Beziehungen des Reichs später wohl einem stetigeren Charakter Platz machte, in den innern Angelegenheiten aber noch immer zu bemerken ist.

Diesem ersten Faux pas Österreichs im Krimkriege folgte wenige Jahre später der zweite, in seinen unmittelbaren Folgen noch weit schlimmere, im Jahre 1859. Nicht bei Solferino ist der Feldzug dieses für Österreich so unglücklichen Jahres entschieden worden sondern in Wien am grünen Tisch; nicht die Kaiserliche Armee hat ihn verloren, die auch in diesem Krieg ihren alten Todesmut wieder vollauf bewährt hat, sondern die regierenden Männer, die sie nicht nur einem Gyulay anvertrauten, sondern sich ihrer nicht richtig zu bedienen wußten[1*]). Anstatt die ganze Armee zu mobilisieren, um den alliierten Gegnern mit Übermacht entgegenzutreten, setzte man zunächst nur wenige Armeekorps auf Kriegsfuß; statt sich mit diesen auf das sardinische Heer zu werfen und es zu überwältigen, bevor die Franzosen auf dem Plan erschienen, ließ man vier kostbare Wochen verstreichen, ohne die Sammlung und Vereinigung der beiden

[1*]) Diese Zahlen verweisen auf die entsprechenden Stellen im Anhang.

Gegner zu verhindern. Als es dann zum Schlagen kam, folgte eine Niederlage der andern. Schließlich fand man sich in Wien denn doch bemüßigt, zu tun, was man drei Monate früher hätte tun sollen, und bot die gesamte Wehrmacht auf. Zu spät, um die verlorenen Schlachten ungeschehen zu machen, aber nicht zu spät, um mit der noch keineswegs gebrochenen Kraft der verstärkten Armee diese bösen Scharten auszuwetzen und das verlorene Terrain wieder zurückzugewinnen. Die Armee, in der der Geist Radetzkys noch lebendig war, ersehnte und erhoffte den Tag, an dem sie sich des Ruhmes von Custoza und Novara würdig erweisen wollte; aber dieser Tag kam nicht. Jetzt, da sie den Kampf mit voller Stärke hätte aufnehmen können, jetzt, da Napoleon am Ende seiner Kräfte war, jetzt schloß man Frieden ... Zu spät begonnen und zu früh beendet: in diesem Satze liegt das ganze Unglück dieses Feldzugs, der Österreich eine reiche Provinz kostete, die Armee um ihr Prestige brachte und den Staat in ungeheure Schulden stürzte[2]).

Ein Lustrum später, 1864, schien in Dänemark der alte Glanz der Kaiserlichen Waffen zwar wieder aufleuchten zu wollen, aber es war nur ein letztes Aufflackern vor dem Erlöschen. Österreicher und Preußen, die hier als Verbündete gegen Dänemark kämpften, sollten zwei Jahre nachher einander als Feinde gegenüberstehen, wegen desselben Schleswig-Holstein, das sie gemeinsam erobert hatten ...

Was das Jahr 1859 begonnen hatte, das Jahr 1866 vollendete es: den Zusammenbruch des alten Österreich. Und wie damals so trugen auch diesmal die leitenden Persönlichkeiten die schwere Schuld, daß es so kam und nicht anders, denn sie hätten es verhindern können. Seit Jahren schon lag ja der „Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland" förmlich in der Luft, war er nur mehr eine Frage der Zeit;

die Männer, denen die Führung Österreichs anvertraut war, mußten also wissen, was ihnen bevorstand, mußten wissen, daß der Entscheidungskampf zwischen Österreich und Preußen unvermeidlich war. Dennoch taten sie so gut wie nichts, um ihn mit Ehren zu bestehen. Wohl wurde es ihnen auch schwer gemacht, etwas zu tun, denn Parlament und Presse wollten von Rüstungen und Ausgaben nichts wissen*); aber dieser Widerstand kann ihre Untätigkeit nicht entschuldigen, um so weniger, als sie ja ein leuchtendes Vorbild dafür hatten, was sie tun sollten: Bismarck. Auch er hatte es wahrlich nicht leicht gehabt, hatte sich einer dichten Phalanx von Haß und Unverstand gegenüber gesehen, aber das focht ihn weiter nicht an. Unbekümmert und unbeirrt verfolgte er den Weg, der ihn zu seinem großen Ziele führen sollte: zum Triumph über Österreich. Zu diesem Ziel aber konnte er nur gelangen, wenn ihm ein Heer zur Verfügung stand, das diesem gewaltigen Kampf in jeder Hinsicht gewachsen war. Darum galt es vor allem die Armee auszubauen. Um jeden Preis. Da es mit der Verfassung nicht ging, mußte es eben ohne sie gehen, und es ging. Mochte man ihm Verfassungsbruch vorwerfen und ihn einen Staatsverbrecher nennen: was wollte das gegenüber dem erhabenen Ideal bedeuten, das ihm vorschwebte! . . .

So Bismarck. Die führenden Männer Österreichs aber waren leider keine Bismarcks. Sie ließen es geschehen, daß man das Kaiserliche Heer, statt es gleich dem Preußens auszugestalten und zu verstärken, durch eine Reihe kleinlicher Ersparungs-Experimente immer mehr schwächte, so daß es in seiner Organisation unzulänglich, mit einem ganz minderwertigen Gewehr bewaffnet, in den entscheidenden Kampf ziehen mußte. Es ist darum nicht mit Unrecht behauptet worden, der Feldzug des Jahres 1866 sei

schon vor seiner Eröffnung für Österreich verloren gewesen*) . . .

Die unglückliche Hand der Regierung zeigte sich bei dieser Gelegenheit aber nicht nur in diesem Mangel an Erkenntnis und Energie, sondern auch wieder in der Unüberlegtheit und dem sprunghaften Hin und Her ihrer Politik. So lehnte sie's stolz ab, als ihr Italien vor dem Kriege das Angebot machte, ihr Venetien gegen eine angemessene Summe abzulösen. Sie lehnte es ab, trotzdem sie sich durch die Annahme dieses Vorschlags den Rücken gesichert hätte und der Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten entgangen wäre, trotzdem ferner diese Summe den zerrütteten Finanzen des Staates sehr zu statten gekommen wäre, namentlich im Hinblick auf den bevorstehenden Krieg mit Preußen. Immerhin aber läßt sich die stolze Ablehnung dieser Zumutung sehr wohl begreifen; ein mit so vielem kostbaren Blut erkämpfter Besitz war dem Kaiser nicht feil . . . Später besann man sich in Wien jedoch eines andern und wollte auf den Antrag Italiens eingehen. Jetzt aber wollte dieses nicht mehr und konnte auch nicht, weil es sich inzwischen Preußen zur Hilfe gegen Österreich verpflichtet hatte.

Als Kaiser Franz Josef dann unter dem Eindruck von Königgrätz Venetien freiwillig und trotz des Sieges von Custoza abtrat — zunächst allerdings nicht an Italien selbst sondern an Napoleon — war's ein vergebliches Opfer,

*) In ebenso ausführlicher wie interessanter Weise dargestellt wird diese verderbliche Sparwut und die Verständnislosigkeit des Parlaments für die Bedürfnisse der Armee in dem überaus empfehlenswerten Buche „Die Vorgeschichte von 1866 und 19??" (Wien, 1909, C. W. Stern.), als dessen Verfasser sich „ein alter Kaiserlicher Soldat" nennt, der aber in Wahrheit ein noch junger Stabsoffizier des k. u. k. Generalstabs und hervorragender Militärschriftsteller ist.

das am Schicksal Österreichs nichts mehr zu ändern vermochte*).

Mit den nahezu 6000 Toten, die man auf dem Schlachtfelde von Königgrätz in die blutgedüngte Erde verscharrte, wurde auch das alte einheitliche Kaisertum Österreich bestattet, und auf seinem Grab erstand die dualistische Österreichisch-ungarische Monarchie, die ihren traurigen Ursprung seither auch niemals verleugnen konnte ...

Die von Beust mit beklagenswerter Frivolität und Kurzsichtigkeit ins Werk gesetzte Neugestaltung des alten Kaiserreichs war kaum geeignet, dessen Ansehen im Ausland zu fördern. Zwei Hälften bedeuten doch immer weniger als ein Ganzes ...

Die erste militärische Aktion des neuen Staatengebildes, die Expedition in die aufständische Krivosje, war auch durchaus nicht danach angetan, das gesunkene Prestige des Reichs und der Armee wieder zu heben, denn sie endete mit einem beschämenden Fiasko und darf als eine der unrühmlichsten Kampagnen angesehen werden, die k. k. Truppen jemals mitgemacht haben ...

2.

Das Jahr 1870 stellte die Monarchie vor eine bedeutsame Alternative: der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hing bereits in der Luft, und Napoleon sah sich nach Bundesgenossen für diesen schweren Waffengang um. Als der natürlichste mußte ihm Österreich-Ungarn erscheinen, dem

*) Siehe die wertvollen Angaben zur Vorgeschichte der Abtretung Venetiens, die Ernst Freiherr v. Plener in seinen „Erinnerungen" (Stuttgart, 1911, Deutsche Verlagsanstalt.) macht. Bd. I, S. 73ff.

die furchtbare Niederlage von 1866 gewiß noch mit schmerzlichem Druck im Gedächtnis lastete und das voraussichtlich die Gelegenheit für Königgrätz Revanche zu nehmen mit Freuden benutzen würde. Er irrte sich in dieser Annahme auch nicht, denn dieser Wunsch war in der Monarchie tatsächlich sehr rege; vor allem in der Armee, die darauf brannte, die böse Scharte von 1866 auszuwetzen und ihr so schwer geschädigtes Prestige wieder im alten Waffenglanze herzustellen. Und nicht bloß in der Armee, in allen „schwarzgelb" gesinnten Kreisen dachte und fühlte man so. Daß bei den Slawen des Reichs kein Krieg populärer sein konnte als einer gegen die Deutschen, verstand sich von selbst, und auch in Ungarn, wo man für Österreich sonst nur widerwillig zum Schwerte griff, erwies sich in diesem Falle die alte Sympathie für Frankreich stärker als die alte Antipathie gegen Österreich. Nur die Deutsch-Liberalen teilten die allgemeine Sympathie für die Franzosen nicht.

Um so lebhafter war sie dagegen beim leitenden Staatsmanne der Monarchie, dem Reichskanzler Grafen Beust, vorhanden. Seiner tiefwurzelnden Abneigung gegen Preußen und seinem starken Ehrgeize mußte der Revanchegedanke und die winkende Rehabilitierung Österreichs überaus verlockend erscheinen. Und auch im Herzen des Kaisers, dessen Stolz durch die Niederlage von 1866 tief verwundet worden war, mag dieser Gedanke ein hoffnungsvolles Echo geweckt haben . . .

Diesen begreiflichen Gefühlen stellten sich jedoch ernste Bedenken entgegen: vor allem die Rücksicht auf die Haltung Rußlands. Man hatte in Petersburg die unfreundliche, undankbare Handlungsweise Österreichs während des Krimkriegs nicht vergessen, und wie man 1866 dort den Zusammenbruch des einstigen Kampfgenossen kalt mit ange-

sehen hatte, ohne einen Finger zu seinen Gunsten zu rühren, so zeigte man ihm auch jetzt eine Miene, die nichts Gutes verhieß und einen Angriff auf Preußen nicht zuzulassen schien. Ein zweiter unglücklicher Krieg aber konnte für Reich und Dynastie das Ende bedeuten. Dazu kam noch, daß ein Krieg gegen Deutschland in den deutschliberalen Kreisen, die damals in Österreich den Ton angaben, voraussichtlich einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht hätte.

Auch der ungarische Ministerpräsident Graf Andrássy war im Gegensatze zu Beust und zu den Sympathien seiner Landsleute gegen den Krieg.

Aber trotz dieser schwerwiegenden Bedenken übte die Aussicht auf Revanche eine zu mächtige Anziehungskraft aus, als daß man in Wien diese günstige Gelegenheit ganz ungenutzt verstreichen lassen wollte, um so mehr als auch König Victor Emanuel einer französisch-österreichischen Allianz gegen Deutschland beitreten sollte und man überdies auf die nicht zu unterschätzende Hilfe Dänemarks hoffen durfte, das Preußen im Norden beschäftigen sollte. Man zeigte sich in Wien daher den französischen Werbungen nicht abgeneigt und ließ sich auf Unterhandlungen ein. Napoleon sandte den General Lebrun im Juni 1870 nach Wien, wo er mit Erzherzog Albrecht die Aussichten des gemeinsamen Feldzugs beriet und feste Vereinbarungen ins Werk zu setzen bemüht war, was ihm jedoch nicht gelang*). Auf österreichischer Seite zeigte man sich zwar geneigt, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, aber erst, wenn ein fran-

*) Eine ausführliche Darstellung dieser Verhandlungen gibt das Buch: „Des Generals Lebrun militärische Erinnerungen 1866 bis 1870. Die Ereignisse vor dem Kriege, seine Sendungen nach Wien und Berlin". Übersetzt von O. von Busse (Leipzig, 1896. Zuckschwerdt & Co.).

zösisches Heer in das Herz Süddeutschlands eingedrungen sei. Zu einem gleichzeitigen Losschlagen wollte man sich nicht verstehen und suchte dies mit der langsamen Mobilisierung Österreich-Ungarns zu begründen, für die man einer Frist von sechs Wochen zu bedürfen angab. Ohne positives Ergebnis reiste General Lebrun nach mehrtägigem Aufenthalt in Wien nach Paris zurück, nachdem er vorher noch durch Erzherzog Albrecht dem Kaiser vorgestellt worden war und auch mit diesem über ein gemeinsames Vorgehen gesprochen hatte. Damit waren die Verhandlungen aber noch keineswegs zu Ende. Erzherzog Albrecht sandte dem General vielmehr seiner Zusage gemäß einen ausführlichen Operationsplan. Da dieser jedoch bei der Voraussetzung blieb, Frankreich müsse den Krieg in den ersten sechs Wochen allein führen, was in Paris begreiflicherweise nicht annehmbar erschien, blieben die Unterhandlungen ohne Abschluß, und die Ereignisse nahmen ihren Lauf, ohne daß die habsburgische Monarchie einen Versuch machte einzugreifen. Sechs Wochen nach der Kriegserklärung, also zu dem Zeitpunkt, wo Österreich-Ungarn hätte eingreifen sollen, stand Frankreich knapp vor Sedan . . .

Mag man auch die Vorsicht gutheißen, die die Monarchie damals beobachtet hat und dank der ihr ein vielleicht verderblicher Krieg erspart geblieben ist, so muß anderseits doch festgestellt werden, daß sie dem großen Moment, dem das Schicksal sie in jenen Tagen entgegengeführt hatte, nicht gewachsen war; handelte sich's für sie doch um mehr als eine bloße Revanche für Königgrätz, um nichts geringeres nämlich, als die Frage, wer künftig die erste europäische Zentralmacht sein sollte: Preußen oder Österreich. Eine so günstige politische Konstellation kam wohl nie wieder. Mit Frankreich, Italien und Dänemark vereint gegen Preußen

zu ziehen: das gab eine Übermacht, der auch das beste Heer der Welt nicht stand gehalten und die den endlichen Sieg fast sicher verbürgt hätte. Rußlands aber hätte sich die Monarchie entweder durch besondere Zugeständnisse versichern oder es aber, falls das nicht verfing, durch die Türkei und England in Schach halten sollen. Da die Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland ja seit 1866 als unausbleiblich galt, hätte Österreich-Ungarn ja nicht weniger als vier Jahre Zeit gehabt, sich auf diesen Augenblick vorzubereiten und dafür zu sorgen, daß die böse Saat seiner russenfeindlichen Politik während des Krimkriegs nicht zur ungeeigneten Zeit aufgehe und es in der Durchführung seiner Pläne behindere. Es hat dies aber unterlassen und, als dann der große Moment nahte, fühlte es seine Hände gebunden. Anstatt jedoch mit Rücksicht hierauf die Bündniswerbungen Frankreichs offen abzulehnen, ließ es sich doch in Unterhandlungen ein, nahm diese anscheinend auch ernst, machte sie aber trotzdem selber zwecklos, indem es eine Bedingung stellte, die für Napoleon unannehmbar war, weil sie ihm allen Ernstes die erstaunliche Naivität zumutete, er solle die Kastanien allein aus dem Feuer holen. So ließ es denn die entscheidende Stunde ungenutzt vorübergehen, für immer vorüber, und damit auch die einzige Möglichkeit entschwinden, je wieder die verlorene Vormacht in Deutschland zurückzugewinnen und die erste Zentralmacht Europas zu werden. Nicht schon bei Königgrätz, wie's den Anschein hatte, sondern erst bei Metz und Sedan hat das Habsburgerreich diese Hoffnung endgültig begraben ...

Das Verhalten der Monarchie in diesem Falle, dieses Wollen und doch wieder Nichtwollen, dieses Wünschen aber nicht Wagen, dieses Schwanken und Zaudern, bis die günstige Gelegenheit für immer entschwunden ist: das ist die

Politik, die für sie geradezu typisch geworden ist, eine Politik, die das Reich durch ihre Ängstlichkeit zwar vor schwerem Mißgeschick bewahrt, aber auch um jeden namhaften Erfolg gebracht hat.

3.

Beusts Nachfolger, Graf Andrássy, machte in diesem Punkt allerdings eine erfreuliche Ausnahme. Er wußte nicht nur, was er wollte, er tat es auch und ließ sich darin weder durch landsmännische Antipathien noch durch traditionelle Feindseligkeiten beirren, das bewies er durch sein Zusammengehen mit Bismarck, mit dem vereint er allen Revanchegelüsten zum Trotze die Grundlagen des heute bestehenden Bundesverhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche legte. Mit klarem Blicke hatte er erkannt, daß für die Monarchie in Deutschland nichts mehr zu suchen, daß ihre Rolle daselbst für immer ausgespielt sei, und daß ihre zukünftigen Aufgaben im Orient, auf dem Balkan, lagen. Diesem wandte er daher seine besondere Aufmerksamkeit zu und betrieb eine so zielbewußte Orientpolitik, daß Fürst Gortschakow es ratsam fand, sich mit ihm auf guten Fuß zu stellen, um sich seine Kreise auf dem Balkan von ihm nicht stören zu lassen. In den Konventionen von Reichstadt (8. Juli 1876) und Budapest (15. Januar 1877) trafen Österreich-Ungarn und Rußland Vereinbarungen, die im Hinblick auf den wahrscheinlichen Krieg zwischen dem Zarenreich und der Türkei und deren hierdurch beschleunigten Zerfall die Machtsphäre beider Staaten festsetzten*). Andrássy sicherte

*) Siehe die ebenso interessante wie instruktive Studie „Wie wir zu Bosnien kamen" von Dr. August Fournier. (Wien, 1909, Ch. Reißers Söhne). Diesem Historiker — er ist Professor der Geschichte

darin seinem Reiche den Besitz Bosniens und der Herzegowina, der für die Monarchie besonders aus militärischen Gründen als Hinterland für das gleichsam in der Luft hängende Dalmatien höchst wichtig und erstrebenswert erschien. Er sollte die Kompensation für die Erwerbungen sein, die Rußland durch den Krieg zu machen gedachte. An diesem teilzunehmen lehnte Andrássy wiederholt ab, denn er hoffte, daß der bedungene Anteil seinem Reich ohne jedes Opfer an Blut und Geld in den Schoß fallen werde, sobald die Zeitereignisse ihn gereift hatten. Darin aber sollte er sich täuschen. So einfach spielten sich die Dinge denn doch nicht ab. Vor allem zeigte sich Rußland, als es der Türkei dank rumänischer, bulgarischer, montenegrinischer und serbischer Hilfe endlich Herr geworden war, durchaus nicht mehr gewillt, sich an die in Reichstadt und Budapest getroffenen Vereinbarungen zu halten. Im Friedensvertrage von San Stefano, den es mit der besiegten Türkei schloß, war es wohl auf die größtmögliche Ausdehnung seiner eigenen Machtsphäre im Orient bedacht, räumte Österreich-Ungarn dagegen nur eine ganz bescheidene Rolle in der neuen Situation ein.

Andrássy sah durch diese hinter seinem Rücken getroffenen Abmachungen Rußlands mit der Türkei den Erfolg seiner ganzen Orientpolitik bedroht und war nicht willens, diesen schnöden Vertragsbruch ruhig hinzunehmen, sondern erhob nachdrücklichen Einspruch dagegen.

---

an der Wiener Universität — gebührt das besondere Verdienst, in der genannten Arbeit die wichtige Vorgeschichte der Okkupation und Annexion Bosniens und der Herzegowina auf Grund authentischen Materials in knapper, übersichtlicher Weise zusammengefaßt zu haben, wobei er auf manche bisher dunkle Partie helles Licht fallen läßt. Seinen wertvollen Ausführungen folgt denn auch die Darstellung im vorliegenden Buche, soweit sie sich auf diese Ereignisse bezieht.

Er fand hierbei an England eine mächtige Stütze, denn in London fühlte man sich durch das Vorgehen Rußlands kaum weniger beeinträchtigt als in Wien und ebensowenig geneigt, sich diese förmliche Etablierung des russischen Einflusses auf dem Balkan bieten zu lassen.

So machten denn die habsburgische Monarchie und England mit vereinten Kräften ihren Einfluß geltend und setzten, da Rußland sich auch bei den andern Mächten keine Sympathien zu erwerben verstanden hatte, durch, daß der Vertrag von San Stefano auf dem Berliner Kongreß einem europäischen Areopag vorgelegt und einer scharfen Revision unterzogen wurde, die Rußlands Ansprüche beträchtlich einschränkte, Österreich-Ungarn aber das von Andrássy erstrebte Mandat zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina übertrug. Damit war die diplomatische Schachpartie zwischen Andrássy und Gortschakow zugunsten des erstern entschieden.

Nun galt es für die habsburgische Monarchie bloß noch das ihr gewordene Mandat zu übernehmen. Das aber erwies sich weit schwieriger, als Graf Andrássy es sich vorgestellt hatte. Es heißt, er habe den Ausspruch getan, eine einzige Kompagnie Infanterie mit der Regimentsmusik werde genügen, Bosnien zu unterwerfen. Mag er diesen Scherz, der bedenklich an den berüchtigten Spaziergang der Franzosen nach Berlin erinnert, nun wirklich gemacht haben oder bloß auf den bösen Zungen seiner Gegner: so viel ist jedenfalls sicher, daß seine Hoffnung, die Monarchie werde sich ohne Blut- und Geldverlust in den Besitz dieser Länder setzen können, sich als arger Irrtum erwies, der einer völligen Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse in den zu besetzenden Provinzen entsprang. Die Folge lehrte, daß nicht nur die legendäre Kompagnie nicht genügte, den Widerstand ihrer Bewohner zu bewältigen, sondern auch das Armeekorps

nicht, das, nebst einer Division in der Herzegowina, Bosnien besetzen sollte. Es bedurfte vielmehr eines ansehnlichen Machtaufgebots und entsprechender finanzieller Opfer, um der fanatisierten Bevölkerung nach mehr als zweimonatlichen verlustreichen Kämpfen endlich Herr zu werden.

Die Hauptursache dieses hartnäckigen, wohlorganisierten Widerstandes war in der zweideutigen Haltung der Türkei zu suchen, die ihn heimlich nach Kräften unterstützte und es absichtlich nicht hinderte, daß das noch in Bosnien stationierte ottomanische Militär mit den Insurgenten gegen Österreich-Ungarn gemeinsame Sache machte, wodurch der gewiß seltsame Fall eintrat, daß sich die Truppen zweier Staaten bekämpften, die — offiziell — miteinander im Frieden lebten.

Dieses hinterhältige Doppelspiel der Pforte, die sich so wenig an die Bestimmungen des Berliner Vertrags kehrte, hätte der Monarchie die bequemste Handhabe geboten, aus dem Provisorium ein Definitivum zu machen und sich nicht bloß mit der Okkupation der beiden Provinzen zu begnügen, sondern die Annexion vorzunehmen. Sie hätte dies um so leichter tun können, als sie sicher sein durfte, daß keine der andern Mächte sie daran hindern konnte. Deutschland und England hatten sich doch mit einer dauernden Besetzung dieser Länder schon vor Abschluß des Berliner Kongresses einverstanden erklärt, ja Bismarck hatte Andrássy den Einmarsch in Bosnien auch für den Fall angeraten, als die Türkei sich der Okkupation nicht fügen sollte. Rußland gegenüber aber konnte sie sich darauf berufen, daß ihr dieses die Besitznahme Bosniens und der Herzegowina selber angetragen und in einem Sonderabkommen ausdrücklich der dauernden Besetzung dieser Länder zugestimmt hatte*). Sollte

*) In diesem Abkommen verpflichtete sich Rußland, keinen Einspruch zu erheben, wenn sich Österreich-Ungarn genötigt sehen sollte,

es sich jedoch indessen eines andern besonnen haben, so brauchte der Monarchie darum nicht bange zu werden, denn das vom Kriege mit der Türkei schwer erschöpfte Zarenreich war ganz außerstande, sie an der Verwirklichung des Annexionsgedankens zu hindern; war es der Türkei doch nur dank der Mithilfe aller Balkanstaaten mit Mühe und Not endlich Herr geworden; wie durfte es demnach an einen Waffengang mit dem um so viel besser gerüsteten Habsburgerreiche denken.

Ebensowenig hätte dieses die Türkei zu fürchten gebraucht, denn bei ihr sprachen dieselben Gründe dagegen wie bei Rußland, nur in noch stärkerem Maße.

Österreich-Ungarn hätte somit vollständig freie Hand gehabt und die Annexion getrost wagen können, ja selbst mehr als das: es hätte den Vormarsch antreten können, „jusq'au delà de Mitrovitza", bis ans Ägäische Meer ...

Es hat dies aber nicht getan und sich mit der Okkupation begnügt.

Warum Graf Andrássy das unterlassen hat, warum er diese mit solcher Gunst voraussichtlich nie wiederkehrende Gelegenheit, auf dem Balkanboden festen Fuß zu fassen, ungenutzt hat vorübergehen lassen; warum er in seiner zielbewußten Orientpolitik auf halbem Wege stehen geblieben, wie das der alte leidige Brauch österreichischer Staatsmänner ist: diese Fragen lassen sich einstweilen erschöpfend nicht beant-

---

auch den Sandschak Novi-Bazar endgültig zu besetzen. Fournier führt den Wortlaut der entscheidenden Textstelle an, die der Sekretär Andrássys, L. v. Dóczi, während der Annexionskrise veröffentlicht hat (Neues Pester Journal vom 24. Nov. 1908). Es heißt da: „... à occuper définitivement ce territoire comme le reste de la Bosnie et de l' Herzegovine." „Wie wir zu Bosnien kamen", S. 74.

worten, doch dürfte man hierüber in absehbarer Zeit wertvolle Aufschlüsse erhalten*).

Da es Graf Andrássy sonst doch keineswegs an Energie gebrach, so wird man kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß sich ihm Hindernisse in den Weg gestellt haben, die stärker waren als er . . .

Zu diesen Hindernissen hat wohl auch der hartnäckige Widerstand gehört, den seine Orientpolitik bei der im österreichischen Parlament damals noch einflußreichen deutschliberalen Partei gefunden hat, einen Widerstand, der der krassen Verständnislosigkeit dieser Fraktion für die Aufgaben der Monarchie entsprungen war. Sei dem nun wie immer: in jedem Falle hat Graf Andrássy dadurch, daß er die Annexion nicht vornahm, eine schwere Unterlassungssünde begangen, die sich dreißig Jahre später bitter rächen sollte . . . .

Er blieb nach der Okkupation nicht lange mehr in seinem Amte. Die Gründe, die ihn zum Rücktritt bewogen hatten, sind zur Zeit noch ungeklärt, doch wird sein Biograph E. von Wertheimer sie zweifellos zur Genüge aufhellen.

Er schied von seinem Posten nicht, ohne dem Reich ein wertvolles Erbstück zu hinterlassen: das Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland, das beide Staaten gegen einen Angriff Rußlands sichern sollte.

Durch dieses knapp vor seinem Rücktritt zustande gekommene Werk hat er eine Leistung vollbracht, die seinen schweren Fehler in der Orientpolitik zum Teil wenigstens aufwog . . .

In Graf Andrássy verlor die Monarchie jedenfalls den bedeutendsten Staatsmann, der seit dem Fürsten Felix Schwar-

*) Im zweiten, zurzeit noch nicht erschienenen Teile des Ed. von Wertheimerschen Werkes „Graf Julius Andrássy, sein Leben und seine Zeit". (Stuttgart, 1910, Deutsche Verlagsanstalt).

zenberg die auswärtige Politik des Reichs geleitet hatte, einen Staatsmann, der nicht wie die andern Minister seines Ressorts bloß ein hoher Beamter war — zum Beamten hat er im Grunde sogar sehr wenig getaugt —, sondern eine staatsmännische Individualität, die, was nicht wenig besagen will, selbst in der so gefährlichen unmittelbaren Nähe der gewaltigen Persönlichkeit Bismarcks nicht übersehen werden konnte. Daß die Monarchie neben dem vom Strahlenglanze dreier siegreicher Kriege umwobenen Deutschen Reiche trotzdem nur eine verhältnismäßig bescheidene Rolle zu spielen vermochte, lag in der Natur der Sachlage und hätte auch von einem größeren als Andrássy kaum geändert werden können. Es war sicherlich keine geringe Leistung, daß die 1866 fast zu Tode getroffene Monarchie, die 1869 beim Krivosjeaufstande noch eine so bedenkliche militärische Ohnmacht gezeigt und 1870 in schwächlicher Passivität verharrt hatte, wenige Jahre später dank seiner Führung im europäischen Konzert wieder eine hervorragende Rolle zu spielen vermochte, in der Orientpolitik sogar eine größere als das mächtige Rußland.

Andrássy würde vielleicht noch mehr erreicht haben, wenn gewisse heute noch nicht hinreichend erkennbare Verhältnisse nicht seine Tatkraft gelähmt hätten . . .

4.

Andrássys Nachfolger hatten es wesentlich leichter als er, denn während er sich sein politisches Programm erst hatte schaffen, seinen Weg erst bahnen müssen, brauchten sie nur sein politisches Erbe anzutreten und den Weg zu wandeln, den er ihnen vorgezeichnet hatte. Fest an Deutschlands Seite bleiben und den Blick nach Osten richten: das war, zu einem Satze kondensiert, der Inhalt seines politischen

Nachlasses und die Aufgabe der Staatsmänner, die nach ihm kamen.

Sein unmittelbarer Nachfolger, Freiherr von Haymerle, hatte nicht viel Gelegenheit seine Staatskunst zu betätigen, denn er starb schon zwei Jahre nach seinem Amtsantritt, wohl aber die beiden nächsten Minister des Äußern, die Grafen Kálnoky und Goluchowski, die jeder mehr als ein Jahrzehnt am Ruder blieben. Von ihrer Staatskunst war indes trotzdem nicht sonderlich viel zu bemerken, wenigstens nicht von ihrer eigenen. Sie begnügten sich damit, ihre Politik im Sinne Andrássys fortzuführen; in seinem Sinn, aber nicht in seinem Geist. Es waren brave Durchsschnittsdiplomaten, die augenscheinlich froh waren, sich wegen ihres politischen Programms nicht erst den Kopf zerbrechen zu müssen und den Weg gehen zu können, den ihnen ihr Vorgänger gewiesen hatte. Sie taten dies, soweit es den deutschen Bundesgenossen betraf, sogar allzu gewissenhaft, denn sie trotteten folgsam in dessen gewaltigen Fußstapfen dahin, ängstlich darauf bedacht, keinen Schritt daneben zu tun. Der von ihnen betriebenen Politik ein eigenes Gepräge aufzudrücken, daran dachten sie nicht oder waren hierzu doch ganz außerstande. Graf Kálnoky hatte allerdings unter der übergewaltigen Größe des Fürsten Bismarck zu leiden, neben dem er sich im Gegensatze zu Andrássy nicht zur Geltung zu bringen vermochte; aber Graf Goluchowski hatte diese Entschuldigung nicht für sich.

Unter ihrer Leitung ließ sich Österreich-Ungarn im sogenannten „europäischen Konzert" stets nur im bescheidensten Pianissimo vernehmen, stets nur akkompagnierend, nie ein Solo wagend. Überhöflich ließ es den andern Mächten stets den Vortritt und sah ihnen mit entsagungsvollem Wohlwollen zu, wie sie untereinander die Welt aufteilten, ohne

daß es auch nur entfernt Miene machte, selber seinen Teil daran zu beanspruchen.

Es fuhr ja insofern nicht schlecht dabei, als ihm durch diese Übervorsicht und Ängstlichkeit jeder ernstere Konflikt erspart blieb; aber förderlich war diese behutsame Pantoffel-Politik seinem Ansehen nicht, denn man sah in ihm nur mehr den bequemen Allerweltsfreund, der keine eigene Meinung hatte und nicht nein zu sagen wagte, nur mehr den blassen guten Mond, der sein ganzes Licht von der strahlenden Sonne Deutschland empfing ...

Anhang.

[1]) Die Wahl FZM. Graf Gyulays zum Armee-Kommandanten. (Zu S. 8.)

Ein On-dit aus jener Zeit behauptet, Feldzeugmeister Graf Gyulay, der zum Oberkommandanten der Armee in Italien ausersehen worden war, habe sich selber dieser Aufgabe nicht gewachsen gefühlt und seine Bedenken geäußert. Aber der Generaladjutant Graf Grünne, der damals im Zenith seines Einflusses stand und dem diese Wahl zugeschrieben wurde, habe ihn mit den Worten beruhigt: „Was der Radetzky, der alte Esel, zusammengebracht hat, wirst du doch auch können!" Mögen diese Worte tatsächlich auch nie gesprochen worden, mag das Ganze nur eine erfundene Anekdote sein: jedenfalls wirft diese ein scharfes und charakteristisches Streiflicht auf die damaligen Verhältnisse.

[2]) Volkswitz und Armee im Jahre 1859. (Zu S. 9.)

Ein Wiener Witzblatt hat das damals allgemeine Urteil über die Armee in sarkastischer Weise veranschaulicht, indem es die Offiziere mit Löwenköpfen, die Generale mit Eselsköpfen und den Höchstkommandierenden (Gyulay) ohne Kopf darstellte. Im selben Sinne war auch eine, die Volksstimmung kennzeichnende derbe Scherzfrage gehalten, die die mangelhafte Führung des kaiserlichen Heeres durch dessen Generale (Gyulay, Wimpffen, Clam-Gallas, Stadion, Lauingen) verspottete. Sie lautete: Was für ein Unterschied besteht zwischen einem österreichischen General und einem Esel? Die Antwort war: Der General trägt das Kreuz (Dekoration) vorn, der Esel rückwärts ... Weit witziger war ein damals kursierendes Bonmot, das die drei verlorenen Affären bei Montebello, Magenta und Solferino mit den Gerichten einer Fastenmahlzeit verglich, das aber, so außerordentlich treffend es ist, aus preßgesetzlichen und andern Rücksichten hier leider nicht wiedergegeben werden kann.

II.

Die Annexion.

1.

Als am 13. Juli 1878 die Teilnehmer des Berliner Kongresses auseinandergingen, gab es, außer etwa den drei Vertretern des ottomanischen Reichs, gewiß niemand unter ihnen, der ernstlich an die Möglichkeit gedacht hätte, daß Österreich-Ungarn die ihm zur Besetzung und Verwaltung zugewiesenen bis dahin türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina jemals wieder zurückgeben werde; dies um so weniger, als der einschlägige § 25 des Kongreßprotokolls die Besetzung dieser Länder mit keiner Silbe zeitlich begrenzte. Und als drei Jahrzehnte vergangen waren und die Monarchie hunderte von Millionen in den okkupierten Provinzen investiert hatte, da kam es wohl erst recht keinem Menschen in den Sinn zu glauben, daß sie sich dieser Gebiete wieder entäußern, da erschien es aller Welt nur selbstverständlich, daß sie sie für immer behalten werde; ebenso wie niemand von England erwartet, daß es Ägypten, von Frankreich, daß es Tunis wieder freigeben wird. Man erringt ein Land nicht unter schweren Blut- und Geldopfern, man hebt es nicht mit harter Mühe und bedeutenden Kosten aus orientalischer Barbarei zu verhältnismäßig europäischer Kultur

empor, um es dann mit höflicher Verbeugung dem frühern Besitzer wieder zurückzustellen ...

Um so seltsamer und unbegreiflicher mußte es demnach erscheinen, daß es ein so ungeheures Aufsehen erregte, als Österreich-Ungarn offiziell bekannt gab, daß es die okkupierten Länder seinem Staatsverbande dauernd einverleibt habe. Von allen Seiten erhob sich ein Gezeter, als wär' etwas Unerhörtes geschehen, ein Entrüstungssturm, als hätte sich die Monarchie damit eines frevelhaften Rechtsbruchs, einer Gewalttat ohnegleichen schuldig gemacht.

Das Haupt- und Staatsverbrechen, dessen man sie zieh, war angeblich eine gröbliche Verletzung des Berliner Vertrags vom Jahre 1878 ...

War diese Beschuldigung aber auch gerechtfertigt? Hatte es sich wirklich so schwer vergangen? ...

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, muß der Inhalt des sie betreffenden § 25 des Vertrags angeführt werden. Er lautet:

„Die Provinzen Bosniens und der Herzegowina werden durch Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet. Da die österreichisch-ungarische Regierung nicht den Wunsch hegt, auch die Verwaltung des Sandschaks Novi-Bazar, der sich zwischen Serbien und Montenegro in südöstlicher Richtung bis über Mitrovitza hinaus erstreckt, zu übernehmen, so wird hier die ottomanische Administration weiter funktionieren. Um aber die Fortdauer der neuen politischen Verhältnisse ebenso wie die Freiheit und Sicherheit der Verkehrswege sicher zu stellen, reserviert sich Österreich-Ungarn das Recht, im ganzen Bereich dieses Teiles des vormaligen Vilajets von Bosnien Garnisonen zu halten und Militär- und Handelswege zu besitzen. Zu diesem Ende behalten sich die Regierungen von Österreich-

Ungarn und der Türkei vor, sich über die Einzelheiten zu verständigen."

Wie man aus diesem Wortlaut ersehen kann und wie bereits erwähnt worden ist, wird die „Besetzung und Verwaltung" Bosniens und der Herzegowina darin durch keinerlei Termin begrenzt, woraus doch deutlich hervorgeht, daß die Signatarmächte bei der Aufstellung dieses Paragraphen eine dauernde Besetzung dieser Länder im Sinne gehabt haben, nicht bloß ein Provisorium. Wären sie anderer Meinung gewesen, so hätten sie's gewiß nicht unterlassen, dies ausdrücklich zu erwähnen und den Termin festzusetzen, zu dem Österreich-Ungarn die okkupierten Provinzen wieder räumen mußte, ebenso wie sie die Frist begrenzt hatten, binnen welcher die russischen Truppen Bulgarien verlassen mußten. Dadurch daß sie dies nicht getan, haben sie der Monarchie stillschweigend die Ermächtigung zur dauernden Besitzergreifung dieser Länder erteilt; was bedeutet dauernde Besitzergreifung aber anderes als Aneignung, Annexion? Man darf demnach ohne Spitzfindigkeit behaupten, Österreich-Ungarn habe auf dem Berliner Kongreß mit dem § 25 des Vertragsprotokolls von den Signatarstaaten geradezu die Ermächtigung zur Annexion Bosniens und der Herzegowina erhalten. Allerdings nur indirekt. Daß es nicht in direkter Form geschehen ist, mag aus der bekannten Vorliebe der Diplomaten für euphemistische Umschreibungen unangenehm klingender Worte zu erklären sein, einer Vorliebe, die ihnen in diesem Falle offenbar desto begründeter erschien, als sie die Empfindlichkeit des Sultans schonen wollten, um nicht durch eine Zustimmungsverweigerung seinerseits das ganze mühsame Werk des Kongresses aufs Spiel zu setzen. So haben sie denn für die an der Türkei vorzunehmende Amputation den harmlosen Rechtstitel „Okku-

pation" gewählt ſtatt des zu ſcharf klingenden Ausdrucks „Annexion".

Das ganze „Verbrechen" Öſterreich-Ungarns hat demnach darin beſtanden, daß es, als ihm dies durch die Umſtände geboten zu ſein ſchien, dieſen euphemiſtiſchen Rechtstitel aus eigener Machtvollkommenheit änderte und ſich freimütig zu dem bekannte, was der § 25 ſtillſchweigend vorausſetzte. Von einer ernſtlichen Verletzung des Berliner Vertrags kann ſomit nicht die Rede ſein. Öſterreich-Ungarn hat durch die Annexion nichts anderes getan als einen ſchon ſeit dreißig Jahren beſtehenden, von allen Mächten anerkannten politiſchen Zuſtand für dauernd und endgültig erklärt. Es hat nur eine leere Form zerbrochen, die, weil ſie keinen Inhalt mehr hatte, auch keine Daſeinsberechtigung mehr beſaß. Und darum Räuber und Mörder! . . .

2.

Aber die Türkei! Iſt ihr durch die Annexion nicht ſchweres Unrecht widerfahren? Sind ihr von Öſterreich-Ungarn nicht gegen ihren Willen zwei Provinzen genommen worden? . . .

Allerdings, das iſt geſchehen, ſie hat dieſe Länder verloren; aber nur auf dem Papier, denn verlieren kann man doch nur, was man beſeſſen hat: Bosnien und die Herzegowina haben der Türkei aber tatſächlich ſchon ſeit dreißig Jahren nicht mehr gehört. Somit hat ſie auch keine Urſache gehabt, ſich über den Verluſt dieſer Provinzen zu beklagen.

Eine andere Frage iſt die, ob durch die Annexion nicht Rechte der Türkei, wenn auch bloß formelle, verletzt worden ſind? . . . Hierauf iſt die Antwort nicht ganz ſo einfach.

Um ſie zu finden, iſt es vor allem notwendig feſtzuſtellen, daß die Beſtimmungen des Berliner Vertrags hierzu

nicht ausreichen, daß dafür Vorgänge in Betracht kommen, die sich hinter den Kulissen des Berliner Kongresses abgespielt haben und die der großen Öffentlichkeit bisher unbekannt geblieben sind. Professor Fournier macht hierüber in seiner hier schon mehrfach erwähnten Studie*) Mitteilungen, die zum Verständnis dieser Frage überaus wichtig, ja unerläßlich sind und manche Partien der Annexionskrise erst in die richtige Beleuchtung rücken. Seinen Ausführungen folgt auch die nachstehende Darstellung:

Die drei türkischen Bevollmächtigten auf dem Berliner Kongreß, Karatheodory-Pascha, Mehemed Ali und Sadulla Bey befanden sich in einer schwierigen Lage.

Da sie sich begreiflicherweise gegen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina sträubten, hatten sie den Unwillen der Vertreter Englands und Österreich-Ungarns sowie Bismarcks geweckt. Lord Beaconsfield drohte ihnen, England werde der Türkei, wenn sie der Okkupation nicht zustimme, seinen Schutz entziehen, und Bismarck riet Andrássy, Österreich-Ungarn möge die beiden Provinzen nötigenfalls auch ohne Einwilligung der Pforte besetzen. Sie erkannten daher, daß ihnen nichts anderes übrig bleiben werde als sich diesem mächtigen Drucke zu fügen und der Okkupation zuzustimmen. Anderseits wieder besorgten sie, und gewiß nicht ohne Grund, daß sie sich dadurch die Ungnade des Großherrn zuziehen könnten, ein Gedanke, der ihnen im Hinblick auf die im Yildiz-Kiosk üblichen Rechtsbegriffe starkes Unbehagen erwecken mußte. „Sie sannen nun" — führt Fournier aus — „in ihrer Verlegenheit auf einen Ausweg und glaubten ihn schließlich gefunden zu haben, indem sie am 11. Juli dem dritten österreichischen Bevoll-

*) „Wie wir zu Bosnien kamen", S. 71 ff.

mächtigten, Baron Haymerle, eröffneten, sie könnten sich nur dann entschließen, die Kongreßakte zu unterzeichnen, wenn sich Österreich-Ungarn insgeheim schriftlich verpflichtete, seine Okkupation der beiden Provinzen als eine provisorische („temporäre"), die Souveränitätsrechte des Sultans nicht beirrende aufzufassen. Sie sagten, sie wünschten diese Erklärung der Vertreter Österreichs nur zu ihrer persönlichen Deckung gegen den allfälligen Zorn des Großherrn und verschworen sich hoch und teuer, daß nie jemand das Geheimnis erfahren werde. Graf Andrássy war nicht geneigt auf dieses Ansinnen einzugehen, und es fehlte auch in seiner Umgebung nicht an abmahnenden Stimmen. Und da in der vorletzten Sitzung, am 12. Juli, die Vertreter der Türkei keine Einwendungen gegen die Fassung des bosnischen Artikels erhoben, obgleich sie an andern Bestimmungen noch Änderungen beantragten und auch still blieben, als Bismarck erklärte, die Redaktion des Vertrags sei beendet, verfolgte man die Sache nicht weiter. Am andern Tage aber, als der Akt feierlich unterzeichnet werden sollte, da erschienen die drei Diplomaten aus dem Morgenlande schon am frühen Vormittage bei den Österreichern und wiederholten ihr aut. aut, und da gab Andrássy, anstatt es darauf ankommen zu lassen, daß die Türken den Kongreß sprengten, was sie sicher nicht getan hätten, der Vorstellung Haymerles Raum, es geschehe mit einem solchen von ihnen geforderten Schein dem eigentlichen Erfolge, den Österreich-Ungarn davontrage, kein wesentlicher Abbruch, und unterzeichnete das nachstehende Protokoll:

Auf Grund des von den ottomanischen Bevollmächtigten im Namen ihrer Regierung geäußerten Wunsches erklären die österreichisch-ungarischen Bevollmächtigten im Namen der Regierung Seiner k. und k. Apostolischen Maje-

stät, daß die Souveränitätsrechte Seiner kaiserlichen Majestät des Sultans über die Provinzen Bosnien und Herzegowina in keiner Weise durch die Tatsache der Okkupation berührt werden sollen, von der in dem auf diese Provinzen sich beziehenden Artikel des Vertrages die Rede ist, der heute zur Unterzeichnung gelangt, daß ferner die Okkupation als eine provisorische zu betrachten sei und daß ein vorläufiges Abkommen über die Einzelheiten der Okkupation unmittelbar nach Schluß des Kongresses zwischen den beiden Regierungen zustande kommen wird.

Berlin, den 13. Juli 1878*)."

Mit diesem Schriftstück bekamen die Vertreter des Sultans eine gefährliche Waffe gegen Österreich-Ungarn in die Hand, und man wird verstehen, warum vorhin gesagt worden ist, sie seien auf dem Berliner Kongreß wohl die einzigen gewesen, die vielleicht an die Möglichkeit dachten, daß Österreich-Ungarn die okkupierten Provinzen der Türkei wieder zurückgeben werde.

Wie Graf Andrássy so unvorsichtig, um nicht zu sagen leichtfertig, sein konnte, auf eine derartige Abmachung einzugehen, läßt sich ebenso schwer begreifen als rechtfertigen. Daß dieses Übereinkommen einen geheimen Charakter hatte, konnte bei der Spitzfindigkeit, die im diplomatischen Verkehr hinsichtlich der Interpretierung derartiger Schriftstücke üblich ist, keinerlei Gewähr dafür bieten, daß die Pforte es auch

*) Der Wortlaut des Vertrags ist, wie Fournier angibt, zuerst aus den hinterlassenen Papieren Karathéodory-Paschas, des ersten Bevollmächtigten der Pforte auf dem Berliner Kongreß, bekannt geworden, nach denen ihn Hanotaux in der „Revue des deux Mondes" (Oktober 1908) und im IV. Bd. seiner „Histoire de la France contemporaine" veröffentlicht hat.

wirklich diskret behandeln werde, zumal bei der bekannten Skrupellosigkeit orientalischer Staatskunst. Dieses naive Vertrauen auf die Diskretion der Türkei erwies sich auch sehr bald als ein krasser Irrtum, denn man trug in Konstantinopel durchaus kein Bedenken, von diesem Zugeständnis Österreich-Ungarns Gebrauch zu machen, als man sich davon Nutzen versprach, und wollte bei der Konvention, die nach Abschluß der Okkupation zwischen der Monarchie und der Türkei am 21. April 1879 abgeschlossen wurde, auf dem provisorischen Charakter der Besetzung bestehen. Diesmal gab Graf Andrássy aber doch nicht wieder nach und erkannte nur die Form der Okkupation an, die im Berliner Vertrag festgesetzt worden war, also die zeitlich unbegrenzte, worauf sich die Türken fügten. Damit war das für Österreich-Ungarn so nachteilige Geheimabkommen vom 13. Juli 1878 zwar gegenstandlos geworden, aber Graf Andrássy minderte den Wert dieser Korrektur anderseits wieder herab, indem er sich Zugeständnisse abringen ließ, die sehr geeignet waren, die Stellung Österreich-Ungarns in den okkupierten Ländern zu beeinträchtigen und auf türkischer Seite noch der Hoffnung Raum zu lassen, daß diese Provinzen doch noch einmal an die Türkei zurückfallen könnten. So verpflichtete sich die Monarchie, dem Sultan seine Souveränitätsrechte über die okkupierten Länder zu lassen sowie die Nennung seines Namens im Gebete der Moslim; ferner sollten die türkischen Münzen in den okkupierten Ländern nach wie vor im Umlaufe bleiben und der Halbmond auf den Minarets gehißt werden*). Diese scheinbar geringfügigen, tatsächlich aber bedeutsamen Zugeständnisse bildeten den wunden Punkt der Monarchie in deren Verhältnis zur Türkei, denn sie räumten dieser oder doch

*) Fournier, „Wie wir zu Bosnien kamen". S. 81.

deren Oberhaupte gewisse Rechte auf die okkupierten Länder ein und bekundeten damit, wenn auch nur indirekt so doch deutlich genug, daß diese Provinzen noch nicht in den wirklichen Besitz Österreich-Ungarns gelangt waren. Dadurch aber war der Türkei ein bequemer Vorwand geboten, wenn es darauf ankam, sich auf diesen Schein zu berufen und Besitzrechte auf die okkupierten Länder geltend zu machen, was sie dann anläßlich der Annexion neunundzwanzig Jahre später auch nachdrücklichst getan hat.

Durch diese übel angebrachte Nachgiebigkeit hat Graf Andrássy das Verhältnis zwischen der Monarchie und der Türkei auf einen falschen Ton gestimmt und demjenigen seiner Nachfolger, dem es beschieden sein sollte, die formelle Annexion vorzunehmen, diesen Schritt außerordentlich schwer gemacht. Graf Aehrenthal hat dies zu fühlen bekommen.

Hätte Graf Andrássy dieses Abkommen mit der Pforte nicht getroffen, so wäre die Lage der Monarchie im allgemeinen und Graf Aehrenthals im besonderen zur Zeit der Annexion eine weit günstigere gewesen, als es tatsächlich der Fall war. Er hätte der Pforte gegenüber viel entschiedener auftreten können, und diese hätte keinen so bequemen Vorwand gehabt, gegen die Annexion zu remonstrieren.

So jedoch fühlte er sich von allem Anfang an veranlaßt ein Zugeständnis zu machen: die Rückgabe des Sandschaks Novi-Bazar. Da dies der Türkei aber nicht genügte*), und sie durch den hartnäckigen Boykott aller Schiffe

*) Man kann allerdings finden, daß sich die Monarchie durch den Verzicht auf dieses wirtschaftlich wertlose Gebiet nicht eben weh getan und die Türkei damit nichts gewonnen hat; aber ganz so belanglos ist dieser Verzicht für sie doch nicht gewesen, denn die geographische Lage des Sandschaks verleiht ihm für Österreich-Ungarn, und in geringerem Grade auch für die Türkei, eine wichtige strategische Bedeutung:

aus Österreich-Ungarn dessen ohnedies schwierige Lage noch empfindlich erschwerte, so hielt es Graf Aehrenthal für angezeigt, diesen fatalen Rekriminationen dadurch ein Ende zu machen, daß er der Pforte ihre so beharrlich reklamierten „Rechte" auf die annektierten Provinzen gegen 54 Millionen Kronen ablöste; womit er natürlich, wenn auch nur indirekt, vor aller Welt zugestand, daß solche Rechte wirklich bestanden hatten . . .

So verursachte die Annexion der Türkei nicht nur keinen Verlust, sondern verhalf ihr im Gegenteil zu einem für sie sehr einträglichen Geschäft; einem Geschäft, zu dem sich die diplomatischen Makler am goldenen Horn selbstzufrieden die Hände reiben konnten; hatten sie doch für eine Sache, die längst nicht mehr in ihrem Besitze war, eine große Summe erhalten, im Grunde somit ein wertvolles Geschenk empfangen.

3.

Und Serbien? . . . Nun, dieses hatte, ebenso wie Montenegro, noch weniger Anlaß, sich über die Annexion zu beschweren als die Türkei, denn ihm gegenüber hatte sich Österreich-Ungarn nicht einmal den Schein einer Rechtsverletzung zuschulden kommen lassen. Wenn Serbien trotzdem ganz Europa zum Zeugen des himmelschreienden Unrechts anrief, das ihm von der Monarchie widerfahren sei, so war das lediglich der krassen Begriffsverwirrung zuzu-

schiebt er sich doch wie ein Keil zwischen Serbien und Montenegro und verhindert dadurch die von diesen zwei Staaten so heiß begehrte territoriale Verbindung; zudem führt durch dieses Gebiet für die Monarchie der nächste Weg nach Saloniki . . . Mit Rücksicht auf diese Bedeutung des Sandschaks hat sie denn auch im Verlaufe der Annexionsverhandlungen mit der Pforte vereinbart, daß er in türkischen Händen bleibe; eine Vorsichtsmaßregel, die dem Ankauf des Landes durch Serbien, von dem zu jener Zeit die Rede war, vorbeugen sollte.

schreiben, die sein nationaler Größenwahn in ihm hervorgerufen hatte. Obwohl kein Staat Europas so triftige Gründe hätte, erst bei sich ein gründliches Reinemachen zu besorgen, bevor er an eine Erweiterung seines Besitzes denkt, ist doch gerade dieser Gedanke das treibende Moment der serbischen Politik geworden und beherrscht sie mit der Hartnäckigkeit einer fixen Wahnidee. Ein Großserbisches Reich, dessen Mittelpunkt das heutige Serbien sein und das außerdem Montenegro, Kroatien, Dalmatien, Teile von Südungarn, von Albanien und Mazedonien sowie natürlich Bosnien nebst der Herzegowina umfassen soll: das ist die lockende Fata Morgana, die den Serben ihre überhitzte, zügellose Phantasie vorspiegelt und der sie wie hypnotisiert nachjagen. Und die Parole für diese Abenteurer-Politik lautet: Serbien ist „das Piemont des Balkans"*) oder soll es wenigstens sein. Wie das wirkliche Piemont einst die Länder italienischer Zunge um sich gesammelt und zu einem einheitlichen Nationalstaate zusammengeschweißt hat, so soll es Serbien auf dem Balkan machen. Und wie Piemont in Österreich das Haupthindernis für die Verwirklichung seiner Absichten erblickt und in dessen Bekämpfung seine wichtigste Aufgabe erkannt hat, so habe auch Serbien in dieser Macht den gefährlichsten Gegner seiner nationalen Pläne zu sehen und demgemäß zu handeln. Daß diese vermeintliche Analogie auch wieder nur ein Ausfluß der in Serbien herrschenden Selbstüberschätzung ist und schon deshalb nicht zutrifft, weil die Serben aus einem andern Holze geschnitzt sind als die Piemontesen, das bedenkt man in Belgrad nicht . . .

*) Siehe die sehr lesenswerte Broschüre „Österreich-Ungarn und Serbien". Ein Beitrag zur Erkenntnis der herrschenden politischen Ideen unter den Serben von Leopold Mandl. (Wien, 1911, Ch. Reißers Söhne).

So spielte man denn daselbst Piemont und schürte und wühlte gegen die Monarchie in der naiven Hoffnung, durch diese Minierarbeit ans erträumte Ziel zu gelangen. Da kam die Annexion und machte einen gewaltigen Strich durch diese Illusionen. Wiewohl durch sie nicht ein Steinchen serbischen Landes, nicht ein Titelchen serbischen Rechts angetastet wurde, erhob sich in Serbien ein Wutgezeter, als hätte die Monarchie an ihm weiß Gott welche Gewalttat verbrochen. Es rief ganz Europa zu Hilfe und behauptete ersticken zu müssen, wenn es nicht wenigstens die „Luftröhre" zum Meer erhalte d. h. die territoriale Verbindung mit Montenegro. Jahrhunderte hatte es ohne diese „Luftröhre" gelebt und war dabei nicht erstickt; jetzt plötzlich sollte sie unerläßliche Bedingung sein! Mit dieser unter einem großen Aufwand tragischer Gebärden inszenierten Atemnot hoffte es das Mitleid der Mächte zu erwecken und sie zum Einschreiten gegen Österreich-Ungarn zu bewegen.

Als diese Komödie aber nicht den erwarteten Erfolg hatte und es sich von seinen Hintermännern und Souffleuren im Stiche gelassen sah, fand es sich bemüßigt, sein Rachegeschrei wieder verstummen zu lassen und sich wie bis dahin auch weiter ohne die angeblich unerläßliche „Luftröhre" zu behelfen, die Fortsetzung des Piemont-Spielens aber für eine günstigere Gelegenheit aufzusparen.

Gewiß, Österreich-Ungarn hat Serbien durch die Annexion ehrgeizige Illusionen zerstört und es dadurch schwer getroffen; aber die Zerstörung von Illusionen, für die sich auch nicht der Schatten eines Rechtstitelchens vorbringen läßt, die im Gegenteil eine krasse Verletzung österreichisch-ungarischer Rechte zum Ziele gehabt haben, bilden denn doch kein politisches Vergehen. Ein solches läge nur dann vor, wenn die Monarchie durch die Annexion die Intregrität

Serbiens verletzt hätte. Da sie ihm aber tatsächlich kein Härchen dabei gekrümmt hat, trotzdem sie von ihm in geradezu unerhörter Weise herausgefordert worden ist, so kann von irgendwelcher Schuld Österreich-Ungarns Serbien gegenüber noch weniger die Rede sein als gegenüber dem Berliner Vertrage und der Türkei.

4.

Wozu dann aber der ganze Lärm? Welchen Anlaß hatten die Mächte der Triplealliance sich über die Annexion so furchtbar aufzuregen? Woher plötzlich diese Überfeinfühligkeit ihres Rechtsempfindens? Dieses Übermaß an Altruismus? Diese rührende Besorgnis um das Wohl der Türkei?

Gerade sie schienen am wenigsten dazu berufen, die Anwälte der Pforte zu spielen; war's doch noch gar nicht so lange her, daß sie sich um die Integrität der Türkei erheblich weniger besorgt gezeigt hatten: weder England hatte Bedenken getragen, von Ägypten Besitz zu ergreifen noch Frankreich von Tunis. Sie griffen zu, ohne die Vollmacht Europas zu haben wie Österreich-Ungarn zur Okkupation Bosniens. Freilich haben sie diese Gebiete nicht annektiert sondern bloß okkupiert; aber kein vernünftiger Mensch wird erwarten, daß sie sie je wieder der Türkei zurückstellen werden, ebensowenig wie man das von Österreich-Ungarn hinsichtlich Bosniens erwartet hat. Und wenn für sie einmal die Notwendigkeit eintreten wird, Farbe zu bekennen, wie sie für die Monarchie im Jahre 1908 eingetreten ist, dann werden sie ebensowenig zögern diese Länder als ihr Eigentum zu erklären, als die Monarchie es mit Bosnien-Herzegowina getan hat.

Was aber Rußland betrifft, so hat sich dieser alte Erb- und Erzfeind der Türkei in der Rolle ihres Beschützers

geradezu komisch ausgenommen, und man muß über die eiserne Stirn seiner Staatsmänner staunen, die es ihnen ermöglichte als Anwälte derselben Türkei aufzutreten, deren Fortrümmerung stets die Absicht, deren Hauptstadt immer das Ziel der russischen Politik gewesen ist, ein Ziel, das zu erreichen gerade die Macht sie verhindert hatte, gegen die sie die Türkei jetzt „beschützen" wollten ...

Nein, so unerlaubt naiv konnte niemand sein, die feindselige Haltung der Triplealliance-Mächte gegen Österreich-Ungarn auf altruistische Motive zurückzuführen; die Maske saß ihnen zu schlecht ...

Was also war die wirkliche Ursache ihres Kesseltreibens gegen die Monarchie? ...

Bei Rußland ließ sie sich noch am leichtesten verstehen; da war's eben die alte Rivalität um die Vorherrschaft auf dem Balkan, die in der Annexion einen bequemen Vorwand zu haben glaubte, der Monarchie eine Niederlage beizubringen, wenn auch nur eine diplomatische.

Was aber konnte England und Frankreich gegen die Monarchie so gehässig stimmen? Gegen die Monarchie, die ihnen doch niemals ein Hindernis in den Weg gelegt hatte, wenn sie darauf ausgingen, ihren territorialen Besitzstand zu erweitern, die ihnen auf dem Weltmarkte doch keine gefährliche Konkurrenz machte? ...

Nun, man dürfte nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die Anfeindungen der beiden Westmächte im Grunde nicht wie die Rußlands der Monarchie selbst gegolten haben sondern vielmehr Deutschland. Österreich-Ungarn hat man genannt, aber das Deutsche Reich hat man gemeint. Dieses selbst anzugreifen, wäre ein zu großes Wagnis gewesen, es war zu stark; so wollte man es denn in seinem Verbündeten treffen, wollte diesen in einen Balkankrieg verwickeln, da-

durch schwächen und als Bundesgenossen unschädlich machen, um Deutschland so zu isolieren.

England hatte zu diesem Zwecke schon seit geraumer Weile seine traditionelle österreichfreundliche Politik verlassen und auf dem Balkan ein antagonistisches System etabliert, das in der Gestalt eines „Balkankomitees" die Aufgabe hatte, die slawischen Staaten daselbst zu einem gegen die Monarchie gerichteten Bunde zu vereinigen, um dadurch deren Einfluß im europäischen Orient zu brechen und zu verhindern, daß sie dort als Pionier Deutschlands tätig sei.

Als dann im Hochsommer 1908 der Versuch König Eduards, Österreich-Ungarn dem Deutschen Reich abspenstig zu machen, fehl schlug, gab der Ärger hierüber der englischen Politik gegen die Monarchie noch den Charakter einer Erbitterung, die nicht mehr bloß Deutschland galt ...

Ebensowenig oder noch weniger als England hatte Frankreich Ursache, Österreich-Ungarn anzufeinden. Daß es dies dennoch tat, geschah wohl hauptsächlich aus Solidaritätsgründen wegen seiner beiden Verbündeten*).

Was den Antagonismus gegen die Monarchie noch steigerte, war deren unerwarteter Widerstand. An ihr gewohnt, daß sie allen Konflikten ängstlich aus dem Wege ging und sich nie eine abweichende, selbständige Meinung erlaubte, war man ihrerseits auf keine ernste Opposition gefaßt gewesen und hatte sich wahrscheinlich der Hoffnung hinge-

*) Daß die von Frankreich während der Annexionskrise gegen die Monarchie gerichtete Politik nicht mit den politischen Anschauungen übereinstimmte, die man sonst dort hinsichtlich Österreich-Ungarn als maßgebend zu betrachten pflegt, dafür spricht die Rede Deschanels, die er am 19. Nov. 1903 in der Kammer gehalten und in der er erklärt hatte, daß jede Schwächung Österreich-Ungarns eine Schwächung Frankreichs bedeute; Österreich-Ungarn sei der Schlußstein Europas.

geben, wenn man etwas mit dem Säbel rassle, werde sie sich einschüchtern lassen und nachgeben. Aber siehe da! Das Mittel verfing nicht. Der sonst so gemütliche Allerweltsfreund machte diesmal nicht höflich Platz, der bequeme Jasager erlaubte sich ein sehr entschiedenes Nein zu sagen. Und er setzte dazu eine Miene auf, die keinen Zweifel daran ließ, daß er bereit war, das, was er für sein gutes Recht hielt, nötigenfalls auch mit blanker Waffe zu verteidigen. Er zeigte sich weder gewillt, Serbien die bewußte „Luftröhre" abzutreten, noch ließ er sich dazu herbei, die Annexion dem Gutachten eines europäischen Areopags zu unterwerfen, um sie nachträglich genehmigen zu lassen.

Dieser so unerwartete Widerstand überraschte und erbitterte, aber er imponierte auch, und angesichts der entschlossenen Haltung der Monarchie hielten es die Mächte der Triplealliance nach einigen mißlungenen Sturmläufen doch für ratsam, wieder abzuwiegeln, zumal da hinter ihr, gleichfalls die Hand am Schwerte, das mächtige Deutsche Reich stand. Der vereinten Kraft dieser beiden gegenüber aber fühlten sie sich nicht gewachsen. So bliesen sie denn trotz ihrer Überzahl zum Rückzug und verstanden sich dazu, die Annexion, die sie eben noch als frevelhaften Rechtsbruch gebrandmarkt hatten, als vollendete zu recht bestehende Tatsache anzuerkennen; ein Zugeständnis, mit dem sie ihre früheren Entrüstungsdeklamationen in drastischer Weise Lügen straften.

5.

Österreich-Ungarn hatte damit einen diplomatischen Erfolg errungen wie seit dem Tage von Olmütz nicht, also seit länger denn einem halben Jahrhundert, einen Erfolg, der alle Welt überraschte und dadurch bedeutender erschien, als er tatsächlich war. Namentlich im Ausland schlug man

ihn hoch an und sah im Grafen Aehrenthal den Helden des Tages; ja überschwengliche Journalisten verstiegen sich sogar dazu, ihn als den Bismarck Österreichs zu bezeichnen*).

Um den Erfolg der Monarchie und das Verdienst des Grafen Aehrenthal auf das richtige Maß einzustellen, empfiehlt es sich vorerst alle Einwände zu erörtern, die man gegen seine Politik erhoben und an denen es nicht gefehlt hat.

Vor allem nicht in Österreich, diesem klassischen Lande der Nörgler und Räsoneure.

Waren es seinerzeit, bei der Okkupation, die Deutschen gewesen, die sich mit gewohnter Kurzsichtigkeit und Verständnislosigkeit dagegen auflehnten, so waren es jetzt, bei der Annexion, die Slawen der Monarchie, die gegen sie remonstrierten. Und zwar in der denkbar taktlosesten, ja zum Teil in geradezu hochverräterischer Weise. Doch soll von diesen Kundgebungen hier nicht weiter die Rede sein, denn sie gehören zur Inneren Politik, also auf ein anderes Blatt. Wohl aber muß an dieser Stelle der Vorwürfe gedacht werden, die der Jungtschechenführer Dr. Kramarč gegen den Grafen Aehrenthal erhob. Ganz im Banne seiner panslawistischen Monomanie, sprach er vor den Delegationen über die Annexion in ebenso abfälliger Weise, wie es während der Annexionskrise die Blätter der Triplealliance-Mächte getan hatten[1]). Er stellte sie als einen schnöden Rechtsbruch, eine brutale Gewalttat hin, für die es keine Rechtfertigung gebe, weder die Ersitzung noch die dreißigjährige Zivilisationsarbeit der

*) In gewissen Kreisen des Deutschen Reichs nahm diese Anerkennung allerdings die Form mißgünstigen Grolls an, indem man sich darüber beschwerte, daß Graf Aehrenthal die Führung des Dreibunds an sich gerissen und Deutschland ins Schlepptau genommen habe; eine Behauptung, die den Tatsachen aber keineswegs entsprach.

Monarchie, deren Wert überdies fragwürdig sei, noch auch den Zwang der politischen Verhältnisse; wenn man aber einen solchen annehmen wolle, so sei er nur die Folge der verkehrten Balkanpolitik der Monarchie gewesen. Durch die Annexion habe Graf Aehrenthal den Draht nach Petersburg zerrissen, die Verbindung sei nur mehr über Berlin möglich; dort werde man daher künftig die Politik Österreich-Ungarns machen, nicht in Wien. Das bedeute eine Tragödie für alle Slawen der Monarchie, für ihn selber aber eine Katastrophe seiner ganzen Lebenspolitik. Und nicht nur für ihn, sondern auch für Graf Aehrenthal, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht habe, zwischen Wien und Petersburg gute Beziehungen herzustellen, und nun durch die Annexion sein eigenes Werk zerstört habe. Man habe Rußland ohne Grund vor den Kopf gestoßen, denn es sei ihm nicht entfernt in den Sinn gekommen, die Monarchie zu bekriegen, es sei vielmehr in einer Weise „enerviert", daß nirgend in der Welt eine solche Abneigung gegen den Krieg bestehe, wie dort . . . Daß ein Bündnis mit einem derartig geschwächten Staate für die Monarchie keineswegs verlockend sein kann, daß er dadurch seine eigene Schwärmerei für dieses Bündnis ad absurdum führte, das hatte Dr. Kramarč in der Hitze des rhetorischen Gefechts augenscheinlich übersehen...

Hätte er gegen die Politik des Grafen Aehrenthal nichts anderes vorgebracht als diese Jeremiade auf den Trümmern seiner panslawistischen Hoffnungen, so könnte man darüber einfach zur Tagesordnung übergehen, wenngleich sich darin, wie bei diesem geistvollen Mann immer, manche treffende Bemerkung fand; denn so begründet seine Vorwürfe vom panslawistischen oder neoslawistischen Standpunkt auch sein mögen, von dem des Reichs, der Gesamtmonarchie, der allein hierfür maßgebend sein kann, sind sie belanglos.

Dr. Kramarč hat aber bei der Annexionsdebatte noch einen andern Einspruch gegen die Politik Aehrenthals erhoben: den der Inkonsequenz gegenüber der Türkei, und diesen Einspruch kann man nicht kurzer Hand zurückweisen, denn zwischen dem selbstbewußten, kategorischen Ton, dessen sich das Auswärtige Amt zu Anfang der Annexionskrise der Türkei gegenüber bedient hatte, und der schwächlichen Nachgiebigkeit in deren weiterem Verlaufe hat tatsächlich ein scharfer Gegensatz bestanden; ein Gegensatz, der durch den schließlichen Rückzug der Monarchie in den Ablösungsverhandlungen und durch ihre ohnmächtige Duldung des Boykotts ihrer Schiffe in einer für sie wahrhaft beschämenden Weise illustriert worden ist. Nun trifft die Hauptschuld an dieser schweren Schädigung ihres Ansehens und ihrer Handelsinteressen allerdings im Grunde nicht den Grafen Aehrenthal sondern die kurzsichtigen Nörgler und Knicker in den beiden Parlamenten, die der Flotte Jahrzehnte hindurch verweigert hatten, was ihr gebührte, so daß sie, durch die feindselige Haltung Italiens genötigt, in voller Zahl in der Adria versammelt zu bleiben, ganz außerstande war, den Handelsschiffen den erforderlichen Schutz zu gewähren und die dem Prestige des Reichs angetane Unbill entsprechend zu ahnden.

Aber trotzdem ist Graf Aehrenthal nicht von jeder Schuld freizusprechen: er hätte diesem ihm ja doch wohlbekannten Übelstande eben Rechnung tragen und dem Boykott vorbeugen müssen; er hätte zu Beginn der Verhandlungen mit der Pforte nicht so kategorisch Nein sagen dürfen, wenn er nicht sicher war, daß er später nicht gezwungen sein werde Ja zu sagen und die endgültige Erwerbung Bosniens und der Herzegowina bar zu bezahlen. Größere Vorsicht wäre seinerseits um so mehr geboten gewesen, als er

durch die unselige Konvention vom 21. April 1879 ja bis zu einem gewissen Grade gebunden war und durch die freiwillige Rückgabe des Sandschaks von Anbeginn den Standpunkt der Entschädigung eingenommen, damit also noch vorhandene Rechtsansprüche der Pforte stillschweigend zugegeben hatte.

Graf Aehrenthal könnte diesem Vorwurf gegenüber freilich einwenden, daß er diese Entwicklung der Dinge nicht habe voraussehen können, im übrigen aber darauf verweisen, daß es nur seiner Nachgiebigkeit zu danken sei, daß die Pforte sich von der Triplealliance wieder ab- und dem Dreibunde zugewendet habe, was für diesen im Fall eines Balkankrieges von größtem Werte sein würde.

Graf Aehrenthal hätte mit dieser Replik so unrecht nicht; ein Staatsmann kann wirklich nicht allwissend sein, und die militärische Hilfe der Türkei ist gewiß nicht zu unterschätzen; aber mit einer empfindlichen Demütigung und 54 Millionen Kronen scheint sie denn doch etwas zu hoch bezahlt zu sein . . .

6.

Ein anderer Vorwurf, den man gegen den Grafen Aehrenthal erhob und der nicht nur aus dem slawischen Lager kam sondern namentlich aus dem sozialistischen und pazifistischen, war der, er habe Abenteuer-Politik getrieben; die Annexion sei ein gefährliches Wagnis gewesen, das die Monarchie leicht hätte in einen folgenschweren Krieg verwickeln können. Überdies habe er den Zeitpunkt dazu höchst unglücklich gewählt . . .

Ein Wagnis ist die Annexion nun freilich gewesen, das läßt sich nicht bestreiten und ebensowenig, daß die Gefahr eines europäischen Krieges nicht ausgeschlossen war. Aber

wie überhaupt im Leben so gilt es ganz besonders in der Politik: wer nichts wagt, gewinnt auch nichts. Die ganze Politik ist im Grunde genommen ja nichts anderes als ein gefährliches und kompliziertes Va banque-Spiel; gefährlich darum, weil die Einsätze immer mehr oder weniger hohe sind und weil das Spielmittel aus Imponderabilien besteht. Ein Staatsmann, der nicht den Mut hat, dieses Spiel zu wagen, wird auch niemals nennenswerte Erfolge erzielen. Das hat Bismarck bewiesen: sowohl 1866 als 1870 hat sein Ruf und Deutschlands Zukunft auf den Spitzen der preußischen Bajonette balanciert. Hätten diese seine Erwartungen nicht erfüllt, so wär' er nicht der große Mann geworden, als den ihn die ganze Welt bewundert, sondern würde sein Leben wie ungezählte andere Minister a. D. in ruhmloser Verborgenheit beschlossen haben. Der Erfolg allein ist's eben, der den Ruf eines Staatsmannes bestimmt. Das mag für die ideale Auffassung historischer Größe betrüblich sein, aber es ist nun einmal so ...

Graf Aehrenthal nun hat in diesem Falle den Erfolg für sich gehabt: der befürchtete europäische Krieg ist nicht ausgebrochen, das Wagnis ist geglückt ...

Was aber den Zeitpunkt der Annexion betrifft, so hat Graf Aehrenthal diese Wahl vor den Delegationen in folgender Weise begründet:

„Bestimmend für diesen Entschluß war die Einführung der Konstitution in der Türkei und das unzweifelhafte Vorhandensein einer auf die Lostrennung der beiden Provinzen von der Monarchie gerichteten, vom Auslande aus genährten und unterstützten Bewegung. Die an diese beiden Tatsachen geknüpften Erwägungen ließen die Klarstellung der völkerrechtlichen Situation Bosniens und der Herzegowina als unabweisbare Notwendigkeit erscheinen, und diese Be-

weggründe haben auch heute bei retrospektiver Betrachtung nichts von ihrer zwingenden Kraft verloren."

Damit hat Graf Aehrenthal den von ihm zur Annexion gewählten Zeitpunkt durchaus gerechtfertigt. Er durfte die Erstarkung der Türkei, die infolge der glücklichen Aktion der jungtürkischen Partei damals als leicht möglich angesehen wurde, nicht abwarten, sondern mußte rasch zugreifen, bevor die Pforte daran denken konnte, wegen Bosniens einen Waffengang mit Österreich-Ungarn zu wagen. Er durfte diesen Schritt um so eher tun, als er sich vorher der Zustimmung Rußlands versichert hatte, die in Buchlau aktenmäßig festgestellt worden ist und die Herr von Iswolsky auch nicht abzuleugnen vermochte. Daß dieser trotzdem den Souffleur Serbiens spielen und hinterdrein gegen Österreich-Ungarn intrigieren werde, hat er nicht wissen können. Man kann vielleicht einwenden, der richtige Staatsmann müsse eben auf alle kommenden Ereignisse gefaßt sein, soweit sie im Bereiche der Möglichkeit liegen, müsse sie durch Intuition vorausahnen; aber damit wäre noch keineswegs bewiesen, daß Graf Aehrenthal diese Voraussicht nicht gehabt habe; es ist im Gegenteil sehr wohl möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß er mit dieser Möglichkeit gerechnet hat, ohne sich dadurch aber beirren zu lassen, weil er anderseits auch mit der Tatsache rechnen durfte, daß Rußland damals völlig außerstande war einen Krieg zu wagen.

Der von mancher Seite als ungeschickt gewählt verurteilte Zeitpunkt der Annexion ist demnach offenbar just der richtige gewesen, den Graf Aehrenthal benutzen mußte, weil sonst die Gefahr bestand, daß er ihm für immer entschwinde. Und er hätte ihn auch dann benutzen müssen, wenn die von ihm als mitbestimmend bezeichnete großserbische Propaganda gegen die Monarchie tatsächlich nicht vorhanden gewesen

wäre, wie dies von panslawistischer Seite behauptet wurde. Die Rücksicht auf die Vorgänge in der Türkei genügten allein dazu, seinen Schritt vollauf zu rechtfertigen.

7.

Stärker als alle die bisher erörterten Vorwürfe gegen die Politik des Grafen Aehrenthal fällt die Unvollständigkeit seines Erfolges gegenüber Serbien ins Gewicht. Jedes politisch nur einigermaßen geschulte Auge mußte erkennen, daß die Lösung des Konflikts zwischen der Monarchie und diesem Balkanstaate keine endgültige sondern bloß eine provisorische gewesen ist, und nirgends hat man dies unwilliger und bitterer empfunden als in den Kreisen, in denen man für die Ehre des Reichs am wärmsten fühlt, vor allem also in der Armee. Es wäre jedoch irrig, etwa zu glauben, diese Verstimmung sei lediglich durch die Leutnantsperspektive und durch Avancementhoffnungen bedingt worden. Nicht nur, weil die Kampf- und Ruhmlust mutiger und ehrgeiziger Offiziere dadurch unbefriedigt geblieben und die Armee darum gekommen, sich billige Lorbeeren zu pflücken, nicht nur darum ist das Verhalten des Grafen Aehrenthal in diesen Kreisen getadelt worden, sondern weil er die Gelegenheit versäumt hat, mit Serbien und Montenegro endgültig abzurechnen und reinen Tisch zu machen; eine Gelegenheit, die so günstig wahrscheinlich nie wieder kommen wird. Anlaß einzuschreiten hätten diese beiden Gegner, zumal Serbien, der Monarchie doch im reichsten Ausmaße gegeben, denn es ist wohl noch kaum je geschehen, daß Kleinstaaten solcher Art sich einer Macht vom Range Österreich-Ungarns gegenüber einen so anmaßenden und aufreizenden Ton, eine so herausfordernde Haltung erlaubten wie diese beiden. Wenn Österreich-Ungarn damals zum

Schwerte gegriffen und Serbien darüber belehrt hätte, daß man es nicht ungestraft beleidigen dürfe, wer hätte es daran hindern können? . . .

Rußlands Drohungen brauchte es nicht zu fürchten, denn dieses war außerstande sie zu verwirklichen; der Kampf mit Japan lag ihm noch in allen Gliedern, und der Säbel, mit dem es so kriegerisch rasselte, war rostig und schartig. Dadurch war die Monarchie aber ihres gefährlichsten Gegners ledig.

Kaum viel ernster war die Gefahr, die der Monarchie von Italien her drohte, weil dieser wunderliche Bundesgenosse, so feindselig er sich auch gebärdete, noch zu sehr unter dem erschütternden Eindruck der Katastrophe von Messina stand, die neue Geld- und Menschenopfer nicht ratsam erscheinen ließ. Ebensowenig durfte man in Konstantinopel daran denken, Österreich-Ungarn in den Arm zu fallen, wenn man nicht die ganze noch allzu neue Herrlichkeit des Jungtürkentums aufs Spiel setzen wollte; drohten ihm doch von allen Seiten schwere Gefahren, von Bulgarien und Griechenland, von den Albanesen und Arabern, nicht zu reden von den zahlreichen Anhängern des alten Systems ...

Niemand hätte Österreich-Ungarn somit zu hindern vermocht, mit Serbien abzurechnen, und die Kreise, die damals hierzu rieten und es dann tadelten, daß es nicht geschehen war, hatten damit keineswegs eine unbedachte Husarenpolitik betrieben, sondern im Gegenteil recht wohl gewußt, was sie wollten . . .

Man hat gegen diese Politik allerdings eingewendet, sie hätte viel Blut und Geld gekostet und die Gefahr eines europäischen Krieges heraufbeschworen; Graf Aehrenthal habe durch seine vorsichtige, kluge Zurückhaltung und Langmut der Sache des Friedens einen unschätzbaren Dienst er-

wiesen und nicht nur Österreich-Ungarn sondern ganz Europa vor den unabsehbaren Leiden und Schrecken eines allgemeinen Krieges bewahrt.

Aber so richtig dies an sich auch sein mag, so muß man anderseits wieder bedenken, daß Zurückhaltung und Langmut doch gewisse Grenzen haben, über die hinaus sie nicht gehen dürfen, ohne die eigene Würde zu gefährden; man muß ferner erwägen, daß die Gefahr eines europäischen Krieges damals durchaus nicht so groß gewesen ist, als es dem Lärm der austrophoben Presse nach den Anschein gehabt hat, denn die Gegner der Monarchie waren, wie vorhin gezeigt worden ist, keineswegs kriegsbereit und hatten triftige Gründe einen Waffengang zu vermeiden. Und was die Hauptsache ist: es bleibt sehr fraglich, ob Graf Aehrenthal durch seine Zurückhaltung Österreich-Ungarn auch wirklich einen so großen Dienst erwiesen hat? . . .

Mochte diese übergroße Langmut auch der Pforte gegenüber angemessen gewesen sein, Serbien gegenüber war sie es nicht. Sie würde sich nur dann haben rechtfertigen lassen, wenn die Annexionskrise mit einer völligen Bereinigung der zwischen der Monarchie und Serbien bestehenden Meinungsverschiedenheiten geendet hätte. Das ist aber durchaus nicht der Fall gewesen, im Gegenteil, es ist ein dunkler Bodensatz zurückgeblieben, der die bösen Keime zu neuen Zwistigkeiten enthält. Die Miene, die Serbien zur Schau trug, als es, der Not gehorchend, endlich den Köcher verschloß, dem es die gegen die Monarchie so reichlich abgesendeten Giftpfeile entnommen hatte, war ganz und gar nicht demütig, und aus den Kommentaren, mit denen die serbische Presse die erzwungene Entschuldigungsnote an Österreich-Ungarn versah, klang die Erbitterung über diesen Rückzug so unverhohlen,

daß dieses Schriftstück zur Farce wurde und viel Nachsicht dazu gehörte, es ernst zu nehmen.

Niemand konnte demnach daran zweifeln, daß Serbien diesen Zwist keineswegs als erledigt ansah, sondern die Austragung nur auf eine bessere Gelegenheit verschob. Durch die Annexion hatte Österreich-Ungarn bloß Serbiens Haß geweckt; durch seine Umkehr vor der Entscheidung aber hat es ihm Gelegenheit gegeben, diesen Haß zur Tat werden zu lassen. Der Krieg, vor dem Graf Aehrenthal Europa während der Annexionskrise bewahrt hat, kann nicht als aufgehoben betrachtet werden, sondern bloß als aufgeschoben. Damals hätte die Monarchie die Differenzen mit Serbien zu einem Zeitpunkt austragen können, der ihr zusagte; dereinst wird es dies zu einem Zeitpunkt tun müssen, der Serbien und dessen Hintermännern genehm ist. Österreich-Ungarn hat da eben wieder einmal die richtige Gelegenheit zu handeln versäumt, und diese Erkenntnis wirft einen dunkeln Schatten auf den Glanz des Annexionserfolges.

Man täte dem Grafen Aehrenthal jedoch vermutlich unrecht, wollte man ihm allein die Schuld an dieser Unterlassungssünde geben, es ist im Gegenteil sogar nicht undenkbar, daß seine Nachgiebigkeit gegenüber Serbien nicht oder doch nicht ganz seinem eigenen Ermessen zuzuschreiben ist sondern vielmehr Einflüssen, die schwerer ins Gewicht fielen als sein eigener Wille ...

8.

Das dem Grafen Aehrenthal von seinen Gegnern vorgehaltene Sündenregister kann nicht geschlossen werden, ohne daß auch noch einer Beschuldigung gedacht werde, die, abweichend von den andern Vorwürfen, ausschließlich den Mitteln gegolten hat, deren sich Graf Aehrenthal bedient

habe, um die Annexion ins Werk zu setzen. Als Wortführer dieser nicht nur gegen die politische, sondern auch gegen die moralische Persönlichkeit des Ministers gerichteten Vorwürfe trat der tschechische Abgeordnete Dr. Masaryk auf. Er stellte jenen als einen perfiden Macchiavell hin, der vor keinem Mittel zurückschrecke, wenn es sich darum handle, sein Ziel zu erreichen, als einen diplomatischen Falschmünzer, der mit gefälschten Akten operiere und unschuldige Leute des Hochverrats zeihe. Er beschuldigte den Minister, die großserbischen Umtriebe gegen die Monarchie, die er als Mitgrund für die Annexion angegeben hatte, bloß erfunden zu haben, um einen plausibeln Vorwand dafür zu besitzen. Zu diesem Zwecke habe er kein Bedenken getragen, sich gefälschter Dokumente zu bedienen, wozu ihm der k. u. k. Gesandte in Belgrad, Graf Forgách, behilflich gewesen sei. Die unter dessen Leitung angefertigten Papiere sollten den Beweis dafür erbringen, daß unter den Südslawen der Monarchie eine gegen diese gerichtete großserbische Propaganda bestanden habe. Professor Masaryk stützte sich bei dieser Beschuldigung auf die negativen Ergebnisse des Hochverratsprozesses in Agram und des sogenannten „Friedjungprozesses" in Wien, bei denen sich tatsächlich herausgestellt hatte, daß die Beweisstücke für die von Graf Aehrenthal behaupteten hochverräterischen Umtriebe gefälscht gewesen waren[2]).

Graf Aehrenthal wies diese Verdächtigung mit Entrüstung zurück und bestritt auch mit schärfstem Nachdruck, daß Graf Forgách bei den Fälschungen seine Hand im Spiele gehabt und mit dem Fälscher, einem dunkeln Ehrenmanne namens Vasic, irgendwelche Beziehungen unterhalten habe.

Professor Masaryk beharrte jedoch auf seiner Behauptung und erklärte sie auch beweisen zu können. Er blieb

einen vollgültigen Beweis dafür aber ebenso schuldig wie der Minister für das Gegenteil, so daß Behauptung gegen Behauptung stand und die Öffentlichkeit über die Wahrheit nach wie vor im unklaren blieb.

Jedenfalls aber darf als sicher angenommen werden, daß Graf Aehrenthal sich keiner Fälschung schuldig gemacht hat, vielmehr das Opfer einer solchen geworden ist und durchaus bona fide gehandelt hat; andernfalls hätte er's ganz gewiß nicht gewagt, die Dokumente an den höchsten Stellen des Reichs vorzulegen und diese bewußt irrezuführen.

Daß er sich hatte dupieren lassen, war für das Ansehen der Monarchie ja gewiß nicht ersprießlich, aber ihm daraus einen ernsten Vorwurf zu machen, wäre ungerecht, denn gegen derartige Fälschungen ist niemand gefeit, auch der gewiegteste Historiker nicht, wie die Tatsache zeigt, daß selbst ein so scharfsinniger und gewissenhafter Gelehrter wie Dr. Friedjung das Falsifikat für echt gehalten hat.

Im übrigen aber war mit der Feststellung dieser Fälschungen nicht das geringste gegen die Behauptung bewiesen, daß unter den Südslawen eine hochverräterische Bewegung bestanden habe, und wenn Professor Masaryk, wie es scheint, des Glaubens ist, er habe den Nachweis dafür erbracht, daß diese Behauptung eine leere Fiktion sei, so befindet er sich in einem Irrtum, der noch größer ist als der des Grafen Aehrenthal hinsichtlich der Echtheit der Dokumente. Eine solche Schlußfolgerung wäre ebenso falsch, wie wenn die Polizei nach einem großen Diebstahl einen Mann verhaftete, dessen Schuldlosigkeit sich später herausstellen würde, und man nun aus diesem Mißgriff folgerte, es habe überhaupt kein Diebstahl stattgefunden.

Daß von serbischen und panslawistischen Agitatoren in den annektierten Gebieten tatsächlich gewühlt worden ist

und zweifellos noch gewühlt wird, hat das Attentat gezeigt, das nach der Reise des Kaisers durch diese Länder gegen den Kommandierenden, Freiherrn von Varešanin, verübt worden ist, aber zweifellos ursprünglich einem Höheren gegolten hat*) . . .

9.

An Einwänden gegen die Annexionspolitik des Grafen Aehrenthal ist, wie man sieht, wahrlich kein Mangel gewesen. Aber mag man über diese noch so skeptisch denken; ein Verdienst kann diesem Staatsmann auch sein ärgster Gegner nicht nehmen, sofern er gerecht bleiben will: er hat der Monarchie neues Ansehen verliehen, hat ihr neues Leben eingehaucht, und das ist ein Verdienst, das die Passiven seiner Annexionspolitik voll aufwiegt. Man darf daher getrost behaupten, daß diese ohne Defizit abgeschlossen hat, ja mit einem entschiedenen Plus.

Gewiß, der Rückzug gegenüber der Pforte, die übergroße Langmut gegenüber Serbien sind für das Reich nicht eben rühmlich gewesen; aber wenn es sich diesen Gegnern gegenüber auch zu schwach, zu zaghaft gegeben hatte: den weit stärkern und gefährlichern Widersachern hat es dafür unerschrocken getrotzt, hat es in nachdrücklichster Weise gezeigt, daß es denn doch nicht das altersschwache, zerfallende, ja todesreife Staatswesen ist, für das es bis dahin allgemein gegolten hat. Und nicht bloß in den Augen des Auslandes, auch in den eigenen hat das Ansehen der Monarchie durch die Annexion gewonnen. Daß sie es gewagt hatte, gegen-

*) Eine ausführliche Darstellung der ganzen Fälschungsgeschichte und zugleich interessante Einblicke in das verdächtige Dunkel serbischer Zustände gibt die bereits erwähnte Broschüre „Österreich-Ungarn und Serbien" von Leopold Mandl.

über einer Koalition von halb Europa auf ihrem Willen zu bestehen, hat sie selber mindestens ebenso überrascht wie das Ausland.

Wie denn auch nicht! Jahrzehnte hindurch hatten ihr Presse und Parlament eingeredet, sie wäre altersschwach und unfähig, hatten sie jedes Selbstbewußtsein in ihr systematisch erstickt, jeden Versuch, sich den andern Mächten gleichzustellen, als lächerliche und verderbliche Großmannssucht verhöhnt. Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß die Monarchie dieser hartnäckigen Suggestion schließlich erlag, daß sie selber an ihre Schwäche und Minderwertigkeit glaubte, daß sie von ihren Kräften keinen Gebrauch mehr zu machen wagte und allmählich in eine tiefe, dumpfe Lethargie versank.

In diese hinein klang der kriegerische Annexionslärm wie helles Trompetengeschmetter. Da ging ein Erwachen durch das ganze weite Reich. Es begann die schweren, starr gewordenen Glieder zu regen, zaghaft, sich selber noch nicht recht trauend, und sieh da: es ging! Niemand wagte es daran zu hindern. Es hob drohend den Arm, und die Gegner gaben Raum; es griff zum Schwert, und die Gegner wichen zurück. Da erkannte es zu seiner eigenen Verwunderung, daß es weder zu alt noch zu schwach war, um in Europa eine Rolle zu spielen, die Rolle, die ihm als einer Großmacht gebührte . . . In den Herzen aller österreichischen Patrioten aber begann sich die Hoffnung zu regen, daß für ihr Vaterland nun eine bessere Zeit kommen, daß es vielleicht einer großen Zukunft entgegengehen werde . . .

Dieser Hoffnungsstrahl wurde ihnen freilich bald wieder getrübt, da das Reich auf halbem Wege wieder stehen blieb; aber sie durften sich damit trösten, daß es sich von dem lähmenden Banne jahrzehntelanger Hypnose nicht mit

einem Male befreien konnte, sie somit noch manches Rückfalls gewärtig sein mußten. Die Hauptsache bleibt, daß es aus seiner Lethargie überhaupt erwacht ist. Dafür zu sorgen, daß es auch wach bleibe, wird die Aufgabe aller sein, denen sein Wohl und seine Zukunft am Herzen liegt.

Anhang.

[1]) Aus der Rede des Dr. Kramarč über die Annexionspolitik des Grafen Aehrenthal. (Zu S. 43.)

(Gehalten am 10. Nov. 1911 in der Sitzung der österreichischen Delegation.)

„ . . . Es waren ja jetzt die Tage von Potsdam, und da ist es nicht sehr angenehm, wenn der russische Kaiser aus den Zeitungen erfährt, daß hier vom Minister des Äußern angefangen bis hinunter alle von nichts anderm sprechen, als daß sich Deutschland mit seiner ganzen Macht an die Seite Österreichs gestellt hat und daß dadurch Rußland in eine ziemlich unangenehme Lage versetzt wurde. In Petersburg freilich wurde in konservativen Kreisen, die eine gewisse Hinneigung zu Deutschland zeigen, etwas anderes behauptet. Dort wurde gesagt, daß Deutschland Rußland vor dem Kriege mit Österreich gerettet habe. Man hat ja übrigens beim Empfang des deutschen Kaisers im Rathaus soviel getan, daß es gegen den guten Geschmack wäre, noch etwas mehr zu machen. Man möge sich aber nicht in diese Dankbarkeit so hineinreden. Man habe dazu gar keine Ursache.

Vor wem hat uns denn Deutschland gerettet? Vor Serbien? Hat unsere Armee gegen Serbien nicht genügt? Vor Rußland? Rußland ist heute in einer Weise enerviert, daß nirgends in der ganzen Welt eine solche Abneigung gegen den Krieg existiert wie dort. Rußland konnte und wollte keinen Krieg führen. Oder hat uns Deutschland vor der Türkei gerettet? Das ist doch geradezu lächerlich. Daß Deutschland für alle Fälle bereit war, treu bei uns zu bleiben, das folgt doch aus dem Bündnis, dazu werden doch Bündnisse gemacht, und es gibt nur ein Bündnis, von welchem man sagt, daß es sich erst bei der Kriegserklärung oder nach der Entscheidung der ersten Schlacht bewähren werde. Es war also nicht notwendig, uns wegen dieser Dankbarkeit gegen Deutschland in eine unmögliche Stellung zu bringen. Heute, wo noch der Rausch von dem unblutigen Siege besteht, sind

wir in einer splendid isolation. Aber der Rausch wird vergehen, und dann bleibt nichts anderes übrig, als eine trostlose Isolation.

Der Minister des Äußern hat diese Politik gewiß sein ganzes Leben lang nicht gewollt. Bei aller Bündnistreue wollte er immer nur den freien Weg außer nach Berlin auch nach Petersburg. Das war sein Lebensziel, daran hat er Jahrzehnte gearbeitet, und wenn dies so war, war es mit sein großes Verdienst. Das hat er nun vollständig verloren. Was hat er dafür bekommen? Zwei Länder, die wir bereits hatten und die uns niemand auf der Welt entrissen hätte, und die Lobreden der ihm ergebenen Presse und der Delegation. Für eine andere Politik hätte er das auch bekommen. Wenn ich nicht die Empfindung hätte, daß Graf Aehrenthal der Atmosphäre der Wiener Regierungssysteme unterlegen ist, der Atmosphäre, wo Worte nicht binden, Versprechungen nicht gehalten werden und die Dankbarkeit den Kleinen und Naiven überlassen wird, würde ich das Schicksal des Grafen Aehrenthal geradezu für tragisch halten, würde ich ihn bedauern. Denn wie muß es ihm jetzt zumute sein, wenn er die Entrevue in Potsdam verfolgt und liest, was in Potsdam gesprochen wird, ob man nicht ein besseres Verhältnis zwischen Rußland und Wien schaffen könnte. Er muß das lesen, der sein ganzes Leben daran gearbeitet hat, das Verhältnis zu Petersburg auf das innigste zu gestalten und direkt mit Petersburg reden zu können, wo er es nun dahin gebracht hat, daß wir mit Rußland über Berlin sprechen müssen. Jahrelang hat Graf Aehrenthal an dem Drahte nach Petersburg geschmiedet, bis er fest und äußerlich unzerreißbar wurde. *Nun ist der Draht für immer zerrissen. Das ist tragisch für Graf Aehrenthal, aber auch höchst gefährlich für das Reich.* Das wird nicht dadurch gut gemacht, was jetzt mit so viel Aplomb betrieben wird, durch das sogenannte gute Verhältnis zur Türkei; wenn es wirklich gelingen sollte, was die deutsche und österreichische Politik will, die Türkei an Österreich enger anzuschmieden und sie in ein Bundesverhältnis zu bringen, so wäre das die größte Gefahr für den europäischen Weltfrieden . . .

. . . Durch die fundamentalen Änderungen unserer Politik ergeben sich also Perspektiven, die nicht rosig sind. Haben wir aber wenigstens das gemacht, was wir wollten? Bekamen die Bosnier das Recht voller Bürger in dieser Monarchie? Mit nichten. Unsere starke Armee war wohl imstande, Bosnien zu erobern und zu erhalten; aber wir haben nicht die innere Kraft, Bosnien vollständig zu assimilieren.

Die Schwärmereien vom Trialismus sind begraben in den Wahlen, die Graf Khuen durchgeführt hat. Im übrigen verhalten sich auch die Bosnier selbst nicht gerade freundlich zu dieser Idee. So wird Bosnien staatsrechtlich immer ein Mißgebilde bleiben ...

Ich bin ein ganz gewöhnlicher bescheidener Abgeordneter, aber ich bin so unbescheiden, ein gewisses Lebensziel und eine gewisse Lebenspolitik zu haben. Das, was durch die Annexion eingetreten ist, war katastrophal für meine Lebenspolitik. Ich wollte alles aufbieten, was in meinen schwachen Kräften lag, um mitzuhelfen, daß mein Volk glücklich und groß werde in einem freien, mächtigen, von allen geachteten Österreich. In diesem Österreich — das wollte ich — sollten auch wir eine mitentscheidende Rolle haben, namentlich in der auswärtigen Politik. Ich habe es immer schwer empfunden, daß, wenn man von Österreich gesprochen hat, man immer nur von den Deutschen und Magyaren gesprochen hat, als ob die große Majorität der Slawen, die eigentlich die größten Opfer tragen muß, nicht vorhanden wäre. Nun ist aber — und keine schönen Redereien werden mich von etwas anderm überzeugen — an eine ganz unabhängige Politik der Monarchie nicht mehr zu denken, weil wir keinen Ausweg haben als den nach Berlin. Berlin wird unsere Politik machen, nicht wir, weil Berlin die traditionellen Beziehungen zu Petersburg hat und wir zur traditionellen Gegnerschaft gekommen sind. Die Gegnerschaft Berlins gegen die Westmächte sperrt uns den Weg zu Frankreich und England, und wir haben zu diesen Mächten nichts andres als einen vollständig unschuldigen, konsequenzenlosen Flirt mit gutmütigen Botschaftern. Die traditionelle Gegnerschaft Rußlands gegen uns war nicht leicht zu besiegen. Graf Aehrenthal könnte Bände darüber sprechen.

Nur ein slawenfreundliches Österreich, in welchem die Slawen mit den andern Völkern mitentscheiden können, in welchem nicht nur die Deutschen und Magyaren entscheiden, könnte eine Wandlung in der öffentlichen Meinung Rußlands zustande bringen. Das waren die Bestrebungen des Neoslawismus. Das ist leider durch die Annexion zunichte geworden, und der Draht geht auf Berlin durch lange und lange Zeit, und wir werden genötigt sein, mit Petersburg über Berlin zu sprechen. Für eine aktive Teilnahme der Slawen an einer solchen Politik ist kein Platz. Das ist die Tragik der Ereignisse für die Slawen. Wir haben keine Hoffnung, ins volle Licht zu kommen, wir werden immer nur im Schatten bleiben, nicht mitspielend; und die auswärtige Politik

wird nur für die Deutschen und Magyaren gemacht. Denken Sie sich, was das für die slawischen Völker bedeutet, wenn sie wissen, daß sie nie vollgültig sein werden, nie mitbestimmend über die Geschicke des Reiches, daß sie also nichts sein können als Bürger zweiter Ordnung, ein notwendiges Übel. Die Konsequenzen dessen auszudenken, überlasse ich den verantwortlichen Faktoren. Ich kann nichts tun, als mit schwerem Herzen zu konstatieren, daß ich jedes Vertrauen zu unserer auswärtigen Politik verloren habe und daher genötigt bin, gegen den Voranschlag des Ministeriums zu stimmen."

[2]) Der Hochverratsprozeß in Agram und der „Friedjungprozeß". (Zu S. 53.)

Mit diesen zwei Prozessen hatte es folgende Bewandtnis:

Die Kroatische Regierung hatte unter Banus Baron Rauch gegen 53 Mitglieder der serbisch-kroatischen Koalition einen Hochverratsprozeß angestrengt, bei dem sich jedoch herausstellte, daß der Banus das Opfer von Betrügern gewesen war, da sich die von ihm verwendeten vermeintlichen Beweisstücke als Fälschungen erwiesen. Dieser Ausgang der Verhandlung hinderte den bekannten Historiker Dr. Friedjung aber nicht, das Vorhandensein einer gegen den Bestand der Monarchie gerichteten hochverräterischen Bewegung im Schoße der serbisch-kroatischen Koalition zu behaupten und den Nachweis dafür in der „Neuen freien Presse" zu führen. Unabhängig von Dr. Friedjung tat Dr. Funder dasselbe in der von ihm herausgegebenen „Reichspost". Die beschuldigten Mitglieder der serbisch-kroatischen Koalition erhoben nun die Ehrenbeleidigungsklage gegen Dr. Friedjung und Dr. Funder, die im Dezember 1909 zur Verhandlung kam. Im Verlaufe dieses Prozesses, der zu ungeheurem Umfang anzuschwellen drohte, stellte sich heraus, daß die beiden Angeklagten wie vor ihnen der Banus von Kroatien von einem Schwindler namens Vasić zum besten gehabt worden waren, denn das von ihnen als wichtigster Beleg angesehene Dokument entpuppte sich als eine grobe Fälschung. Damit nahm der Prozeß wider alles Erwarten ein vorzeitiges Ende. In Serbien und bei allen Gegnern der Monarchie herrschte darob heller Jubel, denn man sah in diesem negativen Ergebnis des Prozesses eine Niederlage der k. u. k. Regierung, speziell Graf Aehrenthals, den man als den spiritus rector der gegen die serbisch-kroatische Koalition gerichteten Angriffe betrachtete.

III.

Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich.

Die erfreulichste Erscheinung in der äußern Politik Österreich-Ungarns bildet entschieden das Bündnis mit dem Deutschen Reich. Es besteht, im Gegensatze zu dem mit Italien, nicht bloß auf dem Papier, sondern in Wahrheit und stellt gewissermaßen den ruhenden Pol in der wirren Flucht der politischen Erscheinungen dar. Der überzeugendste Beweis hierfür liegt darin, daß dieses Bündnis verhältnismäßig nur mehr selten den Gegenstand publizistischer Erörterungen bildet, abermals im schärfsten Gegensatz zu dem zwischen der Monarchie und Italien; mit dem Verhältnis zweier Staaten zueinander ist es ja wie mit dem Ruf einer Frau: je weniger davon gesprochen wird, desto besser ist es ...

Das Bündnis zwischen den zwei Kaiserreichen besteht nun schon mehr als dreißig Jahre, ja eigentlich sogar fast schon vierzig, denn wenn das gegenwärtige Bundesverhältnis formell auch erst vom Jahre 1879 herrührt, so haben beide Mächte im Vereine mit Rußland doch schon 1872 das sogenannte Dreikaiserbündnis abgeschlossen, so daß man die Dauer des Freundschaftsbundes zwischen ihnen mit Recht schon

von damals an datieren darf. Vierzig Jahre wollen aber in unserer so wandelbaren Zeit etwas bedeuten; um so mehr, als es natürlich keineswegs an Versuchen gefehlt hat, das Bündnis zu sprengen, woran den zahlreichen Feinden der zwei Verbündeten sehr gelegen wäre.

Ebensowenig wie diese Versuche hat bisher die Zeit dem Bündnis etwas anzuhaben vermocht, im Gegenteil: sie hat es noch gefestigt. Der Tschechenführer Dr. Kramař, der keine Deligationssession vorübergehen läßt, ohne am österreichisch-deutschen Bündnis abfällige Kritik zu üben, hat es bekanntlich einmal mit einem „überspielten Klavier" verglichen; aber so heftig er auch darauf herumzuhämmern pflegt, es gibt noch immer einen guten Klang, und die Verstimmung ist ganz seinerseits . . .

So erstaunlich es aber ist, daß es bisher sowohl der gegnerischen Wühlarbeit, als den Einflüssen der Zeit erfolgreich getrotzt hat, vielleicht noch erstaunlicher erscheint es, daß es überhaupt zustande gekommen. Man muß sich nur vergegenwärtigen, was alles seinem Abschlusse vorausgegangen ist:

I.

Nahezu anderthalb Jahrhunderte hatten Österreich und Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland gerungen, zeitweilig wohl miteinander verbündet, aber doch immer als eifersüchtige Nebenbuhler. Und als dieser lange Zwist auf dem Schlachtfelde von Königgrätz endgültig zugunsten Preußens entschieden wurde, da schien ein freundliches Verhältnis der beiden Mächte erst recht undenkbar. Österreich war zu tief gedemütigt; der Verlust seiner Stellung in Deutschland, die schwere Schädigung seines militärischen Prestiges, die Einbuße seines letzten italienischen Besitzes: das schien

für seinen und seines Herrschers Stolz zu viel, als daß man nicht hätte annehmen müssen, es werde bei der nächsten Gelegenheit den Versuch machen, für Königgrätz Revanche zu nehmen. Aber so fern die Möglichkeit eines guten Einvernehmens zwischen Hohenzollern und Habsburg damals auch anscheinend lag, Bismarck hatte sie doch erwogen und für seine künftigen Pläne als eine unerläßliche Notwendigkeit erkannt, die beim Friedensschluß unbedingt berücksichtigt werden mußte. Wie schwer es ihm geworden ist, diese Rücksicht gegenüber seinem königlichen Herrn und dessen militärischen Beratern durchzusetzen, erzählt er in seinen „Gedanken und Erinnerungen". Und der Widerstand König Wilhelms und seiner Generale war auch sehr begreiflich. Angesichts der feindlichen Hauptstadt den glänzenden Siegeslauf zu hemmen, vor der letzten entscheidenden Schlacht ablasen zu lassen, im Falle des erhofften Sieges auf den Triumph des Einzuges in Wien zu verzichten: das war für einen ehrliebenden Herrscher, einen siegreichen Feldherrn, einen Soldaten durch und durch wie König Wilhelm eine unerhörte Zumutung, der Folge zu leisten seinerseits einer nahezu übermenschlichen Entsagungskraft bedurfte. Es muß daher fast als ein Wunder erscheinen, daß er sie schließlich doch aufgebracht hat; freilich nur unter dem Drucke der Demissionsdrohung Bismarcks.

Aber auch dieser hat dabei eine Selbstüberwindung bewiesen, die kaum geringer zu bewerten ist als die seines Herrn; nicht nur, weil ihm, als dem Urheber dieses Krieges, der Verzicht auf den Schlußtriumph, auf die Apotheose seiner Staatskunst, selber sehr schwer gefallen sein muß, sondern auch, weil er durch das feste Beharren auf seinem Standpunkt die Gunst des Königs und seine eigene staatsmännische Zukunft aufs Spiel gesetzt hat. Vor die Alter-

native gestellt, entweder dem natürlichen Drange nach äußerer Genugtuung und Befriedigung eines berechtigten Selbstbewußtseins zu folgen oder hierauf zu verzichten und überdies die eigene Karriere zu gefährden, hätte ein anderer Staatsmann der Versuchung kaum lange widerstanden und in die Fortsetzung des Krieges gewilligt, zumal da die Verantwortung im Fall eines Mißerfolges die militärischen Ratgeber des Königs getroffen hätte, die in diesem Sinne gesprochen hatten. Daß Bismarck dieser Versuchung nicht erlegen ist, bezeugt eben seine staatsmännische Größe, die mit weitem Blick in die Zukunft sah, während der König und die Generale, vom Glanz der jüngsten Vergangenheit geblendet, nur die Gegenwart vor Augen hatten.

Bismarck hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen" des Näheren ausgeführt, welche Beweggründe ihn bei seinem Verhalten gegenüber dem König geleitet hätten:

„Mir kam es für unsere späteren Beziehungen zu Österreich darauf an, kränkende Erinnerungen nach Möglichkeit zu verhüten, wenn es sich ohne Beeinträchtigung unserer deutschen Politik tun ließ. Der siegreiche Einzug des preußischen Heeres in die feindliche Hauptstadt wäre für unsere Militärs natürlich eine befriedigende Erinnerung gewesen, für unsere Politik war er kein Bedürfnis; in dem österreichischen Selbstgefühl hätte er gleich jeder Abtretung alten Besitzes an uns eine Verletzung hinterlassen, die, ohne für uns ein zwingendes Bedürfnis zu sein, die Schwierigkeit unserer künftigen gegenseitigen Beziehungen unnötig gesteigert haben würde . . . In allen Fällen aber war es von hoher Wichtigkeit, ob die Stimmung, die wir bei unseren Gegnern hinterließen, unheilbar sein würde. In dieser Erwägung lag für mich ein politischer Grund, einen triumphierenden Einzug in Wien nach napoleonischer Art

eher zu verhüten als herbeizuführen. In Lagen wie die unsrige damals war, ist es vielleicht politisch geboten, sich nach einem Siege nicht zu fragen, wieviel man dem Gegner abdrücken kann, sondern nur zu erstreben, was politisches Bedürfnis ist"*).

Und weiter heißt es hierüber:

„Österreich schwer zu verwunden, dauernde Bitterkeit und Revanchebedürfnis mehr als nötig zu hinterlassen, mußten wir vermeiden, vielmehr uns die Möglichkeit, uns mit dem heutigen Gegner wieder zu befreunden, wahren und jedenfalls den österreichischen Staat als einen Stein im europäischen Schachbrett und die Erneuerung guter Beziehungen mit demselben als einen für uns offen zu haltenden Schachzug ansehen. Wenn Österreich schwer geschädigt wäre, so würde es der Bundesgenosse Frankreichs und jedes Gegners werden; es würde selbst seine antirussischen Interessen der Revanche gegen Preußen opfern"**).

In diesen Gedanken zeigt sich das kommende Bündnis schon in deutlichen Umrissen.

Nun kann man freilich einwenden, Bismarck habe seine Erinnerungen erst ein Vierteljahrhundert nach dem historischen Tage von Nikolsburg niedergeschrieben und sei dabei, bewußt oder unbewußt, von den politischen Dingen beeinflußt worden, die sich inzwischen zugetragen hatten; er habe seine Darstellung der damaligen Vorgänge vielleicht retouchiert, um seinen prophetischen Weitblick ins wirksamste Licht zu setzen und die wahren Ursachen seiner maßvollen Zurückhaltung zu verschleiern, nämlich die ernste Besorgnis, alle die glänzenden Früchte, die er auf dem Siegeszuge des

*) Bd. II, S. 38.

**) Bd. II, S. 45.

preußischen Heeres so unerhört rasch und reichlich geerntet hatte, mit einem Male zu verlieren, wenn er sie auf eine Karte setzte und es auf eine Entscheidungsschlacht vor Wien oder bei Preßburg ankommen ließ. Die Schwierigkeiten der militärischen Operationen angesichts des großen, schwer zu bewältigenden Stroms; die gefährliche Lage des preußischen Heeres, so fern der Heimat, in seiner Verbindung mit ihr bedroht, an Zahl geschwächt und durch die Cholera schwer heimgesucht; die bedenklichen Wetterwolken, die sich, von Frankreich kommend, am Rhein zusammenballten: all das mag in erster Linie für seine Zurückhaltung bestimmend gewesen sein. Für diese Annahme spräche auch der Umstand, daß er dem italienischen General Govone gegenüber, wie dieser erzählt, bloß diese Gründe namhaft gemacht hatte und nicht die Rücksichten auf das zukünftige Verhältnis zu Österreich. Auch die von Bismarck beabsichtigte und schon begonnene Insurgierung Ungarns — Legion Klapka! — würde mehr hiermit stimmen als mit den in den „Gedanken und Erinnerungen" angegebenen Gründen.

Aber so viel diese Deutung seines Verhaltens auch für sich hat, sie vermag seine eigene Motivierung doch keineswegs zu widerlegen, denn bei einem Staatsmanne von so außergewöhnlichen Fähigkeiten wie Bismarck ist es sehr wohl denkbar, daß er tatsächlich bereits damals mit der Möglichkeit eines Bündnisses, zumindest einer Verständigung mit Österreich gerechnet hat. Das wahrscheinlichste aber ist, daß sowohl diese Rücksicht als die jedenfalls sehr bedenkliche militärische Lage Preußens ihn zu einem so maßvollen Auftreten gegenüber dem besiegten Österreich veranlaßt hat.

Mag sein Beweggrund nun dieser oder jener gewesen sein oder beides zusammen: in jedem Fall hat er dabei eine Selbstüberwindung bewiesen, die seiner staatsmännischen

Weisheit das glänzendste Zeugnis ausstellt und — worauf es hier vor allem ankommt — hierdurch das spätere Bündnis mit Österreich-Ungarn ermöglichte und vorbereitete ...

Es hat übrigens nicht viel gefehlt, so wäre das Opfer, das er sich, seinem König und dessen Heerführern damit auferlegt hatte, vergeblich gewesen:

Als der Waffengang zwischen Frankreich und Preußen immer wahrscheinlicher wurde, da schien auch für Österreich die Gelegenheit gekommen, Revanche für 1866 zu nehmen. Es drohte also just die politisch-militärische Konstellation einzutreten, die Bismarck durch jenes Opfer hatte verhindern wollen: ein Bündnis zwischen Österreich und Frankreich. Das von ihm erstrebte Bündnis Preußens mit Österreich schien damit aussichtslos, zumindest in weite Ferne gerückt. Die Gefahr war um so drohender, als sich auch Victor Emanuel geneigt zeigte, Napoleon gegen Preußen zu unterstützen, und Rußlands aktives Eingreifen zugunsten Preußens doch nicht ganz sicher war.

Aber der Kelch ging an diesem vorüber; Österreich stieß das schon halb gezückte Schwert wieder in die Scheide zurück.

Damit stand für Bismarck der Weg zur Allianz mit dem Habsburgerreiche wieder offen. Nur eines galt es für ihn noch zu überwinden: den verletzten Stolz Kaiser Franz Josephs, in dessen Seele die schwere Wunde von 1866 zweifellos noch nicht vernarbt war. Wohl mochte auch in König Wilhelm der alte Groll noch nicht verraucht sein; aber immerhin fällt es dem Sieger wesentlich leichter, dem Besiegten die Freundeshand zu bieten, als diesem sie zu nehmen. Indes Kaiser Franz Joseph nahm sie und bekundete damit die ihm eigene Kunst, vergessen zu können und seine persönlichen Gefühle dem unterzuordnen, was

er im Interesse seines Reiches für geboten hielt, eine Kunst, die er schon durch die Wahl des einst zu Tode verfehmten Grafen Andrássy zu seinem Minister betätigt hatte und die er später, namentlich den magyarischen Wünschen gegenüber, bis zur äußersten Grenze der Selbstverleugnung geübt hat.

So kam endlich das von Bismarck erstrebte Bündnis zustande; nicht als der politische Ausdruck der Völkersympathien beider Reiche sondern als das Ergebnis nüchternster Staatsraison und nur ermöglicht durch die kombinierte Entsagungskraft seines Urhebers und der beiden Herrscher.

Außer Österreich hatte Bismarck auch Rußland für das Bündnis gewonnen, um für einen etwa möglichen zweiten Krieg gegen Frankreich nicht nur in der Flanke, sondern auch im Rücken gedeckt zu sein. Es waren übrigens auch monarchische Interessen, die ihn dabei leiteten, denn er sah in diesem Dreikaiserbündnis ein wirksames Gegengewicht gegen die zersetzenden demokratischen und revolutionären Tendenzen der Zeit*).

Das Bündnis sollte nicht von langer Dauer sein. Die Vorgänge auf dem Balkan und der Gegensatz der Interessen Österreich-Ungarns und Rußlands riefen zwischen diesen zwei Mächten eine so feindselige Stimmung hervor, daß ein Verbleiben beider im Bündnis auf die Dauer unhaltbar wurde. Das Ergebnis des Berliner Kongresses, das Rußland aus einem blutigen und kostspieligen Kriege mit leeren Händen heimzukehren nötigte, ließ auch die traditionellen guten Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin erkalten. Vor die schwierige Alternative gestellt, sich an die Seite Österreich-Ungarns oder Rußlands zu stellen, wählte Bismarck nach reiflicher Überlegung die habsburgische Monarchie; nicht aus persönlicher

*) „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 229/230.

Sympathie, die ihn eher zu Rußland zog, sondern weil er diese Wahl im Hinblick auf das Deutsche Reich für die günstigere hielt und glaubte, „daß Österreich die konservative und friedliebende Richtung anzeigen würde, Rußland aber eine unsichere"*), trotzdem er die Verbindung mit diesem für die „materiell stärkere" hielt und ernste Bedenken gegen die Unberechenbarkeit der nationalen Strömungen in Österreich-Ungarn hegte, namentlich von Seite der Magyaren, deren „Husaren- und Advokatenpolitik" ihm Mißtrauen einflößte: „läßt doch auch in ruhigen Zeiten mancher Magyar sich von den Zigeunern das Lied ‚Der Deutsche ist ein Hundsfott' aufspielen"**).

Aber trotz dieser Bedenken schloß er am 7. Oktober 1879 das Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich-Ungarn ab, dessen nächster Zweck die gegenseitige Unterstützung im Fall eines Angriffes von seiten Rußlands war.

Drei Jahre später trat Italien dem Bündnisse bei, das hierdurch wieder zu einem Dreibunde wurde und als solcher noch heute besteht. Doch blieb das Verhältnis dieses Dritten im Bunde zu den zwei Kaisermächten, namentlich zu Österreich-Ungarn, selbst in der Blütezeit der Allianz, merklich kühler als zwischen jenen.

Das Jahr 1888 brachte die erste Kraftprobe für das Bündnis. Die bedrohliche Zuspitzung der Interessengegensätze zwischen Rußland und der habsburgischen Monarchie, ließ den Krieg zwischen diesen zwei Mächten fast unvermeidlich erscheinen. Aber Bismarcks berühmte Rede vom 6. Februar desselben Jahres belehrte die panslawistischen Kriegshetzer im Zarenreich in unzweideutiger Weise darüber,

*) „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 342.
**) „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 234.

daß dieses im Fall eines Angriffs auf Österreich-Ungarn es auch mit dem Deutschen Reiche zu tun bekäme, und diese bedenkliche Perspektive bewog sie wieder abzuwiegeln.

2.

Zwei Jahre später schied Fürst Bismarck aus dem Amte. Aber sein Werk, der Dreibund, blieb; ja man dürfte kaum fehlgehen, wenn man annimmt, das Verhältnis zwischen den beiden Kaisermächten sei eben hierdurch eher noch fester geworden. Für jene eingefleischten Österreicher, die man als „Schwarzgelbe" zu kennzeichnen pflegt, hatte der Name Bismarck nun einmal einen fatalen Klang, der die bittersten Erinnerungen weckte und untrennbar mit der tiefsten Demütigung verknüpft war, die Österreich je erlitten hatte. In diesen Kreisen bestand daher gegen die Person des großen Kanzlers ein unüberwindliches Mißtrauen, das einen festen Glauben an seine Bündnistreue nicht aufkommen ließ und immer auf irgendwelche Ränke seinerseits gefaßt war. Hierzu kam noch der aufdringliche Kult, den die Deutschnationalen in Österreich mit ihm trieben und der ziemlich unverblümt auf die Annexion der deutschen Provinzen Österreichs durch Deutschland hinsteuerte, was den Verdacht, Bismarck führe gegen Österreich Böses im Schilde, noch verstärken mußte, trotzdem er selber zu diesen Anbiederungen gewiß nichts beigetragen hatte und sie vermutlich als lästige Taktlosigkeiten empfand, so schmeichelhaft sie an sich für ihn auch gewesen sein mögen.

Aber nicht nur der Rücktritt Bismarcks war es, der zu noch freundlicherer und festerer Gestaltung des Bündnisses beitragen mochte, auch der Wechsel auf dem deutschen Kaiserthrone. Wohl hatte es auch der alte Kaiser Wilhelm mit seinem Verbündeten ehrlich gemeint, wie es seiner geraden,

vornehmen Gefühls- und Denkweise entsprach; gewiß hatte ihn mit Kaiser Franz Joseph eine aufrichtige Freundschaft verbunden: aber wenn die beiden Herrscher den alten Groll auch längst begraben hatten, ganz aus dem Gedächtnis tilgen ließ sich die Erinnerung an die einstige Rivalität und an den Tag von Königgrätz doch nicht; dazu hatten beide schon zu lang in der Atmosphäre dieser Eifersucht gelebt, in der sie aufgewachsen waren. Bei dem jungen Enkel des alten Kaisers aber — sein Sohn, Kaiser Friedrich, kommt hier wegen seiner kurzen Regierungszeit gar nicht in Betracht — lagen die Verhältnisse anders. Während er zu politischem Verständnis heranreifte, waren Deutschland und Österreich schon Verbündete, so daß ihm die einstige Rivalität nur vom Hörensagen und aus der Geschichte bekannt war, nicht aus eigenem Erleben und Empfinden. Seine Gefühle für die habsburgische Monarchie waren somit frei von jeder Voreingenommenheit, und da die ehrwürdige, vom Schicksal so schwer geprüfte Persönlichkeit Kaiser Franz Josephs seine warmblütige Natur offenbar mit lebhafter Sympathie, ja einer gewissen Bewunderung erfüllte, schloß er sich seinem Verbündeten ungeachtet des bedeutenden Altersunterschiedes mit einer freundschaftlichen Wärme an, wie man sie in den hohen, kühlen Regionen fürstlichen Verkehres nicht häufig zu bemerken Gelegenheit hat. Er ließ keinen Anlaß vorübergehen, dieses Gefühl in der nachdrücklichsten und auszeichnendsten Weise zu bekunden und suchte Kaiser Franz Joseph immer wieder zu persönlicher Aussprache auf.

Dadurch entwickelte sich zwischen beiden Kaisern ein überaus reger und intimer Verkehr, der auf die Beziehungen ihrer Staaten zueinander natürlich nicht ohne Einfluß bleiben konnte und ihnen ein so eng freundschaftliches Gepräge verlieh, wie es zwischen anderen Staaten nirgend besteht.

Daß diese Freundschaft nicht bloß äußerlicher Natur ist, sondern sich auch in ernsten Zeiten bewährt, hat sich in den letzten Jahren wiederholt gezeigt:

Zuerst 1906 in der marokkanischen Frage, die sich zu einem ernsten Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich zuzuspitzen drohte; einem Konflikt, der vor allem durch die von Kaiser Wilhelm so rühmend hervorgehobenen Dienste Österreich-Ungarns, des „brillanten Sekundanten", hintangehalten wurde.

Zwei Jahre später kam die habsburgische Monarchie oder, genauer gesprochen: Kaiser Franz Joseph abermals in die Lage, seinem Bundesgenossen einen Freundschaftsdienst zu erweisen, und zwar einen wesentlich größeren als den bei der Algeciraskonferenz. König Eduard hatte versucht, Österreich-Ungarn für seine Einkreisungspläne betreffs Deutschlands zu gewinnen und war abgewiesen worden.

Über diesen Versuch ist zwar nichts Offizielles verlautbart worden, es liegt demnach nichts Authentisches vor; man weiß also auch nicht, welche Überredungsmittel König Eduard dabei ins Treffen geführt, welche Gegendienste er dem greisen Herrscher in Aussicht gestellt hat. Daß es recht bedeutende gewesen sein müssen, läßt sich aber denken, wenn man erwägt, wie sehr dem englischen König daran gelegen sein mußte, Deutschlands mächtigsten Bundesgenossen für seine gegen dieses gerichteten Pläne zu gewinnen. Daß Kaiser Franz Joseph sich trotz dieser zweifellos sehr verlockenden Versprechungen in seiner Bundespflicht gegen das Deutsche Reich nicht hat beirren lassen, kann bei seiner bekannten Pflichttreue zwar nicht wundernehmen, ja mag nach den im Alltagsleben geltenden Freundschafts- und Vertragsbegriffen sogar bloß selbstverständlich erscheinen: aber man darf anderseits nicht vergessen, daß die im privaten Verkehr

herkömmlichen Begriffe sich auf die hohe Politik nur sehr bedingt übertragen lassen und daß, was im sozialen Leben einfach Untreue und Verrat wäre, dies keineswegs auch im politischen zu sein braucht, in diesem vielmehr als „Vorsicht" und „Klugheit" gelten kann. Die Grundsätze Machiavells haben in der Politik eben noch immer Geltung, und es ist kein Geringerer als Fürst Bismarck, der diese Dehnbarkeit der landläufigen Freundschafts- und Vertragsbegriffe in Schutz genommen und sich gerade im Hinblick auf Österreich hierüber folgendermaßen geäußert hat:

„Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie in dem Kampf ums Dasein auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen. Das ultra posse nemo obligatur kann durch keine Vertragsklausel außer Kraft gesetzt werden; und ebensowenig läßt sich durch einen Vertrag das Maß von Ernst und Kraftaufwand sicherstellen, mit dem die Erfüllung geleistet werden wird, sobald das eigene Interesse des Erfüllenden dem unterschriebenen Texte und seiner früheren Auslegung nicht mehr zur Seite steht. Es läßt sich daher, wenn in der europäischen Politik Wendungen eintreten, die für Österreich-Ungarn eine antideutsche Politik als Staatsrettung erscheinen lassen, eine Selbstaufopferung für die Vertragstreue ebensowenig erwarten, wie während des Krimkrieges die Einlösung einer Dankespflicht erfolgte, die vielleicht gewichtiger war als das Pergament eines Staatsvertrages . . ."

Die Treue, die Kaiser Franz Joseph seinem Verbündeten den Anerbietungen König Eduards gegenüber bewahrt hat, darf demnach nicht mit alltäglichem Maßstab

gemessen werden und ist durchaus nicht so selbstverständlich, als sie, nach diesem bewertet, erscheinen mag.

Der Dienst, den er dem Deutschen Reich hierdurch geleistet hat, ist jedenfalls ein außerordentlicher gewesen, denn seine Ablehnung hat einen bösen Strich durch die Rechnung König Eduards gemacht, die sonst so schön gestimmt hätte; im feindlichen Ring, mit dem dieser Deutschland einkreisen wollte, fehlte infolgedessen just das wichtigste Segment . . .

Schon wenige Monate später sollte Kaiser Wilhelm Gelegenheit haben, sich für diese Bundestreue seines kaiserlichen Freundes zu revanchieren. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn brachte dieses mit halb Europa in Konflikt, denn König Eduard suchte, was ihm bei Deutschland mißlungen war, nun der Donaumonarchie gegenüber durchzuführen — übrigens ganz wider die traditionell guten Beziehungen zwischen dieser und England — und damit einerseits Kaiser Franz Joseph die Absage heimzuzahlen, anderseits in Österreich-Ungarn zugleich auch Deutschland zu treffen. Eine friedliche Entwirrung der europäischen Krise schien kaum mehr denkbar: da trat Kaiser Wilhelm auf den Plan und erklärte mit vernehmlichstem Nachdruck und einer deutsamen Gebärde nach seinem Schwerte, daß Deutschland dem Bundesgenossen die Treue halten und dessen Feinden im Fall eines Angriffes mit „schimmernder Wehr" entgegentreten werde. Das wirkte, und man hielt es an der Zeit, zum Rückzug zu blasen. Österreich-Ungarn blieb unangetastet und Europa vor einem Kriege bewahrt, der leicht hätte ungeheure Dimensionen annehmen können.

Auch in diesem Falle liegt es nahe, im Verhalten Kaiser Wilhelms nur etwas Selbstverständliches zu sehen und seine Bündnistreue deshalb nicht sonderlich hoch zu

bewerten; um so weniger, als Österreich-Ungarn tatsächlich nicht so gefährdet und nicht so sehr auf Deutschlands Hilfe angewiesen war, als es den Anschein hatte. Rußland, vom japanischen Krieg und der Gärung im Innern erschüttert, war ja völlig außerstande, seine Kriegsdrohungen wahr zu machen, und Italien mußte sich, unzulänglich vorbereitet und durch die Messina-Katastrophe finanziell in Anspruch genommen, die Verwirklichung seiner Wünsche auf eine bessere Zeit versparen und sich einstweilen damit begnügen, sie bloß in Worten zu äußern . . .

Aber wenn das Eintreten Deutschlands für Österreich-Ungarn hierdurch auch in eine nüchternere Beleuchtung gerückt wird, als in der man die vielbesprochene „Nibelungentreue" sonst dargestellt zu sehen pflegt, so täte man doch sehr unrecht, diese darum geringer einzuschätzen; sie muß im Gegenteil um so höher bewertet werden, als im Deutschen Reich zu jener Zeit Strömungen vorhanden gewesen sind, die die Politik nach einer anderen Richtung zu drängen suchten und die namentlich in den „Hamburger Nachrichten", dem ehemaligen publizistischen Organ Bismarcks, ihr Sprachrohr fanden. Getreu den Sympathien des großen Kanzlers für Rußland und getreu seinem Grundsatz, daß die Vorgänge auf dem Balkan nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert seien, hat dieses Blatt nachdrücklich dafür plädiert, daß Österreich-Ungarn die widerwärtige Suppe, die es sich mit der Annexion eingebrockt habe, auch allein auslöffeln solle.

Und dieser Auffassung scheinen auch die regierenden Kreise des Deutschen Reiches nicht ganz ferne gestanden zu sein, wenigstens haben die offiziellen Äußerungen des Fürsten Bülow über die Annexion in der ersten Zeit der Krise nicht allzu warm geklungen[1]). Man wird daher kaum fehl-

gehen, wenn man das entschiedene Eintreten Deutschlands für seinen Verbündeten der Initiative Kaiser Wilhelms zuschreibt, dessen ritterlicher Natur und hoher Auffassung deutscher Treue es durchaus widerstrebt haben dürfte, den Bundesfreund im Stiche zu lassen oder sich seiner auch nur lau anzunehmen, und der es lieber auf die Gefährdung der „Brücke nach Petersburg" ankommen ließ, auf deren Erhaltung Fürst Bismarck so großes Gewicht gelegt hatte. Man darf es somit wohl als ein persönliches Verdienst des deutschen Kaisers ansehen, daß das Bündnis zwischen beiden Staaten diese nicht unbedenkliche Belastungsprobe glücklich überstanden hat. Ebenso wie es ein persönliches Verdienst Kaiser Franz Josephs gewesen ist, daß er wenige Monate vorher in Ischl dem Versucher in Gestalt König Eduards widerstanden hat und dem Bündnis mit dem Deutschen Reiche treu geblieben ist. Nebenbei bemerkt: ein erfreulicher Beweis dafür, daß die Monarchen auch in unserer Zeit denn doch noch nicht zu den Repräsentationsmarionetten herabgesunken sind, zu denen der demokratisch-parlamentarische Zeitgeist sie durchaus degradieren möchte . . .

3.

Drei Momente sind es, die dem Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einen besonderen Charakter verleihen und es wesentlich von anderen Staatenbündnissen unterscheiden, vor allem von der Tripel-Entente: die Intimität der Monarchen, die geographische Lage und die traditionelle Volkstümlichkeit in den zwei beteiligten Reichen . . .

Über die Intimität der Herrscher braucht nichts mehr gesagt zu werden. Auch die Bedeutung der geographischen Lage liegt auf der Hand: während die Staaten der Tripel-

Entente teilweise durch eine ungeheure Entfernung — Rußland einer-, England und Frankreich anderseits — getrennt sind, bilden die beiden verbündeten Kaisermächte ein räumliches Ganzes, das ihnen eine günstige strategische Zentralstellung sichert und die gemeinsame militärische Operation bedeutend fördert. Auch wenn man Italien in Betracht zieht, das, wenigstens auf dem Papier, noch zum Dreibund gehört, bleibt diese räumliche Gemeinsamkeit bestehen, denn durch Tirol ist die, übrigens nicht beträchtliche, Entfernung zwischen Deutschland und Italien überbrückt.

Es bleibt also nur noch das dritte Moment zu erörtern, das das deutsch-österreichische Bündnis von der Tripel-Entente unterscheidet: die Volkstümlichkeit in den zwei verbündeten Staaten.

Nun kann man dagegen allerdings einwenden, auch das französisch-russische Bündnis sei in diesen beiden Reichen volkstümlich. Das scheint ja richtig, aber echt ist diese Volkstümlichkeit nicht, und noch weniger entspricht sie der Tradition. Bei den Franzosen wird die Russenschwärmerei, die sich übrigens schon ein wenig abgekühlt zu haben scheint, lediglich durch die Antipathie und die Revanchelust gegenüber Deutschland bedingt und ist verhältnismäßig neuen Datums. Wie wenig von einer historischen Überlieferung dabei die Rede sein kann, dafür genügt der Hinweis auf 1812 und 1854. Daß man vor dem modernen Russenkult in Frankreich von diesem Verbündeten keine allzu hohe Meinung gehabt hat, beweist das bekannte Wort: Grattez le Russe et vous trouverez le Tartare . . .

Auf russischer Seite aber beschränkt sich die Franzosenfreundlichkeit, soweit sie nicht rein politischer Art ist, hauptsächlich auf die höheren Gesellschaftskreise, die, wie bei allen slawischen Völkern, eine besondere Vorliebe für alles

Französische haben. Eine wirkliche Harmonie zwischen beiden Nationen ist schon durch ihre tiefe Wesensverschiedenheit ausgeschlossen. Die sanguinisch-cholerischen, unbotmäßigen, überfortschrittlichen Franzosen und die phlegmatisch-melancholischen, fügsamen und rückständigen Russen: ein schärferer Charaktergegensatz läßt sich kaum denken. Auch die heterogene Staatsform beider Völker steht einer wirklichen Harmonie zwischen ihnen im Wege. Die anarchistisch angehauchte demokratische Republik und der nur leicht verhüllte starre Absolutismus sind als Bundesgenossen wunderlich genug; wirkliche Freunde können sie nicht sein.

Noch weniger als zwischen Russen und Franzosen kann von volkstümlichen Sympathien zwischen diesen beiden Völkern und den Engländern die Rede sein: Frankreich und England sind einander Jahrhunderte hindurch als Erbfeinde gegenüber gestanden, und daß diese Antipathie auch heute noch nicht erloschen ist, sondern nur schlummert, hat die Faschoda-Affäre gezeigt, bei der in Frankreich Stimmen laut wurden, die ein Zusammengehen *mit* Deutschland *gegen* England befürworteten . . . Zwischen Rußland und England aber besteht ein Interessengegensatz in Asien, den nur die gemeinsame Abneigung gegen Deutschland notdürftig und vorübergehend überbrücken konnte . . .

Ganz anders liegen die Verhältnisse zwischen Deutschland und der habsburgischen Monarchie. Wohl hat auch da ein alter traditioneller Gegensatz bestanden, aber doch nicht zwischen dem ganzen Deutschland, sondern nur zwischen Preußen und Österreich. Dieser Gegensatz hat es indes nicht gehindert, daß beide Mächte trotzdem militärisch und politisch oft gemeinsame Sache gemacht, daß sie sich dabei doch als Teile eines gemeinsamen Ganzen gefühlt haben: des Deutschen Bundes.

Die Erinnerung an diese einstige Zusammengehörigkeit macht das Bündnis hüben und drüben weit volkstümlicher, als es rein praktisch-politische Erwägungen vermöchten, deren Einfluß auf die Sympathien der Bevölkerung nur sehr gering einzuschätzen ist, wofür die leidenschaftliche Abneigung, die trotz des offiziellen Bündnisses in Italien gegen Österreich besteht, den wirksamsten Beweis liefert. Diese Erinnerung an die einstige Gemeinsamkeit fällt auch weit stärker ins Gewicht als das gemeinsame Stammesbewußtsein, denn sie wurzelt in einem der stärksten menschlichen Gefühle: in der Gewohnheit; das gemeinsame Stammesbewußtsein aber ist bloß darauf beschränkt, daß sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches und die deutschsprechenden Bewohner Österreichs beide als Deutsche fühlen, ohne in der überwiegenden Mehrzahl aber sonst eine Artgemeinschaft zu empfinden und zu haben, denn zwischen dem steirischen oder tiroler Älpler und dem friesischen oder pommerschen Küstenbewohner besteht eine Wesensfremdheit, die größer ist als zwischen den Vertretern mancher verschiedenen Nationen, etwa zwischen einem Norddeutschen einer- und Holländer oder Dänen anderseits oder zwischen einem Engländer und Nordamerikaner.

Damit soll aber durchaus nicht bestritten werden, daß trotzdem auch zwischen Norddeutschen und Österreichern zurzeit wirklich herzliche Gesinnungen bestehen, ja es scheint sogar, als ob unter den Norddeutschen eine ganz besondere Sympathie für die Österreicher bestünde, wenigstens für deren Land, das sie ja mit Vorliebe als Sommerfrische und Reiseziel aufsuchen. Jedenfalls darf man getrost annehmen, daß das Bündnis mit dem Habsburgerreiche in Deutschland durchaus volkstümlich ist.

Umgekehrt kann man das nicht auch so glattweg von

jenem behaupten, aus dem einfachen Grunde nicht, weil unter dessen fünfzig Millionen Einwohnern nicht einmal ein Viertel deutscher Zunge ist. Bei diesem allerdings ist ausnahmslos eine volle Resonanz der freundlichen Gefühle vorhanden, die man im „Reiche" für Österreich hegt. Nur sind der Wärmegrad dieser Sympathie und die Auffassung des Bundesverhältnisses zu Deutschland nicht in allen Parteien und Bevölkerungsschichten dieselben. Am schwersten hat man sich hineingefunden und am längsten hat man dazu gebraucht in jenen Kreisen, in denen das deutsche Gemeingefühl am schwächsten ausgebildet oder gar nicht vorhanden ist: in der Aristokratie, im Offizierkorps und den gesinnungsverwandten Zivilkreisen, kurz: bei den sogenannten „Schwarzgelben", die sich vorwiegend oder ausschließlich als Österreicher fühlen. Bei ihnen hat man die Wunde von 1866 am längsten und schmerzlichsten gespürt und darum am schwersten vergessen können. Aber jetzt sind auch sie überzeugte und verläßliche Anhänger des Bündnisses, das sich, wie ausdrücklich betont werden soll, selbst die Sympathien der katholischen Geistlichkeit errungen hat.

Weit lebhafter sind und äußern sich diese Sympathien in jenen Gesellschaftsschichten, die das Erbe der nationalen Schwärmer von 1848 angetreten haben, also bei den Deutschfortschrittlichen und zumal bei den Alldeutschen. Sie sehen im Bündnis mit dem Deutschen Reich eine Art Ersatz für die einstige Zugehörigkeit Österreichs zum Deutschen Bunde. Der Mehrzahl von ihnen genügt dieser Ersatz aber nicht und sie streben einen noch engeren Anschluß an Deutschland an, der ihre nationale Einheit mit diesem wirksamer zur Geltung bringen und ihnen einen festen Rückhalt gegen die nichtdeutschen und meist auch deutschfeindlichen Nationen der Monarchie bieten solle. Sie wollen daher ein gemeinsames

Zollgebiet und die verfassungsmäßige Feststellung des deutsch-österreichischen Bündnisses. Den Alldeutschen ist selbst das noch zu wenig und sie fordern die staatsrechtliche Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich, „etwa in demselben Verhältnis, in dem Bayern, Sachsen und Württemberg zu diesem stehen“*). Dieses Verlangen bedeutet aber nichts anderes als die Entthronung der habsburgischen Dynastie und die Negierung Österreichs als eines selbständigen Staates. Daß man hieran auch nicht den geringsten Zweifel hege, dafür haben sie eifrigst gesorgt und ausdrücklich erklärt, sie wollten ein Reich, einen Kaiser und eine Religion . . .**)

Diese Wünsche und Forderungen der radikalen Deutschen Österreichs tragen deutlich den Stempel jener politischen Kurzsichtigkeit, jener teils doktrinären, teils sentimentalen Politik, die sie zu ihrem eigenen Verderben noch bei jeder Gelegenheit bekundet haben und die auf die reale Wirklichkeit und praktische Durchführbarkeit keine oder doch nur unzulängliche Rücksicht nimmt. Was sie da anstreben, ist nichts anderes als eine Wiederbelebung des seligen Deutschen Bundes, als die Rückkehr eines Verhältnisses, das nach langen unerfreulichen Eifersüchteleien zwischen Österreich und Preußen zu Königgrätz geführt hat. Sie wollen also just den Zustand wieder herstellen, dem Fürst Bismarck im Jahre 1866, von seiner Unhaltbarkeit durchdrungen, ein Ende bereitet hat; ein Verlangen, das somit nicht nur in einem wunderlichen Widerspruch zu ihrem Programm steht sondern auch zu dem Kult, den sie mit dem großen Kanzler treiben. Als dessen Verehrer sollten sie doch wissen, daß er sich mit

*) Abgeordneter K. H. Wolf in der Reichsratssitzung vom 26. Okt. 1897.

**) Abgeordneter Eisenkolb in der Reichsratssitzung vom 23. Febr. 1902.

dieser Idee auseinandergesetzt hat und zu einem negativen Ergebnis gekommen ist. In seiner Besorgnis vor den deutschfeindlichen Strömungen in Österreich, die das Bündnis gefährden könnten, hat er sich die Frage vorgelegt:

„Ob sich ein organischer Verband zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn empfehle, der nicht wie gewöhnliche Verträge kündbar, sondern der Gesetzgebung beider Reiche einverleibt und nur durch einen neuen Akt der Gesetzgebung eines derselben lösbar wäre ... Eine solche Assekuranz hat für den Gedanken etwas Beruhigendes; ob auch im Drange der Ereignisse etwas Sicherstellendes, daran kann man zweifeln, wenn man sich erinnert, daß die theoretisch sehr viel stärker verpflichtende Verfassung des heiligen Römischen Reiches den Zusammenhalt der deutschen Nation niemals hat sichern können, und daß wir nicht imstande sein würden, für unser Verhältnis zu Österreich einen Vertragsmodus zu finden, der in sich eine stärkere Bindekraft trüge als die früheren Bundesverträge, nach denen die Schlacht bei Königgrätz theoretisch unmöglich war... Ein Bündnis unter gesetzlicher Bürgschaft wäre eine Verwirklichung der Verfassungsgedanken gewesen, die in der Paulskirche den gemäßigsten Mitgliedern, den Vertretern des engeren reichsdeutschen und des größeren österreichisch-deutschen Bundes vorschwebten; aber gerade die vertragsmäßige Sicherstellung solcher gegenseitiger Verpflichtungen ist eine Feindin ihrer Haltbarkeit. Das Beispiel Österreichs aus der Zeit von 1850 bis 1866 ist uns eine Warnung gewesen, daß die politischen Wechsel, die man auf solche Verhältnisse zu ziehen in Versuchung kommt, über die Grenzen des Kredits hinausgehen, den unabhängige Staaten in ihren politischen Operationen einander gewähren können. Ich glaube deshalb, daß das wandelbare Element des politischen Interesses und seiner

Gefahren ein unentbehrliches Unterfutter für geschriebene Verträge ist, wenn sie haltbar sein sollen. Für eine ruhige und erhaltende österreichische Politik ist das deutsche Bündnis das nützlichste"*).

Mit anderen Worten: die gesetzliche Statuierung dieses Bündnisses würde just das Gegenteil ihres Zweckes herbeiführen: die Entfremdung der beiden Staaten und den Zerfall des Bündnisses.

Auch über die Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich, die das Ziel der Alldeutschen ist, hat sich Fürst Bismarck in durchaus absprechender Weise geäußert:

„Deutsch-Österreich könnten wir weder ganz noch teilweise brauchen, eine Stärkung des preußischen Staates durch Erwerbung von Provinzen wie Österreichisch-Schlesien und Stücken von Böhmen nicht gewinnen, eine Verschmelzung des deutschen Österreich mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als Zubehör von Berlin aus nicht zu regieren sein"**).

Man sollte meinen, das wäre doch deutlich genug; aber in diesem Falle sind die Alldeutschen eben anderer Ansicht als ihr Idol. In ihrem nationalen Fanatismus vergessen sie ganz, daß das Alldeutschland „vom Belt bis zur Adria", das sie anstreben, in Wahrheit gar keines mehr wäre, denn durch die „Angliederung" Österreichs fielen ja nicht weniger als 8 Millionen Slawen (Tschechen, Slowenen und Kroaten), an das Deutsche Reich; das gäbe mit den $3^3/_4$ Millionen Slawen, die es heute schon zählt, demnach nahezu 12 Millionen, d. i. fast 20 Prozent. Was dieser Zuwachs für die Ruhe und den innern Frieden Deutschlands

*) „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 249/250.
**) „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 45.

bedeuten würde, läßt sich aus den beständigen Schwierigkeiten ermessen, die schon die 3½ Millionen Polen der deutschen Regierung bereiten.

Diese würde der Slawen bei deren Fanatismus und Hartnäckigkeit nur unter Strömen Blutes Herr werden, und selbst dann hätte sie keine ruhige Stunde mehr, denn die neuen Staatsbürger wider Willen würden keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihren Bezwingern Schwierigkeiten jeder Art zu bereiten und immer wieder versuchen, das verhaßte Joch abzuschütteln. Die Regierung sähe sich daher gezwungen, in den neuen Provinzen eine ganze Armee zu unterhalten und immer auf dem qui vive zu sein; der schweren internationalen Verwicklungen, die die Annexion für sie zur Folge hätte, gar nicht zu gedenken. Diese würde demnach für das Deutsche Reich ein höchst fragwürdiges „Glück" bedeuten.

Aber auch die deutschnationalen Österreicher fänden in dem ersehnten Anschluß an jenes durchaus nicht das erhoffte Glück. An die staatliche Selbständigkeit gewöhnt, verspürten sie deren Verlust bitter, kämen sich degradiert vor und fänden sich in das neue Regiment um so schwerer hinein, als dessen soldatische Strammheit ihnen nach der „gemütlichen" Lässigkeit der gewohnten Verhältnisse ganz und gar nicht behagen würde. Die unausbleibliche Folge davon wäre, daß der alte Groll gegen Preußen wieder erwachen, die böse Zwietracht des seligen Deutschen Bundes von neuem erstehen und den Frieden, ja den Bestand des Reiches gefährden würde. Gerade die Alldeutschen aber, die diesen Wandel der Verhältnisse jetzt am heißesten ersehnen, würden darunter am schwersten leiden, denn dann wär's vorbei mit dem Terrorismus der Schimpfworte und der Fäuste; das stramme preußische Regiment würde derartige

Brutalisierungsversuche nicht dulden und der alldeutschen Herrlichkeit bald ein Ende machen . . .

Nun, glücklicherweise ist man im Deutschen Reiche klüger als diesseits der schwarzgelben Pfähle, und kein ernst zu nehmender Politiker daselbst denkt wohl daran, sein Vaterland in ein Abenteuer zu stürzen, dessen internationale Folgen unabsehbare wären und das selbst im günstigsten Fall nur eine Erwerbung wäre aber kein Gewinn.

Es erübrigt nur noch, auch die Stellung der nichtdeutschen Nationen Österreich-Ungarns zum Bündnisse mit Deutschland in Betracht zu ziehen.

Von einer Volkstümlichkeit kann da natürlich nicht die Rede sein; aber immerhin ist ihr Verhalten weniger feindselig, als man es bei ihrer Abneigung gegen alles Deutsche eigentlich erwarten sollte.

Bei den Magyaren ist sogar eine gewisse Sympathie dafür vorhanden, und sie fühlen sich ab und zu bemüßigt, ihr Ausdruck zu geben und dem Deutschen Reich ihre Reverenz zu machen. Aber diese Sympathie gilt weniger dem Reich als vielmehr dessen Herrscher, der sie gelegentlich seiner Besuche in Ungarn durch sein liebenswürdiges Auftreten und seine anerkennenden Äußerungen für sich gewonnen hat; das hypertrophische Selbstgefühl der Magyaren ist ja für Lob besonders empfänglich. Diese Sympathie für Kaiser Wilhelm und — in gewissem Abstand — für das Deutsche Reich hindert sie im übrigen jedoch keineswegs, in ihrem Lande das Deutschtum nach wie vor mit rücksichtsloser Gewalt niederzutreten . . .

Was das Verhalten der Polen Österreichs gegenüber dem Deutschen Reiche betrifft, so wird natürlich niemand von ihnen eine sonderliche Liebe dafür erwarten; im Hinblick auf die Vorfälle von Wreschen und die preußische

Enteignungspolitik wird man ihnen dies auch nicht verübeln können. Aber obschon sie kein Hehl daraus machen, daß sie das Vorgehen der deutschen Regierung gegen ihre Landsleute im „Reiche" verurteilen, tragen sie als kluge Politiker, die sie sind, den tatsächlichen Verhältnissen doch Rechnung und machen gegen das Bündnis keine Opposition.

Als offene Gegner des Bündnisses bekennen sich nur die Tschechen. Allerdings vorläufig noch bloß theoretisch. Praktisch haben sie sich, wenn auch grollend und murrend, dareingefunden, dareinfinden müssen; aber ihre prinzipielle Gegnerschaft betonen sie bei jeder Gelegenheit, und ihr bedeutendster Kopf, Dr. Kramař, läßt sich, wie schon erwähnt, keinen Anlaß entgehen, dem Bündnis an den Leib zu rücken. Namentlich sucht er immer wieder darzutun, daß es nur für Deutschland von Vorteil sei, aber nicht auch für Österreich. Er hat unter anderem auch darauf verwiesen, daß das Deutsche Reich wirtschaftlich keine Rücksicht auf seinen Verbündeten nehme, ihn durch seine Zolltarifpolitik sogar schädige*). Er ist aber doch ehrlich genug, dazuzusetzen, dies sei vom Standpunkt des Deutschen Reiches die einzig vernünftige Politik; ein Zusatz, durch den er seinen Vorwurf ganz entkräftigt. Und dies mit vollem Recht, denn wie im privaten Leben, so ist erst recht im politischen jeder sich selbst der Nächste. Gewiß ist es für den Österreicher höchst unerfreulich zu sehen, wie Deutschland sich im Orient der wirtschaftlichen Positionen bemächtigt, die einst Österreich besessen hat; aber es wäre töricht und ungerecht, die Schuld daran den Deutschen aufzubürden; die trifft lediglich die Österreicher selbst, und zwar die Faktoren, deren Aufgabe es wäre, die wirtschaftlichen Interessen der Mon-

*) Österr. Delegationssitzung vom 22. Jan. 1904.

archie wahrzunehmen. Schon im Alltagsleben wär's ein höchst übel angebrachter Edelmut, wenn jemand deshalb, weil sein Freund in seinem Berufe nicht rührig genug ist und darum nichts verdient, auch selber die Hände in den Schoß legte, um nichts voraus zu haben: nun erst in der Politik, in der für sentimentale Regungen kein Platz ist und auch nicht sein darf ...

Daß Österreich-Ungarn im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf gegen seinen Verbündeten den kürzeren zieht, ist wohl eine beschämende und betrübliche Tatsache, aber gewiß kein Grund, deshalb das Bündnis mit dem Deutschen Reich aufzulösen, um dafür eines mit dem wirtschaftlich und militärisch schwächeren Rußland zu suchen, wie Dr. Kramař und seine Leute es haben wollen.

Mehr Berechtigung hat der andere Einwand, den dieser Politiker schon wiederholt gegen das Bündnis erhoben hat: daß der Einfluß Deutschlands auf die Politik der verbündeten Monarchie zu groß sei. Das trifft allerdings zu, namentlich im Hinblick auf die Amtstätigkeit Kálnokys und Goluchowskis; aber bis zu einem gewissen Grad ist auch das begreiflich, denn unter den gegebenen Verhältnissen liegt es in der Natur der Sache, daß das Deutsche Reich die erste und führende Rolle im Bunde spielt; die trostlosen Wirren im Innern der Monarchie und der langjährige Mangel an jeglichem Selbstbewußtsein in der auswärtigen Politik haben das mit sich gebracht, und so schmerzlich es dem österreichischen Patrioten auch wird, er muß sich dareinfinden und gerechterweise anerkennen, daß Deutschland seinen Verbündeten diese gewaltige Überlegenheit in der Regel nicht fühlen läßt, ihn vielmehr mit klugem Takt als Gleichgestellten behandelt*).

*) In gewissen politischen Kreisen des Deutschen Reiches hat man sich an diese Abhängigkeit Österreich-Ungarns allerdings so sehr ge-

Im übrigen hat sich in der Annexionskrise deutlich gezeigt, daß das Bündnis mit Deutschland, entgegen der Behauptung Dr. Kramařs, denn doch auch für Österreich-Ungarn von Wert ist ...

* * *

Die zahl- und einflußreichen nichtdeutschen Nationen der Monarchie haben dem Schöpfer des Bündnisses Besorgnisse für dieses eingeflößt und ihn zu folgenden Erwägungen veranlaßt:

„Wir müssen und können der österreichisch-ungarischen Monarchie das Bündnis ehrlich halten, es entspricht unseren Interessen, den historischen Traditionen Deutschlands und der öffentlichen Meinung unseres Volkes. Die Eindrücke und Kräfte, unter denen die Zukunft der Wiener Politik sich zu gestalten haben wird, sind jedoch komplizierter als bei uns, wegen der Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, der Divergenz ihrer Bestrebungen, der klerikalen Einflüsse und der in den Breiten des Balkan und des Schwarzen Meeres für die Donauländer liegenden Versuchungen. Wir dürfen Österreich nicht verlassen, aber auch die Möglichkeit, daß wir von der Wiener Politik freiwillig oder unfreiwillig verlassen werden, nicht aus den Augen verlieren" *).

An anderer Stelle heißt es: „Die Anwandlungen, ähnliche Wege einzuschlagen (wie Thugut, Schwarzenberg, Buol, Bach

wöhnt, daß man jeden Versuch dieses Reiches, selbständige Außenpolitik zu treiben, mit scheelen Augen wie eine unstatthafte Emanzipation betrachtet. So haben die „Hamburger Nachrichten" die Annexion nicht eben sehr bundesfreundlich beurteilt und gefunden, daß Deutschland sich durch sein Eintreten für die Monarchie zu deren „Vasallen" hergegeben habe; eine Übertreibung, die sich mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse fast komisch ausnimmt.

*) „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 235.

und Beust), werden für jetzt durch die persönliche Ehrlichkeit und Treue des Kaisers Franz Joseph niedergehalten, und dieser Monarch ist nicht mehr so jung und ohne Erfahrung, wie zu der Zeit, da er sich von der persönlichen Ränküne des Grafen Buol gegen den Kaiser Nikolaus zum politischen Druck auf Rußland bestimmen ließ . . . aber seine Garantie ist eine rein persönliche, fällt mit dem Personenwechsel hinweg, und die Elemente, die die Träger einer rivalisierenden Politik zu verschiedenen Epochen gewesen sind, können zu neuem Einflusse gelangen" *).

Als Fürst Bismarck diese Worte niederschrieb, war die Thronfolgerfrage, die nach dem Tode des Kronprinzen Rudolf aufgetaucht war, noch unklar, und die Persönlichkeiten, die dabei in Betracht kamen, hinsichtlich ihrer Stellung zur Politik noch ganz unbekannt: heute aber weiß man, daß Erzherzog Franz Ferdinand den Thron besteigen wird und weiß auch, daß die Befürchtungen Bismarcks, der Nachfolger Kaiser Franz Josephs könnte betreffs des Bündnisses anderer Ansicht sein als dieser, nicht mehr zutreffen. Der Thronfolger denkt nicht daran, grundlos ein Verhältnis zu lösen, das sich bisher so bewährt hat.

Selbstverständlich soll und kann damit aber nicht gesagt sein, daß dieses Verhältnis von ewiger Dauer sein werde; das zu glauben wäre naive Illusion. So wenig wahrscheinlich eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes für absehbare Zeit auch ist, so darf man darüber doch nicht außer acht lassen, daß dieses Bündnis dem Wandel der Zeiten ebenso unterworfen ist wie jedes andere, und möge sich vor Augen halten, daß, was Fürst Bismarck im Hinblick auf den Dreibund im allgemeinen gesagt hat, auch

*) „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 255.

für das Bündnis zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reiche im besonderen gilt:

„Die internationale Politik ist ein flüssiges Element, das unter Umständen zeitweilig fest wird, aber bei Veränderungen der Atmosphäre in seinen ursprünglichen Aggregatzustand zurückfällt ... Der Dreibund ist eine strategische Stellung, welche angesichts der zur Zeit seines Abschlusses drohenden Gefahren ratsam und unter den obwaltenden Verhältnissen zu erreichen war. Er ist von Zeit zu Zeit verlängert worden, und es mag gelingen, ihn weiter zu verlängern; aber ewige Dauer ist keinem Vertrage zwischen Großmächten gesichert, und es wäre unweise ihn als sichre Grundlage für alle Möglichkeiten betrachten zu wollen, durch die in Zukunft die Verhältnisse, Bedürfnisse und Stimmungen verändert werden können, unter denen er zustande gebracht wurde. Er hat die Bedeutung einer strategischen Stellungnahme in der europäischen Politik nach Maßgabe ihrer Lage zur Zeit des Abschlusses; aber ein für jeden Wechsel haltbares ewiges Fundament bildet er für alle Zukunft ebensowenig, wie viele frühere Tripel- und Quadrupel-Allianzen der letzten Jahrhunderte und insbesondere die heilige Allianz und der Deutsche Bund. Er dispensiert nchit von dem „toujours en vedette“ *).

*) Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, S. 255.

Anhang.

[1]) Das Deutsche Reich und die Annexion. (Zu S. 78.)

Als ein sehr beweiskräftiger Beleg dafür, daß die Bundesfreundlichkeit des Deutschen Reichs gegenüber Österreich-Ungarn während der ersten Zeit der Annexionskrise zu wünschen übrig gelassen hat, kann die Rede des Abg. Speck angesehen werden, der in der Reichstagssitzung vom 5. Dez. 1908 die saumselige Haltung der Regierung einer scharfen Kritik unterzog:

„Ich möchte mit Befriedigung konstatieren, daß die deutsche Regierung endlich mit Entschiedenheit an die Seite unsres treuen Bundesgenossen getreten ist. (Rufe: Sehr richtig!) Es hatte lange den Anschein, als ob wir unserm braven Sekundanten von Algeciras mit Undank lohnen wollten, als ob die Abstoßungspolitik, von der der Abgeordnete v. Hertling sprach, auch Österreich-Ungarn gegenüber zur Geltung kommen würde. Ich sage nicht zu viel, wenn ich aus der Stimmung bei uns in Süddeutschland heraus darauf hinweise, daß es wie ein Alpdruck auf uns lag, wie die deutsche Regierung sich zu Österreich-Ungarn in dieser schwierigen Situation stellen würde, und man hat bei uns erleichtert aufgeatmet, als endlich das Wort, allerdings sehr spät, ausgesprochen wurde. Da nun endlich die deutsche Regierung klar und offen an die Seite Österreich-Ungarns getreten ist, so will ich mich weiterer Rekriminationen enthalten und nur meine Genugtuung aussprechen, daß dies geschehen ist." (Beifall im Zentrum.)

[2]) Deleg. Graf F. Schönborn über das Verhältnis Österreichs zum Deutschen Reich. (Zu S. 86.)

Durchaus im Einklang mit der Auffassung des Fürsten Bismarck steht die eines konservativen österreichischen Staatsmannes, des Grafen Friedrich Schönborn, der sich anläßlich einer Äußerung des deutsch-

nationalen Abgeordneten Dobernig über dieses Verhältnis folgendermaßen ausließ: „Der sehr geehrte Herr Delegierte aus Kärnten hat folgendes gesagt: ‚Eine staatsrechtliche politische Verbindung mit dem Deutschen Reiche gehört zu den idealen Zukunftszielen, die man sich gern ausmalt, die aber nur durch Blut und Eisen ihre Verwirklichung nehmen können. Es kann aber niemandem verwehrt werden, darüber nachzudenken.‘ Das ist richtig. Es kann niemandem verwehrt werden, über derartige Zukunftsideale nachzudenken. Auch mir ist es nicht verwehrt, und ich werde meine Gedanken ganz offen darüber aussprechen und glaube, daß, so wie ich im Gegensatze zu dem verehrten Redner denke, dieser Gedanke von der großen Majorität der Völker Österreichs geteilt wird. (Zustimmung.) In solchen Dingen spielt nicht nur der Vernunftschluß, sondern auch die Empfindung eine große Rolle, und, wenigstens was mich anlangt, muß ich sagen, daß mein österreichisches Innere sich dagegen auflehnt, um nicht zu sagen aufbäumt, wenn ich höre, daß von einer solchen Verbindung mit einer auswärtigen, wenn auch befreundeten Macht, gesprochen wird, die nur auf Kosten unserer staatlichen Selbständigkeit verwirklicht werden könnte. (Beifall.) Darüber, glaube ich, kann gar kein Zweifel sein. Daß ich mich trotzdem für unsere auswärtige Politik ausgesprochen habe, daß ich nicht nur ein freundschaftliches Verhältnis, sondern eine freiwillig geschlossene Allianz mit dem Deutschen Reiche als etwas betrachte, was unserer Monarchie sehr nützen kann und schon genützt hat, das ist eine ganz andere Sache. Es ist etwas ganz anderes, ob zwei gleichberechtigte Kontrahenten zu Paziszenten werden, ob sie ihren Willen einigen und durchführen in einem freundschaftlichen Allianzverhältnisse, welches unter Gleichberechtigten und unter Wahrung der vollen Selbständigkeit beider Teile auch ehrlich eingehalten wird, oder ob man durch die Inartikulierung eines staatsrechtlichen Zwanges für die Zukunft ein Verhältnis herbeiführen kann das vielleicht in einer ferneren Zukunft nicht mehr passen wird.“

(Österr. Delegationssitzung vom 22. Jan. 1904.)

IV.

Österreich und Italien.

I.

Nach den Liebesbeteuerungen und Freundschaftsversicherungen der Offiziösen in Wien, Berlin und Rom zu schließen — die Palme gebührt unstreitig der Wiener Presse — sollte man glauben, der Himmel über Österreich-Ungarn und Italien hinge voller Geigen und nicht, wie böse „Schwarzseher" und „Scharfmacher" so hartnäckig behaupten, voller Kanonen; lassen sie doch keine Gelegenheit vorübergehen, der Welt zu verkünden, daß das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien den „intimsten" Charakter habe, daß dieser Freundschaftsbund zu einem „Herzensbedürfnis" der Bevölkerung beider Reiche geworden sei und daß von einer Irredenta eigentlich gar nicht mehr gesprochen werden könne, weil sie nur mehr in den Köpfen einiger jugendlicher Heißsporne herumspuke, die man nicht ernst nehmen dürfe; wer das Gegenteil behaupte, verrate damit nur seinen bösen Willen und die Absicht, das herzliche Einvernehmen zwischen beiden Staaten zu stören.

Und die häufigen gegenseitigen Besuche der leitenden Staatsmänner beider Reiche, die anscheinend eine unbezwingbare Sehnsucht haben, einander immer wieder in die

Arme zu sinken, scheinen diesen Versicherungen vollauf recht zu geben. In der Tat: wäre die Häufigkeit der Ministerbesuche ein Gradmesser für die Innigkeit des Bündnisses, dann könnte dieses nicht mehr fester und intimer gedacht werden. In Österreich — in Italien ist man nicht so naiv — scheint es auch wirklich Leute zu geben, die all die schönen Worte, die auf dem Semmering und in Salzburg, in Desio und in Turin gewechselt worden sind, ernstlich für bare Münze nehmen; ja es gibt sogar Politiker, die so glaubensselig sind, oder genauer gesagt: Leute, die sich für Politiker halten.

Weniger arglose Seelen müssen aber gerade durch die aufdringliche, überlaute Art dieser Freundschaftsversicherungen mißtrauisch werden, gerade in diesen anscheinend so herzlichen Zusammenkünften der Minister ein bedenkliches Symptom sehen und sich fragen: wozu denn so viele und überschwengliche Worte, wenn zwischen beiden Reichen ohnehin alles in Ordnung ist? . . .

Wer sich nicht zufrieden gibt, die glänzend polierte Aversseite der Allianzemedaille mit ihren panegyrischen Inschriften zu besehen, sondern sich auch die Mühe nimmt, die Reversseite in Augenschein zu nehmen, der wird einen ganz gewaltigen Unterschied merken: da ist keine Spur mehr von dem verführerischen Goldschimmer der Vorderseite, und die verschlungenen Hände der Austria und Italia sind schon längst vom Roste zerfressen. Das ist den Diplomaten und ihren Lohnschreibern natürlich wohlbekannt, und sie sind darum krampfhaft bemüht, diese Seite der Medaille zu verbergen; aber die heftigen Windstöße, die immer ungestümer vom Appenin her wehen, drehen sie stets von neuem um und zeigen sie aller Welt. Es gehört aber wahrlich kein besonderer Scharfblick dazu, den Unterschied zwischen beiden Seiten zu erkennen . . .

Ebensowenig bedarf es eines überfeinen Gehörs, um die drohenden, aufgeregten Stimmen zu vernehmen, die immer häufiger und immer lauter nach der Verwirklichung des Programms der „Irredenta“ rufen, so oft und so laut, daß selbst die in dieser Hinsicht äußerst harthörigen Herren im Wiener Auswärtigen Amt nicht umhin können, von ihnen manchmal Notiz zu nehmen. Ihr Àtoutprix-Optimismus will in diesen Kundgebungen freilich keine ernste Gefahr sehen, nicht einmal ein bedenkliches Symptom, sondern bloß die harmlosen Ausbrüche jugendlich überspannter Schwärmer und Hitzköpfe, denen nicht die geringste politische Bedeutung beizulegen sei; die erdrückende Mehrzahl des italienischen Volkes habe mit der Gesinnung und dem Gebaren dieser Schreihälse nichts gemein. Im übrigen seien kleine Verstimmungen selbst unter den besten Freunden unvermeidlich und hätten keine schlimmere Bedeutung als flüchtig vorübergehende Sommerwölkchen, nach deren Verschwinden der Himmel in um so reinerem Blau erstrahle.

Aber diese salbungsvollen Phrasen der Wiener Beschwichtigungshofräte werden durch die Tatsachen in drastischer Weise ad absurdum geführt.

Man erinnere sich nur an all die gegen Österreich gerichteten Kundgebungen, die in Italien an der Tagesordnung sind, vor allem an die sensationelle Premiere von D'Annunzios ‚La Nave‘, die auf die Landsleute des Dichters wie eine Brandrakete wirkte, was doch unmöglich der Fall hätte sein können, wenn seine bombastischen Tiraden vom ‚mare nostro‘ in ihren Herzen nicht ein begeistertes Echo gefunden hätten. Man denke an die nicht minder sensationelle und viel ernster zu nehmende Rede General Asinaris, der darin die Hoffnung auf den Tag aussprach, an dem es ihm vergönnt sein werde, seine Soldaten gegen

Österreich zu führen*). Es sei ferner auf die wütende Hetze verwiesen, die die italienische Presse anläßlich der Annexion gegen Österreich inszenierte, und schließlich an die bedeutsame Reise des Zaren nach Racconigi.

Man sollte glauben, schon diese Tatsachen müßten die offiziösen Schönschwätzer verstummen machen; aber noch vernichtender werden sie dadurch Lügen gestraft, daß dieselben Regierungen, die einander bei jeder Gelegenheit so rührende Liebeserklärungen machen, sorgsam darauf bedacht sind, sich für den Krieg vorzubereiten, denselben Krieg, an den ihren Versicherungen nach kein ernster Politiker denke. Es ist ein ergötzliches Schauspiel, zu beobachten, wie ernsthaft sich die Kriegsminister beider Staaten bemühen, ihre Kollegen vom Auswärtigen Amte zu desavouieren, indem sie, während diese sich mit Liebenswürdigkeiten überhäufen, unbeirrt ein Schiff, ein Fort um das andere bauen und immer höhere Ansprüche an die Opferwilligkeit der Bevölkerung stellen. Die 424 Millionen Lire, die Italien für sein Heer, die 440 Millionen, die es für seine Flotte während der letzten Jahre im außerordentlichen Wege bewilligt hat, sprechen eine ebenso beredte Sprache wie die jüngst von unseren zwei Delegationen gewährten vielbesprochenen 512,3 Millionen Kronen**). Und diese Rüstungen zeigen Symptome, die auch

*) In dieser Rede, die anläßlich der Standartenweihe des neu errichteten Kavallerie-Regiments „Aquila" im November 1909 in Brescia gehalten worden ist, hat General Asinari di Bernezzo unter anderem folgendes gesagt: „Da questa caserma si spiegano ai vostri squardi la colline bagnate dal sangue di tanti valorosi e poco lontane stanno le terre irredente le quali attendono l'opera vostra . . ."

**) Das Verhalten der Öffentlichkeit in Österreich-Ungarn einerseits und in Italien andererseits gegenüber den Wehrauslagen ist grundverschieden. Während man hier jeden Heller nur unter Schimpfen

nicht den geringsten Zweifel daran gestatten, gegen wen sie gerichtet sind. Der Ausbau des Bahnnetzes in Venetien (für Eisenbahnbauten sind nicht weniger als 550 Millionen Lire bewilligt worden!), die Schaffung eines zweiten Stützpunktes für die Flotte in der Adria, wozu Brindisi ausersehen ist, die Befestigungsarbeiten an der Ostgrenze und um Venedig, die Aufstellung eines neuen Alpiniregiments und neuer Gebirgsbatterien im Grenzgebiet, die Verstärkung der Kavalleriegarnisonen daselbst: all das sind Anzeichen, denen selbst der rosigste Optimismus nicht standhalten und die er ebensowenig in harmloser Weise deuten kann wie die Dislokationsverschiebungen in Österreich-Ungarn, die seit 1904 einen unverkennbaren Zug vom Nordosten (Galizien) nach dem Südwesten aufweisen.

Angesichts dieser unwiderlegbaren Tatsachen erscheint das angeblich so „intime" Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien in einem ganz anderen Licht als in der Brillantbeleuchtung, in der es die Offiziösen zu zeigen belieben, und man erkennt, daß es in Wahrheit nichts als eine Farce ist, ein Dorf à la Potemkin, dessen grell rosenfarbener Anstrich, so dick und so oft er auch aufgetragen wird, nur mehr kurzsichtige Augen zu täuschen vermag. Jeder klare Blick

---

und Klagen zu bewilligen pflegt und bis zur jüngsten Zeit Heer und Flotte, namentlich diese, in sträflicher Weise vernachlässigte, werden dort mit Begeisterung alle finanziellen Kräfte des Reichs mobilisiert und in dem einen Ziel konzentriert: den Kampf mit Österreich siegreich zu bestehen. Dieses Ziel vor Augen, scheut das italienische Volk auch vor den schwersten Geldopfern nicht zurück und nimmt mit bewunderungswürdigem Patriotismus die wuchtigsten finanziellen Lasten auf sich. Und damit nicht genug, hat die öffentliche Meinung, als im Wehr-Budget aus Ersparungsrücksichten Abstriche vorgenommen worden sollten, dagegen Einspruch erhoben und nachdrücklich verlangt, daß alles geschehen müsse, was die Wehrfähigkeit des Reiches erfordere.

aber muß längst schon erkannt haben, daß er da nur eine mühsam künstlich aufrecht erhaltene Ruine vor sich hat, deren offiziöse Stützen eines Tages unfehlbar zusammenbrechen müssen. Nichts mehr kann ihren Einsturz verhindern; er ist nur mehr eine Frage der Zeit.

2.

Wo liegt nun aber die Schuld an diesem unerfreulichen und gefährlichen Zustand, der sich wie bitterer Hohn auf das Bundesverhältnis der beiden Reiche ausnimmt? In Italien wird man um die Antwort auf diese Frage nicht verlegen sein und ungesäumt unisono erwidern: „bei Österreich". Man pflegt daselbst ja mit Vorliebe dieses als den bösen Nachbar hinzustellen, der nicht Frieden halten wolle, und hat sich nicht gescheut es der Ländergier und Gewalttätigkeit zu zeihen.

Das ländergierige und gewalttätige Österreich! Es klingt im Hinblick auf die übervorsichtige, überfriedfertige, energielose Politik der Monarchie fast wie ein schlechter Scherz. Angesichts dieser Behauptung drängt sich die Frage auf, welche Ursache Österreich denn haben soll, Italien anzufeinden?

Die Antwort ist sehr einfach: keine. Im Gegenteil: für Österreich kann es nur sehr erwünscht sein, mit seinem südwestlichen Nachbar in gutem Einvernehmen zu leben, und ein wirkliches und ehrliches Bündnis mit ihm, nicht bloß ein papierenes, das in bewegten Tagen der nächstbeste Sturmstoß zerreißen kann, würde es als einen bedeutsamen politischen Gewinn begrüßen. Wie wenig das Bündnis in seinem gegenwärtigen Charakter diesen Bedingungen aber entspricht, wie sehr ein wirkliches Freundschaftsverhältnis mit Italien zu wünschen wäre, das hat die Mon-

archie in der Annexionskrise in bitterer Weise zu fühlen bekommen, denn Italiens Haltung, weit entfernt, ihr Vertrauen einzuflößen, hat es ihr unmöglich gemacht, ihre Aufmerksamkeit ausschließlich den bedenklichen Vorgängen auf dem Balkangebiet zuzuwenden, und sie gezwungen, ihre Flotte für alle Fälle in der Adria bereit zu halten, so daß sie außerstande war, die Rechte ihres durch den türkischen Boykott arg geschädigten Seehandels gebührend zu wahren. Hätte sich Italien in jener kritischen Zeit als ebenso treuer Bundesgenosse erwiesen wie Deutschland, so wäre die Lage der Monarchie eine ganz andere gewesen.

Österreich-Ungarn wird durch seine wirtschaftlichen Interessen vor allem nach dem Südosten verwiesen; es muß ihm daher von besonderer Wichtigkeit sein, seinen Rücken gedeckt zu wissen, was aber nur dann möglich ist, wenn es der Freundschaft Italiens sicher sein darf. Aus diesem Grund allein schon ist die von italienischer Seite aufgestellte Behauptung, Österreich-Ungarn sei es, das Italien bedrohe, völlig aus der Luft gegriffen und kann nur als ein der südländischen Einbildungskraft entsprungenes Phantom angesehen werden oder aber als böswillige Erfindung. Derartige Gerüchte werden übrigens auch in Österreich in Umlauf gesetzt, und anläßlich der Delegationsverhandlungen, zumal bei den endlosen Erörterungen der Militärkredite, konnte man von einer „Kriegspartei" reden hören, die man mit der Person des Thronfolgers in Zusammenhang brachte. Tatsächlich liegt dem Thronfolger wie jedem ernst zu nehmenden Politiker der Wunsch nach einem Kriege mit Italien natürlich fern. Die Kriegslust, die ihm da imputiert wird, ist eine gehässige Entstellung der Tatsache, daß er kein Freund der Servilitätspolitik ist, die man Italien gegenüber zu betreiben für gut befindet und in der er, wie jeder überzeugte

Österreicher, eine beschämende Selbstentwürdigung erblickt, die den Beziehungen beider Staaten nichts nutzt, wohl aber das Ansehen der Monarchie empfindlich schädigt.

Wenn Österreich gegen Italien Böses im Schilde führte und in seiner angeblichen „Ländergier" und „Gewalttätigkeit" nur darauf lauerte, über Italien herzufallen, so müßte es doch einen bestimmten Zweck dabei im Auge haben. Welcher aber soll dies sein?

Man wird vermutlich antworten: die Wiedereroberung und Besitznahme der Lombardei und Venetiens. Nun, darüber möge man jenseits der Alpen vollkommen beruhigt sein; an die denkt hierzulande kein einziger ernsthafter Politiker. Österreich hat wahrlich schon genug Sorgen, um sich noch eine mehr aufzubürden, und welche Sorge! Der Besitz dieser beiden Provinzen brächte ihm eine Vermehrung seiner italienischen Bevölkerung um rund 7 1/2 Millionen. Das gäbe sonach mit der Dreiviertelmillion Italiener, die es schon besitzt, mehr als 8 Millionen. Was dieser Zuwachs für die Monarchie aber bedeuten würde, das läßt sich nach den Sorgen, die schon diese handvoll Italiener ihr bereitet, zur Genüge ermessen. Die Blut- und Geldopfer, die sie das „Lombardisch-venetianische Königreich" gekostet hat, sind ihr noch zu gut im Gedächtnis, als daß es sie nach einer Wiederholung gelüsten könnte. Man sollte meinen, das müßte man auch in Italien einsehen.

Man müßte, wenn man nur wollte, dort auch einsehen, daß Österreich nicht bloß kein Interesse und Verlangen hat, gegen Italien zu Felde zu ziehen, sondern, daß es auch keine Gelegenheit versäumt, diesem seine friedlichen und freundschaftlichen Absichten zu bekunden. Allein schon die Tatsache, daß Kaiser Franz Joseph ein Bündnis mit Italien eingegangen ist, bezeugt dies auf das deutlichste, denn indem er dem

Gegner von 1848, 1849, 1859 und 1866 die Hand zum Freundschaftsbunde reichte, demselben Gegner, an den er die Lombardei und Venetien verloren und der sein Reich auf den Trümmern der österreichischen Herrschaft in Italien errichtet hatte, hat er bewiesen, daß er gegen ihn keinen Groll mehr im Herzen trage. Und dieser Akt vornehmer Großmut und staatskluger Selbstüberwindung will um so mehr bedeuten, als kurz vor Abschluß des Dreibundes die Verschwörung Oberdanks gegen das Leben des Kaisers und gegen den Besitzstand des Reiches aufgedeckt worden war*). Damit hat Kaiser Franz Josef seine friedfertige Gesinnung gegen Italien in einer Weise bekundet, die über jeden Zweifel erhaben ist. Nun könnte man von italienischer Seite vielleicht einwenden, seither seien nahezu dreißig Jahre verflossen, und inzwischen habe sich das Verhalten Österreichs gegenüber Italien geändert. Dieser Einwand wäre jedoch ganz haltlos, denn die Monarchie hat Italien jederzeit ein Entgegenkommen bezeigt, das nur von gewollter Blindheit nicht beachtet werden kann, ein Entgegenkommen, das ihr von

*) Für Leser, denen der Name Oberdank fremd klingen sollte, sei hier angeführt, daß im Jahre 1882, anläßlich des Festes der fünfhundertjährigen Zugehörigkeit Triests zu Österreich, ebenda ein Putsch geplant war, der die Vereinigung dieser Stadt mit dem Königreich Italien zum Ziele hatte. Es kam jedoch bloß zu einem Bombenattentat, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Bald darauf wurde ein Komplott aufgedeckt, das dem Leben des Herrschers gegolten hatte. Das Haupt beider Verschwörungen war Wilhelm Oberdank. Da er im Okkupationsfeldzuge desertiert war, wurde er vor ein Kriegsgericht gestellt, das ihn wegen Hochverrat und Desertion vor dem Feinde zum Tode verurteilte. Das Verdikt wurde im Dezember 1882 durch den Strang vollzogen. Oberdank hatte in der Untersuchung unverhohlen zugegeben, daß er die Ermordung des Kaisers beabsichtigt hatte.

der anderen Seite wahrlich nicht leicht gemacht worden ist und in dem sie nur zu oft die zulässigen Grenzen überschritten hat. Es sei hier nur an das Nachspiel erinnert, das die Rede Dr. Luegers bei der Radetzkyfeier zur Folge hatte[1]), oder, um ein besonders krasses Exempel aus jüngster Vergangenheit zu wählen, an die Lunapark-Affäre, in der sich die österreichischen Behörden dazu verstanden haben, einen der klangvollsten Namen der österreichischen Geschichte verschwinden zu lassen, weil er den Herren der italienischen Botschaft ein Dorn im Auge gewesen ist oder es doch sein konnte[2]).

Bedeutsamer noch hat sich die übelangebrachte Gefälligkeit der Monarchie Italien gegenüber in Albanien geäußert. Freiherr v. Chlumecky berichtet hierüber in seinem hochinteressanten, leider noch viel zu wenig gekannten Buche „Österreich und Italien"*), die fast unglaublich klingende Tatsache, daß Österreich in den mit seinem Geld errichteten Schulen Albaniens als Unterrichtssprache nicht etwa die albanesische, kroatische oder deutsche eingeführt hat, sondern — die italienische! Baron Chlumecky bemerkt hierzu:

„Wäre es nicht so unendlich traurig, so könnte man eine blutige Satire darüber schreiben, wie wir fürsorglich jahrelang nicht unbedeutende Geldmittel dafür aufwenden, um den Albanesen die Kenntnis gerade desjenigen Idioms beizubringen, in welchem der Haß und die Feindschaft gegen den einstigen Lehrer gepredigt wird, gegen die naive Monarchie, welche in ihrer Kurzsichtigkeit nicht daran dachte, daß Italien einmal seine Hand über die Meerenge strecken

*) „Österreich und Italien. Das westbalkanische Problem und Italiens Kampf um die Vorherrschaft in der Adria" von Leopold Freiherrn von Chlumecky. (Leipzig u. Wien, 1907, Deuticke, S. 161 u. 163.)

und um so sicherer herübergreifen werde, wenn wir in so liebenswürdiger Weise ihm den Boden geebnet haben. Traurig ist es, zu unserer tiefen Beschämung gestehen zu müssen, daß wir selbst es waren, welche den ersten und lebensfähigsten Keim zur Italienisierung Albaniens gelegt haben“ [3]).

Die hier angeführten Beispiele ließen sich noch beträchtlich vermehren, wenn man sich die Mühe nähme, alle derartigen Überhöflichkeiten der österreichischen Regierung sorgfältig zu registrieren*), doch genügen die hier angeführten vollauf, und es sei hierzu nur noch bemerkt, daß die österreichische Tagespresse eifrigst bestrebt ist, es der Regierung darin nachzumachen oder vielmehr zuvorzutun. Auch der verschiedenen Romfahrten, die in jüngster Zeit von österreichischer Seite inszeniert worden sind, muß hier gedacht werden, denn sie bekunden nicht minder augenfällig, daß man in Österreich jede Gelegenheit zu benutzen sucht, Italiens „Wohlwollen“ zu erringen, selbst solche, die sich dafür so wenig eignen, wie die Jubelfeier des italienischen Königreiches, das bekanntlich auf und aus den Trümmern der österreichischen Herrschaft errichtet worden ist**) ...

---

*) Dies tut „Danzers Armee Zeitung“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, all das, was die Wiener Tagespresse hinsichtlich Italiens verschweigt, zu veröffentlichen und seine Leser über alle Vorgänge, in Italien, die ihnen sonst ganz unbekannt bleiben würden, eingehend zu unterrichten.

**) Im liberalen Lager hat man es dem Thronfolger verübelt, daß er sich nicht zur Jubelfeier nach Rom begeben hat. Eine Zumutung, die um so krasser erscheint, wenn man bedenkt, daß die Mutter des Erzherzogs aus dem Hause Bourbon-Sizilien stammt, das durch die Dynastie Savoyen um den Thron gebracht worden ist. — Über das Echo, das diese Besuche in Italien gefunden haben, gibt Leopold Frh. v. Chlumecky interessante Aufschlüsse in der „Österreichischen Rundschau“, Bd. XXIX, S. 73.

3.

Aber die Rüstungen Österreichs, die bedeutende Vermehrung seiner Grenzgarnisonen, die halbe Milliarde, die jüngst zum Ausbau des Heeres und namentlich der Flotte von den Delegationen bewilligt worden sind! ...

Dieser Einwand vermag die Bedeutung der eben angeführten Beweise für das Fehlen jeglicher feindseligen Absicht auf seiten der Monarchie nicht im geringsten abzuschwächen, im Gegenteil: selbst in diesen Rüstungen zeigt sich, daß man in Österreich keinen Angriff auf Italien plant, wie das in der italienischen Presse immer wieder behauptet wird. Man hat daselbst darauf verwiesen, daß die Verstärkungen im österreichischen Grenzgebiete wesentlich stärker seien als die auf italienischem, und hieraus auf die aggressive Tendenz der Monarchie geschlossen. Das ist wahr und doch falsch: wahr ist die Behauptung an sich, denn die Truppennachschübe ins Grenzgebiet sind diesseits tatsächlich beträchtlicher gewesen als jenseits; aber falsch ist die daraus geleitete Folgerung, denn die Ursache dafür war eine ganz andere: bis zum Jahre 1904 hat nämlich an der Grenze ein krasses Mißverhältnis der Kräfte zum Nachteile der Monarchie bestanden, die im Vertrauen auf das Bündnis es für unnötig erachtet hatte, in diesen Gebieten starke Garnisonen zu unterhalten*). Erst die immer unfreundlicher und bedrohlicher werdende Haltung Italiens veranlaßte die mili-

*) So hatte z. B. die einem feindlichen Angriff ungeschützt ausgesetzte Stadt Triest trotz ihrer außerordentlichen Bedeutung für das Reich bis vor wenigen Jahren als Garnison bloß 4 Bataillone, alles in allem, d. i. etwa 1600 Mann, ein Dislokationsfehler, der sich bei der Revolte im Jahre 1902 sehr peinlich fühlbar gemacht hat, da die Garnison zur Bewältigung der Unruhen sich an Zahl als ganz unzulänglich erwies.

tärischen Behörden, Maßnahmen zum Schutze der Grenzdistrikte zu treffen und demnach deren Garnisonen, namentlich in Tirol und im Küstenland, zu verstärken, ohne damit aber eine Überlegenheit über die Stärke der italienischen Grenzgarnisonen zu erreichen, die von Anbeginn schon so zahlreich waren, daß sie einer ähnlich ausgiebigen Vermehrung wie in Österreich gar nicht bedurften.

Rechnet man Tirol, Kärnten, Krain, das Küstenland auf österreichischer, Venetien und die Lombardei auf italienischer Seite als Grenzgebiete*), so ergibt sich hinsichtlich der drei Hauptwaffen für die Jahre 1900 und 1910 folgendes Zahlenbild:

1900.

	Österreich-Ungarn	Italien	Unterschied
Bataillone	36 (m. Landwehr 53)	71**)	+ 35 (+ 18)
Schwadronen	6 („ „ 8)	48	+ 42 (+ 40)
Reitende und Feldbatterien	12	48	+ 36
Gebirgsbatterien	3	3	—
Festungsartilleriekompagnien	12	11	— 1

*) Bei diesem Vergleich empfiehlt es sich, die Grenzprovinzen als Grundlage zu benutzen, nicht, wie es meist geschieht, die Armeekorpsbezirke, denn diese geben ein falsches Bild des Kräfteverhältnisses. Rechnet man auf österreichischer Seite den III. (Graz) und XIV. (Innsbruck) Korpsbezirk auf italienischer den III. (Mailand), V. (Verona) und VI. (Bologna), so werden einerseits Garnisonen mit einbezogen, die von der Grenze ein paar hundert Kilometer entfernt sind, wie z. B. Freistadt im oberösterreichischen Mühlviertel, unweit der böhmischen Grenze, das noch zum Bereich des XIV. Korps gehört; anderseits entfallen wieder Garnisonen, die zwar innerhalb der Grenzzone gelegen sind, aber nicht mehr zum Bereiche der in Betracht gezogenen Korps gehören, wie z. B. Cremona und Pavia, die noch nördlich des Po liegen, aber dem IV. und II. Korps unterstehen.

**) Bei dieser Zusammenstellung ist auf Seite Italiens die Mobilmiliz, die ihrem Zwecke nach der k. k. Landwehr entsprechen sollte und daher eigentlich mitgerechnet werden müßte, nicht in Betracht

1910.

	Österreich-Ungarn	Italien	Unterschied
Bataillone	57 (m. Landwehr 75)	73	+ 16 (— 2)
Schwadronen	9 („ „ 12)	55	+ 46 (+ 43)
Reitende und Feldbatterien	12	48	+ 36
Gebirgsbatterien	15	12	— 3
Festungsartilleriekompagnien	27	15	— 12

Italien ist Österreich-Ungarn somit zu Beginn dieses Jahrhunderts im Grenzgebiet an Infanterie fast um das Doppelte überlegen gewesen, an Feldartillerie um das Vierfache und an Kavallerie gar um das Achtfache. Nur die Zahl der Gebirgs- und Festungsartillerie-Einheiten ist auf beiden Seiten ungefähr dieselbe gewesen. Es hat demnach auf österreichischer Seite beträchtlicher Verstärkungen bedurft, um dieses schreiende Mißverhältnis einigermaßen auszugleichen; vollständig gelungen ist dies aber nur bei der Infanterie, die jetzt, wenn man die Landwehrtruppen mitzählt, den italienischen Fußtruppen sogar um eine Kleinigkeit — 2 Bataillone — an Zahl voraus ist; ferner bei der Gebirgsartillerie und besonders bei der Festungsartillerie, bei der der Vorsprung der Monarchie beträchtlich ist*). Hinsichtlich der Kavallerie und Feldartillerie herrscht nach wie vor ein

---

gezogen worden, weil sie der österreichischen Landwehr infolge ihrer noch ungenügenden Ausbildung nicht gleichwertig ist. Durch ihre Miteinbeziehung würde die numerische Überlegenheit der italienischen Truppen im Grenzgebiete noch bedeutender werden. — Wer sich über das militärische Verhältnis beider Staaten näher unterrichten will, lese das ausgezeichnete Werk „Autriche et Italie" des Kapitäns Victor Duruy, Paris, 1909. Es ist in deutscher Übersetzung erschienen (Wien, 1910, Seidel & Sohn).

*) In jüngster Zeit ist auf italienischer Seite auch die Festungsartillerie vermehrt worden, so daß der Vorsprung Österreich-Ungarns auch bei dieser Truppengattung wettgemacht erscheint.

krasses Mißverhältnis zu deren Nachteil, denn Italien hat im Grenzgebiete noch immer sechsmal so viel Reiter und viermal so viel Feldartillerie disloziert als Österreich-Ungarn. In diesem starken Überwiegen der Kavallerie und Feldartillerie auf italienischer, der Festungsartillerie auf österreichischer Seite zeigt sich der offensive Charakter der italienischen, der defensive der österreichischen Dislokationsbestimmungen.

Aus diesen Zahlen, deren Richtigkeit ja jedermann nachprüfen kann, ergibt sich somit, daß selbst die von italienischer Seite als so bedrohlich hingestellten Truppennachschübe an die Grenze beweisen, wie ferne der Monarchie aggressive Pläne gegen ihren südlichen Nachbar und Bundesgenossen liegen.

Es bleibt also nur noch der unlängst von den Delegationen bewilligte 512-Millionenkredit für Rüstungszwecke, den man allenfalls gegen die friedlichen Absichten der Monarchie vorbringen könnte. Aber auch dieser Einwand vermag nicht standzuhalten und läßt sich schon durch den Hinweis auf den 864 Millionenkredit Italiens entkräften, der wesentlich höher und, was noch mehr ins Gewicht fällt, ihm vorausgegangen ist. Die 512 Millionen bedeuten übrigens, so hoch diese Zahl an sich auch ist, keineswegs einen so besonderen Rüstungsaufwand, wie man vielfach zu glauben scheint; sie stellen bloß die Summe all der Beträge dar, die die beiden Parlamente der Armee und namentlich der Marine Jahrzehnte hindurch schuldig geblieben sind und die im Laufe dieser langen Zeit natürlich eine so beträchtliche Höhe erreicht haben. Diese alten Schulden sind endlich bezahlt worden, mehr nicht, und es wäre ein arger Irrtum zu glauben, die k. u. k. Flotte werde mit den für sie verwendeten 312,5 Millionen Kronen auch den weiten Abstand einholen, der sie bisher von der italienischen getrennt hat.

Im Jahre 1910 ist das Kräfteverhältnis der Schlachtflotte beider Staaten nach dem bekannten Marinehandbuche „Nauticus" folgendes gewesen:

Österreich-Ungarn

Schlachtschiffe	fertig	10	mit	88 120 t	Deplacement
„	im Bau	(2)	„	(29 000) „	„
Panzer-Kreuzer	fertig	3	„	18 870 „	„
„	im Bau	—	„	— „	„
Geschützte Kreuzer	fertig	5	„	7 050 „	„
„	im Bau	(1)	„	(3 540) „	„
Zusammen	fertig	16	mit	114 040 t	Deplacement
	im Bau	(3)	„	(32 540) „	„
	Total	19	mit	146 580 t	Deplacement

Italien

Schlachtschiffe	fertig	9	mit	110 280 t	Deplacement
„	im Bau	(4)	„	(85 500) „	„
Panzer-Kreuzer	fertig	9	„	69 700 „	„
„	im Bau	(1)	„	(9 830) „	„
Geschützte Kreuzer	fertig	5	„	12 320 „	„
„	im Bau	(3)	„	(9 900) „	„
Zusammen	fertig	23	mit	192 360 t	Deplacement
	im Bau	(8)	„	(105 230) „	„
	Total	31	mit	297 530 t	Deplacement

Die italienische Schlachtflotte ist also etwas mehr als doppelt so stark gewesen als die österreichisch-ungarische. Rechnet man noch die kleinen Fahrzeuge und die Torpedoflottille dazu, so verschiebt sich dieses Verhältnis noch mehr zum Nachteile der Monarchie und entspricht etwa den Zahlen 1 : 2.8. Durch die jüngsten Schiffsbauten Österreich-Ungarns wird der große Abstand zwischen den Schlachtflotten beider Reiche zwar um ein gutes Stück verringert, aber nur vorübergehend, da ja in den italienischen Werften nicht minder eifrig und in noch größerem Maßstabe gebaut wird. Auf Grund der Daten des „Marinealmanachs" und des „Taschen-

buchs für Kriegsflotten für 1911" gibt „Danzers Armee-Ztg." (Nr. 8 Jg. 1911) nachstehenden interessanten Überblick über die Entwicklung beider Schlachtflotten bis zum Jahre 1916:

	Ende 1911		Ende 1914		Ende 1916	
Österreich-Ungarn	150 600 t	= 1 : 1.58	202 700 t	= 1 : 1.35	185 900 t	= 1 : 1.75
Italien	206 463 t		285 715 t		325 982 t	

Wie man sieht, hat Italien nicht die geringste Ursache, sich von Österreich-Ungarn bedroht zu glauben, und es wäre hoch an der Zeit, daß unsere Nachbarn jenseits der Alpen endlich zur Einsicht kämen, daß die Monarchie nichts von ihnen haben will und nicht daran denkt sie anzugreifen.

Nicht minder an der Zeit wär' es, wenn sie endlich begreifen wollten, daß ihr Gebaren es ist, das kein wahres Bundesverhältnis aufkommen läßt und Österreich-Ungarn, gegen seinen Willen, nötigt, auf der Hut zu sein und Gegenmaßregeln zu treffen. Der Beweis, daß dem wirklich so ist, läßt sich leicht erbringen:

4.

Seit den Tagen Mazzinis sind schon mehr als sechzig Jahre verflossen, und das Italien von damals — der Name war bloß ein geographischer Begriff, kein politischer — hat sich gründlich verändert: aus einem bunten, unzusammenhängenden Haufen verschiedener Kleinstaaten ist ein großer einheitlicher Nationalstaat geworden, eine Großmacht. Aber eines hat sich in Italien auch in diesen langen Jahren nicht geändert: der Wunsch nach dem Besitze Triests und Trients. Wohl ist das ursprüngliche Programm der italienischen Nation, „frei bis zur Adria", längst verwirklicht, aber man gibt sich damit nicht zufrieden und will mehr. Mit unbeirrbarer Zähigkeit hat der italienische Einheitsgedanke, verkörpert in

der Dynastie Savoyen, seinem Ziele zugestrebt und ist ihm, von ungewöhnlichem Glücke begünstigt, auch immer näher gekommen. Schon in den Jahren 1848 und -49 sah es aus, als sollte der italienische Einheitstraum in Erfüllung gehen, denn das in Italien so leidenschaftlich gehaßte Österreich schien unter den Eruptionen der inneren Revolution und des nationalen Aufstandes in Ungarn zusammenbrechen zu wollen. Aber das Feldherrngenie eines Radetzky und das Heer des alten Marschalls, das an Pflichttreue und Todesmut ersetzte, was ihm an Zahl abging, sorgten dafür, daß die italienischen Freiheitsbäume nicht in den Himmel wuchsen, und riefen dem „Befreier" Italiens bei Custoza und Novara ein donnerndes Halt zu, das den Plänen und Hoffnungen Mazzinis vorläufig ein Ende machte. Zähneknirschend mußten sich die besiegten Freiheitsschwärmer unter das schwarz-gelbe Joch beugen.

Die besiegten aber nicht die bekehrten! Im Gegenteil: in ihren Köpfen und Herzen glühte der Haß gegen die „Tyrannen", die „maledetti tedeschi", noch wilder fort und harrte fiebernd des Tages, an dem er wieder losbrechen konnte. Da dieser Tag für Italiens Ungeduld aber zu lange nicht kommen wollte und Louis Napoleon, von dem man das Zeichen dazu sehnsüchtig erwartete, sich den drängenden Mahnungen der italienischen Nationalisten gegenüber schwerhörig zeigte, erinnerte man ihn mit so lauter Stimme an seine Zusage, daß er sie hören mußte: durch die Bomben Orsinis. Die Wirkung dieser nachdrücklichen Mahnung war der Krieg vom Jahre 1859, der Sardinien zur Lombardei verhalf. Auf das ebenfalls begehrte Venezien mußte es jedoch verzichten, denn Napoleon hielt es angesichts des österreichischen Heeres, das trotz der verlorenen Schlachten noch keineswegs kampfunfähig geworden war und sich in einer

für ihn bedrohlichen Weise verstärkt hatte, für ratsam, den Krieg nicht fortzuführen, um die so rasch erworbene „gloire“ nicht zu gefährden.

So mußte die italienische Nation sich mit der Lombardei begnügen und eine neue Gelegenheit abwarten, um mit fremder Hilfe — denn allein fühlte sie sich dazu nicht imstande — auch noch Venetien an sich zu bringen. Diese Gelegenheit kam schon wenige Jahre später und zwar unter für Italien überaus günstigen Verhältnissen, da mehr als zwei Drittel des österreichischen Heeres durch den Angriff Preußens im Norden des Reiches festgehalten wurden. Aber die Italiener vermochten diese Konstellation nicht auszunützen; ihre Streitkräfte zeigten sich, wie in allen früheren Kriegen so auch in diesem, den österreichischen, ungeachtet ihrer numerischen Übermacht, nicht gewachsen und erlitten zu Land und zu Wasser schwere Niederlagen: bei Custoza und bei Lissa. Trotzdem fiel ihnen — ein in der Geschichte unerhörter Fall — das so heiß begehrte Venetien in den Schoß ...

Aber das genügte ihnen noch nicht, sie wollten mehr — l'appetit vient en mangeant — und glaubten die harte Bedrängnis Österreichs mit Erfolg ausnützen zu können, denn unter dem Eindrucke der Niederlage von Königgrätz hatte dieses von den drei in Italien kämpfenden Armeekorps zwei zum Schutze Wiens abberufen, so daß ihnen ein einziges im Felde gegenüberstand. Dennoch gelang es ihnen nicht, sich des durch Feldmarschall-Leutnant Kuhn sehr geschickt verteidigten Trentino's zu bemächtigen, und als Österreich sich mit Preußen ausgeglichen hatte und sein ganzes Heer gegen Italien aufzubieten drohte, zogen sie's doch vor, sich bloß mit dem so bequem erworbenen Venetien zu begnügen und den schon nach Trient und Triest ausgestreckten

Arm wieder zurückzuziehen, denn der Kampf mit der ganzen österreichischen Armee konnte sie binnen kurzem um all ihre politischen Erfolge bringen.

Für den Entgang der schon für sicher gehaltenen österreichischen Gebiete wurde es übrigens vier Jahre später entschädigt, als es, abermals eine günstige politische Konstellation geschickt benutzend, sich Roms bemächtigte, das infolge des deutsch-französischen Krieges von seinen französischen Schutztruppen entblößt worden und dem italienischen Heere fast wehrlos preisgegeben war.

Jetzt endlich war das ganze Italien zur Einheit geworden, und es hätte sich mit diesen raschen und fast müheloſen Erfolgen zufrieden geben können. Zuerst hatte es auch den Anschein; König Viktor Emanuel trug sich sogar mit dem Gedanken einer Allianz mit Österreich und Frankreich gegen Deutschland, die jedoch aus verschiedenen Gründen nicht zustande kam. Aber diese Anwandlung freundschaftlicher Gefühle für Österreich ging bald wieder vorüber, und das Verlangen nach Triest und Trient begann sich wieder lebhaft zu regen, zumal als Österreich-Ungarn auf dem Berliner Kongreß mit der Besetzung Bosniens und der Herzegowina betraut wurde, Italien aber leer ausging. Die Erbitterung über diese Enttäuschung machte sich in stürmischen Ausbrüchen Luft, in denen Triest und Südtirol als „Entschädigung" gefordert wurden. Der damalige k. k. Militärattaché in Rom, Oberst R. v. Haymerle, sandte seiner Regierung über die zu jener Zeit in Italien herrschende Stimmung folgenden bezeichnenden Bericht:

„Zu diesem Zweck (um die Regierung zu zwingen, von Österreich die Abtretung der von Italienern bewohnten Gebiete zu verlangen) wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt; die Presse mußte mit Hochdruck arbeiten,

das Vereins- und Verſammlungsrecht wurde weit über die Grenze des Erlaubten hinaus in Anſpruch genommen, um Haß und Feindſchaft gegen den benachbarten Kaiſerſtaat wachzurufen, damit die ‚unter öſterreichiſchem Joch ſchmachtenden Brüder', die aller Bürger- und Menſchenrechte beraubt, gepeinigt und in Feſſeln geſchlagen ſind, endlich befreit werden ... Keine Schmähung blieb unſerm Staatsweſen erſpart; wir wurden als die Henker der Völker bezeichnet, als blutrünſtige Wüteriche gebrandmarkt, als Geißel der Menſchheit dem Fluche der Geſchichte überantwortet u. dgl. m. Es wäre ſchwer, das Maß nationaler und internationaler Ungebärdigkeit nur annähernd wiederzugeben, welches da zutage trat ... Und vollends als die Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch die k. k. Truppen die Einverleibung dieſer Provinzen zu präjudizieren ſchien, da wurden die Elemente entfeſſelt und mittels Preſſe und Volksverſammlungen eine zu den Waffen rufende Agitation gegen Öſterreich inſzeniert, welche durch die bis zur Verletzung der Gaſtfreundſchaft an den Vertretern des Kaiſers getriebene Gröblichkeit der Exzeſſe das einſtimmige Verdammungsurteil des geſamten Europas hervorrief"*).

Aus dieſer Stimmung heraus entſtand die irredentiſtiſche Bewegung. Obwohl dieſe ſich urſprünglich die „Erlöſung" aller von Italienern bewohnten Gebiete fremder Staaten zur Aufgabe machte, alſo auch die Frankreichs und der Schweiz, galten dieſe Beſtrebungen doch von allem Anfang in erſter Linie den in öſterreichiſchem Beſitze befindlichen Gebieten mit italieniſcher Bevölkerung.

Wenn die italieniſche Regierung bei dieſer Hetze auch

*) „Danzers Armee-Zeitung" Nr. 10, Jg. 1911.

nicht mittat, so bewies sie doch, daß sie mit den Bestrebungen der „Irredenta" sympathisierte, denn als deren ehemaliger Präsident, General Avezzana, starb, veranlaßte sie dessen Bestattung auf Staatskosten ...

Trotz dieser in Italien herrschenden fanatischen Austrophobie hielt man's im Quirinal unter dem Eindrucke der Okkupation von Tunis durch Frankreich doch für angezeigt, die ihm von Bismarck in kluger Berechnung gebotene Hand anzunehmen, und trat dem Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn bei. König Humbert nahm es mit diesem Bündnis auch wirklich ernst, und als die gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gegen Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zu einem Kriege auszuarten drohten, da galt es allgemein als ausgemacht, daß in diesem Fall Italien an der Seite Deutschlands gegen Frankreich kämpfen würde. Auch die Dislozierung der italienischen Armee deutete darauf hin, denn während in Venetien an der österreichischen Grenze bloß ein einziges Armeekorps stationiert war, standen in Piemont, in der französischen Grenzsphäre, zwei Armeekorps, darunter die Hauptmasse der Alpini.

Aber ungeachtet dieser ganz im Sinne des Dreibunds gehaltenen Politik verhielt Italien sich der habsburgischen Monarchie gegenüber stets kühl und ließ bei jeder Gelegenheit deutlich erkennen, daß seine Sympathien bloß Deutschland galten, nicht aber auch dem zweiten Alliierten.

Der Irredentismus, der inzwischen schon erloschen schien, loderte wieder zu hellen Flammen auf, als König Viktor Emanuel III. nach seiner Thronbesteigung seinen ersten Antrittsbesuch nicht in Berlin oder Wien abstattete sondern in Petersburg. Von nun an griff der Brand immer weiter um sich, zumal da ihm weder auf italienischem, noch auf

österreichischem Gebiete energisch genug entgegengetreten wurde. Vereine und Zeitungen schossen wie Pilze hervor, alle mehr oder weniger von der Absicht ins Leben gerufen, dem irredentistischen Gedanken Anhänger zu schaffen*.) Und das gelang ihnen auch im ausgiebigsten Maße. Die Demonstrationen gegen Österreich mehrten und verstärkten sich in bedenklicher Weise, besonders nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina, die in Italien ähnliche Wutausbrüche hervorrief wie dreißig Jahre vorher die Okkupation dieser Länder.

Hatte die nationale Parole Italiens einst gelautet: „Frei bis zur Adria!", war es jetzt das „mare nostro", das man stürmisch verlangte. Natürlich nicht das Meer allein, auch ein gut Stück Land dazu, und damit das italienische Volk erfahre, was ihm gebühre, sorgte die Irredenta dafür, daß Landkarten angefertigt und in Umlauf gesetzt wurden, auf denen die „natürlichen" Grenzen des künftigen italischen Reiches verzeichnet waren. Auf diesen für Schulen, Ansichtskarten und Zündholzschachteln verwendeten Landkarten erstrecken sich die Grenzen Groß-Italiens „vom Reschenscheideck über den Brenner bis zum Großvenediger, dann über das Toblacher Feld am Grat der karnischen Alpen bis zum Triglav und um den Zirk-

*) Von Vereinen sei an erster Stelle der „Dante Alighieri" genannt, der über 50 000 Mitglieder zählt, ferner die „Lega nazionale", „Lega navale" usw. Von Zeitungen marschiert die „Italia all' Estero" an der Spitze der irredentistischen Blätter. Denselben Tendenzen huldigen „La Nave" in Neapel, „La Grande Italia", „La Giovane Italia", „Il Bel Paese" in Mailand, „Mare nostro" in Venedig, „Il Caroccio" in Florenz. Aus demselben Geiste heraus ist auch ein sehr ernst zu nehmendes militär-politisches Blatt gegründet worden, das den bezeichnenden Titel „La Preparazione" führt.

nitzer See bis Fiume. Dalmatien wird in seinem heutigen Umfange voll beansprucht"*).

Bescheidenheit ist demnach, wie man hieraus ersieht, just nicht die Sache der Irredentisten.

Bis zu welcher Siedehitze dank dieser mit Hochdruck betriebenen Propaganda der Haß gegen Österreich schon gestiegen ist, das zeigt die wüste Art der landesüblichen Kundgebungen; hat man sich doch nicht gescheut, Strohpuppen zu verbrennen, die Kaiser Franz Josef darstellen sollten, und das Bild des greisen Herrschers in hier nicht wiederzugebender Weise dem Hohne des Volks preiszugeben, wie das z. B. in Udine geschehen ist, also gewissermaßen vor den Toren der Monarchie ...

Die italienische Regierung hat bisher allerdings ihre korrekte Haltung bewahrt, d. h. sie hat sich an diesen Kundgebungen nicht beteiligt, hat sie, wenn es anders nicht möglich war, sogar geahndet wie im Fall Asinari; aber manchmal zeigt sie doch unverhohlen, daß ihre Sympathie für die Irredenta stärker ist als ihre Rücksicht auf den Bundesgenossen jenseits der Alpen. Das beweisen die wiederholten Empfänge, die Vertretern der Irredenta durch den König zuteil geworden sind, so in Venedig, Udine und Belluno; das beweist ganz besonders die Entrevue in Racconigi, die, wie man meinen sollte, selbst dem blindesten Optimisten den rosenfarbenen Star stechen mußte und deren Bedeutung nur der nicht erkannte, der blind sein wollte, wie z. B. das „Neue Wiener Tagblatt", das den merkwürdigen „Mut"

*) „Danzers Armee Zeitung" Nr. 10, Jg. 1911. — Der Präsident der italienischen Deputiertenkammer, Herr Marcora, hat diese heißen Wünsche teilweise schon anticipando verwirklicht, indem er in öffentlicher Kammersitzung von „unserem" Triest und „unserem" Trient sprach.

fand, dieses Ereignis als eine „erfreuliche (sic!) Erscheinung" zu bezeichnen[4]).

Aus all diesen Tatsachen, die sich nicht wegleugnen lassen, ergibt sich mit geradezu erdrückender Überzeugungskraft, daß die Schuld an dem unerfreulichen Zustand der Beziehungen zwischen Österreich und Italien dieses trifft.

Daß man trotz alledem jenseits des Apennins immer wieder Österreich als den bösen Störenfried hinzustellen sucht, der Italien bedrohe und es zu kriegerischen Vorbereitungen zwinge, ist eine Verdrehung der Tatsachen, die in ihrer Verwegenheit geradezu grotesk klingt. Der Zweck ist ja klar: es ist das Bestreben, den „Bundesgenossen" vor Europa ins Unrecht zu setzen und die eigenen Rüstungen zu rechtfertigen; aber dieser Zweck wird dadurch vereitelt, daß die italienischen Blätter in einem Atem mit diesen Klagen Triest und Trient verlangen und vom „mare nostro" phantasieren. Dadurch strafen sie ihre eigenen Behauptungen in vernichtender Weise Lügen und lassen alle Welt erkennen, daß nicht Österreich-Ungarn es ist, das den Krieg will, sondern Italien.

5.

Österreich und Italien sind, wie man sieht, gar wunderliche Bundesgenossen. Ihr Verhältnis zueinander erinnert an das zwischen Österreich und Preußen vor 1866. Im Jahre 1864 kämpften diese noch Schulter an Schulter gegen Dänemark; zwei Jahre später rangen sie auf den böhmischen Schlachtfeldern auf Tod und Leben. Damals hat es der Vorherrschaft in Deutschland gegolten: diesmal gilt es der Vorherrschaft auf der Adria . . .

Im Hinblick auf diese Sachlage erscheinen die offiziösen Vertuschungsbemühungen und Freundschaftsversicherungen

ebenso heuchlerisch als töricht. Oder glauben die Diplomaten und ihre Preßtrabanten denn allen Ernstes, daß man eine Sache dadurch, daß man ihr Vorhandensein leugnet, tatsächlich aus der Welt schafft? Ist das nicht Vogelstraußpolitik? Und der Strauß gehört bekanntlich eben nicht zu den klügsten Vögeln . . . Oder soll es etwa Suggestion sein? Hoffen sie, daß die Völker die Freundschaft, die sie ihnen einreden, schließlich wirklich zu fühlen glauben werden? Nach dem Rezepte von „des Kaisers neuen Kleidern"! Trifft das zu, so wäre man zunächst wohl versucht, darin eine seelenkundige Spekulation auf die geistige Unselbständigkeit und Beeinflußbarkeit der Menge zu sehen, der man ja wirklich alles mögliche suggerieren kann. Im vorliegenden Fall ist diese Spekulation aber durchaus verfehlt, denn sie vergißt, ein Moment in Rechnung zu ziehen, das ihr ganzes Trachten zunichte macht: den leidenschaftlichen Widerstand, den diese Bemühungen in Italien finden. Soll ein solches Beginnen Früchte tragen, so müßte es auf beiden Seiten ins Werk gesetzt werden, in Österreich und in Italien. Das geschieht aber nicht oder doch in ganz ungleicher Weise: während in Österreich die ganze einflußreiche Presse die Friedensschalmei spielt, tut dies jenseits der Alpen nur die offiziöseste Presse; die übrigen und mehr gelesenen Blätter aber schüren unbekümmert den Haß gegen Österreich und züchten mit Eifer und Erfolg den Irredentagedanken. Die Regierung läßt sie dabei ruhig gewähren und fühlt sich zu einem Eingreifen nur dann bemüßigt, wenn sie es einmal zu arg treiben. Dadurch wird die ganze schönschwätzende Leisetreterei der Wiener Regierung und Presse paralysiert und zu einer in ihrer Einseitigkeit törichten und lächerlichen Farce gemacht. Und zu schlimmerem: zu einer Versündigung am eigenen Staat, an den eigenen Völkern, die über die wahre Lage

der Dinge geflissentlich getäuscht werden und darum einem furchtbaren Erwachen entgegengehen.

Der Humor dabei — für Österreich allerdings das Tragische — ist, daß die Regierung in dieser Sache mit Eifer und Beharrlichkeit ihre eigenen Interessen untergräbt und den Staat gefährdet, den sie schützen soll und auch will. Da sie der Öffentlichkeit immer wieder versichern läßt, es herrsche mit Italien das beste Einvernehmen und kein vernünftiger Mensch denke ernstlich an den Krieg, glaubt die Bevölkerung natürlich, daß es sich wirklich so verhält, glaubt es um so lieber, als es ihr so ja viel bequemer ist, und will nun natürlich nicht einsehen, wozu es bei einem so friedlichen Stande der Dinge denn soviel Geld für Kanonen, Festungen und Kriegsschiffe hergeben soll?*) Dank dieser ebenso kurzsichtigen und verderblichen Vertuschungstaktik ist es denn auch soweit gekommen, daß die k. u. k. Flotte an Zahl und Gefechtskraft hinter den Flotten der andern Mächte in einem Abstande zurückgeblieben ist, der sich nur mit den schwersten finanziellen Opfern verringern, einbringen über-

*) Daß dieser Mangel an Einsicht und Verständnis für die militärischen und namentlich für die maritimen Bedürfnisse des Reichs keineswegs bloß auf den minder gebildeten Teil der Bevölkerung beschränkt ist, beweist die Äußerung, die Dr. Steinwender, der frühere Parlaments-Vizepräsident, anläßlich der Besprechung des Marine-Budgets im Jahre 1910 getan hat. Er machte nämlich in ironischer Weise die Bemerkung: „Wir haben nicht untersucht, wie es kommt, daß 54 Millionen für die Marine ausgegeben wurden, obwohl es unseres Wissens eine serbische Marine gar nicht gibt." Hierzu sei, als nicht überflüssig, bemerkt, daß der Verfasser dieses merkwürdigen Ausspruchs in seinem bürgerlichen Berufe Professor der klassischen Sprachen gewesen ist, somit auch etwas von den Seeschlachten bei Salamis und Actium gehört haben dürfte, daher doch wissen sollte, welche Folgen eine verlorene Seeschlacht haben kann . . .

haupt nicht mehr läßt, in einem Abstande, der im Hinblick auf die italienische Flotte größer ist als am Tage von Lissa (1866 wie 1 : 1·6, 1910 wie 1 : 2).

Durch das Vertuschen und Schönreden wird das Verhältnis zwischen Österreich und Italien also nicht besser; da liegt denn die Frage nahe, ob es sich denn nicht auf andere Weise erfreulicher gestalten ließe, ob es denn immer so unaufrichtig und gefährlich bleiben soll? Die Antwort darauf ist sehr einfach: das hängt ganz allein von Italien ab. An ihm, nur an ihm ist es daher auch, den bisher eingehaltenen Kurs zu ändern und Österreich zu überzeugen, daß es wirklich sein Bundesgenosse ist, nicht bloß auf dem Papier. So lange das nicht geschieht, ist jeder vertrauliche Annäherungsversuch österreichischerseits kein Entgegenkommen, sondern bloß ein Nachlaufen. Das scheint man in gewissen Kreisen Österreichs aber nicht begreifen zu wollen, sonst könnte man da nicht einer das Reich entwürdigenden Anbiederungspolitik das Wort reden, die nichts anderes ist als politischer Masochismus; noch dazu vergeblicher, denn die Italiener sind viel zu realistisch denkende Leute, um sich mit schönen Worten abspeisen zu lassen. Sie haben die deutsch-österreichischen Wallfahrer, die es sich nicht nehmen lassen wollten, der bella Italia ihre Huldigungen persönlich darzubringen, mit der ihnen eigenen Liebenswürdigkeit empfangen und bewirtet und sind um herzlich klingende Artigkeiten und Versicherungen nicht verlegen gewesen; im übrigen jedoch wird alles bleiben, wie es ist, auch die Irredenta.

Aber könnte nicht Deutschland, als der Verbündete beider Staaten, durch seinen Einfluß zwischen ihnen ein gutes Einvernehmen herstellen? . . . Auch diese Frage liegt nahe; doch eben deshalb ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß die deutsche Regierung schon längst ihren ganzen, gewiß

nicht gering anzuschlagenden Einfluß aufgeboten hat, um dies zu erreichen. Daß ihr dies nicht geglückt ist, beweist die Fortdauer der Spannung zwischen den beiden Bundesgenossen. Ihr Einfluß auf Italien besteht eben nicht mehr in seiner ursprünglichen Kraft. Italien sieht jetzt in Deutschland weniger den Helfer von 1866 und Förderer von 1870 als vielmehr den Freund des verhaßten Österreich. Das Bundesband, das es noch an das Deutsche Reich knüpft, ist ihm nur mehr eine lästige Fessel, die es daran hindert, sich so zu bewegen, wie es will. Wenn Herr von Bethmann-Hollweg nach seinem Besuch in Italien durch sein Leiborgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", verkünden ließ, es habe sich das Bewußtsein dieses Bündnisses so tief in die Herzen des italienischen Volkes eingewurzelt, daß das Bündnis dadurch gewissermaßen selbstverständlich geworden sei, so ist das eine euphemistische Diplomatenfloskel, die sich angesichts der Vorgänge in Italien fast grotesk ausnimmt und an die der deutsche Reichskanzler wohl selber nicht glaubt. In Wahrheit sehnt Italien den Tag herbei, an dem es die drückenden Fesseln dieses zur unnatürlichen Farce gewordenen Bündnisses zerreißen kann. Durch Vermittlung Deutschlands eine Besserung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien zu erwarten, wäre demnach eine gewagte Hoffnung ...

Und wie wär's, wenn man sich in Österreich dazu verstünde, die Ansprüche Italiens wenigstens teilweise zu befriedigen, etwa durch die Abtretung des sogenannten Trentino? So könnte ja allenfalls jemand aus dem Gefolge der Baronin Suttner fragen oder auch Dr. Steinwender ...

Die Antwort darauf gibt Pellegrinis Buch „Verso la guerra", worin es mit Bezug auf diese Möglichkeit

heißt: „Wenn es einen Politiker, eine Regierung in Italien geben könnte, die darauf eingehen wollte, sie würde von der ausbrechenden Revolution hinweggefegt werden, denn wir wollen Trient, das ohnehin bei der nächsten politischen Konstellation an uns fallen wird und muß, nicht als Almosen, wir müssen aus geographischen, ethnographischen, historischen und militärischen Gründen unbedingt Trient, Triest und Istrien besitzen, überdies der Entsagung Österreichs auf dessen Balkanaspirationen sicher sein; dies und nur dies ist die unerläßliche Voraussetzung eines friedlichen Übereinkommens mit Österreich"*).

Man sieht: es ist nicht wenig, was Herr Pellegrini da für sein Vaterland von Österreich verlangt. Es bedeutet nichts geringeres als den Verzicht der Monarchie auf ihren einzigen großen Handelshafen und auf seinen bisher einzigen großen Kriegshafen; das aber wäre auch der Verzicht auf ihre Großmachtstellung, wäre ihre Degradierung zu einem luftlosen Binnenstaate. Kein vernünftiger Politiker, auch der ärgste Gegner Österreichs nicht, wird es für möglich halten, daß dieses, um sich dadurch das Wohlwollen Italiens zu erwerben, an sich ein derartiges Harakiri vollziehe . . . Nun hat dies freilich bloß Herr Pellegrini ge-

*) Battista Pellegrini: „Verso la Guerra" Rom, 1906, Voghera. Zitat nach Vize-Admiral a. D. Arthur Chiari in „Danzers Armee-Zeitung" Nr. 21. Jg. 1910. Chiari gebührt, wie bei dieser Gelegenheit bemerkt sei, das lobenswerte Verdienst, beharrlich auf die ernste Gefahr hingewiesen zu haben, die der Monarchie von seiten Italiens drohe, und auf die Notwendigkeit, die Flotte endlich auszugestalten. Da er dies im schroffen Gegensatze zur Leisetreterei und Vertuschungsmanie der Regierung tat, sah diese sich dadurch in unangenehmer Weise bloßgestellt und gab ihm ihr Mißfallen an seinen Bestrebungen ebenso zu verstehen wie seinerzeit Dr. Lueger nach seiner Rede bei der Radetzkyfeier.

fordert, aber nach allem hat er damit zweifellos keineswegs bloß seiner persönlichen Meinung Ausdruck gegeben, sondern der der Mehrzahl seiner Landsleute, soweit sie Politiker sind. Indem diese aber von Österreich die Erfüllung unannehmbarer Bedingungen verlangen, verlangen sie nichts anderes als den Krieg ... Nun, Österreich-Ungarn will ihn zwar nicht, aber es fürchtet ihn auch nicht ...

* * *

Die vorausgegangenen Ausführungen bedürfen infolge der mittlerweile aufgetauchten Tripolisaffäre noch eines Nachworts:

Die Expedition Italiens nach Tripolis wird möglicherweise auch sein Verhältnis zu Österreich beeinflussen; und zwar voraussichtlich insofern günstig, als die schon bedenklich nahe Gefahr eines Krieges zwischen diesen beiden Reichen dadurch wieder beträchtlich weiter hinausgerückt erscheint; denn mit einer so ernsten und heikeln Aufgabe vor sich, wie es die Erwerbung von Tripolis ist, kann Italien kaum daran denken, sich auch noch anderweitig militärisch und finanziell zu engagieren. Es könnte demnach eine Entspannung der Beziehungen zwischen beiden Staaten eintreten. Hieraus aber gleich auch die Hoffnung auf eine gründliche und dauernde Besserung ihres Verhältnisses zu schöpfen, wäre voreilig. Jedenfalls darf man aus der jüngsten Richtungsänderung der italienischen Expansionspolitik noch lange nicht folgern, daß Italien seine Ansprüche auf Triest und Trient deswegen fallen gelassen habe. Das wär' eine gefährliche Illusion, der jede reale Grundlage fehlte, wie immer das tripolitanische Abenteuer auch ausfallen mag. Mißlingt es, so wird man in Italien um so sicherer auf die alten irredentistischen Wünsche zurückkommen, wenngleich nicht so bald, weil die Kosten

einer unglücklichen Tripolis-Expedition allen weiteren Expansionsgelüsten für geraume Weile ein unerschütterliches Halt gebieten würden: gelingt das Wagnis aber, so werden die Italiener in ihrem Siegesrausch erst recht nicht daran denken, auf die Erfüllung ihres alten Lieblingstraums zu verzichten. Diese darf also bloß als aufgeschoben, keineswegs aber auch als aufgehoben betrachtet werden. Immerhin aber kann es für Österreich nur erwünscht sein, wenn sich der Expansionsdrang Italiens zunächst nach einer andern Richtung zu entladen sucht. Diese Befriedigung wird freilich durch die keineswegs grundlose Besorgnis getrübt, daß dieser heftige Vorstoß Italiens die ganze orientalische Frage ins Rollen und die ganze Balkanhalbinsel in wilden Aufruhr bringt ...

Italien hat übrigens mit seiner Tripolis-Politik seine hartnäckige Behauptung, Österreich wolle es überfallen, selber drastisch Lügen gestraft, denn läge dieses tatsächlich sprungbereit auf der Lauer, so würde es ihm nicht unbesorgt den Rücken gekehrt und sich in ein Unternehmen eingelassen haben, das alle seine Kräfte beanspruchen dürfte und Österreich die beste Gelegenheit gäbe, mit ihm abzurechnen, wenn es solche Absichten wirklich im Sinne führte.

Anhang.

[1]) Die Rede Dr. Luegers bei der Radetzkyfeier. (Zu S. 105.)

Anläßlich der am 24. November 1907 abgehaltenen Feier des 50. Todestages Radetzkys hatte Dr. Lueger eine Rede gehalten, in der er, wie das ja nahe lag, auch auf das Verhältnis Österreichs zu Italien zu sprechen kam. Er sagte darüber:

„Das Reich ist aus den Wirrnissen der Jahre 1848 und 1849 wieder gerettet worden, dank insbesondere dem berühmten Feldherrntalent unseres gefeierten Grafen Radetzky. Aber die Gefahr ist für unser Vaterland noch nicht vorüber, noch immer zündelt es an allen möglichen Enden. Unten im Süden ist es die italienische Irredenta, welche den Augenblick herbeisehnt, wo sie sich auf unser heiliges Reich stürzen kann. Auch in anderen Ländern zuckt es einmal da und einmal dort auf, kurz, es ist nicht Ruhe. Hoffentlich wird unser Vaterland fortbestehen, trotz aller, die es bedrängen. Es wird zur rechten Zeit wieder ein Vater Radetzky kommen und die Feinde unseres Vaterlandes werden wieder besiegt werden und unser Österreich wird neu erblühen und wird gedeihen bis in die fernsten Zeiten, per omnia saecula saeculorum."

Diese Worte fanden in Italien ein entrüstetes Echo. So nannte sie die „Tribuna" eine ungeheuerliche und törichte Provokation, die um so mehr zu bedauern sei, als drei Minister sie schweigend angehört hatten; es wäre wichtig zu erfahren, ob Freiherr von Ährenthal mit dieser politischen Fahrlässigkeit seiner Kollegen einverstanden sei.

Durch diese Wirkung der Rede Luegers nicht wenig erschreckt, beeilte sich die österreichische Regierung die aufgeregten Gemüter in Italien zu beschwichtigen und Dr. Lueger zu desavouieren. Es geschah in einem offiziösen Communiqué der „Politischen Korrespondenz" vom 28. Nov. mit folgenden Worten:

„Dieser unerwartete Mahnruf steht im Widerspruche mit den der gegenwärtigen Politik das Gepräge gebenden Tatsachen und dem jetzigen Verhältnis Österreich-Ungarns zu Italien. Der Auffassung, daß dem Irredentismus in Italien die Bedeutung einer

Gefahr für unsere Monarchie zukomme, wird gewiß kein Kenner des wirklichen Standes der Dinge im verbündeten Königreiche beipflichten können. Alle Beobachter des politischen Lebens in Italien müssen wahrgenommen haben, daß die irredentistischen Bestrebungen und Kundgebungen bloß bei einem sehr kleinen Bruchteile der Bevölkerung Anklang finden und daß die weitaus überwiegende Masse derselben sich von dem Treiben der irredentistischen Gruppe fernhält. Äußerungen, welche im Gegensatze zu dieser Sachlage den Irredentismus als ein gefährdendes Moment für Österreich-Ungarn bezeichnen, müssen in Wien wie in Rom als unberechtigt betrachtet werden."

Dr. Lueger ist die Antwort auf diesen Artikel nicht schuldig geblieben. In der Jahresversammlung der Bürgervereinigung am 1. Dez. desselben Jahres ließ er sich über diese Angelegenheit folgendermaßen aus:

„Heute vor einer Woche hat hier in diesem Saale eine erhebende Feier stattgefunden. Sie galt dem Andenken des greisen Feldmarschalls Radetzky, und wo Sie jetzt sitzen, saßen die Veteranen und vorn in der ersten Reihe die Veteranen aus der Zeit Radetzkys. Sie können sich denken, daß bei dieser Gelegenheit auch einige patriotische Worte gesprochen worden sind. In meiner Begrüßung speziell an die Veteranen aus der Zeit Radetzkys habe ich hervorgehoben, daß sie vor beinahe 60 Jahren Österreich gerettet haben. Damals erhob sich ein Generalsturm gegen die Dynastie Habsburg-Lothringen, ein Generalsturm gegen unser Vaterland Österreich. Radetzky hat durch sein Feldherrntalent Österreich gerettet. Ich habe erwähnt, daß auch die jetzigen Zeiten nicht so ganz ungefährlich sind; ich habe hingewiesen, daß im Süden unseres Vaterlandes die italienische Irredenta besteht, die nur darauf lauert, über Österreich herzufallen und unser Vaterland zu vernichten. Ein paar Tage danach wurde mir zu meiner Überraschung ein offiziöses oder offizielles Communiqué vorgelesen, nach welchem Italien gegenüber versichert wird, daß wir keine feindselige Absicht gegen Italien haben und daß man sich daher über die Rede des Bürgermeisters keine bösen Gedanken machen darf. Ich habe gegen Italien selbst nicht ein Wort gesprochen. Aber ich glaube, es muß doch einem Österreicher gestattet sein, auf Zustände hinzuweisen, die sein Vaterland gefährden, und Pflicht der Oberen wäre es, so etwas anzuerkennen und nicht in wenig tapferer Weise vor der italienischen

Irredenta einen Kotau zu machen. Es ist weit gekommen. Man darf hier in Österreich eigentlich nicht mehr patriotisch gesinnt sein, man darf nicht mehr den Finger auf eine offene Wunde legen, von der man weiß, daß sie besteht. Wenn ein Minister nicht wissen sollte, was vorgeht, so muß ich es sagen, daß die Freimaurer in Italien und Ungarn von dem Gedanken Mazzinis beseelt sind, den er in die Worte kleidete: Ceterum vero censeo, Austriam esse delendam. (Im übrigen aber glaube ich, Österreich muß vernichtet werden.) Er merke sich dies und handle auch danach. Das ist keine Feindschaft gegen Italien, das ist nur Abwehr gegen einzelne Gruppen, Abwehr gegen diejenigen, welche Feinde unseres Vaterlandes sind. Ich könnte von diesem Kapitel noch manches erzählen, aber es ist heute nicht der Ort hier dazu."

[2]) Die Lunapark-Affäre. (Zu S. 105.)

Im Wiener „Lunapark" war im Sommer 1910 ein Diorama zu sehen, das die Seeschlacht bei Lissa darstellte und natürlich auch als solche bezeichnet wurde. Mit einem Mal verschwand dieser Titel auf den Plakaten, um der nichtssagenden Bezeichnung „Marineschlacht" Platz zu machen, und zwar infolge eines behördlichen Winks. Wie es heißt, soll man sich nämlich auf der italienischen Botschaft von dieser Schaustellung unangenehm berührt gefühlt und dies auch geäußert haben. Die österreichische Regierung hatte hierauf natürlich nichts Eiligeres zu tun, als das fatale Wort entfernen zu lassen, unbekümmert darum, daß es an eine der ruhmvollsten Episoden der vaterländischen Geschichte erinnert! . . . Ob man sich in Italien eben so dienstbeflissen gezeigt haben würde, wenn Österreich im Jahre 1909 gegen die Fünfzigjahrfeier des Sieges von San Martino*) protestiert hätte, oder gegen die in Italien landläufigen dramatischen und sonstigen Kundgebungen, die ungescheut zum Hasse gegen Österreich hetzen? . . .

*) Die nationale Eitelkeit der Italiener läßt es sich nicht nehmen, den Kampf bei San Martino als einen Sieg der italienischen Waffen zu betrachten, trotzdem bekanntlich Benedeks glänzende Abwehr der sardinischen Angriffe bei San Martino zu seinen ruhmreichsten Waffentaten gehört und sein schließlicher Rückzug nur durch den des Zentrums und linken österreichischen Flügels veranlaßt worden ist, nicht durch das geschlagene sardinische Heer.

[3]) Österreich und Italien in Albanien. (Zu S. 106.)

Die Folgen der so übel angebrachten Gefälligkeit der österreichischen Regierung haben sich denn auch schon gezeigt: Italien gewinnt in Albanien immer mehr Terrain; nicht nur das Schulwesen droht allmählich ganz in seine Hände zu geraten, auch der Seehandel. Chlumecky weist zur Illustrierung dieser Tatsache auf folgendes Beispiel. Den Seeverkehr nach Skutari besorgen drei Schiffahrtsgesellschaften: der „Österr. Lloyd", die „Ragusea" und die italienische Gesellschaft „Puglie". In Prozenten ausgedrückt, zeigt sich der Anteil dieser drei Unternehmungen am Seehandel dieser Stadt von 1901—1905 in nachstehende Zahlen, die mit drastischer Deutlichkeit beweisen, welchen Aufschwung die italienische Gesellschaft auf Kosten der beiden österreichischen genommen hat:

	Österr.-Lloyd	Ragusea (öster.)	Puglie (ital)
1901	46	40	14
1902	48,7	31	14,4
1903	45,8	27,7	26,5
1904	22,2	23,7	43,5
1905	8,9	14,9	56,7

(Frh. v. Chlumecky „Österreich-Ungarn und Italien" S. 191 ff.)

[4]) Das „Neue Wiener Tagblatt" über die Entrevue in Racconigi. (Zu S. 120.)

„ . . . Es erweist sich bei den tatsächlichen Verhältnissen geradezu als müßig, Betrachtungen über den Einfluß des Zarenbesuches auf den Dreibund anstellen zu wollen, wie sie von manchen Seiten unternommen wurden. Die Haltung Italiens während der letzten Verwicklungen hat Österreich-Ungarn mit großer Befriedigung erfüllt (!), und die Politik Italiens, vor allem sein Festhalten am Dreibund, hat sich als sowohl im Interesse des Friedens und der verbündeten Mächte wie selbstverständlich auch im Interesse Italiens gelegen erwiesen und bewährt. Tatsächlich ist das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien das freundschaftlichste, und es liegt kein wie immer gearteter Grund für irgendeine noch so geringe Besorgnis vor, daß die Begegnung von Racconigi einen Anlaß für einen Wandel bieten könnte . . . Der Dreibund hat es immer als erfreuliche Erscheinung betrachtet, wenn

seine einzelnen Partner mit Mächten, die andern Gruppierungen angehören, in freundschaftliche Beziehungen traten, da man hierin stets eine weitere Gewähr für die Friedensfestigung erblickte . . ."

(Leitartikel vom 23. Oktober.)

„ . . . Was erreicht werden sollte und wenigstens in der Theorie auch erreicht worden ist, das ist eine Vereinbarung zu dem Zwecke, einer aktiveren Balkanpolitik Österreich-Ungarns mit vereinten Kräften einen Riegel vorzuschieben. Rußland wird vermutlich bald, ganz nach englischen Wünschen und englischem Diktat, aufs neue und mit vermehrtem Gewicht den Schwerpunkt seiner Politik nach dem nahen Osten verlegen, nachdem seinem Expansionsdrang im fernen Osten die neuerdings gedoppelte gelbe Mauer sich entgegenstemmt. Die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen der russischen und der italienischen Balkanpolitik aber ist ebenso offenkundig als ihre Gegensätzlichkeit zur österreichischen. Sie leugnen zu wollen, ist Vogelstraußpolitik der gröbsten und dümmsten Art . . ."

(Bericht aus Berlin vom 26. Oktober.)

Mit vollem Rechte bemerkt hierzu „Danzers Armee-Zeitung", der diese drastische Gegenüberstellung entnommen ist, kräftiger habe sich noch kaum jemand selber „aufs Maul geschlagen". Dasselbe Blatt, das es anscheinend als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansieht, dem Publikum Sand in die Augen zu streuen, straft sich übrigens noch ein zweites Mal in drastischer Weise Lügen. In seiner Osternummer (1911), in der es die Friedensglocke in besonders aufdringlicher Weise läutete, veröffentlichte es Aussprüche hervorragender Persönlichkeiten Italiens über dessen Verhältnis zu Österreich, die natürlich alle von Liebenswürdigkeiten überflossen. Unter diesen Rosen war aber auch ein böser Dorn verborgen: Marchese Capelli, der erste Vizepräsident der Deputiertenkammer, schrieb nämlich: „Unter je hundert Leuten bei uns haben etwa neunundneunzig immer an die Möglichkeit eines Kriegs gedacht." Wie stimmt diese Äußerung zu den unaufhörlichen Versicherungen des N. W. T., daß in Italien von ein paar Exaltados abgesehen niemand an den Krieg denke?

Zweiter Teil:

Innere Politik.

A. In Österreich.

Einleitung.

Das System.

Ein rastloser, hartnäckiger Kampf zwischen der Zentripetalkraft des Staatsgedankens und den Zentrifugalkräften der nationalen Parteien: das ist, zu einem einzigen Satze kondensiert, die ganze innere Politik Österreichs.

Bisher hat der Staatsgedanke dem Ansturm seiner Gegner mit Erfolg standgehalten, dank dem Beharrungsgesetz und dank der Uneinigkeit der Parteien. Die Jahrhunderte alte Gewohnheit der Zusammengehörigkeit hat sich eben noch immer stärker erwiesen als die nationalen Leidenschaften, zumal da diese nach verschiedenen Richtungen streben und hierdurch ihre Kräfte gegenseitig schwächen.

Aber trotzdem hat die Regierung als Vertreterin des Staatsgedankens gegenüber dem Parlament, der Verkörperung der zentrifugalen Tendenzen, einen überaus schweren Stand: während ihre Machtsphäre durch die Verfassung eng begrenzt wird, besitzt das Parlament volle Ellenbogen- und Schimpffreiheit, von der sie ausgiebigst Gebrauch macht. Es ist daher ein Kampf mit ungleichen Waffen.

Mag die Regierung was immer tun oder tun wollen,

sie kann sicher sein, daß es ihr mindestens von einer Fraktion übelgenommen wird und daß sie von dieser darum alle erdenklichen Schwierigkeiten zu gewärtigen hat. Auch die gewissenhafteste Objektivität schützt sie nicht gegen den Vorwurf der Parteilichkeit; im Gegenteil: gerade das Bemühen, möglichst objektiv zu sein, zieht ihr ihn zu; denn indem sie jeder Partei gerecht zu werden sucht, verdirbt sie sich's mit allen. Jedes Zugeständnis, das sie der einen Partei macht, wird von der andern als ungerechte Begünstigung und Zurücksetzung angesehen und mit mehr oder weniger heftiger Opposition, ja Obstruktion erwidert. Um dem vorzubeugen und den drohenden Stillstand der Staatsmaschine hintanzuhalten, beeilt sich die Regierung stets, ihre Gegner zu beschwichtigen, was nur dadurch möglich ist, daß sie auch ihnen ein Zugeständnis macht. Auf diese Art ist die berüchtigte „Schaukelpolitik" entstanden, die für das System der österreichischen Regierung geradezu typisch geworden ist und ihr stets zum Vorwurfe gemacht wird; merkwürdigerweise vor allem von denen, die sie zu dieser bedenklichen Taktik gedrängt haben und die sich doch sagen müßten, daß sie nur die fast unvermeidliche Folge ihrer eigenen Erpresserpolitik ist; fast unvermeidlich, denn nur eine ganz außergewöhnlich standfeste Regierung vermöchte vielleicht auch ohne dieses bedenkliche Auskunftsmittel das Gleichgewicht zu bewahren; aber eben auch nur vielleicht. Eine Regierung, die den Mut fände, mit dem Staatsschiff statt im herkömmlichen Zickzackkurse geradenwegs auf ihr Ziel loszusteuern, würde sich zweifellos einem so stürmischen parlamentarischen Wogengang aussetzen, daß die Gefahr des Kenterns nur sehr schwer zu vermeiden wäre; vor dieser Gefahr schrecken die verantwortlichen Minister aber zurück, um so mehr, als sie in der Regel alles eher denn

wagemutige Kampfnaturen sind. Sie fühlen sich daher bemüßigt, das übliche Do-ut-des-Spiel fortzusetzen, obschon sie sich sagen müssen, daß sie dadurch die Erpressergelüste der politischen Parteien nur noch mehr reizen. So haben sie im Laufe der Zeit ein Regierungssystem herangezüchtet, das nichts anderes ist als politischer Morphinismus. Einmal begonnen, muß es fortgesetzt werden und heischt seinen Tribut immer wieder und immer ungestümer. Wird er ihm verweigert, stellen sich so drohende Symptome ein, daß er ihm schließlich doch wieder gegeben wird . . .

Diese gewohnheitsmäßige Selbstzerrüttung bringt es mit sich, daß die Kräfte der Regierung für ihre eigentliche Aufgabe nicht mehr langen, daß sie zu allerlei Mittelchen greifen muß, um ihr nur halbwegs gerecht zu werden. Da wird konferiert und konzediert, probiert und protegiert, paktiert und pazifiziert; nur eines nicht oder doch nur unzulänglich: regiert. Graf Taaffe, der ein witziger Mann war, hat für diese Vonheutaufmorgen-Politik, die in Österreich das Regieren ersetzen soll, ein treffendes Wort geprägt, das seither zu trauriger Berühmtheit geworden ist: fortwursteln . . .

Angesichts dieser beschämenden Zustände ist namentlich in patriotischen Kreisen wiederholt der Wunsch laut geworden, es möge sich doch endlich einmal ein österreichischer Bismarck finden, der mit eiserner Hand in diese üble Wirtschaft führe und darin gründlichst aufräumte. Aber es ist zu befürchten, daß dies immer ein frommer Wunsch bleiben wird. Nicht bloß, weil die Bismarcknaturen nur dünn gesät sind, besonders in dem Milieu, aus dem die österreichischen Ministerpräsidenten geholt zu werden pflegen, sondern mehr noch, weil es recht fraglich bleibt, ob selbst ein zweiter Bismarck imstande wäre, mit einem Parlament zu regieren,

in dem die boshafteste Justamentpolitik zur Norm geworden ist, in dem alle Bedürfnisse des Reichs und der Bevölkerung vom beschränktesten nationalen Standpunkte beurteilt werden und Pultdeckel als Beweise, Faustschläge als Gründe gelten.

Ein Bismarck freilich würde sich auch da zu helfen wissen und, zur Überzeugung gelangt, daß auf verfassungsmäßigem Weg unter solchen Verhältnissen nichts zu erreichen ist, kein Bedenken tragen, es so zu machen, wie es der wirkliche Bismarck in der Konfliktszeit gemacht hat: sich unbekümmert um das Gezeter seiner Gegner über die Verfassungsschranken hinwegsetzen und tun, was er zum Heile des Reichs für geboten hält ...

So lange dieser Mann aber nicht gefunden ist, werden sich die österreichischen Minister mit dem Rezepte des Grafen Taaffe behelfen, und ihre Parole wird nach wie vor sein: es wird fortgewurstelt.

I. Der nationale Hader.

a) Allgemeines.

1. Das nationale Prinzip.

1.

Helfert vergleicht in seiner „Geschichte der österreichischen Revolution" die habsburgische Monarchie mit einer „seßhaft gewordenen Völkerwanderung". Treffender und anschaulicher läßt sich das bunte Völkerkonglomerat dieses Staatswesens nicht leicht kennzeichnen; leben darin doch nicht weniger als zehn Nationen, wozu noch einige kleinere Völkersplitter und die in dieses internationale Mosaik eingesprengten Juden kommen, so daß die Zahl der Österreich-Ungarn bewohnenden Völkerschaften auf etwa zwanzig anwächst.

Hier kommen zunächst nur die in Zisleithanien vertretenen in Betracht. Ihre Verteilung wird durch folgendes Zahlenbild illustriert:

Deutsche		9 171 600 = 35,8%	
Slawen	Tschechen . . .	5 955 400 = 23,2%	15 493 600 = 60,5%
	Polen	4 252 400 = 16,6%	
	Ruthenen . . .	3 381 600 = 13,2%	
	Slowenen . . .	1 192 800 = 4,7%	
	Kroaten u. Serben	711 400 = 2,8%	
Romanen	Italiener u. Ladiner	727 100 = 2,8%	967 600 = 3,7%
	Rumänen . . .	240 500 = 0,9%	
	Zusammen:	25 632 800*)	

*) Hierzu sind noch 518 000 Ausländer zu rechnen. Diese Zahlen, die den statistischen Daten von „Freytags Reichsrats-Wahlkarte von

Angesichts dieser nationalen Buntscheckigkeit erscheinen Reibungen und selbst Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Völkern keineswegs befremdlich, ja fast unvermeidlich. Der permanente nationale Hader jedoch, der die Monarchie nun schon mehr als ein halbes Jahrhundert durchwütet, ist damit weder begründet noch gerechtfertigt. Daß mehrere Nationen, selbst in weit engerem Rahmen zusammengedrängt, miteinander in Frieden leben können, beweisen die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.*) Was dort möglich ist, wär' es auch in Österreich-Ungarn. Es bedürfte nur des redlichen Willens dazu; der aber fehlt, fehlt wenigstens bei denen, die die Macht dazu hätten, ihn zu betätigen und dem Hader ein Ende zu machen. Sie — damit sind in erster Linie Parlament und Presse gemeint — tun nicht nur nichts, diesen fressenden Brand zu ersticken, sie fachen ihn im Gegenteil stets von neuem an, denn sie betrachten dies als ihre wichtigste politische Aufgabe. So kommt es, daß das gesamte öffentliche Leben in der Monarchie im Zeichen des Nationalismus steht, daß die nationale Frage alle andern Angelegenheiten beherrscht und in den Hintergrund drängt, selbst die um so viel wichtigern wirtschaftlichen.

Österreich" (Wien, 1907, Freytag & Berndt) entnommen sind, rühren noch von der Volkszählung des Jahres 1900 her, denn die derzeit — Oktober 1911 — vorliegenden Ergebnisse des letzten Zensus vom Dezember 1910 geben über die nationale Verteilung noch keine Auskunft. Doch dürfte sich das prozentuale Verhältnis der Nationen inzwischen kaum geändert haben. Die Gesamtbevölkerung Österreichs (ohne Ungarn) beträgt nach der letzten Zählung 28321000 Einwohner.

*) Chicago z. B. weist eine nationale Buntheit auf wie keine einzige Stadt Österreich-Ungarns, denn es wohnen dort neben Anglo-Amerikanern Deutsche, Irländer, Schotten, Engländer, Polen, Tschechen und Magyaren, ohne daß man von Kämpfen zwischen diesen Nationen zu hören bekommt.

Jede von den vielen Nationen, die die Monarchie bewohnen, hält sich für die erste oder doch wenigstens für die, der dieser Rang von Rechts wegen zukäme; jedes Nationchen will sich ausleben und gebärdet sich, als ob es allein auf der Welt wäre und auf seine Mitbürger anderer Nationalität nicht die geringste Rücksicht zu nehmen brauchte. Und nicht genug daran, daß jede Nation selber mit ihrem Volkstum einen größenwahnsinnigen Kult treibt, sie verlangt auch von den andern Nationen die Anerkennung ihres aus eigener Machtvollkommenheit usurpierten Vorrangs; eine Zumutung, die bei diesen, die ja vom selben Wahn besessen sind, natürlich entrüstete Abwehr hervorruft. Die unvermeidliche Folge dieses törichten Treibens ist ein wütender Kampf aller Nationen untereinander, ein tolles Tohuwabohu, bei dem es geradezu als ein Wunder erscheint, daß die Monarchie daran noch nicht zugrunde gegangen ist.

2.

Damit soll der nationale Gedanke jedoch keineswegs verneint werden. Nationales Ehrgefühl und Selbstbewußtsein sind für ein Volk ebenso unerläßlich wie persönliches Ehrgefühl und Selbstbewußtsein für den einzelnen; aber wie beim einzelnen können diese an sich lobenswerten Gefühle auch bei ganzen Völkern ausarten und sich als Rechthaberei, Unduldsamkeit und Dünkel äußern. Die Erhebung des Nationalgefühls zum politischen Prinzip, wie sie in Frankreich die große Revolution, in den meisten andern Staaten das Jahr 1848 mit sich gebracht hat, muß daher als eine recht fragwürdige Errungenschaft angesehen werden.

Zwar wohnt dem nationalen Prinzip eine besondere logische Berechtigung inne; zwar ist sein Ziel, die Bildung und Konsolidierung der Staaten nach der nationalen Zu-

ſammengehörigkeit der Völker, unleugbar der natürlichſte und klarſte Ausdruck des Staatsgedankens, ja nachgerade deſſen Ideal: aber es iſt nun einmal die Eigentümlichkeit der Ideale, daß ſie unerreichbar ſind, und ſo wird auch dieſe allgemeine reinliche Scheidung nach dem nationalen Prinzip nie zur Tatſache werden, denn ſelbſt wenn es je dazu käme, daß es in Europa nur mehr lauter nationale Staaten gäbe, — was aber ganz ausgeſchloſſen iſt —, ſo blieben immer noch die zahlloſen Nationen der andern vier Weltteile übrig, die zum großen Teil unter europäiſcher Herrſchaft ſtehen. Natürlich wird der nationale Gedanke auch bei ihnen Eingang finden, ſoweit er ihn nicht ſchon gefunden hat, und auch die rückſtändigſten Völker Aſiens, Afrikas und Auſtraliens werden ſich dann, falls ſie bis dahin von der europäiſchen „Kultur“ noch nicht ausgerottet ſind, auf ihre nationalen Rechte beſinnen und das verhaßte fremde Joch abzuſchütteln trachten. Die europäiſchen Mächte aber, die jetzt das nationale Prinzip für das allein ſeligmachende halten, werden dann alles aufbieten, dieſes ſelbe Prinzip zu bekämpfen, denn ſeine Durchführung würde für ſie das Ende ihrer überſeeiſchen Herrſchaft bedeuten. Sie führen ihr Prinzip übrigens ſchon derzeit unbewußt ad absurdum, indem ſie unabläſſig darauf ausgehen, ihren kolonialen Beſitz zu mehren, und hierdurch den nationalen Rechten der eingeborenen Völker dieſer Länder Gewalt antun. Mit jedem Schritt, den eine europäiſche Nation in dieſer Richtung unternimmt, entfernt ſie ſich unbewußt ein Stück vom Ideal des nationalen Prinzips und legt neuen Zündſtoff unter das Pulverfaß des nationalen Haders ...

Doch das ſind Dinge, die hier weiter nicht in Betracht kommen. Man braucht weder zeitlich noch örtlich ſo weit zu ſchweifen; es genügt vollauf in Europa zu bleiben, um

zu erkennen, wie weit das nationale Prinzip von seiner allgemeinen Verwirklichung entfernt ist und wie gering die Aussicht ist, daß es jemals hierzu kommen werde. Seiner Logik stellt sich eben die der realen, der historischen und geographischen Tatsachen entgegen.

Wenn ein Volk seit Jahrhunderten mit Fug und Recht über eine andere Nation herrscht, so kann man von ihm billigerweise nicht verlangen, daß es um der nationalen Idee willen nun mit einem Mal auf diese Herrschaft verzichte; ja es kann sogar vorkommen, daß dies nicht einmal das beherrschte Volk haben will — man denke nur an den Widerstand, der anfangs gegen die Einverleibung Elsaß-Lothringens ins Deutsche Reich bestanden hat. Nie vielleicht noch ist dem Nationalgefühl eines Volkes so grausam Gewalt angetan worden wie den Polen durch die drei Teilungen ihres Reiches; vom nationalen Standpunkt aus, der in diesem Fall auch der der Gerechtigkeit wäre, müßte demnach die Herstellung des selbständigen Polenreiches in seinem alten Umfang als erstrebenswertes Ziel, ja als eine Notwendigkeit angesehen und gefördert werden. Aber das Interesse der beteiligten drei Staaten stellt sich der Verwirklichung dieses in jeder Polenseele glühenden Wunsches mit Übermacht entgegen, und von ihrem sozusagen persönlichen Standpunkt aus auch mit Recht; denn was sie vor mehr als hundert Jahren durch eine beispiellose Gewalttat geraubt haben, ist im Laufe dieser langen Zeit ihr rechtmäßiger Besitz geworden, und man kann es einem Staat ebensowenig wie einem Menschen zumuten, daß er sich freiwillig, nur einer Idee zuliebe, seines Besitzes entäußere. Die Macht der realen Tatsachen erweist sich in diesem Falle eben stärker als das nationale Prinzip.

Ein anderes Beispiel: die Schweiz ist ein unnationaler

Staat, denn ihre Bevölkerung besteht aus Deutschen, Franzosen und Italienern. Sie hat vom nationalen Standpunkt aus somit eigentlich keine Daseinsberechtigung und müßte zwischen den drei Reichen geteilt werden, deren Landsleute ihre Bevölkerung bilden. Trotzdem dürfte es in absehbarer Zeit nicht zu dieser Aufteilung kommen, obwohl sie sich bei der unendlichen Überlegenheit der drei interessierten Mächte fast mühelos bewerkstelligen ließe. Aber selbst wenn einer dieser Staaten das stille Gelüste nach einem solchen Raubzug haben sollte, was übrigens wenig wahrscheinlich ist, so würde er sich nicht getrauen, mit einem dahin zielenden Vorschlag herauszutreten, weil die gesamte öffentliche Meinung Europas darin eine frevelhafte Verletzung des Völkerrechtes sehen und sich dagegen empören würde. Und das mit vollem Recht, denn die Jahrhunderte des Zusammenlebens haben aus den drei Nationen, die die Schweiz bewohnen, ein einziges Volk gemacht, ohne dadurch deren Sprache und Stammeseigentümlichkeiten zu vernichten. Jede dieser drei Nationen fühlt sich als eine andere und dennoch als Teil eines gemeinsamen Ganzen, dessen Erhaltung ihr über den Sympathien für ihre Stammesgenossen jenseits der Grenzen steht.

Hier ist es also die historische Tradition, die ein wirksames Veto gegen die Verwirklichung des Nationalprinzips einlegt.

Nicht minder wirksam kann in andern Fällen die geographische Sachlage dagegen protestieren. Wenn z. B. ein kleiner Bruchteil eines großen Volkes, von diesem getrennt, in einem andern Staate lebt, so macht die geographische Lage eine Verbindung mit dem Stammland und damit die Herstellung des nationalen Staates vollkommen unmöglich, so bei den Sachsen in Siebenbürgen, den Schwaben im Banat und den Wenden in der Lausitz.

Ist manchmal schon eines der angeführten Momente allein imstande, den nationalen Gedanken ohnmächtig zu machen, um wieviel mehr erst ihre Vereinigung! Das beweist kein Staat drastischer als Österreich-Ungarn.

In diesem Reiche treten die realen, historischen und geographischen Verhältnisse der nationalen Idee mit wahrhaft erdrückender Logik entgegen. Ein Blick auf die Nationalitätenkarte der Monarchie sollte schon genügen, die Widersinnigkeit und Gefährlichkeit des Nationalprinzips in einem derartig zusammengesetzten Staate darzutun. Der vielgeschmähte Fürst Metternich hat sehr wohl gewußt, was er tat, als er die nationalen Bestrebungen, die sich im Gefolge der Freiheitskriege bemerkbar machten, mit unnachsichtiger Strenge niederhielt. Sein staatsmännischer Blick hat die unermeßlichen Gefahren erkannt, die dem von ihm geleiteten Reiche durch die Aufrollung der nationalen Frage drohen würden. Mit klugem Bedacht hat er darum dessen Bewohner nicht als Deutsche, Magyaren, Slawen und Italiener behandelt, sondern bloß als Österreicher. Das Jahr 1848 hat es seinen Nachfolgern unmöglich gemacht, diesem weisen Beispiel zu folgen. So lang der Absolutismus am Ruder war, ließ sich diese Methode zur Not noch durchführen; das parlamentarische Regime, und vollends der Dualismus, haben ihr ein Ende bereitet.

II. Nationalität und Sprache.

1.

„Die Politik unserer Welt ist mit verschiedensprachigen Straßentafeln verschlagen, und innerhalb dieser Vernagelung vollziehen sich fortwährend die wichtigsten Ereignisse." Mit diesen sarkastischen Worten kennzeichnet ein ungenannter mili-

tärischer Autor*) die jämmerliche Kleinlichkeit des in der Monarchie endemischen Sprachengezänks, die sträfliche Verblendung ihrer Politiker. So ist es in der Tat. Die Sprachentafeln sind geradezu das Symbol des nationalen Haders geworden; um ihretwillen liegen die Völker Österreichs einander seit Jahrzehnten in den Haaren, versichern dabei aber aller Welt mit trotziger Emphase, sie kämpften „für die höchsten Güter" ihrer Nation . . .

Daß just die Sprachenfrage die Arena bildet, in der sich der selbstmörderische Kampf der österreichischen Nationen abspielt, liegt zwar in der Natur der Sache, denn die Sprache bildet ja das Wahrzeichen der Nationalität; aber trotzdem ist es ein verhängnisvoller Irrtum, deshalb diese beiden Begriffe als identisch anzusehen, wie dies allgemein der Fall ist; ein Irrtum, der die Hauptschuld an dem nationalen Hader trägt.

Daß Sprache und Nationalität keineswegs dasselbe bedeuten, sondern bei aller Verwandtschaft verschiedene Begriffe sind, die sich zwar oft decken, aber durchaus nicht decken müssen, unter Umständen sogar in den heftigsten Widerstreit geraten können, läßt sich unschwer nachweisen. Man braucht nur an Kroaten und Serben, an Engländer und Irländer, an Spanier und Kubaner, an Portugiesen und Brasilianer zu denken. Sie alle sprechen dieselbe oder doch fast dieselbe Sprache, und dennoch sind sie erbitterte Gegner oder sind es wenigstens gewesen und stets bereit es neuerlich zu werden. Wenn Sprache und Nationalität dasselbe bedeuteten, warum haben sich dann die Nordamerikaner von England, die Mexikaner, Kubaner und

*) Der Verfasser der ebenso lehrreichen als gehaltvollen Studie: „Unsere militärische Lage und die Wahlreform", als deren Autor bloß „ein Offizier" angegeben ist. (Wien, 1905, Freytag & Berndt.)

Südamerikaner von Spanien und Portugal losgerissen, da sie alle doch dieselbe Sprache redeten? . . .

Aus diesen historischen Tatsachen ergibt sich die unbezweifelbare Gewißheit, daß zwei Völker eine und dieselbe Sprache sprechen können, ohne daß eines von beiden darum seine nationale Selbständigkeit zu verlieren braucht. Somit könnten sich Tschechen, Slowenen, Italiener usw. unbedenklich der deutschen Sprache bedienen, wo das Interesse des Staates dies erfordert, ohne ihrer nationalen Eigenart dadurch auch nur den geringsten Abbruch zu tun. Sie könnten es um so eher, als der Gebrauch der deutschen Sprache für sie ja bloß von Vorteil wäre, kulturell und namentlich wirtschaftlich. Die Juden, geschäftsklug wie immer, haben diesen Vorteil auch längst wahrgenommen und pflegen in doppelsprachigen Ländern beide Sprachen zu beherrschen, in mehrsprachigen wie Ungarn aber die Staatssprache, also die ungarische, und die praktisch bedeutsamste, also die deutsche. Die andern Völker aber wollen diesem klugen Beispiel nicht folgen, und ihre parlamentarischen Führer bekämpfen, was doch nur ein Vorteil wäre, als handelte sich's um ein nationales Unglück.

Daß in einem polyglotten Staate wie die habsburgische Monarchie eine allen Nationen gemeinsame Verständigungs- und Vermittlungssprache unerläßlich, ja Daseinsbedingung ist, das, sollte man meinen, muß jedermann einleuchten und braucht nicht erst begründet zu werden. Es fragt sich nur, welche Sprache dies sein soll?

Die einfachste Lösung dieses anscheinend so schwierigen Problems wär's natürlich, wenn es eine österreichische Sprache gäbe. Wäre dies der Fall, dann wäre es wohl nie zu dem verheerenden Hader gekommen, der jetzt die Monarchie durchtobt; denn keine Nation könnte sich dann zurück-

geſetzt fühlen, keine ſich beſſer dünken. Da es eine ſolche Sprache aber leider nicht gibt, ſo muß es eben eine der vorhandenen Landesſprachen ſein, und da kann keine andere ernſtlich in Betracht kommen als die deutſche.

Allerdings wird ſie in Öſterreich bloß von etwa 9 Millionen als Mutterſprache geſprochen, in Ungarn von rund 2 Millionen, wogegen in Öſterreich ungefähr 19 Millionen, in Ungarn faſt ebenſoviel eine andere Sprache haben; aber dieſes ſcheinbar erdrückende Übergewicht wird durch die Tatſache zunichte gemacht, daß dieſe 19 und 38 Millionen andersſprechender Einwohner des Reichs ſich auf 10 Sprachen verteilen, von denen keine einzige allein ebenſoviel Vertreter zählt wie die deutſche, ſo daß dieſe ſich ſchon der Zahl nach fraglos beſſer zur Vermittlungsſprache eignet als jede andere im Reiche geſprochene.

Was aber noch weit ſchwerer zu ihren Gunſten ins Gewicht fällt als das Argument der Zahl, iſt: daß ſie die einzige iſt, die von den Vertretern der anderen Sprachen neben der Mutterſprache gebraucht wird, daß insbeſondere die Gebildeten nichtdeutſcher Zunge ihrer mehr oder weniger mächtig zu ſein pflegen. Spricht ein Tſcheche, Pole, Italiener oder Magyare außer ſeiner Mutterſprache überhaupt noch ein zweites Idiom, ſo iſt es faſt ausnahmslos das deutſche, und gerade unter den erbittertſten Feinden der deutſchen Sprache, den Tſchechen, iſt, ſofern ſie zur gebildeten Klaſſe zählen, die Kenntnis des Deutſchen allgemein verbreitet. Die Tſchechen und ebenſo die andern Nationen der Monarchie wiſſen eben ganz gut, daß der deutſchen Sprache eine weitaus größere praktiſche Bedeutung zukommt als ihren eigenen Sprachen, daß es daher für ſie nur von Vorteil ſein kann, wenn ſie Deutſch können. Zugeben wollen ſie das freilich nicht, aber ihr Sträuben hilft ihnen nichts, denn

sie selber liefern, sehr gegen ihre Absicht, den überzeugendsten Beweis dafür, daß sie von der praktischen Überlegenheit der deutschen Sprache durchdrungen sind; lassen sie doch Zeitungen erscheinen, in denen sie die deutsche Sprache in — deutscher Sprache bekämpfen; so die „Union" in Prag, den „Pester Lloyd" und das „Neue Pester Journal" in Budapest. Drastischer könnten sie ihren Antagonismus gegen diese gar nicht ad absurdum führen. Trotzdem tun sie's, weil ihnen nichts anderes übrig bleibt, wenn sie wollen, daß die darin geäußerten politischen Ansichten auch außerhalb ihrer engen Sprachgenossenschaft Beachtung finden. Die deutsche Sprache ist für sie eben das einzige Mittel, sich der übrigen Welt verständlich zu machen . . .

Demnach ist sie die natürliche Vermittlungssprache in der Monarchie. Sie bedeutet für diese dasselbe wie die französische Sprache im internationalen diplomatischen Verkehr. Daß sie nicht die Sprache der Majorität der Bevölkerung ist, vermag ihre Berechtigung hierzu nicht im geringsten zu beeinträchtigen, denn auch die französische hat nicht die Majorität hinter sich: während die englische Verkehrssprache 120 Millionen Vertreter zählt, die deutsche 72 Millionen, verfügt die französische, inbegriffen das provenzalische und wallonische Idiom, bloß über 46 Millionen. Trotz dieses sehr ungünstigen Zahlenverhältnisses fällt es weder in England noch in Deutschland jemand ein, im Gebrauch der französischen Sprache als der des internationalen politischen Verkehrs eine Zurücksetzung und Beleidigung der eigenen Nation und Sprache zu sehen und sich dagegen aufzulehnen. Zu welch unabsehbaren Schwierigkeiten würde eine so törichte Empfindlichkeit auch führen! Handel und Wandel, der ganze Mechanismus des Weltverkehrs würde stocken.

Es mußte einst eine internationale Sprache für den politischen Verkehr der Staaten geschaffen werden, und da es eine Volapük nicht gab, so hat man die Sprache hierzu gewählt, die das Gemeingut fast aller Gebildeten gewesen ist, gleichviel ob es Engländer, Deutsche, Russen oder Italiener waren; diese Sprache aber ist die französische gewesen, denn sie zu beherrschen, hat einst mehr zum guten Tone gehört als heute. So ist sie zum internationalen Verständigungsmittel der Diplomatie geworden und ist es bis heute geblieben, obwohl sich die Verhältnisse seither zu ihren Ungunsten verschoben haben, da an ihre Stelle als Modesprache die englische gerückt ist.

Ganz so wie mit der französischen Sprache im internationalen Weltverkehr der Staaten verhält es sich aber mit der deutschen Sprache im internationalen Binnenverkehr der habsburgischen Monarchie. Auch hier hat es eines allgemeinen Verständigungsmittels bedurft; auch hier hat man die Sprache hierzu erkoren, die den Gebildeten aller Nationen geläufig war; auch hier ist diese Einrichtung bis zum Jahre 1848 als etwas Natürliches, Selbstverständliches betrachtet worden, und niemand ist es in den Sinn gekommen, darin eine Zurücksetzung und Beleidigung der anderen Sprachen und Völker des Reiches zu sehen. Da kam das „große Jahr" 1848 und brachte neben anderen fraglichen Gaben auch das Danaergeschenk des nationalen Prinzips, das seitdem unser ganzes Staatswesen vergiftet und untergraben hat und es immer mehr tut. Was bis dahin als ein selbstverständliches Erfordernis der praktischen Vernunft gegolten hat, sollte von nun an eine „Vergewaltigung" der nichtdeutschen Sprachen, eine rechtswidrige „Germanisierung" sein! Wenn der stolze Brite, der seine Nation bekanntlich für die erste der Welt hält, es nicht unter seiner Würde

findet, sich im diplomatischen Verkehr der französischen Sprache zu bedienen, deren Verbreitung doch um so viel beschränkter ist: warum soll es dann eine Zurücksetzung und Vergewaltigung sein, wenn die nichtdeutschen Völker der Monarchie in ihrem Verkehr untereinander und mit den Zentralorganen die deutsche Sprache gebrauchen? ...

Die ungeheure praktische Überlegenheit der deutschen Sprache gegenüber allen anderen im Reiche gesprochenen würde schon allein vollauf genügen, ihr Recht zu begründen, als allgemeine Verkehrssprache der Monarchie zu gelten; es bedürfte gar nicht der andern Gründe, die dieses Recht vollends besiegeln, der historischen und traditionellen Belege, die darauf verweisen, daß sie Jahrhunderte hindurch die Verkehrssprache des Reichs, daß sie in dessen österreichischer Hälfte früher auch Staatssprache und daß sie von den Tagen Rudolfs von Habsburg an bis heute auch die Sprache der Dynastie gewesen ist. ...

Gegen die überzeugende Kraft all dieser Argumente nehmen sich die wider die deutsche Sprache vorgebrachten staatsrechtlichen Einwände recht schwächlich aus. Sie werden durch ihre Wucht geradezu erdrückt. Hier das durch Jahrhunderte bewährte und geschützte lebendige Gesetz der Gewohnheit: dort das tote Gesetz der Zahl und des Buchstabens. Hier die Praxis: dort die Theorie! Wo da das Recht zu suchen ist, darüber kann für den unbefangenen Beurteiler wohl kein Zweifel mehr bestehen. Wären die Gegner der deutschen Sprache nicht so fanatisch verblendet, so müßten sie das ja selber einsehen; und heimlich sieht so mancher von ihnen es auch wirklich ein, wagt es aber aus Furcht vor dem Terrorismus der Partei nicht offen zuzugeben, um nicht des „Verrates an der nationalen Sache" geziehen zu werden. Und doch wäre es wahrlich kein solcher, wenn

ein Slawe oder Italiener die Notwendigkeit der deutschen Vermittlungssprache anerkennte; er vergäbe seiner nationalen Würde nicht das geringste, denn nicht darum gebührt ihr diese Stellung, weil sie die Sprache der Deutschen Österreichs ist, sondern weil sie eine Weltsprache ist. Wäre dies z. B. an ihrer Statt die böhmische, so käme der dieser Rang zu. Nicht die parteiliche Bevorzugung einer Nation ist's, die der deutschen Sprache die Stelle der Vermittlungssprache zuweist, sondern die Rücksicht auf das Interesse des Staates, das eine einheitliche Verständigung, sozusagen eine Zentralsprache, für alle Nationen Österreichs gebieterisch fordert, soll nicht eine babylonische Sprachverwirrung entstehen, die einen völligen Stillstand der Staatsmaschine zur Folge haben müßte.

2.

Solange Österreich zum Deutschen Bunde gehörte, ließ sich die deutsche Staatssprache noch aufrecht erhalten, wenngleich keineswegs unangefochten; denn wiewohl schon damals ebenso international wie heute, galt es doch immerhin als deutscher d. h. deutsch regierter Staat und hatte bei den vierzig Millionen Deutschen im Bund einen festen Rückhalt.

Mit seinem Ausscheiden aus dem Bunde nach dem unglücklichen Kriege von 1866 verlor es aber diesen Rückhalt und hörte überhaupt auf ein deutscher Staat zu sein, denn seine deutsche Bevölkerung bildete nicht einmal den vierten Teil (8 Millionen) der Bevölkerung (36 Millionen). Noch ungünstiger für die deutsche Einheitssprache gestaltete sich die Sachlage durch die Reformierung des Reichs auf dualistischer Grundlage. Die immer ungestümer geltend gemachten Forderungen der andern Nationen nach sprachlichen Sonderrechten erheischten im Interesse des Reichsfriedens

Berücksichtigung. Nicht nur in Österreich, auch in Ungarn, wo die Magyaren bis dahin von Zugeständnissen an die andern das Land bewohnenden Völker nichts hatten wissen wollen, fand man sich bemüßigt, deren nationale Ansprüche zu berücksichtigen und ein Gesetz zu schaffen, das ihnen gewisse sprachliche Rechte einräumte; ein Gesetz, das freilich, obschon von Deák zweifellos ehrlich gemeint, in der Folge bloß auf dem Papiere vorhanden sein sollte. Aber dieses Zugeständnis konnte der magyarischen Sprache weiter nicht gefährlich werden, denn man war sorgsam darauf bedacht, daß sie nach wie vor vollste Geltung habe, indem man sie ausdrücklich als allein gültige Staatssprache erklärte.

Nicht so in Österreich. Hier bemühte man sich zwar, die nationalen Ansprüche der nichtdeutschen Völker zu befriedigen, unterließ es aber, im Gegensatz zu Ungarn, wie dort das magyarische so hier das deutsche Idiom als Staatssprache festzusetzen.

Der § 19 der Verfassung, der diese Angelegenheit behandelt, hat folgenden Wortlaut:

„Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung seiner Nationalität und Pflege seiner Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwangs zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält."

Wie man sieht, geschieht der Staatssprache mit keiner Silbe, ja nicht einmal andeutungsweise Erwähnung. Es ist, als hätte man sie einfach völlig vergessen. Da hiervon

aber natürlich nicht die Rede sein kann, so ist das Wort „Staatssprache" mit Absicht ausgelassen worden. Welches andere Motiv aber könnte dieser Absicht zugrunde gelegen sein als die Besorgnis, bei den nichtdeutschen Völkern Österreichs durch dieses nicht genehme Wort Anstoß zu erregen und hierdurch das ganze schwierige Ausgleichswerk zu gefährden. Selbst das harmloser klingende Wort „Vermittlungssprache" hat den Schöpfern des Gesetzes offenbar noch zu gefährlich geklungen, und so hat man getan, was die Regierung in heikeln Lagen fast immer zu tun pflegt: man hat sich ängstlich an dem fatalen Wort vorbeigedrückt, indem man es ganz wegließ.

Man hat dies augenscheinlich im Glauben getan, die deutsche Sprache werde auch ohne ausdrückliche Kodifizierung nach wie vor die herrschende bleiben, weil sie allein hierzu tauge und weil dies selbstverständlich sei*).

Dieser Glaube erwies sich aber als ein folgenschwerer Irrtum, denn die nichtdeutschen Nationen fanden die Vorherrschaft der deutschen Sprache ganz und gar nicht selbst-

*) Merkwürdigerweise ist auch ein so hervorragender Historiker wie Frh. v. Helfert in dieser optimistischen Illusion befangen gewesen In seiner „Geschichte der österreichischen Revolution" (Freiburg i. Br. u. Wien, 1907, Herder) äußert er sich bei der Erörterung der Sprachenfrage folgendermaßen: „Die Gesetzgebung hätte darin nichts vorzukehren, sie würde vielmehr, wo an der Stelle des natürlichen Ganges der Dinge ein förmliches Gebot der halb unbewußten Neigung der Bevölkerung (zur deutschen Sprache) behördlichen Zwang auferlegen wollte, nur unheilvollem Widerwillen, Widerspruch und Widerstand begegnen." (I. Bd., S. 11 ff.). Diese Auffassung erscheint um so weniger begreiflich, als das Buch, in dem sie geäußert wird, nicht etwa vor den üblen Erfahrungen geschrieben worden ist, die die österreichische Regierung mit dem § 19 gemacht hat, sondern zu einer Zeit, da solche schon in Hülle und Fülle zu Gebote standen.

verständlich und konnten sich bei ihrem Kampfe gegen sie von nun an auf die Verfassung berufen, die allen in Österreich landesüblichen Sprachen dasselbe Recht zuerkennt und von einem Vorrecht der deutschen Sprache nichts weiß.

So haben die Schöpfer dieses unseligen Paragraphen, in der Meinung höchst diplomatisch zu handeln, den Gegnern der deutschen Einheitssprache nur eine gefährliche Waffe in die Hand gegeben.

Dieser naive Optimismus läßt sich um so weniger begreifen, als die Urheber dieses Gesetzes ja doch aus reichlichen Erfahrungen zur Genüge wissen mußten, daß die nichtdeutschen Nationen, allen voran die Tschechen, die vermeintliche Selbstverständlichkeit des Vorrangs der deutschen Sprache nicht anerkennen würden.

Die Ausschaltung des Begriffs „Staatssprache" aus diesem Paragraphen ließe sich allenfalls noch begreifen, wenn er von fanatischen Gegnern der deutschen Sprache, von einseitigen Anhängern des autonomistischen Prinzips verfaßt worden wäre; aber just das Gegenteil ist der Fall: die Männer, die Österreich die neue Verfassung gegeben haben, sind Anhänger des zentralistischen Systems gewesen, somit auch der deutschen Staatssprache. Das politische Ideal, das ihnen bei der Neugestaltung der Grundlagen des Reichs vorschwebte, war ja die Hegemonie der Deutschen in Österreich, entsprechend der der Magyaren in Ungarn.

Und mit dieſem Ziel vor Augen setzten diese Männer ein Gesetz in die Welt, wie die schlimmsten Gegner der Deutschen es nicht hätten wirksamer ersinnen können! . . .

Aber nicht nur vom zentralistischen auch vom autonomistischen Standpunkt entspricht dieser Paragraph durchaus nicht seinem Zwecke, in die nationalen Wirren Ordnung zu bringen, denn ebensowenig wie von der Staatssprache

ist darin von der Autonomie die Rede. Die den Nationen gewährten sprachlichen Zugeständnisse weisen wohl auf eine autonomistische Tendenz, aber über diese vagen Andeutungen gehen sie nicht hinaus und können somit auch nicht als Grundlagen einer autonomistischen Verfassung angesehen werden. Zudem würde auch diese, gleichviel, ob es sich um National- oder Länder-Autonomie handelte, unbedingt die gesetzliche Fixierung eines Vermittlungsidioms erfordern, das, wie bereits dargetan worden ist, nur die deutsche Sprache sein könnte, was selbst von so ausgesprochenen Anhängern des Autonomie-Prinzips wie Helfert und Popovici zugegeben und befürwortet wird[1]).

Der § 19 erweist sich demnach sowohl vom zentralistischen wie vom autonomistischen Standpunkt aus als ganz unzulänglich und stellt einen zwitterhaften Wechselbalg dar, der nur dazu geschaffen zu sein scheint, die sprachliche Verwirrung zu steigern und den nationalen Hader zu verschärfen; denn er reizt die Begehrlichkeit der nichtdeutschen Völker und erbittert die Deutschen.

In dieser vagen und dehnbaren Fassung setzt er bei den Völkern des Reichs eine außergewöhnliche Selbstzucht voraus, eine Mäßigung in ihren nationalen Ansprüchen, eine Rücksicht auf die andern Völker und auf das Wohl des Gesamtstaates, die just bei ihnen ganz und gar nicht zutrifft.

Für die jeweilige Regierung aber bedeutet dieser Paragraph ein wahres Danaergeschenk, denn er mutet ihr ein fast übermenschliches Maß an Klugheit und Takt zu und führt sie in Versuchung, ihn, je nach der persönlichen Neigung ihrer Vertreter, im zentralistischen oder autonomistischen Sinn zu interpretieren, was bei dem steten Wechsel der Regierungen notwendigerweise auch zu einem häufigen Wechsel des Systems führen muß.

Nimmt es eine Regierung mit ihrem Amt aber beſonders gewiſſenhaft und bemüht ſie ſich ganz unparteilich zu bleiben, ſo iſt ſie genötigt, angeſichts der Nationen einen Eiertanz aufzuführen, bei dem auch die größte Geſchicklichkeit ſie nicht davor bewahren kann, doch einmal eines der angeblich ſo koſtbaren Eier zu zerbrechen und über deſſen ſchlüpfrigen Inhalt zu Fall zu kommen . . . .

Anhang.

[1]) (Zu S. 156.) Frhr. v. Helfert, der Österreich nicht erst seit dessen Austritt aus dem Deutschen Bunde, sondern schon seit dem Verzicht des Kaisers Franz auf die deutsche Kaiserkrone als einen nichtdeutschen Staat betrachtet und die deutsche Vorherrschaft darin nicht gelten läßt, äußert sich über die Bedeutung der deutschen Sprache in Österreich mit folgenden Worten:

„Das Deutschtum besaß bei der nunmehrigen Andersgestaltung der Zustände und Verhältnisse in der Gemeinbürgerschaft mit den andersprachigen Stämmen kein Vorrecht mehr, aber es blieben ihm ein von Verwaltungswegen kaum anzufechtender Vorzug und ein tatsächlich bestehender Vorteil, welche die Mitnationalitäten dem Deutschtum nicht neiden und die sie ihm in ihrem eigenen Interesse nicht verkümmern sollten. Der Vorzug ist ein rein administrativer. Denn wie es in einem aus verschiedensprachiger Mannschaft bestehenden Heere eine Armeesprache geben muß, so müssen auch die zu einem gemeinsamen Dienste bestellten Behörden in einer Verwaltungssprache unter- und miteinander verkehren und verhandeln. Das ist dann keine Staatssprache, denn es ist nicht von Staats wegen sondern von Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeits wegen."

„Geschichte der österreichischen Revolution", Bd. I, S. 11.

Aurel Popovici, der die Monarchie auf der Grundlage ihrer ethnographischen Karte in 15 nationale Staaten aufgelöst wissen will, die zusammen „Groß-Österreich" bilden sollen, der damit also der nationalen Autonomie in ihrer extremsten Form das Wort redet, verlangt zwar für jeden dieser Staaten dessen eigenes nationales Idiom als „Staatssprache", tritt aber nichtsdestoweniger für die deutsche Sprache als „internationale Vermittlungssprache" ein, die im Verkehr mit den Zentralbehörden oder mit Reichsbehörden in den andern Nationalstaaten „ausschließlich" zu gebrauchen sei.

„Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich", (Leipzig, 1906, Elischer S. 325/326).

b) Besonderes.
Die nationalen Strömungen.

I. Alldeutschtum*).

1.

Der deutsche Nationalgedanke ist unter dem eisernen Drucke der napoleonischen Zwingherrschaft entstanden, aus der Begeisterung, die damals alle Länder deutscher Zunge ergriffen und zum Befreiungskampfe gegen die fremde Tyrannei fortgerissen hat. Sein Wesen war fromm, loyal und patriotisch, sein Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland!" Seine dichterischen Vertreter waren Arndt, Schenkendorf und Körner. In jenen sturmbewegten Zeiten

*) Die Überschrift „Alldeutschtum" ist, wie ich selber einsehe, genau genommen, nicht ganz richtig, denn die Bezeichnung „alldeutsch" ist erst gegen Schluß des letzten Jahrhunderts aufgetaucht und bezieht sich auf eine ganz bestimmte Gruppe der Deutschnationalen; hier aber wird die gesamte deutschnationale Bewegung von ihren Anfängen an in Betracht gezogen. Dennoch glaub' ich die Wahl dieser Überschrift verantworten zu dürfen; als Seitenstück zu den Abschnitten „Panslawismus" und „Irredenta" scheint mir nämlich der Titel „Alldeutschtum" treffender und wirksamer als etwa „die deutschnationale Bewegung", wenngleich diese Bezeichnung zweifellos genauer wäre. Das Wort „alldeutsch" ist demnach nicht im engern Sinn der Schönerer-Richtung aufzufassen sondern im weitern der ganzen deutschnationalen Strömung.

klang's zum erstenmal „wie Donnerhall" durch Deutschlands Gaue: „Nein, nein, nein! Das Vaterland muß größer sein! ... Das ganze Deutschland soll es sein!" ...

Mit dem Sturze Napoleons verlor der Befreiungsgedanke wohl seinen Inhalt, aber der Zeitgeist füllte die geleerte Form von neuem. Hatte er früher der Befreiung vom Joche der Fremdherrschaft gegolten, so galt er jetzt der vom Zwang und Druck der eigenen Regierung.

Durch diesen Wandel seines geistigen Inhalts und Zwecks bekam er aber ein ganz anderes Gesicht: ohne daß er gerade illoyal wurde, trat an ihm allmählich doch ein unbotmäßiger, aufrührerischer Zug hervor und weckte das Mißtrauen des für seine so schwer errungene Ruhe ängstlich besorgten Staates.

Dieses Mißtrauen wurde durch die freiheitlichen Kundgebungen beim Wartburger Fest und die Ermordung Kotzebues*) reichlichst genährt und brachte es mit sich, daß die Befreiungsbewegung, um deren Banner sich vor wenigen Jahren noch die treuesten Stützen von Thron und Altar geschart hatten, nun für staatsgefährlich galt und verfemt wurde.

Und mit der Freiheitsidee wurde es auch die mit ihr verbundene nationale Idee. Nicht mehr „Für Gott, König

*) Das Burschenschafterfest auf der Wartburg am 18. Oktober 1817 galt zunächst zwar der dritten Säkularfeier der Reformation und dem Jahrestag der Schlacht von Leipzig, gipfelte jedoch in einer leidenschaftlichen Kundgebung für die Freiheit, die im symbolischen Verbrennen antiliberaler Werke und Wahrzeichen (Zopf, Schnürbrust, Korporalstock) ihren Ausdruck fand. Bei diesem Feste wurden übrigens die Farben Schwarzrotgold zum erstenmal als Abzeichen des Deutschtums gebraucht. — Der Lustspieldichter August von Kotzebue wurde am 23. März 1819 von dem Studenten Ludwig Sand ermordet, weil er sich als publizistischer Partisan der Reaktion in den freiheitlichen Kreisen verhaßt gemacht hatte.

und Vaterland!" war das Losungswort dieser Bewegung, sondern „Für Einheit, Freiheit und Gleichheit!"; nicht mehr konservativ war ihre Tendenz sondern liberal, um nicht zu sagen: revolutionär; nicht mehr schwarzweiß waren ihre Farben sondern schwarzrotgold; nicht mehr Offiziere und Edelleute ihre Führer sondern Studenten und Demokraten. Es war gründlich anders geworden ...

Das Frankfurter Attentat und das Hambacher Fest*) zeigten, wohin diese Bewegung steuerte, und veranlaßten die Behörden zu den schärfsten Maßregeln.

Aber wenn es auch gelang, sie zu unterdrücken, ersticken ließ sie sich nicht mehr. Sie glomm vielmehr unter der Asche rastlos fort, um im Jahre 1848 zu lichterlohem Brand aufzuflammen. Das schwarzrotgoldene Banner, bisher verpönt und ängstlich verborgen, flatterte und tanzte jetzt wie toll in dem wilden, schwülen Frühlingssturm, der, von Westen kommend, über Deutschland hinbrauste, über all die heißen, fiebernden Köpfe, die von einem einzigen großen Deutschland phantasierten und nur nicht wußten, ob es ein Kaiserreich werden sollte oder eine Republik**) ...

---

*) Bei der zu Pfingsten — 27. Mai — 1832 in Hambach (bayrische Pfalz) abgehaltenen Volksversammlung kam es in Deutschland das erste Mal zu einer öffentlichen Kundgebung für die Republik. — Am 3. April 1833 unternahmen Studenten unter der Leitung polnischer Revolutionäre in Frankfurt a. M. den Versuch, den Bundestag zu sprengen, der sich durch seine gegen die Presse gefaßten Beschlüsse die Erbitterung der liberalen Studentenschaft zugezogen hatte. Der Aufstand mißlang jedoch und hatte für die in Gefangenschaft geratenen Teilnehmer schwere Gefängnisstrafen zur Folge.

**) Dr. Alexander Ritter von Peez führt in seiner geistvollen Studie „Die Aufgaben der Deutschen in Österreich" (Wien, 1906, Konegen) den Rückgang der politischen Macht und Bedeutung der Deutschen Österreichs unter anderen Ursachen auch auf die „gänzliche

Während der nationale Gedanke, da er noch konservativen Charakter hatte, vom Norden Deutschlands, von Preußen, ausgegangen war, wurde jetzt, da er liberal und demokratisch geworden, der Süden sein Heim: Baden, Württemberg, Bayern und nicht zum wenigsten Österreich.

In diesem wurde sein Kult um so fanatischer betrieben, als das Deutschtum daselbst mit allen möglichen Nationen zusammenhausen mußte, was natürlich zu Mißhelligkeiten führte. Zwar schwärmte man damals von einem „Völkerfrühling", der allen Nationen blühen und sie zu einem „einigen Volk von Brüdern" machen sollte; aber so schön sich diese kosmopolitischen Floskeln auch in den Reden und Flugschriften ausnahmen, mit denen Deutschland damals überschwemmt wurde, so wenig wollten aus den Worten Taten werden. Der Völkerverbrüderung stand der Nationalismus im Wege, den die Männer von 1848 in einem Atem mit ihr als Evangelium verkündeten, ohne in ihrem phrasenumnebelten Gehirn zu begreifen, daß eines das andere ausschloß, daß es Tollheit war, zwei so unvereinbare Gegensätze verbinden zu wollen, besonders in einem so völkerreichen Staate wie Österreich.

Hätten sich die Deutschen in diesem Lande noch einbischen Einsicht und Überlegung bewahrt, so hätten sie sich

politische Unerfahrenheit" zurück, in der sie vom Jahre 1848 überrascht worden seien: „Sie ließen sich, ohne jemals ihrer großen, alten, eingeborenen Traditionen zu gedenken, die Köpfe mit leeren Phrasen füllen, die der Wind aus fremden Ländern und fremden Interessenkreisen herbeiführte. Berechtigter Widerwille gegen die frühere Polizeiwillkür und der glühende begeisterte Wunsch, es den anderen Völkern gleichzutun, waren ein ungenügender Kompaß zur Neuorganisation eines Reichs. Jede Regierung galt als böses Prinzip. Das „Volk" hatte stets recht, ohne daß der Begriff „Volk" jemals festgestellt ward. Die demokratische Phrase erlangte die Herrschaft." (S. 37)

sagen müssen, daß die Propagierung der nationalen Idee notwendigerweise das Ende, zum mindesten die Einschränkung ihrer Vorherrschaft in Österreich zur Folge haben müsse, da die andern Völker des Reichs dann natürlich dasselbe Recht für sich beanspruchen würden und dabei das Schwergewicht der Mehrzahl in die Wage werfen konnten.

Aber solche Bedenken fochten diese Schwärmer nicht an. Berauscht von ihren eigenen schönen Worten, sägten sie eifrig an dem Aste weiter, auf dem sie saßen. So kraß war ihre Verblendung, daß sie just ihren schlimmsten Feinden am lautesten zujubelten. Als Kossuth nach Wien kam, empfingen sie ihn wie einen Erlöser; sie, die Deutschtümler, ihn, den grimmigsten Feind des Deutschtums, der die deutsche Sprache in Ungarn bis zum letzten Rest ausrotten wollte!

Und wie sie für Kossuth schwärmten, so sympathisierten sie auch für die rebellierenden Italiener in der Lombardei und in Venetien, dieselben Italiener, deren Losungswort „Morte ai Tedeschi!“ lautete! Für die nationalen Wünsche der Slawen — nur bei den Polen machten sie eine Ausnahme — und Rumänen hatten sie taube Ohren; die waren für sie nicht Helden wie die Magyaren und Italiener, sondern Heloten ... Und daß die Slawen, unbeschadet ihrer nationalen Gefühle, treu zu Österreich und zur Dynastie hielten, daß sie vom schwarzrotgoldenen Banner nichts wissen wollten und sich um das schwarzgelbe scharten, verschärfte noch den Gegensatz; denn für die Deutschen jener Zeiten war — um in einem Paradoxon zu sprechen — die schwarzgelbe Fahne das rote Tuch, das sie in blinde Wut versetzte. Ein Schwarzgelber zu sein war damals in den Augen der Deutschnationalen so ziemlich das schwerste Verbrechen, dessen sich jemand schuldig machen konnte, und es gehörte kein geringer

Mut dazu, sich offen zu diesen in Acht und Bann getanen Farben zu bekennen*) ...

Damals hat sich zum erstenmal der schroffe Gegensatz zwischen Schwarzrotgold und Schwarzgelb gezeigt, zum erstenmal der unpatriotische, illoyale Charakter geoffenbart, der für die deutschnationale Bewegung geradezu typisch geworden und bei ihren extremsten Anhängern bis zu wildestem Haß gegen Österreich und sein Kaiserhaus ausgeartet ist.

2.

In dem gewaltigen Katzenjammer, der auf den Rausch des „tollen Jahres" folgte, trat die deutschnationale Idee wieder in den Hintergrund, und der Kampf Österreichs und Preußens um die Vorherrschaft in Deutschland, in dem Deutsche gegen Deutsche zu Felde zogen, nahm sich wie bitterer Hohn auf sie aus.

Durch die Ausscheidung Österreichs aus dem Deutschen Bunde, die dieser Krieg zur Folge hatte, schien sie vollends vernichtet, denn damit hatte Österreich aufgehört ein deutscher Staat zu sein, als der es trotz seiner nationalen Buntscheckigkeit bis dahin gegolten hatte.

Aber die Deutschen Österreichs konnten sich in den Wandel der Dinge nicht hineinfinden. Durch Jahrhunderte an die Hegemonie über die andern Völker ihres Reichs gewöhnt, waren sie nicht gewillt, auf ihre führende Stellung im Staate zu verzichten, und da sie sich allein hierzu nicht imstande sahen, verfielen sie auf die verhängnisvolle Idee sich mit den Magyaren in die Herrschaft über die Monarchie zu teilen, um wenigstens in der einen Reichshälfte am Ruder

*) Siehe die treffende Kritik der achtundvierziger Deutschen Österreichs in A. v. Peez, „Die Aufgaben der Deutschen in Österreich" S. 38 ff.

zu bleiben, unbekümmert darum, daß sie damit an zwei Millionen Deutscher den Magyaren preisgaben ...

Die politische Verständnislosigkeit und Kurzsichtigkeit, die sie in diesem folgenschweren Schritte bekundeten, sollte sich denn auch sehr bald rächen: anstatt hierdurch ihre Stellung gefestigt zu haben, sahen sie sich immer heftiger von den Tschechen bedroht, die, durch die Erfolge der Magyaren in ihren eigenen nationalen Ansprüchen ermuntert, auf der Durchführung ihres Staatsrechts bestanden.

Die Deutschen wollten hiervon begreiflicherweise nichts wissen, weil sie damit die tschechische Oberhoheit über Böhmen, Mähren und Schlesien hätten anerkennen müssen, und so gestaltete sich der Kampf immer erbitterter und für die Deutschen immer schwieriger, als die Regierung den Wünschen der Slawen, nicht nur der Tschechen, sichtlich entgegenkam. Obwohl dies nicht aus Abneigung gegen die Deutschen geschah sondern aus Respekt vor der slawischen Majorität und in der richtigen Erkenntnis, daß sich der deutschzentralistische Gedanke für die Dauer nicht werde aufrecht erhalten lassen, fühlten sich die Deutschen zurückgesetzt und grollten der Regierung voll Erbitterung.

Dies um so mehr, als sie selber die Unhaltbarkeit ihrer früher innegehabten Hegemonie fühlten; fühlten, aber nicht erkannten oder doch nicht erkennen wollten. Mit der erstaunlichen Kurzsichtigkeit, die sie in politischen Dingen zu zeigen pflegten, wollten sie nicht einsehen, daß sie in einem Staate, der (damals) etwa $11\frac{1}{2}$ Millionen Slawen und bloß $7\frac{1}{4}$ Millionen Deutsche zählte, nicht mehr dieselbe Stellung einnehmen konnten, die sie besessen hatten, als Österreich noch zu Deutschland gehörte.

Nicht genug an ihrem Zwist mit der Leitung der Inneren Politik, kamen sie auch noch mit der der Äußeren in Konflikt.

Von ihrer fixen Idee eines „deutschen Österreich“ besessen, sträubten sie sich hartnäckig gegen die Orientpolitik des Grafen Andrássy; sollte sie doch eine Vermehrung des slawischen Elements in der Monarchie zur Folge haben, wovon sie nichts wissen wollten; zudem bedingte sie eine bedeutende Vermehrung der Wehrauslagen, für die sie von jeher immer zugeknöpfte Taschen gehabt hatten. Durch diese Opposition gerieten sie aber in scharfen Gegensatz zur Krone, die, für die Aufgaben des Reiches mehr Verständnis bekundend als sie, ihren Widerstand übel nahm und sich von ihnen abwandte.

So mit den wichtigsten Faktoren des Staates zerfallen, im wachsenden Hader mit ihren slawischen Nachbarn, wandten die Deutschen ihre Blicke von der für sie unerfreulichen Gegenwart und der nichts besseres verheißenden Zukunft ab und der Vergangenheit zu, die ihnen jetzt in verklärendem Zauberlicht erschien. Sie begannen sich nach der Wiedervereinigung mit Deutschland zurückzusehnen, und mehr als das: auch an die Verwirklichung dieses Wunsches zu denken. Das gewaltige Trugbild eines großen einigen Deutschland „vom Belt bis zur Adria“ tauchte wieder verlockend vor ihnen auf, und sie streckten sehnend die Arme darnach aus.

Zunächst freilich wollten sie wenigstens ihre fixe Idee vom „deutschen Österreich“ ins Werk setzen, und zu diesem Zwecke taten sich einige national gesinnte Männer zusammen, die einen Entwurf hierzu ausarbeiteten, der unter der Bezeichnung „Linzer Programm“ für lange Zeit den Inhalt der deutschnationalen Forderungen darstellte. Seinen wichtigsten Punkt bildete die Abtrennung und Sonderstellung Galiziens, der Bukowina und Dalmatiens und die Einschränkung der Beziehungen Österreichs zu Ungarn auf das Verhältnis der Personalunion. Durch diese Ausscheidung der Polen, Ruthenen, Rumänen

und dalmatinischen Slawen hofften die Verfasser des Programms*), und mit ihnen der am stärksten national gesinnte Teil der Deutschen, den Slawen die Majorität in Österreich zu entwinden und die einstige deutsche Hegemonie wieder herzustellen. Durch staatsrechtliche Kodifizierung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich aber sollte der so heiß erstrebte enge Anschluß an dieses bewerkstelligt und die ihnen als Ideal vorschwebende Verschmelzung beider Staaten zu einem neuen großen Deutschland angebahnt werden.

3.

Von all den Männern, die sich als Deutschnationale bezeichneten, machte sich keiner so auffallend bemerkbar wie der Gutsbesitzer und Millionär Georg Ritter von Schönerer, einer der Mitschöpfer des Linzer Programms, ein Mann, der von der Richtigkeit seiner politischen Überzeugung offenbar ebenso durchdrungen war wie von seiner Berufung zur führenden Rolle unter den Deutschen Österreichs. Wie einst Hermann der Cherusker die Feinde der Germanen im Teutoburgerwalde vernichtet hatte, so wollte auch er es tun, nur daß es diesmal nicht den Römern galt sondern den Slawen, Juden und Klerikalen.

Sein politisches Glaubensbekenntnis war so einfach wie das des Islam:

Es gibt nur einen Gott: Bismarck! Und ich — Schö-

*) Als die hervorragendsten unter ihnen nennt Dr. Richard Charmatz in seinem sehr lesenswerten Buche „Deutsch-österreichische Politik" (Leipzig 1907, Duncker & Humblodt) Dr. Heinrich Friedjung, Dr. Victor Adler und Georg Ritter von Schönerer. Ein Triumvirat, das im Hinblick auf die heutige politische Stellung seiner Mitglieder — Dr. Friedjung ist Liberaler, Dr. Adler Sozialdemokrat, Schönerer Alldeutscher — recht wunderlich erscheint und den Wandel politischer Ansichten überaus drastisch illustriert.

nerer — bin sein Prophet. An diesen Fundamentalartikel schlossen sich noch drei andre Gebote an: 1. Österreich muß deutsch werden und wieder zu Deutschland kommen. 2. Nieder mit den Juden! 3. Nieder mit dem katholischen Klerus!

Die kindliche Einfachheit und derbe Handgreiflichkeit dieses politischen Evangeliums tat ihre Wirkung, zumal auf die studierende Jugend; auf diese um so mehr, als Schönerer es in altgermanischer Art ausstaffierte und mit einer Art Wotan-Kult verband, der auf die jungen Leute eine mächtige Anziehung ausübte. So schaffte er in seiner Eigenherrlichkeit ganz wie einst der französische Konvent die bisher geltenden Monatsbezeichnungen ab und ersetzte sie durch germanisch klingende Namen, wie „Hornung", „Heumond" usw.; so hatte ferner z. B. das Weihnachtsfest künftig „Julfest" zu heißen, und seine Getreuen durften ihn nicht mehr mit „Hoch!" feiern, sondern mußten „Heil!" rufen. Daß dieser Germanenkult mit reichlichen Bieropfern verbunden war, machte ihn den jungen Leuten natürlich noch sympathischer.

So kam es, daß sie in Schönerer ihren Abgott sahen und ihm blind folgten, wie einst die Kinder dem Rattenfänger von Hameln.

Mochte man über dieses anachronistische Germanentum mit seinen linguistischen Spielereien auch lächeln, die Bewegung selbst durfte man keineswegs leicht nehmen, denn sie zeigte einen ausgesprochen reichsfeindlichen, antidynastischen Charakter. Schönerer machte aus seiner Antipathie gegen Österreich und dessen Kaiserhaus kein Geheimnis, tat vielmehr alles, um auch die Jugend in diesem Sinne zu beeinflussen.

Das gelang ihm nur zu gut. Die jungen Herren, nicht nur Hochschüler sondern selbst Gymnasiasten und Lehrjungen, fühlten sich als Ur- und Nurdeutsche — selbst dann, wenn

die Wiege ihrer Eltern oder Großeltern in Podiebrad oder Tarnopol gestanden —, wollten keine Österreicher mehr sein und beschimpften und verhöhnten ihr Vaterland, wo und wie sie nur konnten. Bis zu welch bedenklichem Grade diese Illoyalität schon ausgeartet war, zeigte ein Vorfall in den studentischen Kreisen von Graz mit erschreckender Deutlichkeit: gelegentlich eines Kommerses hatten Universitätshörer die Büste des Kaisers aus dem Saale entfernt, worin jener stattfinden sollte, und sie durch die Bismarcks ersetzt*).

Dieser antidynastische Charakter der von Schönerer verfolgten Tendenzen war es auch, der — von den „Schwarzgelben", seinen natürlichen Gegnern, ganz abgesehen — selbst in solchen Kreisen Mißfallen und Bedenken erweckte, die sich auf ihr Deutschtum nicht wenig zugute taten und deren Loyalität ganz und gar nicht übermäßig ausgebildet war.

Umgekehrt übte dagegen das antisemitische Moment im Programm Schönerers gerade eine mächtige Anziehung auf die Menge aus, denn das Überhandnehmen des jüdischen Einflusses, namentlich die drückende Vorherrschaft der jüdischen Tagespresse hatte in der Bevölkerung, besonders in Wien, eine heftige Mißstimmung hervorgerufen, in der ihr Schönerer als Befreier erschien. Jedenfalls zog die antisemitische Seite seines Programms mehr an, als die antidynastische abstieß ...

---

*) Einen sehr interessanten und lehrreichen Einblick in das illoyale Treiben der deutschen Universitätsjugend bietet der Roman „Jung-Österreich" von Heinrich von Schullern, (München, 1909, G. Müller), dessen Verfasser diesen Kreisen früher selber angehört hat. Besonders bezeichnend für die antidynastische Gesinnung der Studentenschaft ist es, daß in diesem Buche ein Hochschüler seinem Hunde den Namen Franz Josef gegeben hat, ein kleiner aber empörender Zug, den der Autor zweifellos der Wirklichkeit entlehnt hat.

Unter den Deutschen Österreichs wurde national zu sein Trumpf und Mode, nicht nur in der Politik, sondern auch im privaten Leben und in der Lektüre. Es war die Zeit, in der alle Leute altdeutsch eingerichtet sein wollten und in der man die Romane Dahns und Julius Wolffs verschlang . . .

Ein schwerer Konflikt Schönerers mit dem Gesetz und seine strenge Bestrafung verschafften ihm in den Augen seiner Anhänger, und nicht nur dieser, die Märtyrerkrone und erhoben ihn zum Helden des Tags[1]). Hatte man sich „oben" der Hoffnung hingegeben, dieser Vorfall werde ihn politisch unmöglich machen und dadurch auch die antidynastische, reichsfeindliche Strömung hemmen, so war das ein arger Irrtum gewesen, denn man hatte ihm damit im Gegenteil zu einer Aureole verholfen und Wasser auf die Mühlen der verpönten Propaganda getrieben. Die Massendemonstrationen bei seiner Rückkehr aus dem Gefängnis, die einem Triumphzuge glich, ließen hieran nicht den geringsten Zweifel zu.

Daß hierdurch die Mißstimmung, die an höchster Stelle gegen die Deutschen bestand, sofern sie nicht konservativ waren, noch tiefer wurde und die Kluft zwischen beiden Teilen sich erweiterte, liegt auf der Hand, und nicht minder, daß die Gegner der Deutschen daraus ihren Nutzen zogen*). —

Der Glanz von Schönerers Märtyrerkrone hielt aber nicht sonderlich lang an; zunächst weil seine Verurteilung für ihn den Verlust seines Reichsratsmandats zur Folge hatte und ihm hierdurch der wirksamste Resonanzboden für seine agitatorische Tätigkeit entzogen worden war; dann aber auch — und dieses Moment fiel wohl noch schwerer ins Ge-

*) Siehe hierüber auch A. v. Peez „Die Aufgaben der Deutschen in Österreich" S. 28 ff.

wicht —, weil neben ihm ein anderer, stärkerer und klügerer auftauchte, der ihn immer mehr aus der Volksgunst verdrängte, namentlich in Wien: Lueger. Die beiden hatten sich im Antisemitismus gefunden, aber Lueger hatte mit seinem raschen, praktischen Blicke bald erkannt, daß das hochverräterische Programm Schönerers in Österreich nicht zur Geltung kommen konnte, nicht kommen durfte, und so schwenkte er ab und lenkte die antisemitische Strömung in eine andere Richtung, die nicht dem Auslande zustrebte ...

Das politische Leben Österreichs stand in den folgenden Jahren im Zeichen Luegers, dessen gewaltige Persönlichkeit durch ihren spannenden Kampf gegen die Vorherrschaft des Judentums und der Magyaren das öffentliche Interesse auf sich konzentrierte. Neben dem hellern Glanze dieses neuen politischen Gestirns verblaßte und sank Schönerers Stern zusehends und mit ihm auch die Werbekraft des deutschnationalen Gedankens.

Indes ausgespielt hatte Schönerer seine Rolle trotzdem noch nicht, und noch weniger hatte dies der deutsche Nationalismus. Im Gegenteil: dessen Glanzzeit sollte erst kommen.

4.

Der ihm hierzu verhalf, war — das Schicksal liebt die Ironie — ein Pole! Graf Kasimir Badeni, der österreichische Ministerpräsident. Und zwar durch die Sprachenverordnungen, die er im Frühjahr 1897 für Böhmen erließ.

Wie immer in Zeiten starker politischer Spannung bedurfte es auch in diesem Falle nur eines verhältnismäßig geringfügigen Anlasses, um das in der politischen Atmosphäre Österreichs brütende Gewitter zu entfesseln.

Und welches Gewitter! Noch nie vorher war über das österreichische Parlament ein ähnliches niedergegangen. Es

war ein Aufruhr aller nationalen Elemente, der — bis heute — den Höhepunkt des ganzen nationalen Kampfes darstellt und unter dessen Nachwehen das Parlament noch immer leidet. Aus diesem Grunde soll diese Episode der österreichischen Politik im folgenden ausführlich behandelt werden, um so mehr, da sie zugleich nachgerade als Paradigma für die ganze Art und Weise dieses Kampfes gelten kann und dessen maßlose Erbitterung und ungeheuere Wildheit sowie die krasse Verblendung der Parteien in typischer Weise veranschaulicht*).

Graf Kasimir Badeni, der im Herbst 1895 mit der Leitung des österreichischen Ministeriums betraut worden war, glaubte dem Sprachenstreit in Böhmen auf kurzem Weg ein Ende machen zu können, indem er zwei Verordnungen erließ, in denen er für dieses Kronland die volle Gleichberechtigung beider Landessprachen im Verkehr der Behörden mit der Bevölkerung festsetzte und den daselbst angestellten Beamten die Kenntnis beider Sprachen in Wort und Schrift zur Pflicht machte[2]).

Er war dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß der § 19 der Verfassung ja die volle Gleichberechtigung aller „landesüblichen" Sprachen anordnete, der böhmischen Sprache demnach dieselbe Stellung gebührte wie der deutschen. Er handelte also zweifellos im besten Glauben und dachte gewiß nicht entfernt daran, die Deutschen zu verletzen oder,

*) Ebensogut könnten die Sprachenverordnungen natürlich auch in dem der panslawistischen Bewegung eingeräumten Kapitel behandelt werden, ja vielleicht mit mehr Recht, weil sie eine speziell böhmische Angelegenheit betreffen. Trotzdem ist es mir angemessener erschienen, sie schon an dieser Stelle zu besprechen, weil sie zugleich den Höhepunkt der deutschnationalen Bewegung bedeuten und es nicht gut anginge, sie bei deren Erörterung zu überspringen.

wie es in der Folge immer hieß, zu „vergewaltigen". Er hatte darum auch sicher keine Ahnung, daß seine Verordnung eine so verheerende Wirkung haben würde. Er konnte sie auch nicht haben, weil die siebzehn, beziehungsweise elf Jahre früher erlassenen Sprachenverordnungen zwar die Opposition der Deutschen, aber doch keinerlei tumultuarische Folgen gehabt hatten. Mit einem etwa entstehenden Widerstande von deutscher Seite glaubte er aber vermutlich leicht fertig zu werden, zumal er sich der mächtigen Unterstützung der tonangebenden liberalen Tagespresse sicher wähnte. Erfreute er sich doch bei ihr wegen seines scheinbar erfolgreichen Kampfes gegen Lueger, der, dreimal zum Bürgermeister Wiens gewählt, auf seinen Rat vom Kaiser ebenso oft abgelehnt worden war, eines besonderen Ansehens und wurde von ihr deshalb als der Minister „mit der eisernen Hand" gefeiert.

Um so größer und bitterer mußte für ihn die Enttäuschung sein, als dieselbe Presse, die bisher sein Lob in den höchsten Tönen gesungen hatte, mit einem Male gegen ihn Front machte und ihn mit den gröbsten Wurfgeschossen überschüttete.

„Vergewaltigung!" Das war das Schlagwort des Tages, von dem Parlament und Presse in allen Tonarten widerhallten und dem niemand zu widersprechen wagte, der sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, als „Verräter an der heiligen Sache des deutschen Volks", als elender Schwarzgelber in Acht und Bann getan zu werden.

Man begnügte sich übrigens nicht damit, diese „Vergewaltigung" zu behaupten, man suchte sie auch zu beweisen; und man tat es mit allem erdenklichen Aufgebot juridischer und historischer Weisheit. Wenn man diesen Ausführungen folgte, so schien es auch wirklich sonnenklar, daß den Deutschen

ſchweres Unrecht zugefügt, daß an ihnen eine Gewalttat verübt worden war.

Vernahm man aber dann die Argumente der Tſchechen, die mit demſelben gelehrten Rüſtzeug zu Felde zogen und mit einer Fülle von Urkunden und Paragraphen juſt das Gegenteil bewieſen, ſo hatte es wieder den Anſchein, als ob die Verordnungen die Gerechtigkeit ſelbſt wären und nicht nur kein Recht verletzten, ſondern vielmehr ein verletztes Recht wieder herſtellten, als ob nicht die Deutſchen Urſache hätten über Vergewaltigung zu klagen, ſondern die Tſchechen, deren hiſtoriſche Sprachrechte von jenen bisher unterjocht worden ſeien und erſt durch die Verordnungen wieder zur Geltung kommen ſollten.

So ſtand eine Auffaſſung der andern ſcharf gegenüber, und jede ſchien das Recht auf ihrer Seite zu haben. Was der einen als „summum jus“ erſchien, galt der andern als „summa injuria“.

Und dieſes Doppelbild ergibt ſich auch dann, wenn man bei der Beurteilung der Verordnungen von allen nationalen Sympathien oder Antipathien abſieht und nur das Reichsintereſſe im Auge behält: je nachdem man dieſes im Zentralismus oder in der nationalen Autonomie verkörpert ſieht, wird man ſie für einen ſchweren Mißgriff oder für einen Akt der Gerechtigkeit halten.

Für einen Mißgriff, weil ſie Breſche in die einheitliche Vermittlungsſprache legen, für einen Akt der Gerechtigkeit, weil ſie der noch beſtehenden Vorherrſchaft der deutſchen Sprache ein Ende machen und beide Sprachen einander gleich ſtellen ſollten. Vermeidet man aber ſowohl den zentraliſtiſchen als den autonomiſtiſchen Standpunkt und ſtellt ſich lediglich auf den der praktiſchen Zweckmäßigkeit, ſo wird man finden, daß die Verordnungen dieſem nicht in allen Punkten ent-

sprochen haben und den staatsrechtlichen Sondergelüsten der Tschechen bedenklich entgegengekommen sind.

Daß eine in tschechischer Sprache eingereichte Klage fortan auch in rein deutschen Bezirken Böhmens von A—Z in tschechischer Sprache verhandelt werden sollte, dafür hat gewiß keine durch die tatsächlichen Verhältnisse bedingte Notwendigkeit bestanden; und ebensowenig für den Zwang, demzufolge die deutschen Beamten dieser Gebiete der tschechischen Sprache mächtig sein sollten, wenngleich diese Kenntnis für sie nur von Vorteil sein konnte.

Die Durchführung dieser Bestimmung war ersichtlich nicht einem praktischen Bedürfnis entsprungen sondern bloß einem theoretischen Bestreben, mit gleichem Maße zu messen, und es lag auf der Hand, daß sie nicht geeignet war, den amtlichen Geschäftsgang zu vereinfachen und zu beschleunigen, was doch das erste Gebot einer wirklichen Verwaltungsreform gewesen wäre. Und nicht minder klar war es, daß diese Verfügung bei den Deutschen auf den heftigsten Widerstand stoßen mußte.

Allerdings konnten die Tschechen demgegenüber darauf hinweisen, daß die Verordnung den Deutschen ja nichts anderes zumutete als ihnen selber; wenn es ihnen aber recht war, daß in ihrem Sprachgebiete eine deutsche Eingabe deutsch verhandelt wurde, so mußte es umgekehrt auch den Deutschen billig sein, gegebenen Falles auf deutschem Boden tschechisch zu verhandeln.

Diese Argumentierung wäre zweifellos auch richtig gewesen; sie vermochte jedoch nichts an der Tatsache zu ändern, daß dieser Punkt der Verordnung nicht der Praxis, sondern bloß der Theorie zuliebe geschaffen worden und darum keineswegs einwandfrei war.

Für die Deutschen konnte dieser Grund um so weniger

ſtichhaltig und tröſtlich erſcheinen, als ſie der Anſicht waren, daß der Staat zwar das Recht habe, von tſchechiſchen Beamten Böhmens die Kenntnis der im ganzen Reiche — mit Ausnahme Galiziens — geltenden deutſchen Verkehrsſprache zu verlangen, nicht aber von den deutſchen Beamten die der tſchechiſchen Sprache, die ausſchließlich Landesſprache iſt.

Damit freilich iſt dieſe Erörterung beim heikelſten Punkt des ganzen Problems angelangt, bei dem anſcheinend unüberbrückbaren Gegenſatze zwiſchen dem praktiſchen Gewohnheitsrecht der deutſchen Sprache als Vermittlungsidiom, als öſterreichiſches Volapük, und dem § 19, der von dieſem Rechte nichts weiß und die völlige Gleichberechtigung aller „landesüblichen" Sprachen verlangt.

Wie immer man ſich aber zu den Sprachenverordnungen ſtellen mag, eine „Vergewaltigung" der Deutſchen, wie es bei dieſen immer hieß, haben ſie nicht bezweckt; von einer ſolchen hätte nur dann die Rede ſein können, wenn ein *Recht* der Deutſchen verletzt worden wäre. Das iſt aber nicht geſchehen; es ſollte ihnen bloß ein *Vorrecht* genommen werden, auf das ſie verfaſſungsmäßig keinen Anſpruch hatten und das dem nivellierenden Geiſte des § 19 widerſprach. Eben, weil es ſich um ein Vorrecht gehandelt hat, haben ſie die *Gleichſtellung* als *Zurückſetzung* empfunden. Sie, die ſich für das zur Vorherrſchaft berechtigte Herrenvolk hielten, ſahen ſich mit dem „minderwertigen" Tſchechenvolke auf dieſelbe Stufe geſtellt! Und damit nicht genug: ſie ſollten auch noch die ihnen ſo verhaßte tſchechiſche Sprache erlernen, wenn ſie als Beamte in Böhmen angeſtellt werden wollten! Das erſchien ihnen als eine unerhörte Zumutung, die ſie um ſo härter empfanden, als ſie den Tſchechen erſpart blieb, weil dieſe, klüger als ſie, ungeachtet ihres Deutſchenhaſſes faſt ausnahmslos der deutſchen Sprache mächtig waren, ſie alſo

nicht erst zu erlernen brauchten. Wären die Deutschen nicht so blindwütig gewesen, so hätten sie sich sagen müssen, daß die Zumutung tschechisch zu lernen für sie in Wahrheit keine Benachteiligung bedeutete, sondern vielmehr eine Förderung, denn die Kenntnis einer zweiten Sprache ist unter allen Umständen ein Vorteil und ist es doppelt, wenn es sich um die zweite Landessprache handelt. Solange sie nur ihrer Muttersprache mächtig waren, befanden sie sich den beide Sprachen beherrschenden Tschechen gegenüber entschieden im Nachteile. Der Nutzen der tschechischen Sprache hätte für die Deutschen die Mühe des Erlernens somit aufgewogen*).

Aber derartigen Erwägungen war man damals im deutschen Lager ganz unzugänglich. Man sah in den Verordnungen nun einmal eine „Vergewaltigung", ja ein „Verbrechen", und wollte ihren Urheber durchaus auf die Anklagebank zerren.

Einen Vorwand hierfür bot den Deutschen der Umstand, daß Graf Badeni für seine Verfügungen den Verordnungsweg gewählt und sie über ihre Köpfe hinweg getroffen hatte, worin sie einen gesetzwidrigen Akt „sarmatischer Willkür" sahen.

Nun erscheint es in einem konstitutionellen Staate allerdings befremdlich, ja bedenklich, wenn ein Minister so wichtige Bestimmungen trifft, ohne sie vorher dem Parlament

*) Ein Entschluß aus allerjüngster Zeit zeigt, daß die Deutschen in Böhmen endlich zur Erkenntnis gekommen sind, daß die Erlernung der tschechischen Sprache für sie keine Schande sondern einen Vorteil bedeuten würde. Am 12. September 1911 wurde nämlich von der deutschen Sektion des Landesschulrats für Böhmen ein vom Landesschulinspektor Täuber ausgearbeitetes Gutachten genehmigt, worin die Einführung der tschechischen Sprache als relativ obligater Unterrichtsgegenstand an allen deutschen Mittelschulen Böhmens befürwortet wurde.

als Gesetzesantrag zu unterbreiten; aber auch in diesem Punkt war Graf Badeni nicht so schuldig, als es den Anschein hatte. Vor allem deshalb nicht, weil er sich auf zwei Präzedenzfälle berufen konnte. Wenn die früheren Sprachenverordnungen nicht als „Verbrechen" angesehen worden waren, so durfte er mit Recht annehmen, daß man sie auch jetzt nicht als solche betrachten werde. Außerdem mochte ihn zur Wahl dieses Wegs auch die Erwägung bestimmt haben, daß die Vorlage dieser Verfügungen im Reichsrat bei dessen Zuständen voraussichtlich nie erledigt werden würde, weshalb ihm der Verordnungsweg als der kürzeste und sicherste erschien. Eine Erwägung, die, an sich richtig, sich in diesem Fall als eine verhängnisvolle Täuschung erwies.

5.

In dem Kampfe, den die Deutschen gegen die Sprachenverordnungen eröffneten, blieben sie keineswegs allein. Es gesellten sich ihnen die Sozialdemokraten und später auch die Christlich-Sozialen zu. Zu Gegnern hatten sie die gesamte Rechte, die aus allen Slawen mit Ausnahme der Ruthenen und den Deutsch-Konservativen bestand*). Somit sahen sie

*) Das Parlament hatte damals (1897) folgende Zusammensetzung:

Rechte	Deutsch-Konservative	45	210
	Süd-Slawen (Slowenen, Serben, Kroaten)	29	
	Tschechen und Feudal-Konservative	79	
	Polen	59	
Linke	Deutsche Fortschrittspartei und Feudal-Liberale	77	124
	Deutsche Volkspartei	42	
	Deutsch-Radikale (Alldeutsche)	5	
			334

sich einer bedeutenden Majorität gegenüber und keine Möglichkeit vor sich, auf normalem Wege ihr Ziel, die Vereitlung der Verordnungen, zu erreichen. Sie nahmen daher zur Obstruktion ihre Zuflucht und suchten jede parlamentarische Aktion zu verhindern, wenigstens zu verzögern. Um die Mittel hierzu zeigten sie sich keineswegs verlegen: das beliebteste war die „namentliche Abstimmung", die natürlich stets sehr viel Zeit beanspruchte, sowie die Zehnminutenpause. Damit nicht genug, unterbrachen die Obstruktionsparteien den Geschäftsgang unaufhörlich durch Zwischenrufe und Lärmszenen, wobei sie eine Tonart anschlugen, die selbst in diesem durch vornehme Ausdrucksweise seiner Mitglieder wahrlich nicht verwöhnten Parlament noch nicht dagewesen war.

Allen voran tat es die Schönerergruppe, zwar nur ein Häuflein von fünf Mann, aber doch die Seele der Obstruktion und das Ferment, das das ganze Haus in Aufruhr brachte. Die Hauptrolle in diesem Lärmquintett spielte übrigens nicht Schönerer, sondern Karl Hermann Wolf, der sich durch eine souveräne Verachtung aller Lebensart und herausforderndes Betragen auffällig bemerkbar machte und sich dadurch die billigen Lorbeern eines Duells verschaffte.

Die Sommerferien machten den Lärmszenen im Parlament zwar ein Ende, aber Ruhe trat darum doch nicht

		Übertrag	334
Selbständige Parteien	Sozialdemokraten	16	91
	Christlich-Soziale	30	
	Ruthenen	11	
	Rumänen	6	
	Italiener	19	
	Verschiedene polnische Demokraten	9	
		Zusammen	425

ein; dafür sorgten schon die Alldeutschen. Wüste Ausschreitungen des tschechischen Pöbels in Pilsen trieben noch Wasser auf ihre Mühle und gaben ihnen die erwünschte Gelegenheit auf dem „Deutschen Volkstage" zu Eger nun ihrerseits zu exzedieren. Da die Regierung in Pilsen durch ihre unzulänglichen Vorkehrungen mit dem Pöbel unliebsame Erfahrungen gemacht hatte, war sie darauf bedacht, es in Eger nicht zur Wiederholung ähnlicher Szenen kommen zu lassen, und hatte die dortige an Zahl unzureichende Wachmannschaft durch Abordnungen aus Prag verstärkt. Angeblich bestanden diese aus Tschechen, was den Deutschen wieder Anlaß gab, sich über feindselige Maßregeln der Regierung zu entrüsten und von Graf Badeni telegraphisch die Zurücknahme der von ihm getroffenen Vorkehrungen zu fordern. Da er begreiflicherweise auf diesen bestand, beschlossen die Obstruktionsparteien gegen ihn deshalb eine feierliche Anklage zu erheben.

Nach dem Tage von Eger konnte es für niemand mehr zweifelhaft sein, daß das Gewitter, das über Österreich heraufzog, unabwendbar sei. Selbst Graf Badeni, dieser hartnäckige Optimist, schien das einzusehen und versuchte sich mit den Deutschen zu verständigen. Sie stießen seine Hand jedoch barsch zurück und bestanden auf der Rücknahme der Sprachenverordnungen, ein Ansinnen, das er schon im Hinblick auf die Majorität des Parlaments nicht erfüllen konnte.

Als das Parlament sich nach den so stürmisch bewegten Sommerferien wieder versammelte, war seine Stimmung somit statt beruhigter noch kriegerischer. Unter K. H. Wolfs Führung eröffneten die Obstruktionsparteien ihren Herbstfeldzug. Die Angriffe gegen Graf Badeni wurden so brutal, daß er, als Kavalier einen solchen Ton nicht gewohnt, von

seinem Hauptbeleidiger K. H. Wolf Genugtuung mit der Waffe forderte. Damit beging er, so begreiflich dies von seinem persönlichen Standpunkt auch war, abermals einen schweren Mißgriff, der sich ebenso wie die Sprachenverordnungen an ihm selber rächte: nicht nur, daß er bei dem hierauf folgenden Duell verwundet wurde, verhalf er seinem Gegner dadurch zu einer Aureole, die ihn zum Helden des Tages machte und seinen verderblichen Einfluß ins Ungemessene steigerte. Das ganze Parlament geriet in den Bann dieses Mannes; die einen hypnotisierte, die andern terrorisierte er.

Der Kampf wurde immer erbitterter. Fast jede Sitzung artete in Skandal aus. Die Obstruktion, die Alldeutschen immer voran, trachtete mit den raffiniertesten Mitteln jede parlamentarische Tätigkeit unmöglich zu machen. Namentliche Abstimmungen, Dauerreden, Kindertrompeten u. dgl. waren an der Tagesordnung und taten die erwünschte Wirkung*).

Durch diese Verschleppungen fühlten sich Regierung und Rechte zu Gegenmaßregeln gezwungen. Sie nahmen daher zu Nachtsitzungen ihre Zuflucht. Die Obstruktion sah in diesem Mittel aber einen Bruch der Geschäftsordnung und provozierte, als ihre Proteste nichts halfen, arge Skandale. Als der Tscheche Dr. Dyck in der Sitzung vom 24. November den Antrag stellte, es sollte von den 56 Petitionen, die alle denselben Inhalt und Wortlaut hatten, nur eine verlesen werden, was doch das einzig

*) In der Sitzung vom 27. Oktober gelang es der Obstruktion mit namentlichen Abstimmungen — 13 an der Zahl, was die Verlesung von 5225 (!) Namen bedeutete — nicht weniger als 7 Stunden zu vertrödeln. — In der Nachtsitzung vom 28./29. Oktober hielt Dr. Lecher eine neunstündige Rede, deretwegen er nachher gefeiert wurde, als hätte er wirklich eine hervorragende Tat vollbracht.

richtige gewesen wäre, erhob sich im Lager der Obstruktion ein furchtbarer Lärm; Wolf und Schönerer erstürmten die Tribüne des Präsidenten, entrissen ihm die Glocke, und es entspann sich ein wildes Handgemenge. Wie es dabei zuging, geht aus der unglaublich klingenden Tatsache hervor, daß ein Universitätsprofessor (!), Dr. Pfersche, sein Taschenmesser zückte und jedem, der ihn anrühre, den Bauch aufzuschlitzen drohte! Schönerer versuchte einen schweren Ministerfauteuil als Wurfgeschoß zu gebrauchen, und Wolf drohte, das nächste Mal einen Revolver mitzubringen.

Zum Schutze des Präsidiums und zur Abwehr der Obstruktion stellte nun Graf Falkenhayn einen Antrag, der der Unzulänglichkeit der Geschäftsordnung abhelfen sollte und demzufolge jeder widersetzliche oder gewalttätige Abgeordnete auf 3—30 Sitzungen ausgeschlossen, im Falle der Weigerung aber durch Exekutivorgane aus dem Saale geschafft werden sollte.

Dieser durch die Umstände triftig begründete, ja dringend gebotene Antrag entfesselte bei der Obstruktion, die sich dadurch in ihrem anarchischen Treiben bedroht sah, einen wahren Wutorkan, und die Sitzung endete abermals mit der Erstürmung der Präsidenten-Tribüne.

Gleich in der nächsten Sitzung kam es zur praktischen Anwendung der „Lex Falkenhayn". Als der Tumult begann, erschien die Polizei im Parlament und schaffte die Tobenden, die sich weigerten den Saal u verlassen, einen nach dem andern mit Gewalt hinaus.

Auf der Straße fanden diese wüsten Szenen ihre Fortsetzungen in argen Ausschreitungen der aufgehetzten Menge.

Noch tumultuöser gestaltete sich die nächste Reichsratssitzung, deren ungeheuerliche Vorgänge an anderer Stelle ausführlich geschildert werden sollen[3]) . . .

Wie das bei der unablässig geschürten Erregung des Volkes nicht anders zu erwarten war, wiederholten sich die Straßenexzesse, wobei sich namentlich die deutschnationalen und sozialdemokratischen Universitätsstudenten hervortaten. Da die Polizei allein nicht ausreichte, mußte mehrmals Militär eingreifen und zwar mit blanker Waffe, ohne daß dabei aber ein Menschenleben zugrunde ging.

Das war dagegen in Graz der Fall. In dieser als Herd der alldeutschen Bewegung bekannten Stadt, in der die Universitätsstudenten den Ton angaben, fanden die Vorgänge im Parlament natürlich ein besonders lautes Echo, und es kam zu Straßentumulten, die das Einschreiten von Militär notwendig machten. Da die Menge heftigen Widerstand leistete, sah sich dieses genötigt Feuer zu geben, was den Tod eines Exzedenten zur Folge hatte.

Dieser Vorfall steigerte natürlich die allgemeine Erregung und bot, wie immer bei solchen Anlässen, den willkommenen Vorwand zu regierungs- und militärfeindlichen Kundgebungen. Man zieh die Regierung des „Mordes", nannte das Militär eine „brutale Soldateska", „Schergen" und „Mordgesellen" und flocht dem Erschossenen aus aufreizenden Phrasen eine grell gleißende Märtyrerkrone. Den Haupteffekt dieser ganzen Hetze bildete natürlich das Leichenbegängnis des „Opfers", das nach bewährten Mustern zu einer Massendemonstration ausgeschlachtet wurde und an dem sich die gesamte Bürgerschaft von Graz beteiligte, soweit sie nicht konservativ gesinnt war*) ...

*) Wie das „Grazer Extrablatt" nachträglich gemeldet hat — und dieser Bericht ist undementiert geblieben — hatte der mit so gewaltigem Aufwand von demonstrativer Entrüstung und Trauer zu Grabe getragene Tischlergehilfe in seiner Vergangenheit einen sehr dunklen Punkt gehabt, der zu diesem posthumen Heroen-Pomp recht schlecht stimmen

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse sah sich Graf Badeni doch endlich bemüßigt seine Demission zu geben, obschon er erst wenige Wochen früher im Parlament mit einem gewissen Humor erklärt hatte, er denke nicht daran, seinen Gegnern diesen Gefallen zu tun. Er ging, nachdem er, dieser Erklärung gemäß, länger allen Angriffen getrotzt hatte, als es irgend ein anderer an seiner Stelle wohl getan hätte, so daß er, weit eher der Minister mit der eisernen Haut genannt zu werden verdient hätte als der mit der eisernen Hand. Unkenntnis der tatsächlichen politischen Verhältnisse außerhalb Galiziens, allzugroßes Selbstvertrauen, vielleicht auch angeborener Leichtsinn, hatten ihn immer noch hoffen lassen, der bedrohlichen Situation Herr zu werden. Nun ging er, ein umgekehrter Mephisto, der das Gute gewollt und das Böse geschaffen hatte. Sein Abgang von der politischen Bühne, auf der er so unglücklich agiert hatte, glich dem eines mißliebigen Schauspielers und vollzog sich unter Johlen und Pfeifen, unter Beschimpfungen und Drohungen ...

Was er zurückließ, war ein politisches Chaos. Das Parlament: zwei feindliche Lager, stets bereit übereinander herzufallen wie Bauernburschen beim Kirchweihfest; Wien: voll Aufregung und Lärm; Graz: ein Herd des gewalttätigsten Teutonismus; Prag: der Tummelplatz wüstester Pöbelherrschaft. Das war das schlimme Erbe, das Graf Badeni seinem wenig beneidenswerten Nachfolger überließ, zu dem Freiherr Paul von Gautsch ernannt worden war.

---

wollte, nämlich ein Eigentumsdelikt, dessentwegen er auch bestraft worden war ... Und diesem Menschen wurde ein Begräbnis zuteil, wie sonst nur wenigen Auserwählten; seinem Sarge folgte „ganz Graz"! ... Eine Tragikomödie, deren schneidende Ironie kaum ihresgleichen hat, eine jener großartigen Satiren, mit denen das Schicksal das Gehaben der Menschen zu verspotten pflegt.

Die erste Tat des neuen Ministerpräsidenten war ein Zugeständnis an die Deutschen: die Enthaftung Wolfs. Auch seine zweite fand im deutschen Lager Zustimmung. Es war die Verhängung des Ausnahmezustands über Prag. Und diese Maßregel war durch die Umstände dringend geboten, denn die Demonstrationen in Wien hatten dort ein Echo gefunden, das jene an Umfang und Gefährlichkeit bei weitem übertraf: der tschechische Pöbel rebellierte, zerstörte und plünderte nach Herzenslust, und es bedurfte eines großen Truppenaufgebots und der Verkündigung des Standrechts, um wieder geordnete Verhältnisse herzustellen.

6.

Der Erfolg, den die Deutschen unter Wolfs Führung über die Regierung und damit auch über die Slawen errungen hatten, stieg ihnen gewaltig zu Kopfe, und sie entwickelten im ganzen Reich einen Terrorismus, der lebhaft an das Jahr 1848 erinnerte, besonders dadurch, daß wie damals auch jetzt wieder die Universitätsstudenten das große Wort führten und sich, ihre Abgötter Schönerer und Wolf an der Spitze, mit größter Anmaßung als die Herren der Situation gebärdeten.

Daß sie's auch tatsächlich waren — nicht aus eigener Kraft, sondern durch die Schwäche der Regierung — zeigte sich namentlich anläßlich des von dieser erlassenen Farbenverbots, mit dem es folgende Bewandtnis hatte:

Schon seit langem erregten die deutschen Couleurstudenten mit ihren Kappen und Bändern bei der tschechischen Bevölkerung Prags, die in diesem Zurschautragen der deutschen Farben eine Herausforderung ihres slawischen Nationalgefühls sah, heftigsten Anstoß und steigende Erbitterung. Dies galt zumal vom sogenannten „Bummel", einer korporativen

Promenade der farbentragenden deutschen Studenten, die um die Mittagsstunde auf dem gerade um diese Zeit sehr belebten „Graben", im Herzen der Stadt, abgehalten wurde. Immer wieder kam es bei dieser Gelegenheit zu mehr oder weniger heftigen Zusammenstößen, bei denen die deutschen Studenten meist die Zeche bezahlen mußten, weil sie sich der tschechischen Menge gegenüber in der Minderzahl befanden. Auch Überfälle auf einzelne Studenten, bei denen es diesen noch übler erging, waren nichts seltenes.

Mit der wachsenden Spannung der politischen Situation mehrten sich diese Vorfälle in bedenklicher Weise und stachelten die Erbitterung bei beiden Nationen aufs äußerste. Beide aber machten dafür die Regierung verantwortlich. Die Deutschen warfen ihr vor, daß sie sie schutzlos den Insulten und Tätlichkeiten des tschechischen Pöbels preisgebe; die Tschechen wieder beschwerten sich darüber, daß sie den beständigen Herausforderungen durch die Deutschen kein Ende mache.

Die Regierung, derart von beiden Seiten bedrängt, tat, was zweifellos unter den gegebenen Verhältnissen das Vernünftigste war: sie erließ das Verbot nationale Abzeichen zu tragen, was natürlich für beide Nationen galt.

Obwohl diese Verordnung die einzige Möglichkeit bot, die tschechischen Überfälle auf deutsche Studenten hintanzuhalten, wollten die Deutschen nichts davon wissen und beriefen sich unter dem bei ihnen schon Brauch gewordenen Entrüstungsaufwand auf das den deutschen Studenten gesetzlich zugestandene Recht Farben zu tragen. Im übrigen war ihnen dieser Regierungserlaß nur wieder ein erwünschter Vorwand über „Rechtsbruch" und „Vergewaltigung" zu zetern. Nicht genug an diesen pathetischen Deklamationen, beriefen sie für den 29. Jänner 1898 einen „Akademiker-

tag" nach Leitmeritz ein und beschlossen in dieser von studentischen Abordnungen und Professoren aller deutschen Universitäten Österreichs besuchten Versammlung den Generalstreik für alle deutschen Hochschulen des Reichs.

Dieser Beschluß wurde auch wirklich durchgeführt, ohne daß es die Regierung gewagt hätte, energisch einzugreifen; im Gegenteil: sie gab nach und zog das Farbenverbot wieder zurück. Damit verhalf sie den teutonischen Terroristen zu einem neuen Triumph, der ihren Größenwahn nur steigern konnte; sich selber aber stellte sie ein beschämendes Armutszeugnis aus. Man konnte sich in die Tage der Aulaherrschaft von 1848 versetzt glauben, wo die sogenannte Regierung, aller Selbstachtung und Willenskraft bar, getan oder gelassen hatte, was die Studentenlegion für gut befand ...

Freiherr von Gautsch hätte in diesem Fall auf seiner Verfügung um so nachdrücklicher bestehen müssen, als sie durch die Umstände vollauf gerechtfertigt war. Nur ganz verblendete Parteileidenschaft konnte als „Vergewaltigung" bezeichnen, was doch nur ein selbstverständliches Gebot der Vorsicht und Einsicht war. Außergewöhnliche Verhältnisse erfordern eben außergewöhnliche Maßnahmen, und ein Privileg, das normale Verhältnisse voraussetzt, verliert seine innere Daseinsberechtigung, sobald diese Bedingungen nicht mehr zutreffen und es zu einem Stein des Anstoßes für die Ruhe des Staates wird ...

Die Regierung überlebte diese klägliche Niederlage übrigens nicht lange. Schon einen Monat später machte sie einem anderen Ministerium Platz, an dessen Spitze Graf Franz Thun trat.

Er erwies sich dem Terrorismus der Obstruktionsparteien gegenüber ebenso ohnmächtig wie sein Vorgänger und enttäuschte die Erwartungen der Ordnungsfreunde, die gehofft

hatten, er werde der herrschenden Anarchie ein Ende bereiten. Der alldeutsche Konvent in Graz trat im Gegenteil immer diktatorischer auf, und wenn Graf Thun sich diesem Diktat auch nicht willenlos fügte wie sein Vorgänger, so vermochte er im Parlament doch keine Ordnung herzustellen. Die Änderungen, die er an den Sprachenverordnungen vornahm, hatten nur den ungewollten Effekt, daß er dadurch auch die Tschechen erbitterte, ohne damit die Deutschen zu gewinnen, die, durch ihre bisherigen Erfolge übermütig gemacht, jedes Zugeständnis kurzweg von sich wiesen. Graf Thun blieb daher nichts anderes übrig, als das Parlament, das infolge der andauernden Obstruktion nicht funktionierte, vorläufig ganz auszuschalten und mit Hilfe des für solche Fälle geschaffenen § 14 für die Staatsnotwendigkeiten zu sorgen.

Da hierdurch aber die Gefahr entstand, daß Ungarn sich die Notlage Österreichs zunutze machen werde und der schon von Badeni in Angriff genommene Ausgleich zwischen beiden Reichshälften scheitern könne, beschloß man an allerhöchster Stelle, die bisher geübte Regierungspolitik aufzugeben, und nahm dem Grafen Thun die Zügel in Gnaden aus der Hand, um sie in die des Grafen Manfred Clary-Aldringen zu legen (2. Oktober 1898).

Dieser beeilte sich, das Hindernis aus dem Wege zu räumen, das den parlamentarischen Mechanismus so lange gestört hatte, und hob die Sprachenverordnungen auf.

7.

Damit waren wohl die Sprachenverordnungen aus der Welt geschafft, nicht aber auch ihre verderblichen Folgen, die sich bei jeder Gelegenheit in heftigster Weise bemerkbar machten.

Der Deutschnationalismus befand sich um diese Zeit im Zenith seiner Macht; ganz Österreich stand unter seinem Bann. Da war es denn kein Wunder, daß er auch aus den Wahlen für den neuen Reichsrat — der alte war wegen unbehebbarer Arbeitsunfähigkeit aufgelöst worden — siegreich hervorging. Die Alldeutschen, bisher bloß 5 Mann hoch, hielten 21 Mann stark ihren Einzug ins neue Parlament. Sie waren also um mehr als das Vierfache stärker geworden.

Gleich die erste Sitzung des neuen Hauses zeigte, wessen sich dieses von ihrer Seite gewärtig zu halten hatte:

Als der Alterspräsident der kurz vorher verstorbenen Königin Viktoria von England den üblichen Nachruf hielt, riefen die Alldeutschen: „Nieder mit England!" „Hoch die Buren!" Kundgebungen, die just bei diesem Anlaß gewiß das krasseste Gegenteil von Anstand und Takt bezeugten. Was dieser parlamentarischen Ouvertüre von ihrer Seite folgte, erinnerte an die empörenden Skandalszenen aus den Badeni-Tagen. Jedesmal, wenn sie das Wort ergriffen, kam es zu mehr oder weniger wüsten Auftritten. Die Anmaßung und Brutalität, die sie dabei entwickelten, bedeuteten sogar in diesem Hause — und das will etwas heißen! — einen Rekord. Nicht genug daran, daß sie ihre Gegner mit ganzen Kübeln der pöbelhaftesten Beschimpfungen überschütteten, scheuten sie sich nicht, zum Massentotschlag aufzufordern*), ja einer ihrer ärgsten Schreier, der Abge-

*) Abg. Herzog mit Bezug auf die Tschechen: „Haut sie tot, diese Lumpen, sie stehlen euch das Geld aus dem Sacke! Die Wiener sollen euch erschlagen, wenn ihr auf die Gasse kommt, ihr Taschendiebe!"

Abg. Stein: „Niederschlagen soll man euch auf der Straße." Reichsratssitzung vom 10. März 1904.

ordnete Stein, verlangte von einem ſloweniſchen Gegner, Dr. Suſteršič, allen Ernſtes, er ſolle ſich töten!

Das terroriſtiſche Auftreten der Alldeutſchen hatte natürlich zur Folge, daß auch ihre Gegner ſich einer ähnlichen Tonart befliſſen zeigten, was zu wahrhaft greulichen Schimpfkonzerten führte. An Gegnern aber fehlte es ihnen wahrlich nicht, denn ſie fielen nicht bloß über ihre nationalen Widerſacher her, ſondern faſt noch wütender über die eigenen Landsleute, ſofern ſich dieſe nicht ihrem Terrorismus fügen wollten; ſo namentlich über die Chriſtlich-Sozialen und Sozialdemokraten; ſelbſt ihre bis dahin folgſamen Trabanten aus dem deutſchfreiheitlichen Lager bekamen nicht ſelten überkräftige Worte zu hören, ſo z. B. vom Abg. Berger, der ſie einmal als „feiges Geſindel" apoſtrophierte. Und damit der Sache auch der Humor nicht fehle, ſtellten die Alldeutſchen ihre Gegner oder das Präſidium ab und zu wegen ungehörigen Betragens zur Rede!

Die Skandale im Parlament genügten ihnen aber nicht, ſie inſzenierten ſolche auch außerhalb des „hohen Hauſes", auf der Straße, im Gaſthaus, ja ſelbſt im Konzertſaal*4). Ihr jedes Anſtandes, jeder Kultur bares Betragen bei dem Konzerte, das der berühmte Violinvirtuoſe Kubelik in Linz gab oder eigentlich geben wollte, wird als unauslöſchliches Schandmal an ihnen haften bleiben.

Mit beſonderer Vorliebe wählten ſie aber die Univerſität zum Schauplatz ihrer Gewalttaten, denn dort fanden ſie ihre meiſten und eifrigſten Anhänger. Die dort in Szene geſetzten Skandale nahmen denn auch meiſt einen ungeheuern

*) Im Theater haben ſich die Alldeutſchen ſchon früher nach ihrer Art betätigt, als ſie im Joſefſtädter Theater anläßlich eines Gaſtſpiels tſchechiſcher Schauſpieler einen häßlichen Skandal herbeiführten, indem ſie dieſe durch Beſchimpfungen und Gelärm am Weiterſpielen hinderten.

Umfang an und arteten in blutige Prügeleien und langwierige Streike aus, die zu förmlichen Haupt- und Staatsaffären anschwollen*).

* * *

So grimmig die Alldeutschen aber auch die Jesuiten haßten, deren angeblichen Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige, machten sie sich doch zu eigen und trugen kein Bedenken, auch die Religion in den politischen Hader zu zerren, weil sie sich hiervon einen besondern Erfolg versprachen.

„Los von Rom!" Das war der Schlachtruf, mit dem sie gegen die katholische Kirche Sturm liefen. In dieser sahen sie eines der schwersten Hindernisse, wenn nicht das schwerste, auf ihrem Weg und hofften es dadurch zu beseitigen, daß sie die deutsche Bevölkerung Österreichs vom angestammten katholischen Glauben abtrünnig zu machen und dem Protestantismus zuzuführen versuchten.

Das eigentliche Ziel dieses Feldzugs war natürlich ein anderes. „Los von Rom! heißt so viel wie Los von Österreich!" Mit diesen Worten hat der Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, dem sie zugeschrieben werden, den Nagel auf den Kopf getroffen. Der Abfall von Österreich war es und ist es, was die Alldeutschen mit der Los-von-Rom-Bewegung im Sinne hatten und noch haben. Der Protestantismus sollte der Sturmbock sein, mit dem sie in den Patriotismus der Bevölkerung Breschе zu legen und sie sozusagen zu entösterreichern gedachten.

Diese Hoffnung erwies sich jedoch als trügerisch. Wohl

*) Auf diese Art der Betätigung des Alldeutschtums hier näher einzugehen, würde den Rahmen dieses Abschnitts sprengen; es soll darum im zweiten Bande in einem eigenen Kapitel geschehen.

gelang es ihnen, als ihre Suggestionskraft noch in voller Blüte stand, ein paar Tausend Proselyten zu machen, aber was wollten diese — und wären es selbst 20000 oder mehr! — gegenüber den 9 Millionen deutschsprechender Katholiken Österreichs bedeuten! Der „Fels Petri" erwies sich eben doch als widerstandsfähiger, als sie gemeint hatten, und überdauerte auch diesen Anprall wie schon so viele andere, ohne ernstlich Schaden zu nehmen. Die Zeit war für eine Religionsfehde denn doch schon zu vorgerückt. Vor zweihundert Jahren hätten sie vielleicht noch eine Wiederholung des Dreißigjährigen Krieges ins Werk gesetzt: jetzt gelang es ihnen nicht einmal, einen Kulturkampf heraufzubeschwören ...

Daß es sich mit der Los-von-Rom-Bewegung tatsächlich so verhielt, wie der Thronfolger gesagt hatte, daß hinter dem Abfall von der angestammten Religion der vom angestammten Vaterland, von der angestammten Dynastie lauerte, darüber ließen die Alldeutschen die Welt nicht im Zweifel, denn sie versäumten keine Gelegenheit, ihrer Antipathie gegen Österreich, ihrem Hasse gegen das Kaiserhaus, offen und laut Ausdruck zu geben. Sie hatten es schon während des Kampfes um die Sprachenverordnungen daran nicht fehlen lassen, und in jenen sturmbewegten Tagen waren Äußerungen dieser Art gefallen, die an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig ließen. So hatte — um hier nur ein Beispiel dafür zu bringen — Schönerer sich nicht gescheut im Parlament seine Sehnsucht nach dem Tage auszusprechen, da ein deutsches Heer in Österreich einmarschieren und diesem ein Ende machen werde*).

*) Eine Äußerung, deren Ungeheuerlichkeit man erst dann voll ermessen wird, wenn man sich fragt, was wohl geschehen wäre, wenn sich jemand unterfangen hätte, einen derart hochverräterischen Wunsch im deutschen Reichstag oder in der französischen Kammer auszusprechen.

Waren solche Ergüsse auch ganz und gar nicht zu entschuldigen, so ließen sie sich damals doch wenigstens aus dem wilden Taumel erklären, der in jenen Tagen das nationale Deutschtum Österreichs erfaßt hatte: jetzt aber, da die Sprachenverordnungen schon längst abgetan waren und der nationale Rausch, wenn auch noch keineswegs ganz verflüchtigt, so doch in ein zurechnungsfähigeres Stadium getreten war, traf diese Erklärung nicht mehr zu, und damit entfiel auch der entfernteste Milderungsgrund. Die Worte, die jetzt gegen Österreich und seine Dynastie fielen, entsprangen nicht der Erregung des Augenblicks, sondern waren der Ausdruck dauernden Hasses, waren wohlberechnete Angriffe. Namentlich der Abgeordnete Franko Stein leistete hierin Großes. Immer wieder fühlte er sich bewogen, seine und seiner Gefährten antiösterreichische und antidynastische Gesinnung zu betonen und sein politisches Ideal zu verkünden: die Zertrümmerung Österreichs. So bekannte er einmal:

„Unser Ideal hat mit jenem österreichischen Staatsgedanken nichts zu tun. Wenn der Ministerpräsident darauf anspielte, daß wir doch eigentlich die Interessen des Gesamtstaates vertreten sollen, so erklären wir, daß wir dafür nicht zu haben sind, irgend etwas für diesen Staat Österreich zu tun. Was wir tun, tun wir lediglich für das deutsche Volk in diesem Staate. (Zustimmung bei den Alldeutschen.) Uns ist die Dynastie und der österreichische Staat ganz gleichgültig. (Pfuirufe rechts, Gegenrufe

---

Ein Sturm der Entrüstung würde ihn aus dem politischen Leben hinweggefegt haben. Im österreichischen Parlament geschah nichts Ähnliches; es nahm die ungeheuerlichen Worte ziemlich gleichgültig hin, und selbst der Protest der Rechten klang nicht so energisch, wie es angemessen gewesen wäre; man war gegen derartige Äußerungen eben schon stumpf geworden . . . Reichsratssitzung vom 8. Nov. 1898.

bei den Alldeutschen.) Im Gegenteil, wir haben die eine Hoffnung und den einen Wunsch, daß wir endlich aus diesem Staate erlöst werden, daß endlich einmal das eintritt, was naturgemäß eintreten muß, der Zerfall dieses Staates (Ordnungsruf), damit das deutsche Volk in Österreich in Hinkunft glücklich außerhalb dieses Staates unter dem glorreichen Schutze der Hohenzollern sein Dasein führen kann." (Lebhafter Beifall und Heilrufe bei den Alldeutschen. Hört! Hört!-Rufe rechts; Zwischenrufe und Lärm.)

Reichsratssitzung vom 15. Mai 1906.

Ein anderes Mal sprach er von der „verkrachten Politik des Hauses Habsburg" und nannte Österreich ein „verunglücktes geographisches Gebilde", das den Großmachtswahn habe:

„... Galizien, Bukowina und Dalmatien passen gar nicht dazu, und auch Tirol und Vorarlberg sollten von einem deutschen Nachbarstaate endlich annektiert werden. Eine Aufteilung des Reiches würde also keine geographischen Schwierigkeiten machen. Das 20. Jahrhundert ist das Jahrhundert der nationalen Kristallisation, und Sie werden mir daher recht geben, wenn ich sage, daß dieses Jahrhundert noch herbeiführen wird, daß unser alldeutsches Programm seiner Verwirklichung entgegengeht, daß die ehemals dem deutschen Bunde angehörigen Länder Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reiche zusammen ein großes Ganzes bilden werden, und daß dann auch unsere Hauptforderung, die Festlegung der deutschen Staatssprache, erfüllt werden wird ... Der Auflösungsprozeß in diesem Staate hat alles ergriffen und ist nicht mehr aufzuhalten. Der Staat ist im Sterben und, wie jeder Menschenfreund einem Unheilbaren eine baldige Auflösung wünscht, so wünsche auch ich und meine Gesinnungsgenossen

diesem Staate ein baldiges schmerzloses Ende. Wir können ihm dieses Ende um so eher wünschen, als dieser Staat für uns gar kein Interesse hat ... Mag dieses Haus zerfallen, was hat es denn für Not? Nur die volle Einheit bringt die volle Macht, und diese volle Einheit streben wir an, indem wir los von Ungarn werden wollen, um in Hinkunft in einem glücklichen Alldeutschland zu leben." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen und Heilrufe bei den Alldeutschen.)

Mit sichtlicher Genugtuung stellte ferner dieser Abgeordnete das Vorhandensein einer „Germania irredenta" in Österreich fest*) und bezeichnete sich mit einer wahrhaft herostratischen Offenheit, auf die er sich augenscheinlich nicht wenig zugute tat, selber als Hochverräter[5]). Daß jeder österreichische Patriot für ihn als „Dummkopf" galt**), war bei solcher Gesinnung nur natürlich.

Ein anderer Alldeutscher, der Abgeordnete Eisenkolb, ein protestantischer Pastor, nannte die Los-von-Rom-Bewegung „eine Bewegung zur Gesundung Österreichs" und sprach die Hoffnung aus, daß seine Partei ihr Ziel erreichen werde: ein Volk, ein Glaube, ein Kaiser***).

Schönerer aber brachte ein demonstratives Hoch auf das Haus Hohenzollern aus****). Daß dieses Hoch nicht etwa, wie naive Seelen glauben könnten, ein Ausbruch bundesfreundlicher Gefühle war, sondern nur eine gegen das Haus Habsburg gerichtete Kundgebung, darüber konnte niemand im Zweifel sein, der Schönerers Gesinnung kannte.

Diese maßlosen, bei jeder Gelegenheit wiederkehrenden

*) Reichsratssitzung vom 24. Okt. und 7. Dez. 1906.
**) Reichsratssitzung vom 1. März 1902.
***) Reichsratssitzung vom 23. Febr. 1902.
****) Reichsratssitzung vom 18. März 1902.

Angriffe gegen die Dynastie, die herausfordernd zur Schau getragene Gehässigkeit gegen alles Österreichische waren dem Ansehen der Alldeutschen bei ihren Landsleuten keineswegs förderlich; sie halfen im Gegenteil den heldenhaften Nimbus zerstören, den sie in deren verblendeten Augen solange besessen hatten. So wenig schwarzgelb man in diesen Kreisen auch fühlte, ganz entösterreichert war man darum doch noch lange nicht, ja es gab unter den freisinnigen Deutschen zweifellos so manchen, der unbeschadet seiner nationalen Gesinnung nicht nur ein guter Deutscher war sondern auch ein guter Österreicher, dies aber nicht zu zeigen wagte, aus Furcht, sich dadurch den Vorwurf des „Stiefelwichspatriotismus" und des „Verrats an der heiligen Sache des Volkes" zuzuziehen. Gerade diese Kryptopatrioten mußten sich von den unaufhörlichen Verunglimpfungen Österreichs angewidert fühlen und die Bundesgenossenschaft mit Leuten, die den Hochverrat als ihr Evangelium verkündeten, als drückende Last empfinden.

Aber auch solche Deutsche, denen es weniger um den Patriotismus als darum zu tun war, sich's mit „oben" nicht ganz zu verderben, mochten das lebhafte Bedürfnis verspüren, sich von einer Gemeinschaft loszumachen, durch die sie sich bloßgestellt fühlten und in der Möglichkeit bedroht sahen, jemals die Knopflöcher schmücken zu dürfen.. Indes, wer weiß, ob diese Erwägungen allein stark genug gewesen wären, sie vom beherrschenden Einflusse der Alldeutschen zu befreien, wenn sie darin nicht von anderer Seite Unterstützung gefunden hätten. Und zwar kam ihnen diese von den Alldeutschen selber. In den Reihen dieser Partei vollzog sich nämlich ein Zersetzungsprozeß, der ihr Ansehen tiefer und wirksamer untergrub, als es ihre ärgsten Feinde vermocht hätten, und zeigte sie in einer Beleuchtung, die für sie alles eher als vorteilhaft zu nennen war.

Sie, die Ur- und Nur-Deutschen, die sich immer mit „treudeutschem" Gruße unterzeichneten und als würdige Nachkommen der ehrlichen, biederen Germanen aufspielten, sie, die stets gegen pfäffische und jüdische Korruption gewettert hatten, ziehen einander mit einemmal gegenseitig der ehrlosesten Gemeinheiten, und die Ironie des Schicksals fügte es, daß just der Bruch des Ehrenworts dabei eine große Rolle spielte. Die Abgeordneten Iro, Stein, Berger, Herzog hatten alle derartige Affären durchzumachen, aus denen sie keineswegs geläutert hervorgingen, und von Iro abgesehen, dem schon in der Badeni-Zeit von seinen politischen Gegnern der Bruch seines Ehrenworts vorgeworfen worden war, rührten diese entehrenden Beschuldigungen stets von den eigenen Parteigenossen her, so daß der Verdacht parteigegnerischer Gehässigkeit vollkommen ausgeschlossen war.

Am übelsten erging es dabei aber dem einstigen ersten Helden der Partei, dem vielgefeierten K. H. Wolf. Ihm wurde nichts geringeres als Notzucht, Verrat und Bestechlichkeit vorgeworfen, und er mußte sich's gefallen lassen, daß man seine intimsten Privatangelegenheiten öffentlich in spaltenlangen Artikeln ausweidete, ohne daß er in der Lage war, seine Gegner der Reihe nach vor die Klinge zu fordern, wie das seiner raufluſtigen Art entsprochen hätte.

Schönerer nahm diese Beschuldigungen, deren Urheber ihm übrigens nicht ganz fern gestanden sein dürften, zum Anlaß, sich öffentlich von dem einstigen Kampfgenossen loszusagen, dessen Volkstümlichkeit seine eigene so stark verdunkelt hatte und der ihm darum schon längst unbequem geworden war*). Damit zerfiel aber die alldeutsche Partei,

*) Mit welch maßlosem Hasse Schönerer und sein Anhang Wolf verfolgten, wird am wirksamsten durch die wahrhaft ungeheuerliche Zumutung illustriert, die Wolf nahelegte, er solle sich selber aus dem

die heimlich schon seit geraumer Weile nicht mehr einig gewesen war, vor aller Welt in zwei feindliche Gruppen, die einander alsbald grimmig befehdeten, was anläßlich des „fünften deutschen Volkstags" sogar zu einer regelrechten Keilerei führte.

Auch aus einer vom Alldeutschen Dr. Schalk veröffentlichten gegen Wolf gerichteten Broschüre sprach ein wütender Haß, was schon aus deren bezeichnendem Titel „Warum ich Karl Hermann Wolf für persönlich ehrlos halte" überdeutlich hervorging. Wolf strengte infolgedessen gegen Schalk einen Prozeß an, der seinem schon sehr schadhaft gewordenen Nimbus nicht eben förderlich war und den ganzen Parteischmutz aufrührte*) ...

So schwer wie die Alldeutschen sich durch diese gegenseitigen Vernichtungsversuche bloßstellten, hatte dies vor ihnen noch keine Partei des österreichischen Parlaments getan, und das wollte etwas bedeuten.

Daß eine Partei, in deren Schoße sich solche Dinge zu-

Wege räumen. Frau Sofie Tschan veröffentlichte in der „Ostdeutschen Rundschau" v. 10. Januar 1902 einen Brief, der an einen Freund Wolfs gerichtet war und in dem sie unter anderem schrieb: „... Jetzt sei es herausgesagt und wir geben Ihnen das Recht, es zu veröffentlichen, es wurde an uns das Ansinnen gestellt, Wolf zum Selbstmord zu zwingen."

*) Als Beleg hierfür genügen schon wenige Zeilen aus dem Prozeß Wolf-Schalk:

Abgeordneter Berger als Zeuge: Sie sind überhaupt immer der Mephisto der Partei gewesen.

Wolf: Ich verwahre mich gegen diese Gemeinheit.

Zeuge: Verwahren Sie sich immerhin, es ist die Wahrheit.

Wolf: Ihre Wahrheitsliebe kennen wir, Sie, der Sie unter Eid eine falsche Aussage abgeben.

Zeuge: Das lasse ich mir von einem Mann, der ins Zuchthaus gehört, nicht gefallen. Verhandlungstag vom 2. Dez. 1902.

trugen, ihren Einfluß nicht zu erhalten vermochte, lag auf der Hand. Ihre Aureole verblaßte zusehends, ihr Programm begann seine Zugkraft einzubüßen. Das zeigten die Reichsratswahlen des Jahres 1907 mit nachdrücklichster Deutlichkeit. Die Extrem-Deutschen, die jetzt getrennt als „Alldeutsche" und „Deutschradikale" in den Wahlkampf gezogen waren, vermochten von den bisher innegehabten 21 Mandaten nur mehr 17 zu behaupten, wovon 14 auf die „Deutschradikalen", die Partei Wolfs, entfielen, während die eigentlichen „Alldeutschen", die Anhänger Schönerers, auf 3 Mann zusammengeschmolzen waren. Das bedeutsamste Symptom für den Verfall der Partei war aber, daß ihr einstiger Führer, der Urheber der ganzen Bewegung, daß Schönerer selber dem neuen Hause nicht mehr angehörte.

Die Reichsratswahlen des Jahres 1911 haben die Zahl der extremnationalen Deutschen allerdings wieder auf die frühere Höhe von 21 Mandaten hinaufgebracht — 17 Deutschradikale und 4 Alldeutsche —, woraus man auf ein neuerliches Anwachsen des wilden Teutonentums schließen könnte. Aber ein solcher Schluß wäre irrig. Dieser Zuwachs ist keineswegs als ein Triumph des deutschen Radikalismus anzusehen, sondern bloß als Teilerscheinung des Erfolgs, den die Deutschen insgesamt bei den letzten Wahlen errungen haben. Im übrigen jedoch zeigt sich im deutschen Lager das erfreuliche Bestreben, sich von der alldeutschen Bevormundung zu emanzipieren. Man scheint daselbst — spät genug — endlich einzusehen, daß Österreich denn doch kein deutsches Land ist, daß eine nurdeutsche Politik aussichtslos ist und eine Partei, die ans Ruder kommen will — und das will der fast 100 Mitglieder zählende „Deutsche Nationalverband" ganz entschieden — sich somit nicht in diese nationale Sackgasse verrennen darf.

Als ein beredtes Symptom dieser Wandlung müssen die Ausführungen Freiherrn von Chiaris, des früheren Obmanns des „Deutschen Nationalverbandes", angesehen werden, der sich in der „Deutschnationalen Korrespondenz" über die nationale Verständigungsfrage folgendermaßen vernehmen ließ:

„ . . . Jeder Angriff auf die nationalen Güter begegnet einem kräftigen Widerstande. Wir sind aber nun an einem toten Punkte angelangt, weil durch den nationalen Kampf jede Bewegung in der Richtung des Fortschrittes und der wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt ist. Die politischen Vorgänge zeigen, daß eine Entnationalisierung weder hier noch dort möglich ist; wir Deutschen werden weder die Slawen noch die Italiener germanisieren, aber wir werden uns auch nicht slawisieren oder italienisieren lassen*). Wie wir die Germanisierung als unmöglich erkennen, so werden auch die Tschechen ihren Traum von einem tschechischen Staate aufgeben müssen. Keine der Österreich bewohnenden Nationen ist imstande, aus Österreich einen einheitlich nationalen Staat zu machen, aber diese verschiedenen Nationen leben nun einmal in diesem Staate beisammen und haben viele gemeinsame Interessen. Es muß ein Weg gefunden werden, ein erträgliches Neben-

*) Diese Äußerung steht im schärfsten Gegensatz zum alldeutschen Programm. Im Aufruf, den diese Partei im Jahre 1901 anläßlich der Landtagswahlen für Böhmen ergehen ließ, hat es geheißen:

„Unsere Losung kann nicht anders lauten als: ‚Reindeutsch, alldeutsch und ungeteilt!' Das deutsche Volk in Böhmen möge entscheiden, ob es slawisiert werden oder ob es, seiner Bestimmung gemäß, germanisieren will. Ein drittes gibt es nicht."

einanderleben der verschiedenen Nationen zu ermöglichen, sie zu gemeinsamer kultureller Arbeit zu befähigen und die in der Gesamtheit vorhandene wirtschaftliche Kraft zur Betätigung zu bringen. Man kann sich kaum einen andern Weg denken, als den schon öfter angedeuteten Weg, der von der Trennung der Nationen zur nationalen Föderalisierung führt. Jede Nation soll in nationalen und kulturellen Angelegenheiten selbständig sein und ihre geistigen und wirtschaftlichen Mittel für ihre eigenen Zwecke aufwenden. Wie jede Nation das Recht auf nationale Entwicklung hat, hat auch jede Nation die Pflicht, die Sorge dafür zu übernehmen. Man lege nationale Kataster an, in denen sich jeder zu seiner Nation bekennen muß, lasse irgendeine allgemeine Steuer, deren Ertrag dem jetzigen Ausmaße der Auslagen für nationale und kulturelle Zwecke entspricht, auf und überlasse jeder Nation die Selbstbesteuerung für ihre nationalen und kulturellen Erfordernisse. Je mehr nationale Streitfragen aus den Kompetenzen der Landtage und des Reichsrates auf solche Art ausgeschieden werden können, um den neu zu schaffenden nationalen Verwaltungskörpern zugeteilt zu werden, desto eher ist eine Verständigung, ein gemeinsames Arbeiten möglich und desto früher wird auch Österreich wieder mit den modernen Kulturstaaten sich in eine Reihe stellen können."

Freiherr v. Chiari hat damit nicht nur den Stab über die deutschnationalen Leitsätze gebrochen, sondern auch auf den einzigen Ausweg verwiesen, der die Völker der Monarchie aus dem nationalen Labyrinth führen kann, in dem sie bisher herumgeirrt sind.

Er hat damit vielleicht bloß eine persönliche Ansicht ausgesprochen, aber es bleibt in jedem Fall ein bedeutsames

Symptom, daß dieſe Worte von einem Manne herrühren, der der Führer der Deutſchen Volkspartei geweſen iſt, einer Partei, die lange Zeit hindurch nichts anderes dargeſtellt hat als einen verwäſſerten Auszug der Alldeutſchen.

In ſehr bemerkenswerter Weiſe hat ſich auch der deutſch-freiſinnige Abgeordnete Dr. Lecher geäußert, der im „Deutſchen Klub" die Deutſchen davor warnte, antidynaſtiſche Politik zu treiben, wie ſie das ſeit 1848 geradezu für ihre Pflicht gehalten hatten: „Wir müſſen uns gewöhnen, die Wege einer ſolchen (mit der Dynaſtie harmonierenden) Realpolitik zu wandeln, ohne gleich mit dem Vorwurfe des Byzantinismus zur Hand zu ſein."

Dieſe Worte fallen um ſo ſchwerer ins Gewicht, als ſie aus dem Mund desſelben Dr. Lecher kamen, der in den Badeni-Tagen die berühmte Obſtruktions-Dauerrede gehalten hat.

Noch mehr will es beſagen, daß ſelbſt die liberale Preſſe ſich neuerdings dazu herbeiläßt, dem ſprachlichen Utraquismus in Böhmen das Wort zu reden. So hat das „Neue Wiener Tagblatt", eines der beiden Hauptorgane des deutſchen Liberalismus, ſchon vor einigen Jahren an leitender Stelle eine „Zuſchrift aus deutſchen Parteikreiſen" gebracht, in der juſt das verfochten wurde, was es ſeinerzeit in den Badeni-Tagen ſo erbittert als „Vergewaltigung" bekämpft hatte*).

Daß man in der deutſchen Bevölkerung Öſterreichs des teutoniſchen Radikalismus ſchon längſt überdrüſſig geworden iſt, das zeigt beſonders nachdrücklich eine gegen ihn gerichtete Kundgebung der deutſchen Gewerbetreibenden Nordböhmens, die ſomit juſt aus einem Bezirke der Monarchie

*) 23. Auguſt 1906.

stammt, der als ein Hort des deutschnationalen Radikalismus bekannt ist*).

So bedeutsam diese Äußerungen aber auch sind, so wäre es doch voreiliger Optimismus daraus gleich eine endgültige Abkehr der Deutschnationalen von ihrer ursprünglichen Politik zu folgern; ein allzu starker Übergriff der Tschechen, eine Ungeschicklichkeit der Regierung kann genügen, diese Wandlung wieder rückgängig und die Hoffnung auf eine gänzliche Emanzipierung von den verderblichen Einflüssen des nationalen Radikalismus wieder zunichte zu machen. K. H. Wolf und die ihm gesinnungsverwandten Politiker lauern ja nur auf eine passende Gelegenheit, ihrem schon arg verblaßten nationalen Nimbus wieder zu neuem Glanze zu verhelfen.

8.

Überblickt man die deutschnationale Bewegung von ihren Anfängen bis auf unsere Tage, so erkennt man deutlich, daß sie sich im Jahre 1866 geteilt und zwei verschiedene Wege eingeschlagen hat:

Der eine führt auf festem Grunde rasch in stolze Höhen hinauf zu einer weltbeherrschenden Stellung.

Der andere führt immer tiefer hinab in sumpfiges, unentwirrbares Dickicht.

Den ersten Weg hat der nationale Gedanke im Deutschen Reiche genommen, den zweiten in Österreich.

Dort hat er sich rasch und kräftig entwickelt und ist zum geistigen Rückgrat des Reichs geworden, zum Träger einer Weltmacht.

Hier ist er, durch ungünstige Verhältnisse in seiner freien Entwicklung gehemmt und dadurch entartet, selber zum Hindernis für das Gedeihen des Staates geworden.

---

*) „Neues Wiener Tagblatt" vom 23. Februar 1911.

Im Deutschen Reich ein mächtiges Wollen, aber auch ein gewaltiges Können; ein ruhiges, festes Fortschreiten, ein klares, erreichbares Ziel.

In Österreich ein schreiendes Mißverhältnis zwischen ungeheurem Wollen und dürftigstem Können; ein ruheloses Jagen nach einem unerreichbaren Phantom.

Dort treues Festhalten an Vaterland und Herrscherhaus.

Hier treuloses Losstreben von Reich und Dynastie.

Allerdings zeigt der nationale Gedanke auch in Deutschland gewisse Auswüchse, schlägt im überschäumenden Gefühle seiner Kraft manchmal arg über die Stränge und läßt schwächere Nationen mit brutaler Härte seine Macht fühlen: Affäre Wreschen, Enteignungsgesetz ...

Aber so rücksichtslos und gewalttätig sich der alldeutsche Nationalismus auch äußert, so erbitternd und aufreizend er auf alle Nichtdeutschen wirken muß: diese Äußerungen sind doch nur als unvermeidliche Begleiterscheinungen anzusehen, die bei keinem Volke fehlen, das zum Bewußtsein seiner Kraft gekommen ist. Leicht erregbaren und eiteln Naturen steigt dieses Bewußtsein eben zu Kopf und ruft bei ihnen einen Machtrausch hervor, in dem sie alles tun zu dürfen und zu können glauben. Dahin gehört auch der alldeutsche Traum von einem Deutschen Reiche, das vom Belt bis zur Adria reicht*). Jedenfalls sind *diese* Äußerungen des deutschen Nationalismus nichts Unnatürliches.

Ganz anders in Österreich. Hier hat der deutschnationale Gedanke einen krankhaften hypertrophischen Charakter angenommen und ist zur Monomanie geworden, mit unver-

*) In jüngster Zeit hat die vielerörterte Affäre von Agadir bei den Alldeutschen des Reichs eine Art nationalen Kollers hervorgerufen, der höchst unerfreuliche Erscheinungen zur Folge hatte und ihre Loyalität in einem seltsamen Lichte zeigte.

kennbaren Spuren von Größenwahn. Unüberzeugbares Festhalten an seiner Einbildung, kindische Überschätzung der eigenen Kräfte und maßlose Ausbrüche ohnmächtiger Wut über deren Unzulänglichkeit: das sind die Symptome, in denen sich dieses Übel äußert.

Wie man sieht, zeigt der deutschnationale Gedanke in Österreich ein durchaus anderes Gepräge als im Deutschen Reich und wahrlich kein sympathischeres. Man braucht nur die Parlamentsberichte aus den letzten zwölf Jahren durchzusehen — übrigens würde schon ein einziges Jahr genügen — und aus alldem, was die Deutschnationalen dabei gesprochen und getan haben, die Summe zu ziehen: das Fazit wird für sie das denkbar ungünstigste sein.

Man könnte vielleicht einwenden, die deutschnationale Idee habe in Österreich eben die ungeeignetsten Vertreter gehabt; ihr brutales Auftreten, ihre hochverräterischen Absichten hätten der Sache, der sie nützen sollten, nur geschadet. Die Sache selbst aber bleibe trotzdem gut und gerecht.

Soweit sich dieser Einwand auf die schlechte Vertretung der deutschnationalen Idee bezieht, ist er allerdings durchaus begründet: schlechtere Anwälte hätte sie nicht mehr finden können, und man darf getrost behaupten, daß die Sache des Deutschtums durch dessen schlimmste Feinde in den Augen der Welt nicht ärger diskreditiert werden können als durch die Patent-Deutschen vom Schlag eines Schönerer oder Wolf; aber auch wenn man von diesen Fanatikern und der unglücklichen Inszenierung der deutschnationalen Idee ganz absieht, muß diese selbst, so wie sie sich in Österreich gab und gibt, als ganz verfehlt bezeichnet werden. Der Beweis dafür ist leicht erbracht. Man braucht an das deutschnationale Programm nur die kritische Sonde anzulegen:

Von allem überflüssigem Beiwerk befreit, lautet sein erster Leitsatz: „Wir wollen zu Deutschland!“ Die Alldeutschen setzen noch ausdrücklich dazu: „Los von Österreich!“ Die andern sagen das wohl nicht, aber sie denken sich's. Was es mit der Verwirklichungsmöglichkeit dieses Wunsches für eine Bewandtnis hat, ist schon bei der Darstellung der Äußern Politik kurz gezeigt worden und soll im zweiten Bande an geeigneter Stelle ausführlich erörtert werden. Hier sei darüber nur so viel bemerkt, daß jeder Versuch, das alldeutsche Idealreich vom Belt bis zur Adria zu verwirklichen, zu einem europäischen Kriege führen würde; in diesem aber wäre die Lage Deutschlands eine überaus ungünstige, denn es stünde ganz allein einer Koalition aller andern Mächte gegenüber, die eine derartige Ausdehnung der deutschen Machtsphäre nie dulden würden.

Damit ist der utopistische Charakter dieses ersten Leitsatzes des deutschnationalen Programms zur Genüge gekennzeichnet.

Aber auch der zweite Leitsatz ist undurchführbar. Er ist das Dogma aller Deutschnationalen, die über ihrem Deutschtum doch noch nicht ganz vergessen haben, daß sie Österreicher sind. Der Abgeordnete Dr. v. Peßler hat ihn auf dem Volkstage in Linz im Jahre 1897 klipp und klar ausgesprochen: „Österreich wird deutsch sein oder es wird nicht sein!“

So kategorisch dieser Imperativ auch klingt, er wird doch immer nur ein Optativ bleiben . . . Österreich wird nie deutsch sein, weil es nicht deutsch sein kann. Ein Blick auf die Nationalitäten-Tabelle genügt, dies zu erkennen: rund 10 Millionen Deutsche stehen etwa 18 Millionen Nicht-Deutschen gegenüber. Man sollte meinen, es gehörte wahrlich kein besonderer Scharfsinn dazu, die beredte Sprache dieser Zahlen zu verstehen . . .

Daß diese bittere Wahrheit den Deutschen Österreichs nach der Trennung von Deutschland nicht einleuchten wollte, läßt sich allenfalls noch begreifen; sie konnten sich eben nicht so rasch in den Gedanken finden, daß die Hegemonie, die sie bis dahin Jahrhunderte hindurch innegehabt hatten, nun für immer ein Ende haben sollte. Aber seither sind mehr als vierzig Jahre verflossen; sie hätten also Zeit genug gehabt, sich in diese Wandlung der Dinge zu schicken und zur Einsicht zu kommen, daß ein deutsches Österreich nicht mehr möglich ist. Daß sie dies trotzdem noch immer nicht begreifen wollen oder können, stellt ihrer politischen Auffassungskraft ein beschämendes Armutszeugnis aus. Heutzutage, im Zeitalter des Nationalismus und Parlamentarismus, ist die Beherrschung einer nationalen Majorität durch eine Minorität nur dann möglich, wenn jene politisch noch nicht mündig ist, also in den Kolonien, wo dieses Verhältnis einstweilen noch die Regel bildet: in Europa jedoch ist es undenkbar.

Nun könnte man freilich auf Ungarn verweisen, den einzigen Staat Europas, in dem sich die nationale Minoritätsherrschaft noch erhalten hat; aber dieses Beispiel kann nur abschreckend wirken, denn das dortige System spricht aller nationalen Gerechtigkeit Hohn, dürfte übrigens in nicht zu ferner Zeit durch seinen völligen Bankrott den Beweis liefern, daß ein derartiger Anachronismus im 20. Jahrhundert auf die Dauer nicht möglich ist*) ...

*) Die Jungtürken setzen merkwürdigerweise alles daran, diesem Anachronismus neues Leben einzuhauchen und alle Untertanen des Sultans mit Gewalt zu Osmanen zu machen, unbekümmert darum, daß deren weitaus überwiegende Mehrzahl nichts davon wissen will, und unabgeschreckt von den wenig ermunternden Erfahrungen, die sie mit diesen nationalen Metamorphosierungsversuchen gemacht haben.

Fürst Bismarck hat den Deutschen anläßlich der Tumulte, die die Sprachenverordnungen des Grafen Badeni in ihren Reihen hervorgerufen hatten, durch sein Blatt, die „Hamburger Nachrichten", folgenden Rat erteilt:

„Österreich hat im Jahre 1866 seine deutsche Stellung aufgegeben und den Schwerpunkt in die Gesamtheit der Volksstämme, die es bilden, verlegen müssen. Mit dieser geschichtlichen Tatsache und ihren politischen Konsequenzen müssen die Deutschen in Österreich ebenso rechnen, wie die guten Menschen aber schlechten Politiker, die sich jetzt à la Mommsen über die Sprachenverordnungen entrüsten und am liebsten sähen, wenn wir unter Preisgabe unseres Bündnisses und unserer guten Beziehungen zu Österreich diesen Staat womöglich manu militari zwängen, den Willen der Obstruktion und des alldeutschen Verbandes auszuführen. Tatsächlich sind sie (die Deutschen), wenn sie nicht auswandern wollen oder sich nicht gewaltsam von Österreich losreißen können, darauf angewiesen, sich mit den übrigen Nationalitäten zu verständigen. Sie können das in dem Bewußtsein tun, daß sie der überlegene Stamm sind, aber sie dürfen nicht vergessen, daß sie politisch seit 1866 von uns geschieden, daß sie politisch Österreicher und nichts anderes sind, sich den Verhältnissen des Landes, dem sie angehören und dessen wechselnden Bedürfnissen anzubequemen haben, ohne Anspruch auf politische Sonderstellung. Nationalitätskämpfe wird es in Österreich immer geben; aber sie so zu führen, daß das Staatswohl und die Beziehungen zum Auslande nicht darunter leiden, ist Pflicht namentlich desjenigen Volksstammes, der

Dieses aussichtslose Beginnen spricht sehr gegen ihre politische Reife und ihr volkspsychologisches Verständnis und nimmt sich wie bitterer Hohn auf die von ihnen stets so emphatisch betonte Fortschrittlichkeit aus.

das Recht in Anspruch nehmen will, der superiore zu sein. Verfahren Sie mit ihren slawischen Rivalen auch im heftigsten Zorn und in der schwierigsten Lage immer mit dem innerlichen, nicht ausgesprochenen Gefühle, daß Sie doch eigentlich der überlegene Teil sind und auf die Dauer bleiben werden."

Das sind goldene Worte, die sich jeder Deutsche Österreichs zu Herzen nehmen sollte, die aber seinerzeit ganz wirkungslos verhallt sind, obwohl sie von einem Manne herrührten, in dem die, denen sie galten, sonst ihren Abgott zu sehen pflegen. Ihr Fanatismus ist eben stärker gewesen als ihre Verehrung ...

9.

Dieses der deutschnationalen Bewegung gewidmete Kapitel kann nicht geschlossen werden, ohne daß auch des abgöttischen Kults gedacht werde, den die Deutschnationalen Österreichs mit der Person Bismarcks treiben und früher noch mehr getrieben haben. Er ist eine so merkwürdige psychologische Erscheinung, daß er eine eingehende Erörterung vollauf verdient.

Er erinnert an den Napoleon-Kult, den die übermenschliche Erscheinung des großen Eroberers einst auch bei seinen Gegnern hervorgerufen hat; aber die Verherrlichung Napoleons ist eine politisch ganz harmlose Erscheinung gewesen, die ausschließlich aus der alle nationalen Schranken durchbrechenden Bewunderung dieses Schlachtengenies zu erklären ist: der Bismarck-Kult aber hat höchst bedenkliche Formen angenommen, die ihn wesentlich von jenem Vorläufer unterscheiden.

Bismarck hat es bekanntlich vor 1866 als seine Lebensaufgabe betrachtet, Österreich niederzuringen, um Preußen

den Weg zur Alleinherrschaft freizumachen; er hat es dank dem ihm zur Verfügung stehenden ausgezeichneten Heere auch wirklich zu Boden geschmettert und dabei kein Mittel gescheut, sein Ziel zu erreichen — es sei nur an seine Proklamation an das „glorreiche Königreich Böhmen" und an die Legion Klapka erinnert —; er hat Österreich für immer aus dessen altgewohnter Stellung verdrängt und aus der deutschen Gemeinschaft ausgeschlossen: und dafür wird er von den Deutschen Österreichs gefeiert wie keiner ihrer eigenen großen Männer, werden Plätze und Straßen nach ihm benannt, ist er der Abgott der studentischen Jugend, die seinem Bilde die Stelle zuweist, die dem ihres Kaisers gebührte! . . .

Man wende nicht etwa ein, das Genie sei international, und es wäre kleinlich und engherzig, ihm den Tribut zu versagen, den man seiner Größe schulde. Das wäre allerdings kleinlich und töricht, aber dem soll hier auch durchaus nicht das Wort geredet werden, denn es liegt keineswegs in der Absicht dieser Ausführungen, Bismarcks politischen Ruhm zu verkleinern, was schon daraus hervorgeht, daß im Verlaufe dieser Darstellung wiederholt auf Äußerungen des Fürsten als auf die einer staatsmännischen Autorität verwiesen worden ist. Nein, nicht gegen die Bewunderung seiner Persönlichkeit richten sich diese Ausführungen, sondern bloß gegen den Kult, der in Österreich mit ihr getrieben wird.

Der Kult aber, mit dem man große Männer zu ehren pflegt, ist an gewisse Grenzen gebunden. Selbst bei berühmten Persönlichkeiten nicht politischer Art ist es nicht üblich, sie außerhalb ihres Vaterlandes durch die Verwendung ihrer Namen für Straßen und Plätze zu ehren; das überläßt man dem Lande, dessen Söhne sie sind oder waren. Darum findet man in London keinen Goethe-Square, keine Schiller-Street,

in Berlin keinen Shakespeare-Platz und keine Byron-Straße. Immerhin ließen sich solche Benennungen durch die internationale, allgemein menschliche Bedeutung der also geehrten Persönlichkeiten rechtfertigen. Trotzdem ist es, wie gesagt, nicht Brauch. Noch weniger natürlich, wenn es sich um politische Größen handelt, da deren Verdienste doch nur *ihrem* Vaterlande zugekommen sind, somit nur dieses Ursache hat, ihre Namen derart zu verewigen. Ein Pitt-Platz in Berlin, ein Bismarck-Square in London würde sich höchst unpassend ausnehmen, ja selbst eine Radezky-Straße in Berlin und eine Blücher-Straße in Wien fände man sonderbar, trotz des Bundesverhältnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, und es fiele weder hier noch dort jemandem ein, einen dahin zielenden Vorschlag zu machen. Um wieviel weniger erst, wenn es sich um politische *Gegner* handelt. Ein Ney- oder Davoust-Platz in Berlin, eine Bismarck- oder Moltke-Straße in Paris sind einfach undenkbar. Jeder, der es wagte, einen derartigen Vorschlag zu machen, würde hiermit da und dort einen Entrüstungssturm entfesseln oder einfach für tollhausreif gehalten werden. In Österreich aber hat man sich nicht nur erdreistet, mit solchen Vorschlägen zu kommen, man hat sie auch durchgeführt. In den deutschen Städten sind Straßen und Plätze, die den Namen Bismarcks tragen, gar nichts Seltenes, ja selbst in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist ein Platz nach dem Manne benannt worden, dem Österreich Königgrätz dankt, und die Regierung hat hierzu ihre Sanktion gegeben . . .

Auf deutschnationaler Seite wird man diesen Vergleich voraussichtlich nicht gelten lassen und dagegen einwenden, Bismarck sei ein Deutscher gewesen und Paris eine französische Stadt, Wien aber sei eine deutsche und dürfe darum ihren großen Konnationalen mit vollem Recht in solcher Weise

ehren. Aber dieser Einwand wäre ganz und gar nicht stichhaltig; schon deshalb nicht, weil diese Konnationalität nur auf dem Papier vorhanden ist und sich allein auf die Schriftsprache beschränkt; im übrigen aber zwischen Altpreußen und Österreichern ein Wesensunterschied besteht, der kaum geringer ist als der zwischen Deutschen und Franzosen; dann aber auch, weil diese angebliche Konnationalität Bismarck durchaus nicht daran gehindert hat, viele Jahre hindurch auf das Verderben Österreichs zu sinnen und es mit allem Aufgebot seiner Staatskunst ins Werk zu setzen. Die Konnationalität kann somit auch nicht als Entschuldigungsgrund für den Kult dienen, der mit ihm in Österreich getrieben wird. Will man diesen Vergleich aber trotz seiner Berechtigung nicht gelten lassen, so sei ein anderer gewählt, gegen den sich keinerlei Einwand vorbringen läßt: man ersetze den Namen Bismarck durch Washington und Österreich durch England. Washington ist seiner Nationalität nach dem britischen Volke gewiß nicht ferner gestanden als Bismarck den Deutschen Österreichs, im Gegenteil. Trotzdem ist es noch keinem Briten in den Sinn gekommen, das Andenken dieses Mannes dadurch ehren zu wollen, daß man auf britischem Boden einen Platz oder eine Straße nach ihm benennt. Bei aller Anerkennung seiner Größe, die ihm kein gerechter Engländer versagen wird, ist er eben doch der Gegner Englands gewesen, der dieses um seine wertvollste Kolonie gebracht hat; einem politischen Gegner setzt man aber kein Denkmal, auch wenn man ihn zu schätzen weiß ...

Derlei tut man auf der ganzen Welt nur in Österreich ...

Im alldeutschen Lager hat man sich zwar die Behauptung erlaubt, Österreich müsse Bismarck dafür dankbar sein, daß er es im Jahre 1866 nicht ganz vernichtet habe, und K. H. Wolf hat sich im Parlament erdreistet, an Kaiser

Franz Josef die unerhörte Zumutung zu stellen, er solle dieser Dankbarkeit durch Errichtung eines Bismarck-Denkmals Ausdruck geben*): aber derartige Ungeheuerlichkeiten sind überhaupt nicht ernst zu nehmen, denn mit demselben Rechte könnte man dann in Wien und Berlin für ein Napoleon-Denkmal plädieren, aus Dankbarkeit dafür, daß der Franzosenkaiser diese beiden Städte nicht in Brand gesteckt hat, was ja zweifellos in seiner Macht gelegen war ...

Das tollste an diesem tollen Kult liegt übrigens darin, daß dieselben Leute, die in so beweglichen Tönen ihre Lostrennung vom Deutschen Reiche beklagen, just mit dem Manne Götzendienst treiben, der sie ins Werk gesetzt hat! ...

*) Reichsratssitzung vom 8. Juni 1901.

Anhang.

[1]) Schönerer und das „Neue Wiener Tagblatt". (Zu S. 170.)

Als in den ersten Märztagen des Jahres 1888 der alte Kaiser Wilhelm mit dem Tode rang, brachte das liberale „Neue Wiener Tagblatt" die Nachricht von seinem Hingang irrtümlich schon vor dessen tatsächlichem Eintritt, ein Versehen, das wohl einen gewissen Mangel an Vorsicht und Zurückhaltung verriet, aber in Anbetracht des hohen Alters und hoffnungslosen Zustandes des Patienten, sowie der zu solchen Zeiten herumschwirrenden Gerüchte gewiß kein Staatsverbrechen war. Aber Schönerer nahm dem „Judenblatte" diese vorzeitige Nachricht sehr krumm und drang mit einer Schar seiner Getreuen nächtlicherweile gewaltsam in die Redaktion, um deren Angestellte dafür zu züchtigen, daß sie über „seinen" Kaiser eine unwahre Nachricht gebracht hatte. Es kam zu einem wüsten Auftritt, bei dem Schönerer den kürzeren zog und der für ihn schwere Folgen haben sollte. Das Blatt klagte ihn an, und er wurde wegen gewalttätigen Hausfriedensbruches zu mehrmonatlichem Kerker und Adelsverlust verurteilt.

[2]) Die Sprachenverordnungen des Grafen Badeni. (Zu S. 172.)

Am 6. April 1897 veröffentlichte die „Wiener Zeitung", das österreichische Amtsblatt, folgende ministeriellen Verordnungen:

I. Verordnung

der Minister des Innern, der Justiz, des Handels und des Ackerbaues vom 5. April 1897 betreffend den Gebrauch der Landessprachen bei den Behörden im Königreiche Böhmen.

§ 1. Die Gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden, sowie die den Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und des

Ackerbaues unterstehenden Behörden im Königreiche Böhmen sind verpflichtet, die an die Parteien über deren mündliche Anbringen oder schriftliche Eingaben ergehenden Erledigungen und Entscheidungen in jener der beiden Landessprachen auszufertigen, in welcher das mündliche Anbringen vorgebracht wurde oder die Eingabe abgefaßt ist.

§ 2. Protokollarische Erklärungen der Parteien sind in jener der beiden Landessprachen aufzunehmen, in welcher die Erklärung abgegeben wird.

§ 3. Urkunden oder andere Schriftstücke, welche in einer der beiden Landessprachen abgefaßt sind und als Beilagen oder Behelfe oder sonst zum amtlichen Gebrauche beigebracht werden, bedürfen keiner Übersetzung.

§ 4. Die nicht über Einschreiten der Parteien erfolgenden behördlichen Ausfertigungen haben in jener der beiden Landessprachen zu erfolgen, die von der Person, an welche die Ausfertigung gerichtet werden soll, gesprochen wird. Ist die Sprache, deren sich die Partei bedient, nicht bekannt, oder ist sie keine der beiden Landessprachen, so ist jene der Landessprachen zu gebrauchen, deren Verständnis nach Beschaffenheit des Falles, wie insbesondere nach dem Aufenthaltsorte der Partei vorausgesetzt werden kann.

§ 5. Die Bestimmungen der §§ 1 bis 4 gelten auch rücksichtlich der Gemeinden und autonomen Organe im Königreiche Böhmen in jenen Angelegenheiten, in denen sie als Parteien anzusehen sind.

§ 6. Aussagen von Zeugen sind in jener Landessprache aufzunehmen, in welcher dieselben abgegeben wurden.

§ 7. Von den in § 1 bezeichneten Behörden ist die Sprache des mündlichen Anbringens oder der Eingabe, mit welcher eine Partei eine Sache anhängig macht, bei allen der Erledigung oder Entscheidung dieser Sache dienenden Amtshandlungen anzuwenden. Insbesondere hat bei den Gerichtshöfen die Antragstellung und Beratung im Senate in dieser Sprache zu erfolgen.

Bei Amtshandlungen, die nicht über Einschreiten einer Partei eingeleitet werden, sind nach Beschaffenheit des Gegenstandes beide Landessprachen oder eine derselben anzuwenden.

Ist zum Zwecke der Erledigung der im Absatz 1 und 2 bezeichneten Angelegenheiten mit anderen landesfürstlichen, nicht militärischen Behörden im Lande schriftlicher Verkehr zu pflegen, so gelten auch für diesen Verkehr die im Absatz 1 bzw. 2 gegebenen Bestimmungen.

Für den Verkehr mit Behörden außer dem Lande und mit Zentralstellen hat es bei den bestehenden Vorschriften zu verbleiben.

§ 8. Alle amtlichen Bekanntmachungen, welche zur allgemeinen Kenntnis im Lande bestimmt sind, haben in beiden Landessprachen zu ergehen. Lediglich für einzelne Bezirke oder Gemeinden bestimmte amtliche Bekanntmachungen haben in den Landessprachen zu erfolgen, welche in den betreffenden Bezirken oder Gemeinden üblich sind.

§ 9. Sind an einer Sache mehrere Parteien beteiligt, die sich in ihren mündlichen Anbringen oder Eingaben verschiedener Landessprachen bedienen, so haben die im § 1 genannten Behörden die Erledigung oder Entscheidung in beiden Landessprachen auszufertigen, falls nicht ein Einverständnis der Parteien vorliegt, daß die Ausfertigung nur in einer der beiden Landessprachen erfolgen soll.

Bei den der Erledigung oder Entscheidung der Sache dienenden Amtshandlungen, die unter Mitwirkung der Parteien vorgenommen werden, ist, soweit nicht die gegenwärtige Verordnung etwas anderes bestimmt, die Sprache der Eingabe nötigenfalls in Ermangelung eines anderweitigen Einverständnisses der Parteien auch die zweite Landessprache anzuwenden.

§ 10. In strafgerichtlichen Angelegenheiten sind die Anklageschrift, sowie überhaupt die den Angeschuldigten betreffenden Anträge, Erkenntnisse und Amtshandlungen in jener der beiden Landessprachen abzufassen, deren er sich bedient hat.

In dieser Sprache ist auch die Hauptverhandlung zu pflegen und das Verhandlungsprotokoll zu führen und es sind in derselben insbesondere die Vorträge des Staatsanwaltes und des Verteidigers zu halten und die Erkenntnisse und Beschlüsse zu beraten und zu verkünden.

Von den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes darf nur insofern abgegangen werden, als dieselben mit Rücksicht auf ausnahmsweise Verhältnisse, insbesondere mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Geschwornenbank ausführbar sind oder der Angeschuldigte selbst den Gebrauch der anderen Landessprache begehrt.

Bei Hauptverhandlungen gegen mehrere Angeschuldigte, welche sich nicht derselben Landessprache bedienen, ist die Hauptverhandlung in jener Landessprache abzuhalten, welche das Gericht für den Zweck der Hauptverhandlung entsprechend erachtet.

In allen Fällen sind die Aussagen der Angeschuldigten und der Zeugen in der von ihnen gebrauchten Landessprache aufzunehmen und

die Erkenntnisse und Beschlüsse jedem Angeschuldigten in dieser Sprache zu verkünden und auf Verlangen auszufertigen.

§ 11. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist das Protokoll über die mündliche Verhandlung in der Sprache der Verhandlung, wenn aber die Parteien nicht die gleiche Landessprache gebrauchen, in der Sprache der Klage zu führen (§ 7).

Aussagen von Zeugen, Sachverständigen und Parteien, die zum Zwecke der Beweisführung vernommen werden, sind jedoch stets in der von diesen Personen bei ihrer Aussage gebrauchten Landessprache im Protokoll zu beurkunden.

Das gleiche gilt hinsichtlich der Vorträge der Parteien und der von ihnen bei einer mündlichen Verhandlung abgegebenen Erklärungen, soweit nicht das Protokoll lediglich eine zusammenfassende Darstellung des Inhaltes des mündlichen Parteivorbringens gibt.

Das Gericht hat bei der mündlichen Verhandlung die Sprache zu gebrauchen, in welcher die Verhandlung von den Parteien geführt wird.

Bei Beteiligung von Parteien, die sich bei der mündlichen Verhandlung verschiedener Landessprache bedienen, hat das Gericht die Sprache des ersten Anbringens, nötigenfalls beide Landessprachen zu gebrauchen.

Alle richterlichen Erklärungen sind in der Sprache, in der sie vom Richter abgegeben wurden, und wenn die Verkündigungen in beiden Landessprachen erfolgte, auf Verlangen der Parteien in beiden Landessprachen zu protokollieren.

§ 12. Die Eintragung in die öffentlichen Bücher (Landtafel-Bergbuch, Grundbuch, Wasserbuch, Depositenbücher usw.), dann in die Handelsfirmen-, Genossenschafts- und andere öffentliche Register sind in der Sprache des mündlichen oder schriftlichen Ansuchens, bzw. des Bescheides, auf dessen Grund sie erfolgen, zu vollziehen. In derselben Sprache sind die Intabulationsklauseln bei Urkunden beizusetzen.

Bei Auszügen aus diesen Büchern und Registern ist die Sprache der Eintragung beizubehalten.

§ 13. Bei allen landesfürstlichen Kassen und Ämtern im Königreiche Böhmen, die mit Geld gebaren, hat es hinsichtlich der Führung der Kassejournale, Kasse-Ausweise und aller sonstigen Kassenbehelfe, welche von den Zentralorganen zur Ausübung der Kontrolle oder Zusammenstellung periodischer Nachweisungen benützt werden, bei den bestehenden sprachlichen Vorschriften zu verbleiben.

Dasselbe gilt bezüglich des inneren Dienstganges und der Manipulation des Post- und Telegraphendienstes und der Zentralleitung unmittelbar unterstehenden ärarischen industriellen Etablissements, sowie für den gegenseitigen Verkehr der betreffenden Ämter und Organe.

Auf die nichtärarischen Postämter mit größerem Geschäftsumfang finden die Bestimmungen der gegenwärtigen Verordnung nach Tunlichkeit Anwendung.

§ 14. Der Verkehr der im § 1 bezeichneten Behörden mit den autonomen Organen richtet sich nach der Geschäftssprache, deren sich dieselben bekanntermaßen bedienen.

§ 15. Die Geltung der Dienstsprache der militärischen Behörden und der Gendarmerie, für den Verkehr mit denselben und für deren dienstliche Anforderungen, wird durch diese Verordnung in keiner Weise berührt.

§ 16. Die gegenwärtige Verordnung tritt am Tage der Kundmachung in Wirksamkeit. Am gleichen Tage verlieren alle in früheren Verordnungen enthaltenen Bestimmungen, die mit den Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung im Widerspruche stehen, ihre Kraft.

Badeni m. p. Bilinski m. p. Ledebur m. p.
Gleispach m. p. Glanz m. p.

II. Verordnung

der Minister des Innern, der Justiz, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues vom 5. April 1897, betreffend die sprachliche Qualifikation der bei den Behörden im Königreiche Böhmen angestellten Beamten.

§ 1. Beamte, die bei den gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden, sowie bei denjenigen Behörden im Königreiche Böhmen, welche den Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues unterstehen, nach dem 1. Juli 1901 angestellt werden, haben die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift nachzuweisen.

§ 2. Dieser Nachweis ist entweder gelegentlich der für den betreffenden Dienstzweig vorgeschriebenen praktischen Prüfung oder bei einer hierfür eigens anzuberaumenden Prüfung, der sich der Beamte spätestens drei Jahre nach seinem Dienstantritte zu unterziehen hat, zu erbringen.

Letztere Prüfung kann Manipulationsbeamten nachgesehen werden, wenn deren sprachliche Eignung während ihrer probeweisen Verwendung nachgewiesen wird.

Die näheren Bestimmungen über die Vornahme dieser Prüfungen werden im Wege einer besonderen Verordnung getroffen werden.

Unteroffizieren, die mit Zertifikat versehen und nach Böhmen zuständig sind, kann in besonders rücksichtswürdigen Fällen der Nachweis der sprachlichen Eignung vom Ressortminister erlassen werden.

§ 3. Unbeschadet obiger Bestimmungen ist schon dermalen nach Tunlichkeit und Zulaß des Dienstes Vorsorge zu treffen, daß in jenen Zweigen des Staatsdienstes, für welche die Verordnung vom 5. April 1897, betreffend den Gebrauch der Landessprachen bei den Behörden im Königreiche Böhmen, Gültigkeit hat, die einzelnen Behörden mit sprachkundigen Beamten nach Maß des tatsächlichen Bedürfnisses besetzt werden.

Badeni m. p. Bilinski m. p. Ledebur m. p.
Gleisbach m. p. Glanz m. p.

[3]) Die Reichsratssitzung vom 26. November 1897. (Zu S. 182.)

Vom Verlaufe dieser denkwürdigen „Sitzung" entwirft die Reichsrats-Korrespondenz folgendes Bild:

„Präsident D. R. v. Abrahamowicz erscheint um 10 Uhr 20 Min. im Saale. (Tosender Lärm und Pfeifen links. — Stürmische, anhaltende Rufe: Pfui! Hinaus! — Zahlreiche Abgeordnete der Linken sammeln sich vor der Ministerbank und innerhalb derselben vor den Bänken der Regierungsvertreter an.)

Präsident eröffnet die Sitzung und verkündet einige Formalien. (Anhaltendes stürmisches Getöse links.)

Abg. Dr. Lecher: Lassen Sie die Polizeiwache kommen!

Abg. Dr. Funke: Die Scharwache! (Zahlreiche stürmische Zurufe gegen das Präsidium, die in dem tosenden Lärm nicht verstanden werden können. Es wird fortwährend sehr stark gepfiffen.)

Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen. Die Rufe: Hinaus! werden immer stürmischer. Es wird fortwährend gepfiffen und auf Trompeten geblasen. Rufe links: Her mit der Polizei! Wo ist die Polizei? Zahlreiche Abgeordnete schlagen auf die Pulte, sowie auf die Ministertische. Tosender Lärm.

Abg. Dr. Groß: Herunter mit dem Präsidium!

Abg. Heeger: Sie sind der größte Lügner Österreichs! Sie haben es jetzt nicht mehr allein mit dem Proletariat zu tun! Die friedliche Bürgerschaft habt ihr vergiftet!

Abg. Dr. Groß: Hochverräter seid ihr alle, an den Laternenpfahl gehört Ihr alle!

Abg. Heeger: Was wollen Sie noch mehr haben, um hinauszugehen? Sie haben kein Ehrgefühl!

Abg. Dr. Jaroſiewicz: Das Blut der galiziſchen Bauern klebt noch an ihren Händen und das ſetzen Sie hier fort! Sie ſind ein Mörder!

Abg. Dr. Lecher ſchreit fortwährend: Schuft! Schuft!

Abg. Kienmann: Auf ſolche Art könnt Ihr polniſche Wahlen machen, aber keine Parlamentsverhandlung!

Stürmiſche Rufe links: Hochverräter!

Abg. Größl: Polniſche Gauner ſeid Ihr!

Die Abg. Bielohlawek und Schneider ſchreien: Hinaus mit den Juden! Nur die Juden kommandieren hier im Hauſe!

Abg. Türk ſchlägt fortwährend auf den Miniſtertiſch. (Das Getöſe hält unvermindert an, es wird fortwährend geſchrieen, gepfiffen und auf kleinen Trompeten geblaſen.)

Abg. Größl: Wo iſt die Polizei heute?

Abg. Bielohlawek: Der Blumenſtock iſt ſchuld an allem.

Präſident gibt neuerlich das Glockenzeichen. (Ungeheures Getöſe, Stampfen mit den Füßen, Schlagen auf die Pulte, Trompeten und zahlloſe Zurufe gegen das Präſidium.)

Abg. Dr. Jaroſiewicz: Dort ſteht der Miniſterpräſident, das iſt der Kommandant, der gegen die galiziſchen Bauern kommandiert hat, ſie niederſchießen ließ! Jetzt bringt er das Militär hier ins Haus!

Abg. Dr. Pommer (zum Präſidenten): Hinaus mit Ihnen! (Rufe bei den Chriſtlich-Sozialen: Hinaus mit den Juden! Die Juden ſind an allem ſchuld.)

Abg. Dr. Groß: Herunter mit dem Präſidium!

Abg. Dobernig: Sie züchten den Hochverrat! Sogar die Polen lehnen Sie ab!

Die Abgeordneten Glöckner, Jaroſiewicz, Schneider und andere ſtehen vor der Referententribüne und richten fortwährend ſtürmiſche Zu-

rufe gegen das Präsidium. Inzwischen ist Vizepräsident Dr. Kramarz im Saale erschienen und hat seinen Platz eingenommen. (Erneuerte stürmische Pfuirufe und Rufe: Hinaus! links.)

Abg. Kiesewetter: Jetzt wird das Bürgertum mit der Arbeiterschaft aufmarschieren, geeint wie ein Mann! Bis jetzt ist man getrennt marschiert, jetzt geht's aber gemeinsam!

Abg. Kittel: Der Polizeiwachtmeister herunter!

Abg. Dr. Dobernig: Sie, mit der Gleisnermiene da droben! Herunter mit Ihnen!

Abg. Dr. Pommer: Hinaus mit dem Polizeipräsidenten!

Abg. Größl: Wir verachten Sie. Sie sind zu verachten! Wo ist die Polizei! Lassen Sie doch ein paar hinausführen!

Abg. Dr. Dobernig: Sogar die Polen lehnen Sie ab! Sogar der Badeni lehnt Sie ab!

Abg. Röhling: Nehmen Sie den verbrecherischen Beschluß zurück! Das ist alles verbrecherische Gewalt!

Abg. Dr. Persche steht vor der Referententribüne und pfeift mit einem Pfeifchen: Das Ihnen, Sie alter ehrvergessener Armenier, Sie Hund!

Abg. Dr. Ruß: Ja, warum tun Sie denn heute nicht Ihre Schuldigkeit? Gestern haben Sie einfach zur Ordnung gerufen und dann die Leute hinausgeworfen, ohne daß der Betreffende etwas gehört hat. Ja, jetzt ist nicht der Platz für die Ruhe und das Pathos!

Abg. Dr. Jaroslewicz: Sie schänden die Idee des Slawentums, Sie knechten alle Völker!

Abg. Glöckner: Heute haben Sie es mit Hunderten zu tun, nicht nur mit den Sozialdemokraten!

Das Getöse, das Poltern, Stampfen, Pfeifen und Trompeten hält unvermindert an.

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung auf 20 Minuten." —

Als sich der Präsident entfernen will, werden ihm Schriften entgegengeschleudert, sogar ein massives Tintenzeug, das ihn aber glücklicherweise nicht trifft. Er hält das Bombardement ruhig aus, was ihm Applaus von seiten der Rechten einträgt.

Während der Pause erscheint der für drei Sitzungen ausgeschlossene Abg. Wolf im Saal, wo er von den Obstruktionsparteien mit Hochrufen empfangen wird. Nun stellt sich abermals die Polizei ein, und es

wiederholt sich die widerwärtige Szene vom Vortag: er leistet der Aufforderung sich zu entfernen nicht Folge und wird, da er sich wie ein Rasender gebärdet, mit Gewalt hinausgeschleppt, wobei das Pult, an das er sich geklammert hat, in Trümmer geht.

Unter dem Eindrucke dieses entwürdigenden Schauspiels wird die „Sitzung" geschlossen ...

4 Die alldeutschen Skandalszenen beim Kubelik-Konzert.

(Zu S. 190.)

„Linz, 15. März (1904): Die Konzertbesucher wurden bei ihrem Erscheinen mit Pfeifen, Johlen und Zurufen empfangen. Die Menge wuchs bis 8 Uhr immer mehr an. Das kleine Wachecaufgebot war ohnmächtig. Erst später kam eine größere Wachecabteilung angerückt. Die Menge, welche auch nationale Lieder sang, wurde zurückgedrängt. Die Situation der Dichtgekeilten war sehr bedrohlich, weil Leute an die Equipagen drängten und die Pferde scheuten. Hofrat Graf Wickenburg samt Gemahlin war arg bedrängt. Baronin Döring stürzte aus dem Wagen auf das Straßenpflaster, ohne jedoch Verletzungen zu erleiden. Zwischen dem beginnenden Konzert demonstrierte im Saale ein Teil der Besucher, indem sie Kubelik durch minutenlanges Händeklatschen nicht zum Spiele kommen ließen. Im Saale bildeten sich erregte streitende Gruppen. Schließlich gelang es einem Teile der Menge auf der Straße den Wachkordon zu durchbrechen und den Wandelgang vor dem Konzertsaal zu besetzen; durch anhaltendes Pfeifen, Absingen nationaler Lieder und Abzugrufe wurde das Konzert verhindert. Kubelik absolvierte unter größtem Lärm zwei Piecen, plötzlich flogen von unten Steine in den Saal und zertrümmerten zwei Spiegelfenster. Bürgermeister Eder forderte die Demonstranten, welche in den Saal eindringen wollten, im Wandelgange auf, sich zu entfernen, da sonst Militär requiriert werden müßte. Die Demonstranten erklärten, nicht eher abzuziehen, bis das Konzert aufhöre. Schließlich erklärte der Vorstand des Kaufmännischen Vereins, Dimmel, er gebe den Saal für die Fortsetzung des Konzertes nicht länger her, worauf unter brausenden Heilrufen die Demonstranten auf die Straße gingen und die anderen Teilnehmer der Demonstration von der Konzertabsage verständigten, worauf Ruhe eintrat. Die Konzertteilnehmer konnten sich ruhig entfernen. Fünf Minuten vor $^3/_4$ 9 Uhr waren das Konzert und die Demonstration zu Ende. Die Demonstranten

zogen dann vor das Hotel Krebs, wo Kubelik wohnte, demonstrierten dort und schlugen die Fenster ein. Kubelik war aber nicht ins Hotel zurückgekehrt. Um 10 Uhr zogen noch Demonstrantengruppen unter Geschrei durch die Straßen." „Neues Wiener Tagblatt".

[5]) Herrenhausmitglied Graf Friedrich Schönborn gegen die Hochverratsäußerungen des Abgeordneten Stein. (Zu S. 195.)

„ . . . Was nun die vom Delegierten Stein selbst als hochverräterisch bezeichneten Manifestationen betrifft, so gestatten die Herren, daß ich mich mit ihnen ziemlich kurz abfinde und daß ich, um meine Auffassung zu charakterisieren, eine kleine Geschichte erzähle. Mir ist deutsches Wesen und deutsche Art natürlich nicht fremd; durch vielfache verwandtschaftliche Beziehungen war ich veranlaßt, oft im Deutschen Reiche und auch im preußischen Norden zu verweilen, und ich kenne speziell einigermaßen das Heimatland meiner Mutter, das ist die heute preußische, früher sächsische Lausitz, die sogenannte Niederlausitz. Bekanntlich ist dieser Teil am Wiener Kongreß von Sachsen abgetrennt und Preußen zugeschlagen worden. Bald nachher erschien dort ein hoher preußischer Beamter in amtlicher Angelegenheit und bereiste das Land. Er ließ sich von einem alten sächsischen Kutscher herumführen und hatte offenbar den Wunsch, die Stimmung der Bevölkerung zu erkunden. Da fragte er den alten Mann, indem er mit der Hand auf ein jenseits der Grenze gelegenes, also sächsisch gebliebenes Dorf hinwies: ‚Na, die Leute da drüben sind wohl traurig, daß sie nicht auch preußisch geworden sind.' Der Kutscher war etwas stutzig, dann platzte er mit den Worten heraus: ‚Ach, denen wollte ich es gern gönnen, daß sie auch preußisch werden.' Ich halte es mit dem sächsischen Kutscher. Auch ich würde dem Delegierten Stein und seinem Anhange gönnen, daß sie unter hohenzollerische Herrschaft kommen und dort bleiben, Aber ich sehe nicht ein, daß es, um dieses Ziel zu erreichen, das nicht bloß einseitig wünschenswert erscheint, notwendig ist, die Monarchie zu zerstören und die Weltlage zu verändern. Es ist aber ein starkes Stück, daß solche Reden gehalten werden. Ich glaube auch nicht, daß dies in irgend einem andern nennenswerten, altangesehenen Parlament möglich wäre, es ist — das muß ich offen sagen, obwohl ich jetzt mein Vaterland gegen den Delegierten Stein verteidige — eine traurige Spezialität des österreichischen Parlaments, daß das möglich ist.

(Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte übrigens dem leider abwesenden Delegierten Stein sagen — ich habe ihm allerdings keine Ratschläge zu erteilen —, daß ich nicht weiß, ob er mit seinen Anbiederungen gerade auf der Seite, wohin sie sich richten, einen besonderen Erfolg erzielen werde. Ich bin kein unbedingter Bewunderer des Reichsdeutschtums oder des Preußentums, aber was wahr ist, muß gesagt werden: die preußische Bevölkerung ist, soweit sie nicht extrem sozialistisch geworden ist, immer eine königstreue und vaterlandsliebende gewesen, und ich glaube, daß man auf dieser Seite sehr wenig Geschmack an den Versuchen finden wird, das eigene Vaterland preiszugeben und ein anderes dagegen einzutauschen. (Lebhafte Zustimmung.) Speziell darauf kann ich mich berufen, daß der jetzige Monarch, Se. Majestät Kaiser Wilhelm II., ein aufrichtiger und treuer Freund unseres erhabenen Monarchen ist und daß dies in erster Linie mit entscheidend sein dürfte, daß dergleichen Anklänge dort kaum einen freundlichen Widerhall finden werden." Österr. Delegationssitzung vom 4. Juli 1906.

II. Panslawismus.

Die panslawistische Bewegung kann, soweit sie Österreich betrifft, als das Negativbild der deutschnationalen angesehen werden. Beide ergänzen einander, gehören zusammen, und fast möchte man behaupten, eine sei ohne die andere gar nicht denkbar; doch wäre das nicht ganz richtig, denn beide Strömungen bekämpfen nicht bloß einander sondern auch, jede für sich, die italienische und magyarische Bewegung. Immerhin aber sind sie so eng miteinander verknüpft, daß bei ihrer Darstellung eine scharfe Trennung unmöglich ist*).

Der slawische Nationalismus ist etwas jüngern Datums als der deutsche und italienische, denn er hat sich erst in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts politisch geltend gemacht. Er ist nicht, wie zu glauben nahe läge, von Böhmen ausgegangen, sondern von Ungarn und Kro-

*) Es hat sich daher auch nicht vermeiden lassen, daß in diesem dem slawischen Nationalismus gewidmeten Abschnitt manche Erscheinung zur Sprache kommt, die ebenso gut in dem für die deutschnationale Bewegung bestimmten Teile hätte besprochen werden können. Namentlich in dem Kapitel, das die Tschechen behandelt, ist dies der Fall, weil eben die Geschichte der Tschechen vielfach auch die Geschichte der Deutschen ist. Entscheidend für das Wo ist in solchen Fällen die praktische Erwägung gewesen, in welchen Abschnitt sich die betreffende Erscheinung am zwangslosesten einfügen ließ.

atien. Dort war es der Slowake Jan Kollar, der als Anwalt des slawischen Nationalgefühles auftrat, hier der Kroate Ljudewit Gaj. Es ist wohl nicht bloß ein Zufall, daß beide Männer aus dem Gebiete der ungarischen Krone stammten, denn gerade der Druck der magyarischen Herrschaft mußte das Erwachen nationaler Regungen bei den Slawen begünstigen; zumal im Slowakenlande, auf dem die eiserne Hand der Magyaren besonders schwer lastete; galt ihnen doch der Slowak bloß als Staatsbürger zweiter oder dritter Klasse, dem als Heloten keinerlei politische Rechte zugebilligt wurden und der nur dazu da war, für sie zu arbeiten. Nichts kennzeichnet die Pariastellung, die dieses Volk in Ungarn eingenommen hat und selbst jetzt noch einnimmt, drastischer als das magyarische Sprichwort: „Tóth ember nem ember“: der Slowak ist kein Mensch ...

Indes nicht nur in Ungarn, auch in Österreich wurden die slawischen Völker einst nicht als vollwertig angesehen, weder die Tschechen in Böhmen und Mähren, noch die Slowenen und Kroaten in den Karstländern, noch die Ruthenen in Galizien. Nur die Polen machten eine Ausnahme, d. h. ihr Adel, denn das Volk zählte nicht mit. Die Slawen in Österreich waren zwar keineswegs so schlimm dran wie ihre Stammesgenossen in Ungarn, aber ihre Sprachen kamen neben der deutschen nicht zur Geltung; es waren nur Idiome fürs gemeine Volk, nicht für die Gebildeten, und von ihrer Literatur wußte man so viel wie nichts (was übrigens auch heute noch nicht viel besser geworden ist). Diese Zurücksetzung mußte die slawischen Stämme verbittern und gegen die deutsche Sprache, die die ihre so rücksichtslos in den Hintergrund gedrängt hatte, aufreizen; namentlich in einer Zeit, in der sich der nationale Gedanke bei ihren Nachbarn, den Deutschen und Italienern, immer lebhafter zu regen

begann. Dazu kam noch, daß sie sich im Gegensatze zu den germanischen und romanischen Völkern überall unter fremdsprachiger Herrschaft sahen, in Österreich, in Ungarn, in Preußen, in der Türkei. Nur in Rußland saßen Slawen am Ruder. Es lag daher in der Natur der Sache, daß die kleinern slawischen Völkerschaften, allein außerstande sich Geltung zu verschaffen, ihr Heil vom mächtigen Zarenreich erhofften.

Zunächst beschränkte sich die Bewegung aber auf das literarische Gebiet, da der Druck des Metternichschen Polizeiregiments eine politische Betätigung dieser Strömung ausschloß. Nur im Süden des Reichs begann die slawische Bewegung unter Ljudewit Gajs Führung die Grenzen des platonischen Slawismus zu überschreiten und als „Illyrismus" auf den Zusammenschluß der „illyrischen" d. i. der südslawischen Länder des Reichs hinzuarbeiten ...

Als der „Völkerfrühling" des Jahres 1848 anbrach, da glaubten auch die Slawen ihre Zeit gekommen und veranstalteten in Prag einen panslawischen Kongreß. Die Tendenzen, die ihn ins Leben gerufen hatten, waren im Gegensatz zu denen des spätern Panslawismus aber ausschließlich panslawische, nicht russophile. Der Gedanke an ein Aufgehen der verschiedenen slawischen Völkerindividualitäten im alleinseligmachenden heiligen Rußland, der nachmals zum Leitmotiv des Panslawismus wurde, lag den Veranstaltern des Kongresses durchaus fern. Hatte doch Palacky, einer der Schöpfer der panslawischen Idee, den bedeutsamen Ausspruch getan: „Wenn wir einmal aufhören müßten, Tschechen zu sein, dann wird es uns ganz gleichgültig sein, Deutsche, Italiener, Magyaren oder Russen zu werden*)." So

*) Siehe die für das Verständnis des Panslawismus wichtige Arbeit „Der Neopanslawismus" von Wladimir Kuschnir, Wien 1908, C. W. Stern.

fest hing dieser überzeugte Panslawist also an seinem Volke, daß ihm dessen Aufgehen im Russentum nicht tröstlicher erschien als in dem eines andern Volkstums ...

Auch die Teilnahme des russischen Revolutionärs Bakunin am Kongreß sprach deutlich dafür, daß dieser keine russophile Tendenz hatte; denn Bakunin war ein erbitterter Feind des russischen Reichs.

Seine Anwesenheit auf dem Kongreß hat diesem in den Augen der Behörden übrigens zweifellos geschadet und möglicherweise auch dazu beigetragen, die in Prag herrschende Erregung zu nähren, deren Losbrechen im Pfingstaufstande dem Kongreß ein vorzeitiges Ende machte.

Als dessen markanteste Merkmal kann man wohl die fast grotesk anmutende Tatsache bezeichnen, daß sich die Teilnehmer in ihren slawischen Idiomen untereinander nicht verständigen konnten und daher als gemeinsamen Verständigungsmittels der — deutschen Sprache bedienten. Ein ungewollter aber schlagender Beweis für die Torheit ihres Kampfes gegen die deutsche Vermittlungssprache und zugleich wieder eine jener köstlichen Satiren, mit denen das Schicksal die Zeitgeschichte zu würzen pflegt ...

Die Prager Revolte hatte auf die Haltung der Slawen gegenüber dem Kaiserhause keinen Einfluß; sie blieben ihm treu mit Ausnahme der Polen, die an der Spitze der Revolution marschierten. Im ersten konstituierenden Reichsrat bildeten die Slawen denn auch die konservative Rechte, im Gegensatz zu den Deutschen, die sich zumeist der freiheitlichen Linken angeschlossen hatten.

Auch in Ungarn traten die Slawen für die Sache des Kaisers ein, und die Kroaten und Serben führten unter Banus Jellačič einen erbitterten Kampf gegen die Magyaren; zuerst auf eigene Faust und gegen den — offiziellen —

Willen der kaiserlichen Regierung, später mit deren Einverständnis. Ihrer energischen Hilfe dankten Kaiserhaus und Reich nicht zum wenigsten den endlichen Sieg.

Die wesentliche Verschiedenheit der slawischen Nationen und ihrer Stellung zum Panslawismus macht eine Sonderung dieses Stoffes in mehrere Abschnitte notwendig.

a) Tschechen.

I.

Als das zahlreichste, fortgeschrittenste und tatkräftigste unter den slawischen Völkern Österreichs waren die Tschechen auch das erste, das seine nationalen Rechte oder doch das, was sie dafür hielten, geltend zu machen suchte.

Gestützt auf ihre loyale Haltung im Jahre 1848 und auf die sichtliche Sympathie, die sie sich dadurch bei der Regierung erworben hatten, glaubten sie die Zeit gekommen, die Rechnung für die der Dynastie und Österreich erwiesenen Dienste präsentieren zu können. Und diese Rechnung war hoch. Sie verlangten darin außer der völligen Gleichstellung der tschechischen Sprache mit der deutschen nichts Geringeres als die staatsrechtliche Sonderstellung der „Länder der böhmischen Krone", d. i. Böhmens, Mährens und Schlesiens, auf Grund alter verbriefter Rechte, so der Ferdinandeischen Landesordnung vom 10. Mai 1627 und der Privilegienbestätigung der böhmischen Stände vom 29. Mai desselben Jahres. Böhmen sollte demnach nicht mehr als Kronland oder Provinz anzusehen sein sondern als selbständiger Staat, der mit Österreich nur durch die Personal-Union in Verbindung zu stehen hatte.

Die Deutschen Österreichs wollten von diesem Umsturz der tatsächlich bestehenden Verhältnisse nichts wissen und bestritten die juridische Berechtigung der tschechischen Forde-

rungen. Auch die Regierung zeigte sich durchaus abgeneigt, sie zu erfüllen, denn sie erblickte in deren zentrifugaler Tendenz eine Gefährdung der anzustrebenden Reichseinheit.

Da die Tschechen sich trotz aller Bemühungen außerstande sahen, im Reichsrat eine slawische Majorität aufzubringen, zogen sie sich grollend zurück und blieben ihm fern. An ihren Forderungen aber hielten sie mit der ganzen ihrem Stamm eigenen Hartnäckigkeit fest und setzten alle Hebel in Bewegung, sie zu erzwingen.

Sie stießen jedoch auf den nicht minder beharrlichen Widerstand der Deutschen, in denen der zentralistische Staatsgedanke und der Glaube an ihre traditionelle Hegemonie noch zu mächtig war, als daß sie gewillt gewesen wären, auch nur einen Teil der tschechischen Forderungen zu erfüllen.

Dieser Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen bildete fortan den Angelpunkt der ganzen Inneren Politik des Reichs; der laute Zank zwischen ihnen, der immer wüstere Formen annahm, wurde zu ihrem Leitmotiv.

Die Neugestaltung des Reichs auf dualistischer Grundlage nach 1866, die diesseits der Leitha den Deutschen die Suprematie sichern sollte wie jenseits den Magyaren, goß noch Öl in das tschechische Feuer. Einerseits erbitterte sie die Tschechen noch mehr, weil sie sich von den verhaßten Deutschen in den Hintergrund gedrängt und angesichts des deutsch-magyarischen Regierungsprinzips von ihrem panslawistischen Ziele weiter entfernt sahen denn je: anderseits bestärkte sie der große Erfolg der magyarischen Nationalpolitik erst recht in ihrer Begehrlichkeit und gab ihnen gegenüber der Krone eine wirksame Waffe in die Hand. Hatte diese in die nationale Selbständigkeit Ungarns gewilligt, konnte sie auch ihre, der Tschechen, Forderungen nicht zurückweisen.

Wenige Jahre später schienen sie auch wirklich vor dem so heiß begehrten Ziele zu stehen. Mit Hilfe des Ministerpräsidenten Grafen Hohenwart und der slawisch-feudalen Parlamentsmajorität gelang es ihnen, die grundsätzliche Anerkennung ihrer staatsrechtlichen Forderungen durchzusetzen, die ein kaiserliches Reskript vom 12. September 1871 verlautbarte. Durch die von einem Ausschusse der Majorität ausgearbeiteten „Fundamentalartikel" sollte nicht nur das staatsrechtliche Verhältnis der böhmischen Länder zur Monarchie geregelt, sondern eine völlige Umgestaltung Österreichs auf föderalistischer Grundlage ins Werk gesetzt werden. Es fehlte hierzu nur mehr die kaiserliche Sanktion.

Aber diese erfolgte nicht, denn sowohl der Reichskanzler Graf Beust als der ungarische Ministerpräsident Graf Andrássy erhoben an höchster Stelle dagegen Einspruch.

Die Tschechen, so knapp an der Schwelle ihres Ziels zur Umkehr gezwungen, gaben ihrer Enttäuschung und Erbitterung durch Fernbleiben von Landtag und Parlament Ausdruck und beharrten Jahre hindurch in dieser passiven Resistenz. Es ist nicht die Aufgabe dieses Buches, auf die wechselnden Phasen einzugehen, die der Kampf der Tschechen um ihre vermeintlichen Rechte in der Zeit von Hohenwart bis Badeni aufweist; noch weniger die komplizierten staatsrechtlichen Fragen zu erörtern, die aus der Drachensaat dieses Haders mit unheimlicher Üppigkeit in die Halme schossen. Das sei den Historikern und Juristen überlassen; hier würden sie nur den Überblick erschweren.

Weit anschaulicher als durch die detaillierteften staatsrechtlichen Ausführungen wird der Charakter dieses auf- und niederwogenden Kampfes zwischen Tschechen und Deutschen durch folgenden Vergleich gekennzeichnet:

Man denke sich einen Schaukelbalken, an dessen einem

Ende die Deutschen, an dessen anderem die Tschechen sitzen, beide nach Kräften bemüht, den Gegner unter heftigen Beschimpfungen zum Sturze zu bringen. Zwischen ihnen aber balanciert die Regierung, stets gewärtig, im nächsten Augenblick das Gleichgewicht zu verlieren, dabei aber trotz allem Unbehagen von dem belebenden Bewußtsein angeregt, das Zünglein an der Wage zu sein und den Schwerpunkt durch Näherrücken an die eine oder andere Partei nach Belieben verlegen zu können . . .

Von diesem Belieben machte sie in den siebenziger Jahren zugunsten der Deutschen Gebrauch; anläßlich der Okkupation Bosniens und der Herzegowina jedoch rückte sie von ihnen ab und blieb ihnen lange Zeit fern. Nicht etwa aus grundsätzlicher Abneigung, sondern weil das Verhalten der Deutschen es ihr ratsam erscheinen ließ. Diese hatten es sich nämlich, wie bereits erwähnt, durch ihr starrsinniges und unkluges Verhalten bei der Okkupation „oben" gründlichst verscherzt, und bei so bewandter Sachlage konnte sich die Regierung begreiflicherweise nicht auf sie stützen; um so weniger, als deren krampfhaftes Festhalten an der deutschen Suprematie ihre Stellung im Hinblick auf die slawische Majorität außerordentlich erschwerte. Sie zog es daher vor, es mit den Slawen zu versuchen, und kam den tschechischen Forderungen nach sprachlicher Gleichberechtigung tunlichst entgegen. Im Jahre 1880 erschien eine Sprachenverordnung für Böhmen, die in die bisher alleinige Geltung der deutschen Amtssprache Bresche legte und für alle in Böhmen angestellten k. k. Beamten die Kenntnis beider Landessprachen verlangte. Die Deutschen stemmten sich vergeblich gegen diese folgenschwere Neuerung, durch die sie ihre Hegemonie bis auf den Grund erschüttert sahen; aber es half ihnen nichts: sechs Jahre später folgte eine zweite

Verordnung, die den Keck in die deutsche „Staatssprache" noch erweiterte. Die Deutschen erwiderten diesen neuerlichen Schlag mit ihrer Sezession aus dem böhmischen Landtag, Ende 1886.

Die Tschechen, durch ihre Erfolge übermütig gemacht, schlugen immer radikalere Töne an, die gemäßigtern Alttschechen wurden auf allen Linien von den fanatischen Jungtschechen zurückgedrängt, die infolge der Abstimmung der Deutschen in Böhmen die ganze Macht an sich zu reißen drohten.

Da ein derartiger Radikalismus keineswegs nach dem Herzen der Regierung war, bemühte sich diese, die Deutschen zu versöhnen und einen Ausgleich zwischen beiden Völkern zustande zu bringen, um dem Streite, der das ganze politische Leben der Monarchie vergiftete, ein Ende zu machen. Sie stellte ihnen die Revision der ersten Sprachenverordnung in Aussicht und suchte ihren Wünschen nach einer reinlichen Scheidung der nationalen Interessensphäre tunlichst entgegen zu kommen, indem sie ihnen die nationale Abgrenzung der Gerichtsbezirke Böhmens, die Errichtung deutscher Sektionen im böhmischen Landesschul- und -kulturrate, Sonderung der Wahlkurien nach nationalen Gesichtspunkten usw. in Aussicht stellte.

Die Deutschen verließen daraufhin ihren Schmollwinkel und erschienen nach mehr als dreijähriger Abwesenheit wieder im böhmischen Landtag, um an den Ausgleichsverhandlungen teilzunehmen. Allein ihr guter Wille scheiterte an dem bösen Willen der Jungtschechen. Dem Verlangen der Deutschen, nach nationaler Sonderung aller böhmischen Angelegenheiten, stand in schroffem Widerspruch die Forderung der Tschechen gegenüber, die auf der Unteilbarkeit Böhmens und der ausnahmslosen Zweisprachigkeit aller

Beamten des Landes beharrten. Unter solchen Verhältnissen nahmen die Ausgleichsverhandlungen von Anbeginn einen schleppenden, wenig versprechenden Verlauf und wurden nach fast zweijähriger Dauer am 1. April 1892 von der tschechischen Majorität des Ausschusses gegen die Stimmen der Deutschen ad calendas graecas vertagt.

Zu diesem ungünstigen Ergebnis der Ausgleichsverhandlungen hatte auch der Ausgang der in dieser Zeit vorgenommenen Reichsratswahlen beigetragen, denn diese hatten mit einer vernichtenden Niederlage der Alttschechen geendet, wodurch die Vertretung der tschechischen Ansprüche ganz in die Hände der radikalen Jungtschechen gefallen war.

Damit lenkte die tschechische Bewegung in ein Fahrwasser ein, das von der bisher bewahrten Richtung stark abwich. Noch von 1848 her galten die Tschechen im Gegensatze zu den Deutschen, d. h. den Deutschfortschrittlichen, für das loyale Element im Staate, obschon gewisse Vorkommnisse in ihrem Lager, (so z. B. der demonstrative Besuch der ethnographischen Ausstellung in Moskau nach Abschluß des Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn) diese Loyalität in seltsamer Beleuchtung zeigten. Indes sie selber hatten ihre Loyalität stets betont und sich auf die Gekränkten hinausgespielt, denen man ihre Treue mit Undank gelohnt habe.

Jetzt begannen sie dieser Pose aber überdrüssig zu werden und bekundeten dem Gesamtstaate gegenüber eine Haltung, die alles eher als loyal zu nennen war. Namentlich durch ihr demonstratives Bekenntnis zum Panslawismus, denn dieser stand zur österreichischen Staatsidee im schärfsten Widerspruche, hatte doch General Fadejew, einer seiner Wortführer, ausdrücklich erklärt, die Zertrümmerung des Habsburgerreichs sei für die Verwirklichung der panslawistischen Idee unerläßlich. Das mußte den Jung-

tschechen natürlich bekannt sein, aber es focht sie gar nicht an, und sie gaben ihren russischen Sympathien bei jeder Gelegenheit in ostentativer Weise Ausdruck; so besonders auffallend gelegentlich der Prager Landesausstellung im Jahre 1891, auf der sie in herausfordernder Ignorierung des deutsch-österreichischen Bündnisses mit den russischen und französischen Besuchern der Ausstellung Verbrüderungsfeste feierten.

Unter solchen Verhältnissen legte ein mysteriöser Zwischenfall auf der Reise des Kaisers, der nach dem Besuche der rein tschechischen Ausstellung in Prag — die Deutschen hatten sie nicht beschickt — die deutsche Stadt Reichenberg besucht, hatte, den Verdacht eines tschechischen Attentats auf den Hofzug sehr nahe ...

Daß dieser Verdacht keineswegs unbegründet war, daß die antidynastische Bewegung im Tschechenvolke einen höchst bedenklichen Grad erreicht hatte: das zeigte sich zwei Jahre später, im Hochsommer 1893, darin, daß sich Demonstrationen solcher Tendenz just am Vorabend des Geburtstags des Kaisers — 17. August — zutrugen. Sie fanden am 12. September, dem Jahrestage des bewußten kaiserlichen Reskripts, ihre Wiederholung und nahmen so krasse Formen an*), daß die Regierung am folgenden Tage über Prag den Ausnahmezustand verhängte. Die Hauptarrangeure dieser wüsten Szenen waren die Mitglieder der „Omladina", einer nach dem Muster des serbischen Vereins dieses Namens benannten Verbindung junger Leute von extremtschechischer Gesinnung. Die Ermordung eines ihrer Führer am Heiligen Abend desselben Jahres durch zwei andere Omladinisten

*) So hat man, außer der stets wiederkehrenden Besudelung der kaiserlichen Adler an den öffentlichen Gebäuden und Postkasten, der Statue des Kaisers Franz einen Strick um den Hals gelegt.

— man hatte ihn für einen Lockspitzel gehalten — führte zur Aufdeckung dieses Bundes und seiner antidynastischen Tendenzen.

Von beiden Seiten nach Kräften geschürt, spitzten sich die nationalen Gegensätze in Böhmen immer mehr zu. Erbitterte Auseinandersetzungen im Reichsrat, tumultuöse Szenen im böhmischen Landtag waren an der Tagesordnung, und die immer wieder aufgenommenen Versuche der Regierung zwischen den beiden Nationen ein erträgliches Verhältnis herzustellen, scheiterten jedesmal an der hartnäckigen Intransigenz beider Teile. So zog sich langsam aber stetig das schwere Gewitter zusammen, das im Jahre 1897 über Österreich hereinbrechen sollte.

Der furchtbare Kampf um die Sprachenverordnungen ist bereits geschildert worden, braucht hier also nicht mehr erörtert zu werden. Nicht unerwähnt darf aber bleiben, daß dieser Kampf beim tschechischen Volke weit bösartigere Formen zeigte als bei den Deutschen. Während in Wien den dort lebenden 100 000 Tschechen nicht ein Härchen gekrümmt worden war, durfte sich in Prag jeder Deutsche glücklich schätzen, wenn er mit heiler Haut davonkam und namentlich, wenn er im vollen Besitze von Hab und Gut blieb, denn der tschechische Pöbel zerstörte, plünderte und brandschatzte, was in seine gewalttätigen, beutegierigen Hände fiel. Selbst wenn man in Betracht zog, daß die Berichte der deutschen Blätter über die Vorgänge in Prag zweifellos tendenziös übertrieben waren, und nicht alles glaubte, was sie erzählten, so blieben doch Tatsachen bestehen, die eine furchtbar deutliche Sprache redeten: wenn eine Garnison von etwa 7000 Mann nicht mehr imstande war, der Meuterer Herr zu werden; wenn sich hierzu Verstärkungen nicht nur aus den böhmischen Garnisonen sondern sogar

solche aus Mähren, Nieder- und Oberösterreich notwendig erwiesen, so kennzeichnete dies den Umfang und die Bedeutung der Prager Revolte zur Genüge. Erst die Verkündigung der Standrechts vermochte dieser ein Ende zu machen ...

2.

Nach der Aufhebung der Sprachenverordnungen geschah, was vorauszusehen war: die Obstruktion kehrte sich einfach um. Jetzt waren es nicht mehr die Deutschen, die Obstruktion machten, sondern die Tschechen.

Und sie zeigten, daß sie sich ebenso gut darauf verstanden wie ihre Gegner und diesen alle Kniffe und Skandalkünste glücklich abgeguckt hatten. Namentlich die radikalen Tschechen oder, wie sie sich offiziell nannten, die tschechisch-nationalen Sozialisten Klofač und Fresl bekundeten das heiße Bemühen, zu beweisen, mit welchem Verständnis sie die alldeutsche Obstruktionsschule besucht hatten, und trachteten ihre Lehrer noch zu übertrumpfen.

Wenn ihnen dies nicht gelang, so war das gewiß nicht ihre Schuld, denn sie und einige Gesinnungsgenossen ließen kein Mittel unversucht, dieses Ziel zu erreichen. Daß die tschechische Obstruktion trotzdem nicht so impetuos wirkte wie seinerzeit die deutsche, rührte vor allem daher, daß es ihr an der Wucht der Masse gebrach. Während sich an den deutschen Obstruktionsstürmen die überwiegende Zahl der deutschen Abgeordneten beteiligt hatte, hielt bei den von den Herren Klofač, Fresl und Genossen inszenierten Skandalen meist nur ein Teil der tschechischen Abgeordneten mit. Es fehlte ihnen, wenn man so sagen darf, der große Stil der deutschen Obstruktion, das Elementare; sie machten vielmehr den Eindruck des Berechneten, kalten Blutes Arrangierten, was wohl nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen war,

daß sie bloß eine zweite Auflage darstellten und ihnen daher der Effekt des Neuen abging.

Immerhin erreichten die tschechischen Obstruktionisten trotzdem ihren Zweck: das, was ihnen nicht zusagte, zu verhindern oder wenigstens zu verschleppen.

Ihre Obstruktion beschränkte sich aber keineswegs bloß auf das Parlament; sie setzten sie ins Werk, wo immer sich ihnen dazu Gelegenheit bot. Die skandalösen Vorgänge bei der Konstituierung der Olmützer Handels- und Gewerbekammer im Jahre 1901, deren Urheber sie waren und wobei sie mit Stinkbomben operierten, legte dafür ein beredtes Zeugnis ab.

Sie trieben es in dieser Weise so hartnäckig fort, daß sie selbst die vielgeprüfte Langmut des Kaisers erschöpften und ihn veranlaßten, seinen Unwillen darüber in deutlichster Weise kund zu geben, was bei der von ihm sonst beobachteten großen Zurückhaltung doppelt schwer ins Gewicht fiel*). Aber auch das half nichts, sie obstruierten unbeirrt weiter, und es gelang ihnen dabei Rekords zu erzielen, die an die besten, d. h. wildesten Tage der deutschen Obstruktion erinnerten.

Das Äußerste darin leisteten sie wohl in der Reichsratssitzung vom 3. Febr. 1909, als Ministerpräsident Freiherr von Bienerth im Parlament den Entwurf eines Sprachengesetzes einbrachte oder vielmehr einbringen wollte. Die Mittel, deren sie sich bei dieser Gelegenheit bedienten, übertrafen alles bisher dagewesene. Sirenenpfeifen, „Ratschen", Feuer-Alarm-Trompeten, eine Ziehharmonika, ja eine Posaune: all das wurde in Tätigkeit versetzt, um dem Ministerpräsi-

*) „Auf dem Wege, auf welchem Sie sich jetzt befinden, werden Sie nichts erreichen." Worte des Kaisers zu Dr. Kramarč beim Delegations-Cercle vom 16. Dezember 1903.

denten ihr Mißfallen an seinen Absichten kund zu tun; sein Entwurf war ja in den Augen der Tschechen nicht nur an sich „unannehmbar", sondern sollte im Reichsrat überhaupt nicht zur Beratung kommen, weil ihrer Ansicht nach über eine Angelegenheit, die Böhmen betraf, nur der böhmische Landtag kompetent sein sollte. Als der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Weiskirchner, einer Reihe von Anträgen stattgab, die sowohl von der rechten als von der linken Seite des Hauses ausgingen und dahin zielten, die Debatte über die Regierungserklärung sofort zu eröffnen und die vorliegenden Dringlichkeitsanträge hinauszuschieben, begann die ohrenzerreißende Kakophonie von neuem und dauerte über drei Stunden. Erst die Zusicherung, daß die Debatte verlaufen werde, ohne daß der Gesetzentwurf der Regierung einem Ausschusse zugewiesen werden solle, vermochte die Einstellung dieses Obstruktionskonzerts zu bewirken.

Hatten schon die Schimpforgien und Faustkämpfe, die Dauerreden und Pultdeckelkonzerte der Alldeutschen die Würde des Parlaments schmählich geschändet, so hatten sie wenigstens die Erregung des Augenblicks oder doch den Wut-Paroxysmus, in dem sich die Deutschen damals befanden, zur Erklärung: aber diese Obstruktion war von langer Hand und kalten Blutes vorbereitet und das machte sie noch widerwärtiger. Tiefer als durch diese dreistündige Büberei konnte die Würde des Reichsrats nicht mehr herabgesetzt werden ...

Aber schließlich war dergleichen ja nichts Neues mehr; ob die Entwürdigung und Selbstschändung in diesem angeblich dem Wohle des Volks gewidmeten Hause nun um einen Grad ärger war als sonst, tat nichts mehr zur Sache, und man brauchte sie nicht tragisch zu nehmen.

Weit bedenklicher waren die immer wiederkehrenden Straßenexzesse in Böhmen und Mähren, bei denen es zwischen

Tschechen und Deutschen zu förmlichen Schlachten mit Steinbombardements und vandalischen Verwüstungen gegnerischen Eigentums kam. Besonders arg ging es auf dem „deutschen Volkstag" zu, der am 1. Oktober 1905 zu Brünn abgehalten wurde und bei dem Militär einschreiten mußte, um den Schlägereien und Verwüstungen ein Ende zu machen. Außer zahllosen Fensterscheiben — die Tschechen hatten die der deutschen Technik eingeworfen, worauf sich die Deutschen an der tschechischen revanchierten — hatten die Exzesse auch ein Menschenleben gefordert, und da es zufällig eine Tschechin war, so bot das, wie in solchen Fällen regelmäßig, seinen Landsleuten einen willkommenen Anlaß, die Deutschen des „Mordes"*) zu zeihen.

Daß ein „deutscher Volkstag" inmitten durchaus tschechischer Umgebung derartige Folgen haben werde, war übrigens vorauszusehen gewesen; bei der stets zu Explosionen bereiten Spannung zwischen den beiden Nationen mußte eine so geflissentliche Betonung des Deutschtums auf die Tschechen als Herausforderung wirken, und die Deutschen hatten kein Recht sich nachher über das Verhalten der Tschechen zu beklagen, denn sie haben es nicht anders gewollt. Sie hatten hierzu um so weniger ein Recht, als aus ihren Reihen Ansprachen gehalten worden waren, deren aufreizender Charakter die Tschechen erbittern mußte. So hatte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Pommer auf das Beispiel von

*) Der Bürgermeister von Brünn, Dr. R. v. Wieser, hat im Landtag erklärt, von einem „Morde" könne in diesem Falle keine Rede sein. was auch zweifellos ganz richtig ist. Es fragt sich nur, ob er sich auch dann so geäußert hätte, wenn der Getötete ein Deutscher gewesen wäre? . . . In Graz und Innsbruck, wo 1897 und 1904 bei einem derartigen Anlaß je ein Deutscher getötet worden war, hatten die deutschen Bürgermeister in die „Mord"-Beschuldigungen eifrigst eingestimmt . . .

Innsbruck verwiesen und gedroht, die Deutschen würden eine tschechische Universität in Brünn „dem Erdboden gleichmachen" ...

Noch viel bedenklicher waren die tschechischen Exzesse, die sich in Böhmen, zumal in Prag, abspielten.

Auch hier waren die Deutschen, wenngleich meist der leidende Teil, nicht frei von Schuld, denn auch hier gaben sie durch ihr eigensinniges Festhalten an Äußerlichkeiten ihren Gegnern den willkommenen Anlaß oder wenigstens Vorwand sie anzugreifen. Wie fast noch bei jedem derartigen Exzeß waren es auch diesmal wieder die bunten Mützen und schwarzrotgoldenen Bänder der deutschen Studenten, sowie deren „Bummel" auf dem „Graben", was die Erbitterung der Prager Tschechen hervorrief und zu Gegendemonstrationen und wilden Tumulten führte.

Die törichte und gewissenlose Justamentpolitik, die sich in diesen aufreizenden Massenspaziergängen äußerte, ist schon gebührend gekennzeichnet worden; es erübrigt hier nur noch kurz den Rechtsstandpunkt zu besprechen, auf den sich die Deutschen in dieser Angelegenheit immer so starrsinnig zu berufen pflegen:

Daß die deutschen Studenten das gesetzmäßige Recht haben, Farben zu tragen, ist für sie nicht zugleich auch ein Freibrief dafür, sie zu Ruhestörungen zu mißbrauchen, denn auch das buchstabenmäßig zweifelloseste Recht wird zum ethischen Unrecht, wenn seine Handhabung Folgen nach sich zieht, die seinem eigentlichen Zweck: Recht zu schaffen, widersprechen. Die Deutschen wissen, daß ihre so demonstrativ zur Schau getragenen Farben auf die Tschechen wirken wie ein rotes Tuch auf den Stier: dennoch lassen sie's nicht. Sie haben daher kein Recht sich zu beschweren, wenn ihnen diese Herausforderung fühlbar heimgezahlt wird.

Die Verantwortung für dieses unvernünftige Gebaren

trifft in erster Linie natürlich nicht die Studenten, sondern die Hetzer in Parlament und Presse, nicht zum wenigsten auch die Rektoren und Professoren der deutschen Universitäten, die die politische Unreife, die Heißblütigkeit und Oppositionssucht der jungen Leute mißbrauchten ...

So war's auch wieder bei den argen Exzessen im Frühjahr 1904, die einen ungewöhnlich großen Umfang annahmen.

Daß die Prager Vorgänge in den deutschen Städten Böhmens ein lautes Echo fanden und zu tschechenfeindlichen Kundgebungen führten, lag in der Natur der Sache.

Noch weit schlimmer gestalteten sich die Exzesse, die im November und Anfang Dezember 1908 in Prag stattfanden. Sie dauerten so lange und arteten so bedenklich aus, daß eine Wiederholung der Plünderungs- und Verwüstungsszenen nach dem Sturze Badenis bevorzustehen drohte, und die Regierung sich zu den schärfsten Maßnahmen genötigt sah. Der Ministerpräsident Freiherr von Bienerth begründete sie den Abgeordneten gegenüber mit folgenden im Munde eines österreichischen Ministers ungewöhnlichen und darum doppelt bedeutsamen Worten:

„Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Regierung gegenüber den Prager Vorkommnissen bis an die äußerste Grenze der Geduld und Zurückhaltung gegangen ist. Zu dieser Langmut haben sie gewichtige Rücksichten bestimmt. Sie hat noch immer gehofft, daß sich schon mit Rücksicht auf die auswärtige Politik sowie die Festtage, welche Österreich gegenwärtig feiert, mäßigende Einflüsse geltend machen würden, und daß es dem Aufgebote der normalen Sicherheitsvorkehrungen gelingen wird, wieder ruhige Zustände zu schaffen. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Selbst wenn man von den Schilderungen, die in den Blättern über die Prager Exzesse vor-

liegen, gewisse Übertreibungen und grelle Ausmalungen abzieht und nur die amtlichen Berichte berücksichtigt, bleibt noch immer genug übrig, was die Staatsgewalt herausfordert. Die Regierung hat heute energische Maßnahmen angeordnet, die mit allem Nachdruck zur Durchführung gelangen werden. Sollten diese Vorkehrungen nicht ausreichen, dann würde die Regierung schweren Herzens, aber ohne weiteres Zögern jene besonderen gesetzlichen Vollmachten benützen, deren Anwendung sie bisher noch immer überhoben zu werden gehofft hat. Es gibt Momente im politischen Leben, wo die Staatsgewalt alle augenblicklichen Rücksichten beiseite schieben muß, weil ihr die Grundlagen des Staates bedroht zu sein scheinen."

Erst die Verhängung des Ausnahmezustands machte dem Aufruhr ein Ende.

Was diese Tumulte viel bedenklicher machte als die sonstigen landesüblichen Exzesse, war ihre Ursache.

Wohl richtete sich die Wut des Pöbels — es war keineswegs bloß wirklicher Pöbel — auch diesmal wieder gegen die „Bursaks", die deutschen Studenten, aber die waren bloß die Blitzableiter; die eigentliche Ursache der ungeheuern Erregung war eine andere, tiefere. Diesmal galten die feindseligen Kundgebungen nicht bloß den Deutschen, sondern dem Reich und der Dynastie. Das Herabreißen und Niedertreten der schwarzgelben Fahnen*), die Hochrufe auf Serbien, das Zusammenfallen der Demon-

*) „Bei dem historischen Erker des Karolinums, gegenüber dem Deutschen Landestheater, war eine schwarzgelbe Fahne ausgehängt. Da die Studenten das Fahnenende, weil es an einem Fenster festgebunden war, nicht erreichen konnten, kroch einer das Fenster hinan und schnitt den Bindfaden durch. Unter dem stürmischen Jubel

strationen mit dem sechzigjährigen Regierungs-Jubiläum des Kaisers: all das ließ an der panslawistischen, hochverräterischen Tendenz dieser Exzesse nicht den geringsten Zweifel übrig. Die Wühlarbeit des Herrn Klofač hatte ihre Wirkung getan*).

Dieser merkwürdige Volksvertreter hatte es nämlich mit seiner Eigenschaft als österreichischer, von österreichischem Gelde bezahlter Abgeordneter vereinbar gefunden, seine Landsleute nach Kräften gegen Österreich zu hetzen und für Serbien zu begeistern. Er hätte sich nicht gescheut, nach Belgrad zu fahren, um dort mit den Feinden der Monarchie gemeinsame Sache zu machen und Brandreden gegen Österreich loszulassen. Er hatte ferner kein Bedenken getragen, in seinem Blatte den Kaiser bei dessen Regierungsjubiläum in raffinierter Weise zu verhöhnen und das Militär zum Ungehorsam aufzureizen**). Augenscheinlich hielt er die Zeit für gekommen, Revolution zu machen und die Armee zu desorganisieren. Jedenfalls hat er damit bewiesen, daß der alldeutsche Abgeordnete Stein seinen „Mut" unterschätzt hatte, als er ihm im Parlament einst

---

der tschechischen Studenten wurde nun die Fahne heruntergeholt, vor den Augen der Passanten in Stücke gerissen und auf dem Boden mit Füßen getreten."

(Neues Wiener Tagblatt vom 2. Dezember 1908.)

*) Der Gesinnungsgenosse Klofačs, der Abg. Fresl, hatte einige Jahre früher im Parlament anläßlich der Wahlrechtsdemonstrationen die bezeichnende Äußerung getan: „Unser Volk ist leider auf keine Revolution vorbereitet." Man müsse die Armee desorganisieren und ihr erklären, „daß sie die Pflicht habe, sich zu empören."

Reichsratssitzung vom 8. Dezember 1905.

**) Bei den Reservisten des durchaus tschechischen 36. Infanterie-Regiments zeigten sich auch die Folgen dieser Hetze in höchst bedenklicher Weise, denn als ein Bataillon des Regiments anläßlich der Annexionskrise Ordre nach Bosnien bekam, weigerte sich ein Teil der Mannschaft, dem Befehle Folge zu leisten.

zurief: „Sie sind derselbe Hochverräter, der ich bin, ich habe nur den Mut es zu sagen, während Sie es leugnen*)." Er besaß nicht nur ebensoviel dieses traurigen Muts wie sein alldeutscher Parteigegner, sondern anscheinend sogar mehr; mehr als überhaupt bis dahin ein Mitglied des österreichischen Parlaments bekundet hatte, denn angesichts der drohenden Kriegsgefahr die Rebellion ins eigene Heer zu tragen und im Feindesland gegen das eigene zu hetzen, das war eine Leistung, die vor ihm wohl noch kein Volksvertreter der ganzen Welt zuwege gebracht hatte und deren fragwürdiger Ruhm Österreich vorbehalten war[1]).

Nun wär's ja gewiß ungerechtfertigt, wollte man aus dem wüsten Gebaren einiger wilder Fanatiker gleich einen Schluß auf das ganze tschechische Volk ziehen; aber was soll man dazu sagen, daß auch ein durchaus ernst zu nehmender Politiker, ein Mann, den man als den Wortführer des gesamten Tschechentums anzusehen gewohnt ist, daß Dr. Kramarč kein Bedenken getragen hat, während der Annexionskrise zum neoslawischen Kongreß nach Rußland zu fahren? In dasselbe Rußland, das allein durch seine militärische Schwäche daran verhindert gewesen war, nach der Annexion über die Monarchie herzufallen, und das bei diesem Anlasse seiner feindseligen Gesinnung in allerdeutlichster Weise Ausdruck gegeben hatte! ... Mag Dr. Kramarč noch so nachdrücklich versichern, daß die Tendenzen des Neoslawismus — es ist der alte Panslawismus in neuem Gewande — nicht politischer Art seien, mag ihm persönlich hochverräterische Gesinnung auch wirklich fernliegen: durch diese Wallfahrt nach Moskau zu einer Zeit, die hierzu nicht unpassender hätte sein können, hat er seine Sympathie mit den Gegnern Österreichs in geradezu heraus-

*) Reichsratssitzung vom 21. Juni 1906.

fordernder Weise bekundet und eine politische Taktlosigkeit begangen, die in ihrer Ungeheuerlichkeit ihresgleichen nicht so bald finden dürfte, eine Taktlosigkeit, die gerade bei dem Führer der Tschechen, bei einem Manne von so hohen geistigen Qualitäten, wie sie ihm unleugbar eigen sind, doppelt schwer ins Gewicht fällt.

Selbst ein so tschechenfreundlicher Politiker wie Fürst Schwarzenberg hat sich bewogen gefühlt, an dieser Haltung Kramarčs Kritik zu üben und vor den Delegationen auf die Bedenklichkeit der neoslawischen Tendenzen hingewiesen:

„. . . Die Haltung einiger sonst sehr bewährter Kollegen aus Böhmen während der kritischen Zeit, sofern sie es damals für gut befunden haben, sich der Serben gar so warm anzunehmen, war nicht geeignet, ihre Position im Reiche zu befestigen und günstiger zu gestalten. Diese Haltung hat mich viel zu sehr an jene Haltung erinnert, welche zur Zeit der Okkupation Bosniens und Herzegowinas gerade ihre nationalen Widersacher eingenommen haben, durch welche diese — wie bekannt — für Jahre lang in eine ungünstige Lage gekommen sind. Diejenigen, die heute eine ähnliche Haltung einnehmen, fühlen sich mehr, als es ihnen und mir vielleicht lieb ist, beiseite gestellt . . . Nur dann wird unsere Balkanpolitik von Erfolg sein, wenn es uns gelingt, den südslawischen Völkern eine Existenzmöglichkeit zu bieten, die sie befriedigt, und auf die sie gegenüber ihren außerhalb unserer Reichsgrenzen lebenden Konnationalen mit Stolz hinweisen können . . .

Als Mittel, ein solch geistiges Band zu schaffen, wurde auch der Neoslawismus angeführt. Dem Neoslawismus fehlt zunächst gerade für diesen Zweck ein Moment: das der Stabilität. Schon dadurch, daß Dr. Kramarč, der

Vater des Neoslawismus, seinen Wohnsitz einen Teil des Jahres hier, einen andern Teil des Jahres aber in der Krim hat, befindet sich leider das Zentrum dieser Bewegung nicht stabil in Österreich. Der Neoslawismus leidet aber noch an einem andern Fehler, der von Dr. Kramarč gerade als ein Vorzug hingestellt wird: dem Mangel einer politischen Bedeutung. Dr. Kramarč legt immer Gewicht darauf, daß der Neoslawismus nicht politisch ist. Für eine Bewegung, die die Südslawen an die Monarchie binden soll, aber brauchen wir doch etwas Politisches, ein Politikum kategorien. Mit einem unpolitischen Phantasiegebilde werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Dazu kommt, daß die ganze Bewegung leider viel zu viel hinausneigt und zu sehr an das Russentum erinnert, um sie uns, insbesondere den hiesigen Slawen, sympathisch erscheinen zu lassen. Es ist eine Tatsache, daß jede slawische Bewegung, die unter russischer Patronanz stand, immer bis zu einem gewissen Grade eine Spitze gegen Österreich hatte . . ." *)

Dr. Kramarč hat wohl den Versuch gemacht, sein und seiner Landsleute Verhalten während der Annexionskrise vor dem Parlament und später auch vor der Delegation zu rechtfertigen und er hat dies unleugbar mit großem Geschick getan, aber gelungen ist es ihm trotzdem nicht; im Gegenteil: seine Worte haben mit einer Deutlichkeit, die jeden Zweifel ausschließt, geoffenbart, daß er — wenigstens damals — die Gesinnung eines Klofač, Fresl und Choc hinsichtlich Österreichs im Grunde geteilt hat, und daß zwischen seiner und ihrer Auffassung nur ein formeller und gradueller Unterschied bestanden hat.

Besonders schwer belastete er sich bei diesen Rechtferti-

*) Österr. Delegationssitzung vom 11. November 1910.

gungsversuchen durch seine Bemerkung über das Herabreißen und Niedertreten der schwarzgelben Fahnen durch tschechische Studenten:

„Was ist die schwarzgelbe Fahne? Ein Anarchronismus und nichts anderes. Sie war eine Fahne vor dem Jahre 1867. Heute haben wir kein Reich, wir haben nur Königreiche und Länder. Neben der Farbe der Dynastie kenne ich nur eine Farbe, das ist die Farbe des Königreichs Böhmen, weil wir vor allem und einzig und allein böhmische Patrioten sind*)."

Nachdrücklicher konnte Dr. Kramarč den Verdacht, ein österreichischer Patriot zu sein, wohl nicht abwehren, gründlicher nicht den schwarzgelben Nimbus zerstören, mit dem sich die Tschechen so lange erfolgreich drapiert hatten ...

Man täte ihm aber unrecht, wollte man verschweigen, daß er bei dieser Gelegenheit auch manches treffende Wort gesprochen und den Deutschnationalen manche bittere Wahrheit gesagt hat. Mit vernichtendem Hohne hielt er ihnen vor, wie wenig just sie berechtigt seien, sich über tschechische Illoyalität zu entsetzen, sie, die sonst keine Gelegenheit versäumten, gegen Reich und Dynastie zu demonstrieren, und sich nicht gescheut hatten, im böhmischen Landtag ostentativ die „Wacht am Rhein" zu singen. Auch über den „Bummel" äußerte er sich mit schneidender Schärfe:

„Was ist der Bummel in Prag? Er ist ein Appetitspaziergang vor dem Frühschoppen. Auf dem Graben ist nicht die Universität, sondern die Bierhalle, das Deutsche Kasino, und das historische Recht des Bummelns besteht erst seit dem Augenblick, als dieses Bierhaus errichtet wurde. Das ist der historische Urgrund des Bummels in Prag ... Das macht den Bummel in Prag un-

*) Reichsratssitzung vom 5. Dezember 1908.

möglich, daß auf der belebtesten Straße Hunderte deutscher Studenten in geschlossenen Reihen spazieren gehen, und ein gewöhnlicher Mensch, der einen anständigen Hut auf dem Kopfe hat, auf der Straße gehen muß, weil das Trottoir von Studenten besetzt ist. Stellen Sie sich einmal vor, daß unsere Sokols in Farben auf dem Graben in Wien spazieren gehen würden? Der Bürgermeister von Wien wäre gewiß der erste, der einen derartigen Umzug verbieten würde. Aber nicht genug an den deutschen Studenten, welche in Prag studieren, es wurde auch Sukkurs aus dem Deutschen Reiche herbeigerufen... Das Standrecht war nicht notwendig. Es war nur notwendig, den Provokationen und dem Bummel ein Ende zu machen. Es war notwendig, zu erklären, daß der Bummel nicht das Höchste ist, was es in Österreich gibt, daß noch etwas Höheres existiert als dieser Bierbummel, nämlich die Ruhe und Ordnung, welche dieses Reich braucht*)."

Daß die Erklärung des Standrechts nicht notwendig gewesen sei, ist allerdings nicht richtig, denn die Ausschreitungen des tschechischen Pöbels und seiner „gebildeten" Helfershelfer haben diesen Schritt der Regierung vollauf gerechtfertigt; aber richtig ist, daß sie sich diese Maßregel hätte ersparen können, wenn sie rechtzeitig Bummel und Farbentragen untersagt hätte, unbekümmert um die in diesem Falle natürlich nicht ausbleibenden Proteste und Entrüstungskundgebungen der Deutschen.

Mit vollem Recht nannte Dr. Kramarč das Verhalten der Deutschnationalen, die so plötzlich ihr schwarzgelbes Herz entdeckt und so laut nach Polizei, Militär und Standrecht gerufen hatten, eine „Tartüfferie", die ihn anekle; und mit einem gewandten Gegenstoß parierte er ihre Angriffe auf die tschechischen Sympathien mit Serbien, indem er die Frage

*) Reichsratssitzung vom 5. Dezember 1908.

aufwarf, wie sich wohl die Deutschen verhalten hätten, wenn es sich bei der Annexion um eine deutsche Bevölkerung gehandelt hätte statt um eine slawische . . .

Aber so berechtigt diese den Deutschnationalen versetzten Hiebe auch waren, so fest sie saßen: sie vermochten an der Tatsache nichts zu ändern, daß die Tschechen, und er selber wahrlich nicht am wenigsten, in der Stunde ernstester Gefahr, angesichts der Möglichkeit eines Kriegs nach mehreren Fronten, mit den Feinden des Reichs sympathisiert hatten.

Daß ein Mann von so hohen geistigen Fähigkeiten wie Dr. Kramarč das schwere Unrecht dieser Handlungsweise durchaus nicht einsieht oder vielmehr nicht einsehen will, läßt sich nur daraus erklären, daß der Panslawismus bei ihm ebenso zur fixen Idee geworden ist wie das böhmische Staatsrecht; zu einer fixen Idee, die seine ganze Gedanken- und Gefühlswelt beherrscht und seinen sonst so scharfen Blick trübt.

3.

Dieses böhmische Staatsrecht! Fünfzig Jahre des verderblichsten Haders sind hingegangen, und noch immer spukt dieses unselige Gespenst in den Köpfen der Tschechen herum, noch immer hindert es zwei intelligente Völker daran, mit vereinten Kräften für das Wohl ihres Vaterlandes zu schaffen; noch immer hemmt es den Gang der Staatsmaschine und bringt sie manchmal völlig zum Stocken; noch immer glauben die Tschechen an die Möglichkeit dieser Utopie! . . . Man sollte doch meinen, sie hätten in dieser langen Zeit Muße genug gehabt, sich davon zu überzeugen, daß die Deutschen der drei Länder, die dem Staatsrecht zufolge zur böhmischen Krone gehören, niemals in die Verwirklichung dieser Idee willigen werden. Daran allein aber muß diese schon scheitern, denn wenn die Tschechen in diesen Ländern auch fast doppelt

so zahlreich sind als die Deutschen, so ist deren Minorität mit ihren mehr als 3 Millionen gegenüber den 6 Millionen Tschechen doch so beträchtlich, daß eine Durchführung der staatsrechtlichen Pläne über ihre Köpfe hinweg einfach undenkbar ist; dies um so mehr, als die Regierung ganz und gar keine Ursache hat, den Tschechen dabei helfend die Hand zu reichen, denn es ist klar, daß die Abtrennung dreier Kronländer (mit $9^1/_2$ Millionen Einwohnern) vom Gesamtreiche und ihre Ausgestaltung zu einem selbständigen, wenn auch zur Gesamtmonarchie gehörenden Staatswesen eine schwere Schädigung des Reichsgedankens und der Reichsmacht bedeuten würde. Das Beispiel Ungarns hat ja zur Genüge gezeigt, wohin derartige Sonderstellungen führen und muß vor einer Wiederholung des Beustschen Experiments eindringlichst warnen. Die Regierung würde damit nicht nur der Reichseinheit, soweit sie überhaupt noch vorhanden ist, eine unheilbare Wunde schlagen, sondern auch die ohnehin nicht sonderlich loyalen Deutschen der Sudetenländer vollends in die Arme des reichsgefährlichen Alldeutschtums treiben.

Im tschechischen Lager freilich stellt man den Widerstand der Deutschen als ungerechtfertigt hin und behauptet, gerade die Wiedererrichtung der staatlichen Individualität der „Länder der böhmischen Krone" verbürge den Frieden in den Sudetenländern, denn sie bezwecke keineswegs die Unterdrückung der Deutschen, sondern bloß die volle Gleichberechtigung beider Volksstämme. Das klingt ja ganz schön, und wenn die Deutschen und die Regierung die Garantie hätten, daß die Erfüllung der staatsrechtlichen Wünsche der Tschechen wirklich so gute Früchte trüge, so ließe sich darüber reden: aber wer bürgt ihnen dafür, daß sie sich durch dieses Zugeständnis nicht mit gebundenen Händen der tschechischen Willkür überliefern und den Tschechen in den Sattel helfen

würden? Das Beispiel Ungarns stellt sich als beredter Warner solch optimistisch-naivem Entgegenkommen in den Weg. Und nicht nur das Beispiel Ungarns, sondern auch das Böhmens selbst. Die schon jetzt von tschechischer Seite durchgeführte Zurücksetzung, ja Entrechtung der Deutschen Prags auf einem Boden, der ebensogut ihr Eigentum ist wie der der Tschechen, läßt zur Genüge erkennen, was die deutsche Minorität zu gewärtigen hätte, wenn sich die tschechische Majorität einmal auf das böhmische Staatsrecht stützen könnte. Graf Rudolf Czernin, ein Mitglied des böhmischen Hochadels, der als solches gewiß kein Feind des tschechischen Volkes ist, gibt in einer interessanten Broschüre*) über den Sprachenstreit eine anschauliche Schilderung der in Prag bestehenden nationalen Verhältnisse:

„Zur Beleuchtung der Lage, in welcher sich die in der Minderzahl befindlichen Deutschen einem Staate mit tschechischer Verwaltung gegenüber befinden würden, genügt eine Wanderung durch die Straßen des ‚goldenen' Prag. Die bisher zweisprachigen Straßentafeln sind einsprachig-tschechischen Bezeichnungen der Gassen und Plätze gewichen, und um die Lage der Deutschen noch zu verschlimmern, werden althergebrachte, Generationen beider Stämme geläufige Namen durch neu erfundene, aus dem tschechischen Nationalgefühle geschöpfte Bezeichnungen ersetzt. Wenn nationaler Fanatismus sie obendrein als unübersetzbar dekretiert, so

*) „Der Nationalitäten- und Sprachenstreit in Österreich." (Wien, 1900, C. Gerold's Sohn.) Diese Schrift fand eine Erwiderung in der gleichbetitelten Broschüre von Heinrich Hradec (Prag, 1901, Fr. Řivnáč,) die, mit spitzfindiger Dialektik geschrieben, wieder zeigt, daß sich juristisch so ziemlich alles beweisen läßt, was man beweisen will, und daß die Tschechen es meisterhaft verstehen, sich als beklagenswerte Märtyrer ihrer nationalen Überzeugung hinzustellen.

gibt er sich damit nur selbst dem Fluche der Lächerlichkeit preis. Dieser dem praktischen Bedürfnisse wie billiger Einsicht Hohn sprechenden kommunalen Heldentat, welche sich in ihren Folgen an ihren kurzsichtigen Veranstaltern selbst zu rächen beginnt, versuchte die politische Verwaltung sich zu widersetzen; sie ist jedoch in höchster Instanz vom Verwaltungsgerichtshofe genötigt worden, die Beschlüsse der Gemeinde, weil der formal gesetzlichen Basis nicht entbehrend, als zu recht bestehend anzuerkennen." (Nebenbei bemerkt ein klassischer Beweis für die angebliche „Unterdrückung" der tschechischen „Rechte"!) . . . „Liegt schon eine unerhörte Provokation und Schädigung der Deutschen Prags darin, ihnen die Orientierung an ihrer Geburtsstätte zu verwehren, so widerstreitet ein Übergreifen derart chauvinistischen Übermuts auf das Gebiet der Sicherheitspolizei insofern, als Warnungstafeln gegen körperliche Beschädigung bei der elektrischen Straßenbahn usw. nur für die Anhänger tschechischer Nationalität verständlich angebracht werden, geradezu der Verpflichtung der Gemeinde, für die Sicherheit aller Bürger zu sorgen . . . Daß ein Prager Stadtverordneter im Magistrat allen Ernstes einen Antrag einzubringen vermochte, dahin zielend, den Bediensteten der städtischen Anstalten sei im Verkehr mit dem Publikum der Gebrauch der deutschen Sprache strenge zu untersagen, und daß ein solcher Antrag überhaupt der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden konnte, zeigt, wie der nationale Fanatismus dem deutschen Elemente gegenüber bereits den Siedepunkt des Wahnwitzes erreicht hat . . ."

Man kann sich nach diesen deutsamen Proben tschechischen Rechtsgefühls denken, wie es mit der „Gleichberechtigung" aussähe, die den Deutschen im „böhmischen Staate" bevorstünde, und man wird begreifen, daß es sie demnach

nicht eben gelüsten kann, unter das Joch des böhmischen Staatsrechts zu kommen.

Und nicht besser als den Deutschen würde es der Regierung ergehen, denn daß sich die Tschechen ebensogut auf staatsrechtliche Schikanen verstehen, ebenso erfinderisch in der Beschaffung staatsrechtlicher „Gravamina" wären wie die Magyaren, daran ist nicht im geringsten zu zweifeln.

Aber sie sind mit ihrer Forderung im Rechte! So behaupten sie wenigstens und berufen sich auf historisch-juridische Dokumente.

Nun, fürs erste ist dieses Recht nicht einwandfrei, denn die Rechtsgültigkeit des böhmischen Staatsrechts wird, wie bereits erwähnt, von den deutschen Historikern und Juristen ebenso nachdrücklich bestritten wie von den tschechischen behauptet; aber selbst wenn diese wirklich im Rechte wären, wenn das Staatsrecht sich tatsächlich nicht bestreiten ließe: was würde das bedeuten? Es wäre darum doch nicht mehr als ein historisches Kuriosum, ein Palimpsest, auf dem die Schrift der letzten Jahrhunderte die der früheren kaum mehr erkennen läßt. Historische Rechte in Ehren; aber wenn sie sich einmal überlebt haben, so ist es ein zweckloses und meist auch verderbliches Unternehmen, sie den so gänzlich veränderten Verhältnissen wieder mit Gewalt aufzwingen zu wollen. Weil Böhmen einmal, vor langer Zeit, ein selbständiges Königreich gewesen ist, zu dessen Krone auch Mähren und Schlesien gehört haben, darum soll es dies jetzt wieder werden? Welch politisches Tohuwabohu entstünde, wenn nach diesem Beispiel alle Länder, die einmal selbständig gewesen sind, es wieder werden wollten! Dann müßte sich das heutige Italien wieder in die Königreiche Sardinien und beider Sizilien, in das Großherzogtum Toskana und die Herzogtümer Modena und Parma auflösen;

die Lombardei und Venetien aber würden an Österreich und die Provinzen des einstigen Kirchenstaates an den Papst fallen, und dabei ist noch zu bemerken, daß die Selbständigkeit dieser Länder nicht annähernd so lange verjährt ist als die Böhmens. Wenn alle politischen Rechte, die seit Jahrhunderten außer Gebrauch sind, wieder Geltung hätten, dann könnte Österreich Belgien, Preußisch-Schlesien, Teile von Polen und Rumänien, von Elsaß und der Schweiz beanspruchen, Spanien die Niederlande, Dänemark Norwegen, England die Vereinigten Staaten und Frankreich Kanada. Es ist klar, daß eine derartige Ausgrabung alter Rechte das oberste zu unterst kehren und eine heillose Verwirrung anrichten würde. Es wäre, um in einem Paradoxon zu sprechen, ein Konservatismus des Umsturzes . . .

Es wäre darum wahrlich endlich einmal an der Zeit, daß die Tschechen das Kriegsbeil dieses Rechts wieder dort versenkten, wo sie es ausgegraben haben: in die Vergangenheit. Sie täten gut daran, denn all die Kraft und all die Zeit, die sie auf die Verwirklichung ihrer Monomanie verwenden, muß, wenn nicht alles trügt, für immer vergeblich bleiben und ließe sich so unendlich nutzbringender verwerten. Anstatt diesem historischen Gespenst nachzujagen, sollten sie sich lieber mit dem Gedanken an eine reinliche Scheidung der beiden nationalen Sphären befreunden, denn diese würde unter den gegebenen Verhältnissen die nächstliegende und natürlichste Lösung der böhmischen Frage bedeuten und damit zugleich auch die Erlösung aus dem langjährigen unleidlichen Zwist. Im deutschen Sprachgebiet deutsche Beamte und deutsche Amtssprache, im tschechischen tschechische; im gemischtsprachigen deutsche und tschechische: das scheint so einfach und selbstverständlich, daß man nicht begreifen kann, warum man dem Hader nicht schon längst auf diese

Weise ein Ende gemacht hat. Aber es scheint eben nur, es ist nicht so einfach; nicht etwa wegen der technisch-administrativen Schwierigkeiten, die eine derartige Einteilung der Sudetenländer mit sich brächte, sondern bloß weil man nicht will. Man, das heißt: die Tschechen, denn die Deutschen haben sich mit diesem Gedanken schon längst vertraut gemacht; an die Möglichkeit, die Tschechen zu germanisieren, glauben sie ja doch nicht mehr; nur in alldeutschen Tollköpfen spukt diese törichte Hoffnung noch herum. Selbst an der deutschen Staatssprache halten bei weitem nicht mehr alle von ihnen fest, und so manche, die es noch immer tun, tun es sicher mehr aus Prinzipientreue als aus Überzeugung. So haben sie sich denn folgerecht sogar mit dem ihnen so antipathischen Gedanken an die tschechische Amtssprache im tschechischen Gebiet abgefunden: aber was hilft das alles, wenn die Tschechen nicht wollen! Darum nicht wollen, weil sie an ihrem Staatsrecht festhalten, das die Teilung der zur böhmischen Krone gehörenden Länder nicht zuläßt.

Um dieses historisch-juridischen Petrefakts willen soll also in den Sudetenländern kein Friede zustande kommen? Natürlich ist es nicht historische Pietät, was sie veranlaßt, sich so hartnäckig daran zu klammern — so unpraktisch sind die stets so geschäftsklugen Tschechen nicht —, sondern einzig und allein das Gelüste nach der Macht, die ihnen das Staatsrecht verleihen würde; wäre das nicht der Fall, so fiel' es ihnen nicht ein, die Tradition so hochzuhalten . . .

Hie Staatsrecht — hie nationale Sonderung! Das ist das Feldgeschrei der beiden feindlichen Lager.

Die Gegensätze erscheinen geradezu unüberbrückbar, und doch muß die Brücke über diesen klaffenden Abgrund endlich einmal geschlagen werden, denn die beiden Völker sind für ewige Zeiten auf das Zusammenleben angewiesen. Keines

von beiden wird imstande sein, das andere zu unterwerfen, dazu ist die deutsche Minorität zu groß, die tschechische Majorität zu klein. Sie müssen also nebeneinander leben, und darum ist es undenkbar, daß dies in fortwährendem Hader geschehe wie bisher.

Die Erkenntnis der Unhaltbarkeit dieses Verhältnisses ist denn auch sicherlich schon längst in beiden Lagern vorhanden. Daß dies im deutschen der Fall ist, hat die bereits erwähnte Kundgebung der Gewerbetreibenden Nordböhmens in bedeutsamer Weise gezeigt; aus dem tschechischen Lager ist zwar keine derartige Kundgebung bekannt geworden, aber hieraus zu schließen, daß man daselbst des langen Haders nicht ebenfalls müde geworden sei, wäre gewiß nicht richtig; man will es offenbar nur nicht zeigen ...

Im Hinblick auf diese zweifellose Kampfmüdigkeit beider Parteien hielt die Regierung den Augenblick für gekommen, es wieder einmal mit einem Ausgleich zu versuchen. Die Situation schien hierzu auch sonst nicht ungünstig.

Durch die hartnäckige Obstruktion der Tschechen gegen Freiherrn v. Bienerth war es im Frühjahr 1911 zur Auflösung des Parlaments und mittelbar im Sommer auch zum Rücktritt des Kabinetts gekommen; nach den Reichsratswahlen und der Ernennung des Freiherrn von Gautsch zum Ministerpräsidenten war demnach ein neues Parlament und eine neue Regierung da, somit auch eine neue Sachlage geschaffen, die gewissermaßen als das unbeschriebene Blatt anzusehen war, auf dem der deutsch-tschechische Ausgleich verzeichnet werden sollte. Baron Gautsch ließ es sich auch sehr angelegen sein, das große Werk durchzuführen, und zwar im Verein mit dem ebenfalls neu ernannten Statthalter von Böhmen, dem zum Fürsten erhobenen ehemaligen Grafen Franz Thun. Gerade diese beiden Staatsmänner hatten sich

allerdings schon einmal — nach dem Sturze Badenis — vergeblich um dieselbe Sache bemüht; aber das schloß doch nicht aus, daß ihnen jetzt gelang, was ihnen damals mißlungen war, zumal da die Umstände ihrem Vorhaben derzeit weit günstiger waren als damals.

Es hatte anfänglich auch wirklich den Anschein, als ob es diesmal endlich glücken werde; aber diese Hoffnung erwies sich sehr bald als trügerisch, denn nach den ersten Schritten gerieten die Ausgleichsverhandlungen ins Stocken und wollten trotz aller Bemühungen der Regierung nicht wieder in Fluß kommen.

Gleich in der ersten Sitzung des neuen Parlaments nach den Sommerferien (5. Oktober) kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Tschechen und Deutschen, der bewies, wie wenig guter Wille zum Frieden namentlich auf tschechischer Seite vorhanden war. Den Anlaß hierzu gab die Schließung der tschechischen Komenskyschulen in Wien durch den Wiener Magistrat; eine Maßnahme, die zwar den fatalen Schein der nationalen Unduldsamkeit trug, die aber im Hinblick auf die hartnäckigen Versuche der Tschechen, Wien zu einer zweisprachigen Stadt zu machen, durchaus begreiflich war. Tschechische Abgeordnete suchten hieraus nun Agitationskapital zu schlagen, indem sie eine Schar Kinder nebst deren Müttern ins Parlament schleppten, um auf diese theatralische Weise gegen die Unterdrückung zu demonstrieren, denen das tschechische Volk in Wien ausgesetzt sei. Wie nicht anders zu erwarten, gerieten Tschechen und Deutsche infolge dieses Aufzugs hart aneinander, wobei es vor den Augen der Kinder zu widerwärtigen Prügel- und Würgszenen kam, an denen sich auch die tschechischen Mütter beteiligten ...

Nach dieser stürmischen Ouvertüre der parlamentarischen

Saison mußte man sich hinsichtlich der Ausgleichsverhandlungen auf das Schlimmste gefaßt machen.

Baron Gautsch gab die Hoffnung aber noch nicht auf, zwischen den beiden Nationen, wenn nicht den Frieden, so doch wenigstens einen leidlichen modus vivendi herzustellen, um sich eine regierungsfähige Parlamentsmehrheit zu schaffen, und bemühte sich noch den ganzen Oktober darum; übrigens vermutlich mehr aus Pflichtgefühl als aus Zuversicht. Als er aber trotzdem keinen Erfolg erzielte, legte er sein Portefeuille am 31. Oktober in die Hände des Kaisers zurück, der es nun dem bisherigen Unterrichtsminister Grafen Stürgkh übergab.

Die große Frage ist nun, ob dem Grafen Stürgkh gelingen wird, was bisher allen seinen Vorgängern mißglückt ist?

Die Antwort darauf wird die Zukunft geben ...

Einmal freilich wird und muß es zwischen Tschechen und Deutschen zu einem Ausgleich kommen; zweifelhaft ist nur, ob dies auf parlamentarischem Wege möglich sein wird ...

β) Südslawen.

Slowenen, Kroaten und Serben.

Eine ähnliche Rolle wie die Tschechen in den Sudetenländern spielen die Slowenen in den südlichen Alpenländern, nur in bedeutend verkleinertem Maßstabe. Auch sie bekunden bei jedweder Gelegenheit eine bis zum Fanatismus ausartende Feindschaft gegen die Deutschen; auch sie haben im Gegensatze zu diesen lange Zeit hindurch als die Vertreter der Loyalität gegolten; und auch bei ihnen hat die Annexion zu panslawistischen Exzessen geführt, die, da sie ins Jubiläumsjahr fielen, ein seltsames Licht auf diese Loyalität warfen.

Wenngleich die Slowenen infolge ihrer wesentlich geringern Zahl und mangels eines staatsrechtlichen Vorwands

im Verhältnis zu den Tschechen sich nicht in solchem Grade Geltung zu verschaffen vermögen, so verstehen sie's doch immerhin ganz gehörig, sich bemerkbar zu machen. Das hat die vielbesprochene Cilli'er Gymnasialfrage gezeigt — es handelte sich um die Errichtung eines slowenischen Gymnasiums in der vorwiegend deutschen Stadt Cilli —, eine Streitfrage, die zu einer Haupt- und Staatsaffäre anschwoll und das damals — 1895 — regierende Koalitionsministerium des Fürsten Windisch-Grätz zu Fall brachte.

Das haben nicht minder deutlich im Jahre 1908 die bösartigen deutschfeindlichen Straßenexzesse in Laibach gezeigt, die unter der Patronanz des dortigen Bürgermeisters Dr. Hribarč stattfanden*).

Während die Slowenen in Krain, Kärnten und Süd-Steyermark mit den Deutschen im Kampfe liegen, führen sie im Küstenland eine nicht minder erbitterte Fehde gegen die Italiener**).

Sie haben dabei die Kroaten zu Verbündeten, die sowohl in Istrien als in Dalmatien das Italienertum mit Leidenschaft bekämpfen und dabei das loyale Prinzip vertreten.

Seit 1848 gelten die Kroaten beider Reichshälften als Stütze der Dynastie und des Reichs, und mit Recht. Aber die verkehrte Politik der Wiener maßgebenden Kreise,

*) Dr. Hribarč spielte dabei eine ganz ähnliche Rolle wie der Vizebürgermeister von Innsbruck, Dr. Erler, daselbst vier Jahre früher bei den ebenso wüsten Ausschreitungen der Deutschen gegen die Italiener.

**) Über die Stellung der Slowenen zum Neoslawismus gibt eine bemerkenswerte Kundgebung des Obmanns der slowenischen Volkspartei, des Abg. Susteršic, Aufschluß, der sich in einem Schreiben an die „Neue Freie Presse" (vom 11. Nov. 1911) ausdrücklich dagegen verwahrt, daß er oder seine Partei dem Neoslawismus nahe stehe oder je gestanden sei.

die diesseits der Leitha den Italienern, jenseits den Ungarn ihre Protektion zum Nachteile der Kroaten zuteil werden ließ, brachte es zuwege, daß diese in schweren Zeiten des Reichs bewährte Loyalität allmählich erschüttert wurde, und Wien, das so lange der Leit- und Hoffnungsstern der Kroaten gewesen war, begann in ihren Augen zum trügerischen Irrlicht zu werden. Die Annexion tat das übrige dazu, und unter dem Einflusse des durch sie reich genährten Panslawismus entwickelte sich der großkroatische Gedanke zu energischen Formen und strebte die Bildung eines nicht nur von Budapest, sondern auch von Wien unabhängigen kroatischen Reichs an, das außer dem heutigen Kroatien und Slawonien auch Dalmatien und Bosnien umfassen sollte. Es war der alte „Illyrismus" Ljudevit Gajs in neuer Form.

An Stelle des bestehenden Dualismus sollte der Trialismus treten; ein Gedanke, der vom Reichsstandpunkt insofern nicht kurzweg von der Hand zu weisen ist, als dadurch der Präponderanz Ungarns in wirksamer Weise begegnet werden könnte, der aber anderseits doch das Gefüge der Monarchie noch weiter lockern würde und in dieser Form darum für sie nicht von Vorteil wäre. . . .

In Kroatien hatte man seit jeher Dalmatien als einen Bestandteil des eigenen Landes angesehen und seinen Besitz beansprucht, wobei man sich auf verschiedene Urkunden berief. In Dalmatien jedoch fanden diese Wünsche bis zur jüngsten Zeit kein Echo. Erst die durch die Annexion ausgelöste panslawische Bewegung bewirkte, daß auch dort das Verlangen nach der Vereinigung erwachte. Die erste Kundgebung in diesem Sinne war eine „Rechtsverwahrung" der kroatischen Reichsratsabgeordneten des Landes anläßlich der Annexionsvorlage, worin sie die Zuweisung Bosniens und der Herzegowina zum „Kroatischen Staate" forderten, der

darauf ein hiſtoriſches Recht habe, und worin ſie auch die Zugehörigkeit Dalmatiens zu dieſem betonten. Im folgenden Jahre beſchloſſen die dalmatiniſchen Landtagsabgeordneten eine Adreſſe an den Kaiſer, die denſelben Wunſch zum Gegenſtand hatte*).

Dieſer Wunſch iſt für die öſterreichiſche Regierung gerade kein erfreuliches und ſchmeichelhaftes Symptom, denn er beſagt, ſeiner hiſtoriſchen und ſtaatsrechtlichen Hüllen entkleidet, nichts anderes als „Los von Öſterreich!“ Iſt die Triebfeder für dieſes ſeltſame Verlangen auch in der panſlawiſchen Agitation zu ſuchen, ſo wäre es doch vielleicht nicht dazu gekommen, wenn man in Dalmatien nicht allen Grund hätte, unzufrieden zu ſein; iſt dieſes Kronland doch bis vor wenigen Jahren das ausgeſprochene Stiefkind der öſterreichiſchen Regierung, des öſterreichiſchen Parlaments geweſen. Während ſich die Miniſter in Wien die Köpfe über dem deutſch-tſchechiſchen Ausgleich zerbrachen und die ſo koſtbare Zeit mit endloſen Verhandlungen verzettelten, während man im Parlament mit Dauerreden, Trompeten und Pultdeckeln Politik machte: lag unten an der Adria ein von der Natur verſchwenderiſch ausgeſtattetes Land**) vergeſſen und verlaſſen da, ein unbehobener Schatz, der vergebens ſeines Entdeckers harrte. Was es überhaupt an Kultur beſaß, dankte es ſeinen früheren Beſitzern, den Venezianern und Raguſanern, die ſich auf den großartigen

*) Sitzung des dalmatiniſchen Landtags vom 16. Oktober 1909.

**) Die dalmatiniſche Küſte, insbeſondere die Strecke von Spalato bis Caſtelnuovo mit dem Glanzpunkte Raguſa, wird von Kennern der franzöſiſch-italieniſchen Riviera an landſchaftlicher Schönheit als ebenbürtig erklärt. In klimatiſcher Beziehung gebührt Raguſa ſogar der Vorrang vor Nizza. Was hätten Deutſchland, Frankreich oder England aus dieſem naturbegnadeten Lande gemacht!

Trümmern der untergegangenen römischen Kultur niedergelassen hatten; Österreich hatte es nichts zu danken, denn es hatte ihm nichts gegeben*) ...

Wenn irgendwo in Österreich, ist in diesem Falle die nationale Bewegung durch das wirtschaftliche Moment gefördert worden. Ein glückliches Dalmatien hätte sich von Österreich kaum fortgewünscht ...

Selbstverständlich kann und darf keine österreichische Regierung daran denken, diesem Wunsche zu willfahren. Das hieße nicht nur Österreichs ohnehin nicht glänzende maritime Stellung aufs schwerste erschüttern, sondern auch auf die vielen Millionen verzichten, die dieses Land, einmal zur Blüte gebracht, eintragen kann und wird ...

Die dalmatinische Frage, wenn man überhaupt schon von einer solchen sprechen darf, bildet nur einen Teil des großen südslawischen Problems, das noch seiner Lösung harrt**). Bis zur Annexion hat man dieses sowohl in Wien als in Budapest — es greift ja in die Sphären beider Reichshälften ein — als nicht dringend und überdies höchst unbequem

*) Das hat sich in der jüngsten Zeit nun freilich geändert. Die Regierung ist denn doch endlich auf dieses Land aufmerksam geworden, nachdem von denen, die es kennen gelernt hatten, immer wieder auf seine großen Schönheiten, seine außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung hingewiesen worden war. Und so hat man sich denn in Wien endlich bemüßigt gefühlt, an die Hebung dieses Schatzes zu gehen. Aber es wird Jahrzehnte angestrengter Arbeit bedürfen, ehe das Versäumte nachgeholt und Dalmatien zu dem geworden ist, was es sein könnte und sein sollte. Für die Wertschätzung Österreichs bei den Dalmatinern ist diese Aktion jedenfalls zu spät gekommen, das beweist jener Landtagsbeschluß[2]).

**) Eine sehr instruktive Behandlung erfährt dieses Thema in der Broschüre „Was soll mit Bosnien geschehen? Wem gehört Dalmatien?" Politisch-historische Fragmente von Omega (Wien 1910, Chr. Reißers Söhne), die hier mehrfach benutzt worden ist.

zurückgestellt. Die Annexion hat jedoch für die Regierung die Notwendigkeit mit sich gebracht, der Sache endlich näher zu treten und über die Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina ihre Entscheidung zu treffen. Damit aber wird die gesamte südslawische Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden, von der sie auch nicht so bald wieder verschwinden dürfte.

Einstweilen geht man ihr in Wien zwar noch ängstlich aus dem Weg — in Budapest hat man den ungarischen Ansprüchen auf Bosnien schon sehr deutlich Ausdruck gegeben —, aber lange wird man diese in Österreich so beliebte dilatorische Politik nicht mehr fortsetzen können, denn im Jahre 1917 geht das gegenwärtig bestehende Ausgleichsverhältnis zwischen Österreich und Ungarn zu Ende, und bis dahin muß es sich entscheiden, welchem der beiden Staaten die annektierten Länder zufallen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß man den in Österreich üblichen Kompromißweg wählen und wenigstens den Versuch machen wird, Bosnien und die Herzegowina zu einem „Reichsland" nach dem Vorbilde Elsaß-Lothringens zu machen. Aber selbst wenn es hierzu kommen sollte, was bei dem voraussichtlich heftigen Widerstande Ungarns immerhin fraglich ist, wäre das südslawische Problem damit nicht gelöst, sondern nur hinausgeschoben. Seine endgültige Lösung ist nur auf dem Wege möglich, in den alle nationalen Fragen der Monarchie münden und der zur anscheinend einzig möglichen befriedigenden Lösung des ganzen nationalen Haders führt: zur nationalen Autonomie.

7) Polen.

Unter den Slawen Österreichs haben die Polen von jeher eine Ausnahmestellung eingenommen. Die Gering-

schätzung, mit der die Kulturnationen in früherer Zeit auf die slawischen Völker herabgesehen, hat sich nicht auch auf sie erstreckt; im Gegenteil: das tragische Schicksal ihrer Nation hat sie in den Augen Europas mit einem romantischen Nimbus umgeben, der ihnen erst in neuerer Zeit abhanden gekommen ist.

Man feierte die zahlreichen polnischen Emigranten, die damals in den europäischen Hauptstädten, besonders in Paris, auf bessere Zeiten warteten, als nationale Märtyrer, und zwar auch in Preußen und Österreich, die sich doch einst selber bei den drei Teilungen des polnischen Reichs gütlich getan hatten. Die Emigranten spielten ihre aus Wahrheit und Dichtung zusammengesetzte Rolle mit großem Geschick, hüllten sich mit heroischer Gebärde in ihren Nimbus und trugen ihre Märtyrerkrone mit koketter Grazie. Zugleich suchten sie die ihnen allerseits zuströmenden Sympathien ihren politischen Absichten dienstbar zu machen, die mit leidenschaftlicher Beharrlichkeit ein Ziel verfolgten: die Wiederherstellung des polnischen Königreichs.

Dieser Gedanke war es auch, der sie in erster Linie bewog, sich an allen Revolutionen zu beteiligen, gleichviel in welchem Lande. Sie hofften eben, die Umsturztendenzen würden sich auch auf Rußland ausdehnen, in dem sie das Haupthindernis für die Verwirklichung ihres Ideals sahen, und glaubten sich daher bemüßigt, ihnen zum Siege zu verhelfen, denn eine Revolution im Zarenreiche bot für sie die einzige Möglichkeit ihr Ziel zu erreichen.

Außer diesen praktischen Erwägungen war es wohl auch ihr leidenschaftlicher Drang sich politisch zu betätigen, der, da ihm der legale Weg versperrt war, auf illegalem Befriedigung suchte; dies um so lieber, als sie, ihres eigenen Schicksals eingedenk, grundsätzlich die Partei aller ergriffen,

die bedrückt waren oder sich doch dafür hielten, was ihnen zu ihrem Märtyrernimbus auch noch den der ritterlichen Freiheitskämpfer verlieh. In Wahrheit freilich dürften dabei die altruistischen Gefühle neben den egoistischen keine allzu große Rolle gespielt haben ...

Und die polnischen Exilierten begnügten sich keineswegs damit, bei den Revolutionen nur als Statisten mitzuwirken, sondern verstanden es, sich die führenden Rollen anzueignen, so daß man sie mit vollem Recht als die Regisseure der Revolution bezeichnen kann; und zugleich als deren Kondottiere, denn sie übernahmen meist auch die Leitung der militärischen Operationen der Aufständischen: es sei nur an Bem, Dembinski, Mieroslawski und Langiewicz erinnert ...

Der glühende Russenhaß, der sie beseelte, schloß bei ihnen panslawistische Regungen natürlich ganz aus und schuf zwischen ihnen und den andern slawischen Völkern, die im Zaren ihren Schutzpatron und in Moskau ihr nationales Mekka erblickten, einen scharfen und unvereinbaren Gegensatz. So nahmen sie auch in dieser Hinsicht unter den Slawen eine Sonderstellung ein, die sie auch bis zur heutigen Zeit bewahrt haben.

Diese grundsätzliche Verschiedenheit in der Auffassung des Verhältnisses zu Rußland hielt sie jedoch nicht ab, sich mit den andern Slawen auf guten Fuß zu stellen und, wenn es ihr Vorteil erheischte, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, wie sie das in Österreich unter anderm auch durch ihr langjähriges Zusammengehen mit den Slawen der „Rechten" bewiesen haben.

Doch bei allen Sympathien für die Slawen der Monarchie bewahrten sie sich in politischen Fragen vollständig freie Hand und suchten auch mit den Deutschen gut auszukommen, was freilich nicht immer gelang. Namentlich

in den Tagen Badenis war das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen überaus gespannt, da die Deutschen in Badeni ja den Urheber der Sprachenverordnungen haßten und diesen Haß auf alles Polnische übertrugen. Ausdrücke wie „polnische Wirtschaft“*), „polnische Gauner“, „polnische Schwindler“ saßen damals sehr lose auf den Zungen der deutschen Parlamentarier, wurden von den Polen bezeichnenderweise aber nie mit gleicher Münze erwidert, so daß das Odium dieser häßlichen nationalen Beschimpfungen an den Deutschen haften blieb . . .

Aber dieses gereizte Verhältnis entspannte sich allmählich wieder und ist zurzeit wieder ganz normal, ohne sonderliche Wärme zwar, aber auch ohne Groll. Nur wo deutsche und polnische Interessen sich im selben Kronlande gegenüberstehen, kommt es bisweilen zu den in Österreich nun einmal Brauch gewordenen Zusammenstößen.

Gerade dort aber, wo diese Gefahr anscheinend am nächsten läge, in Galizien selbst, wo etwa eine Viertelmillion Deutsche unter polnischer Herrschaft lebt, ist das Einvernehmen zwischen beiden Nationen gut und, in erfreulichem Gegensatze, zu den Bedrückungen, denen die polnischen Minoritäten unter dem preußischen Regiment ausgesetzt sind, hört man nie von Polonisierungsversuchen und sonstigen Behelligungen der Deutschen.

Das Verhältnis zwischen den Polen und Deutschen der Monarchie wäre zweifellos noch ein besseres, wenn es nicht immer wieder durch die bösen Nachrichten von den grausamen Verfolgungen getrübt würde, die die Polen im Deutschen Reiche erleiden müssen, von dem unbarmherzigen Ver-

*) Im Jahre 1897 war Graf Goluchowski Minister des Äußern, Graf Badeni des Innern, R. v. Bilinski der Finanzen und R. v. Abrahamowicz Vizepräsident des Abgeordnetenhauses.

nichtungskrieg, den die deutsche Regierung gegen die nationale Individualität der dort lebenden 3½ Millionen Polen führt. Daß diese Nachrichten bei deren österreichischen Landsleuten immer die tiefste Erbitterung hervorrufen und sie zu stürmischen Gegenkundgebungen veranlassen, kann niemand wundern. Vorkommnisse wie die berüchtigte Schulaffäre von Wreschen und Maßnahmen wie der Enteignungsukas haben alle Welt empört*); welche Empfindungen mußten sie erst in den leidenschaftlichen Herzen der Polen wecken!

Daß das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen in Österreich trotzdem ein verhältnismäßig gutes ist, darf man nicht zum wenigsten als ein Verdienst der führenden polnischen Politiker ansehen, denn diese suchen alles zu vermeiden, was dieses Verhältnis ungünstig beeinflussen könnte, richten ihre Proteste immer nur gegen das Preußentum, nie gegen das Deutschtum im allgemeinen und mißbilligen die gegen dieses veranstalteten Kundgebungen. Das tun sie

*) Bekanntlich hat dieses Verhalten der deutschen Regierung auch im Deutschen Reiche selbst die schärfste Verurteilung gefunden, und es ist überaus bezeichnend für die Allgemeinheit dieser Verurteilung, daß so grundsätzlich verschiedene Parteien wie das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten darin übereinstimmten. Die Deutschnationalen Österreichs aber haben sich nicht gescheut, diesen Gewalttaten Beifall zu klatschen und sich damit in Gegensatz zur gesamten Kulturwelt zu bringen. Die deutsche Regierung kann sich immerhin auf die Staatsräson berufen (allerdings nicht bei den Wreschener Vorgängen, für die es keinerlei Entschuldigung gibt), die, falls das Wohl des Reichs tatsächlich durch das Polentum ernstlich gefährdet wäre, selbst eine so grausame Maßnahme wie das Enteignungsgesetz rechtfertigen würde, wenn auch nicht moralisch, so doch politisch. Die Deutschnationalen Österreichs aber haben keinen derartigen Vorwand zur Hand und lassen sich bloß von ihren alldeutschen slawenfeindlichen Gefühlen leiten, unbekümmert darum, daß diese im vorliegenden Fall allen Begriffen von Recht und Menschlichkeit Hohn sprechen.

aber nicht etwa aus besonderer Vorliebe für die Deutschen, sondern bloß aus Klugheit, weil sie sich's mit ihnen nicht verderben, ihre günstige Vermittlerstellung zwischen diesen und den Slawen nicht verlieren und bei wichtigen politischen Entscheidungen das Zünglein an der Wage sein wollen.

Diese geschickte Taktik hat den Polen einen großen Einfluß auf die Innere Politik Österreichs und die besondere Gunst der Dynastie und der jeweiligen Regierung verschafft.

Im Jahre 1848 an der Spitze der Revolution, noch in den sechziger Jahren nach dem letzten polnischen Aufstand alles eher als loyal gesinnt — die kaiserlichen Offiziere in den galizischen Garnisonen wurden von der polnischen Szlachta gesellschaftlich boykottiert —, können die Polen heute nächst den Deutsch-Konservativen als die loyalsten Österreicher angesehen werden und als die Schoßkinder der Regierung. Was ihnen zuteil geworden ist, das hat keine andere Nation Österreichs erlangt: die Landesautonomie, die ihnen eine Sonderstellung vor allen andern Völkern der Monarchie eingeräumt und sie zu Herren über ein Kronland gemacht hat, in dem sie kaum mehr als die Hälfte seiner Bewohner bilden . . .

Seit einigen Jahren ist im Verhältnis der Polen zum Panslawismus oder, genauer gesagt, zum Neoslawismus eine gewisse Wandlung vorgegangen, die, wenngleich noch nicht bedeutend, doch sehr beachtenswert erscheint. Sie nehmen ihm gegenüber nämlich nicht mehr den schroff ablehnenden Standpunkt ein wie bis vor kurzem, sondern bezeigen ihm insofern eine gewisse Sympathie, als sie ihr slawisches Solidaritätsgefühl neuerdings stärker zu betonen und durch Beschickung slawischer Kongresse auch zu betätigen pflegen.

Die Ursache für diese auffallende Wandlung dürfte vor

allem in der zelotischen Polenpolitik der deutschen Regierung zu suchen sein, die durch ihre hartnäckigen Germanisierungsversuche in den Polen das slawische Gemeingefühl geweckt und ihnen den Gedanken nahegelegt hat, sich dem Panslawismus anzuschließen, von dem sie bis dahin nichts wissen wollten.

Außerdem soll aber, wie behauptet wird, noch eine andere Ursache für diese Gesinnungsänderung der Polen gegenüber dem Neoslawismus bestimmend sein: die Hoffnung, durch eine Aussöhnung mit den Russen ans Ziel ihrer Wünsche zu gelangen: an die Wiederherstellung des Königreichs Polen*). An dieser Behauptung erscheint es zwar nicht eben glaubhaft, daß die Polen diese Verwirklichung ihres nationalen Traumes just von ihren früheren Erzfeinden erhoffen sollen, im übrigen jedoch ist es nicht undenkbar, daß der Gedanke an die Wiederherstellung Polens ihre Stellung zum Panslawismus beeinflußt; ist dieser Gedanke doch die geheime Triebfeder aller polnischen Bestrebungen. Und er ist, wie beiläufig bemerkt sei, durchaus nicht so phantastisch, als man allgemein anzunehmen pflegt. Man hat sich daran gewöhnt, das künftige Königreich Polen als ein Land im Monde, als eine naive Utopie zu belächeln, die keiner ernsten Beachtung wert sei, und man muß zugeben, daß die Aussichten auf seine Verwirklichung angesichts der drei großen Mächte, die zur Zeit die von Polen bewohnten Länder besitzen, höchst fragwürdig erscheinen: aber anderseits muß man auch in

*) W. Kuschnir: „Der Neopanslawismus." S. 11. Der Verfasser, ein Ruthene, der in den Polen und Russen die Bedränger seiner Nation sieht, glaubt, daß diese beiden Völker sich zu gemeinsamer Unterdrückung der Ruthenen oder Ukrainer vereinigen wollen, dürfte dabei aber die traditionelle Antipathie der Polen gegen die Russen doch wohl zu gering bewerten.

Betracht ziehen, daß die nationalistische Bewegung, die jetzt ganz Europa beherrscht, der Verwirklichung eines polnischen Nationalstaates nur förderlich sein kann; man darf ferner nicht vergessen, daß die Gesamtzahl der Polen über 20 Millionen beträgt und daß sie nicht bloß glühende Patrioten sind sondern auch äußerst kluge Politiker. Es wäre daher keineswegs so unmöglich, daß die Kinder oder doch die Enkel derer, die heute über die polnischen Wünsche spotten, dereinst in der Geographiestunde unter den Staaten Europas auch das Königreich oder die Republik Polen zu lernen haben werden . . .

Die Aussöhnung der Polen mit Rußland steht auf dem neoslawischen Wunschzettel ganz oben an und wird von den Neoslawisten als die „größte slawische Tat", als der Grundstein des slawischen Programms betrachtet*). Aber vorläufig ist sie trotz der Besserung des Verhältnisses doch noch nicht viel mehr als ein frommer Wunsch, der von seiner Verwirklichung noch sehr weit entfernt ist. Das beweist die zwar höfliche aber entschiedene Ablehnung, die Dr. Kramarč mit seiner neoslawischen Monomanie von polnischer Seite erfahren hat. Der Abgeordnete R. v. Jendrzejowicz klärte ihn nämlich über den Standpunkt, den die Polen dem Neoslawismus gegenüber einnehmen, mit folgenden Worten auf:

„Es ist eine Utopie, wenn man an eine engere Annäherung der Slawen außerhalb ihrer staatlichen Zugehörigkeit glaubt. Die Polen waren immer für eine Verständigung der slawischen Nationen der Monarchie. Zwischen Tschechen, Südslawen und Polen sind doch sehr freundliche Beziehungen sowohl in politischer wie auch in

*) Kuschnir, „Der Neopanslawismus." S. 6.

kultureller und wirtschaftlicher Richtung. Wir haben nur den nationalen Radikalismus oft bekämpft. Der Neoslawismus aber, der an Stelle des Panslawismus getreten ist, erstreckt seine Aktion weit über die Grenzen der Monarchie. Die Herren, welche diese Aktion inszeniert haben, vergessen die historischen Individualitäten und die Vergangenheit der einzelnen Völker, die westliche und die östliche Kultur, die uns trennt, den Unterschied der Religion. Dazu kommen Jahrhunderte alte und für uns recht schmerzliche Traditionen. Das läßt sich nicht durch Theorien überbrücken"*) . . .

Aus diesen Worten geht mit einer Deutlichkeit, die nicht mißzuverstehen ist, hervor, daß die Gefühle der Polen für die neoslawistischen Bestrebungen bisher über eine gewisse platonische Sympathie nicht hinausgegangen sind, und daß der von den Neoslawisten so heiß ersehnte Tag, an dem sich Polen und Russen vergebend und vergessend in die Arme sinken werden, vorläufig noch längere Zeit auf sich warten lassen dürfte . . .

Auch das Verhalten der Polen gegenüber den Ruthenen, die doch auch Slawen sind, läßt von ihrem slawischen Solidaritätsgefühle just nicht viel merken . . .

δ) Ruthenen.

Bis zur jüngsten Zeit hat man sich außerhalb Galiziens um die Ruthenen so gut wie gar nicht gekümmert. Man hat von ihnen nicht viel mehr gewußt, als daß es dort neben den Polen noch ein Volk gibt, das in den Lehrbüchern mit dem Namen Ruthenen, Kleinrussen, Rusniaken bezeichnet wird, an Zahl den Polen nicht viel nachsteht, im übrigen

*) Österr. Delegations-Sitzung vom 10. November 1910.

aber keine Rolle spielt*). Wenn von Galizien die Rede war, dachte man immer nur an die Polen, als ob sie die einzigen Bewohner des Landes wären. Ab und zu drangen zwar auch von dort nationale Kampfrufe nach dem Westen herüber, aber man schenkte ihnen nicht sonderlich viel Beachtung und nahm sich nicht die Mühe, sich über die dortigen politischen und nationalen Vorgänge zu unterrichten. Galizien liegt dem Westen der Monarchie ja so unendlich fern, nicht so sehr geographisch als vielmehr seelisch; da nimmt man denn auch kaum Anteil an den Dingen, die sich dort zutragen. Überdies beherrscht der deutsch-tschechische Zwist die politische Bühne in solchem Umfange, daß er die Aufmerksamkeit fast ganz für sich in Anspruch nimmt.

Seit einigen Jahren ist das aber anders geworden. Da man ihre Hilferufe, ihre Racheschreie nicht vernahm, gaben die Ruthenen Alarmschüsse ab, Schüsse, die aber nicht nur der Luft galten, sondern auch festen Zielen ...

Da erst begann man ihnen Beachtung zu schenken, begann man zu erkennen, daß dort im fernen Nordosten des Reichs ein Volk einen erbitterten Kampf um seine nationale Daseinsberechtigung führt, einen Kampf, in dem es vor keinem Gewaltmittel zurückschreckt, selbst vor dem Morde nicht.

Daß es so weit gekommen ist, daran ist die Regierung

*) Nach Kuschnirs „Neopanslawismus", wäre die richtige Bezeichnung dieses Volkes „Ukrainer" nach dem Stammlande, der Ukraine. Demselben Autor zufolge soll die Gesamtzahl der Ukrainer 33 Millionen betragen, die den Südwesten Rußlands, Ost- und teilweise auch Mittelgalizien umfassen. Nicht ganz 4 Millionen hiervon entfallen nach den statistischen Angaben auf Galizien. Diese Zahl wird von den Ruthenen aber als zu niedrig gegriffen und als das Ergebnis einer von den Polen vorgenommenen Fälschung bezeichnet, deren Zweck es sei, die Tatsache zu verschleiern, daß sie, die Polen, in dem von ihnen beherrschten Lande nur die Minorität besäßen.

nicht frei von Schuld, denn sie hätte es voraussehen können, daß es so kommen werde; es ist ja nicht das erstemal, daß das ruthenische Volk sich gegen seine Bedrücker empört, gegen die Polen. Schon vor mehr als sechzig Jahren ist es einmal geschehen. Über die Ursachen dieser Empörung gibt Helfert folgende Auskunft:

„. . . Und wenn ihr (der Polen) Streben dahin gerichtet war, die von ihnen nach Abstammung und Sprache, nach Sitten und Gewohnheiten, nach Schrift und Ritus durchaus verschiedenen Ruthenen in jeder Weise zu unterdrücken, so waren sie endlich so weit gelangt, den Volksstamm der Klein-Russen gänzlich zu übersehen, dessen Mundart für eine bloße Mundart des Polnischen anzugeben, ihm jede nationale Befugnis und jedes Bewußtsein abzustreiten. Unter solchen Umständen war die Lage der Ruthenen keine beneidenswerte. Gehaßt, verleumdet und verfolgt von dem Polentum, geknechtet, ins Joch gespannt und mißhandelt von ihren Grund- und Leibherren, verkannt, vernachlässigt und mit Lasten überbürdet von der Regierung, war es nur die orientalisch-katholische Geistlichkeit, die schon wegen der Verschiedenheit ihres slawischen Ritus von dem lateinischen der Polen ihre Nationalität wahrte und sich des Volkes so weit annahm, als es ihre eigene ziemlich verwahrloste Lage zuließ*)."

Dies alles haben — wohlgemerkt! — dieselben Polen getan, die zur selben Zeit als Regisseure der Revolution ganz Europa bereisten und sich als begeisterte Anwälte aller bedrückten Völker, als grimmigste Gegner aller Tyrannen aufspielten! Ein drastisches Beispiel für den alten Erfahrungssatz, daß die lautesten Freiheitshelden dort, wo sie die Herren, meist auch die ärgsten Tyrannen sind . . .

*) „Geschichte der österreichischen Revolution," Bd. I, S. 14.

Unter solchen Verhältnissen war es kein Wunder zu nennen, daß sich der so lange angesammelte Haß gegen die Bedrücker in einer furchtbaren Eruption Luft zu machen suchte und daß dies bei einem in seiner Kultur so zurückgebliebenem Volke in der wüstesten Weise geschah*).

Dieses Aufstands hätte die Regierung eingedenk sein sollen, bevor sie den Polen die Landes-Autonomie zugestand und ihnen damit die Ruthenen mit gebundenen Händen auslieferte.

Daß sie dies getan hat, ist von ihr undankbar gewesen, denn die Ruthenen haben im Jahre 1848 im Gegensatze zu den revolutionären Polen treu zu Kaiser und Reich gehalten. Man hätte nun denken sollen, die Regierung werde ihnen dafür erkenntlich sein und sich ihrer Rechte annehmen; aber just das Gegenteil geschah: nicht die loyalen Ruthenen sondern die revolutionären Polen wurden belohnt, und die Ruthenen mußten diesen Lohn bezahlen, ganz so wie man es mit den kaisertreuen Kroaten und mit den revolutionären Magyaren getan hatte. Es war die alte zwar nie bewährte aber stets geübte Praxis der österreichischen Regierung, die Frondeure zu bevorzugen, die Getreuen zurückzusetzen . . .

Die Regierung hat damit aber nicht nur undankbar gehandelt, sondern, was in der Politik noch schlimmer ist: auch unklug:

Sie hätte sich doch sagen müssen, daß die Auslieferung der Ruthenen in die Hände der Polen nicht gut tun könne und leicht eine Wiederholung der Empörung von 1847 zur Folge haben könne.

*) Bei dieser Gelegenheit sei auch bemerkt, daß unter den polnischen Edelleuten damals die Ansicht herrschte, die österreichische Regierung habe diesen Aufstand heimlich unterstützt, um den ihr unbequemen, weil revolutionär gesinnten, polnischen Adel zu bestrafen.

Diese Empörung ist denn auch nicht ausgeblieben, nur hat sie sich in wesentlich anderer Form geäußert als zu jener Zeit. Damals ist es eine soziale Revolte gewesen, keine nationale: die Bauern standen wider die Edelleute auf, die Knechte wider die Herren. Daß die einen Ruthenen, die andern Polen waren, kam dabei weniger zur Geltung: heute jedoch ist es ein nationaler Kampf; Ruthenen kämpfen gegen Polen, und zwar nicht mehr bloß die unteren Schichten des ruthenischen Volks sondern dessen Intelligenzkreise, voran, wie immer bei solchen Anlässen, die Universitätsstudenten; und wie immer auch zum großen Nachteil der von ihnen vertretenen Sache, weil sie sich verwerflicher Mittel bedienen.

Die Ermordung des Statthalters von Galizien, Grafen Potocki, durch den ruthenischen Studenten Siczynski*), die von dessen Kollegen inszenierten Tumulte an der Lemberger Universität (22. Januar 1906 und 1. Juli 1910), denen auch ein Menschenleben zum Opfer fiel: das waren Missetaten, die unter allen Umständen strengstens zu verurteilen sind und den Polen berechtigten Anlaß gegeben haben, sich über die Gefährlichkeit des ruthenischen Nationalismus zu beklagen.

Was die Sache der Ruthenen noch mehr belastet, das sind deren intime Beziehungen zur Sozialdemokratie einerseits, zu Rußland anderseits.

*) Miroslaw Siczynski, der den Statthalter am 12. April 1908 ermordet hatte, wurde zum Tode verurteilt, dann aber zu zwanzigjähriger Kerkerstrafe begnadigt. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1911 glückte es ihm, aus dem Gefängnis zu entfliehen, ohne daß es den Behörden bisher (16. Nov.) gelungen wäre, seiner wieder habhaft zu werden. Da seine Flucht das Werk seiner Freunde und politischen Parteigenossen ist, die sie langer Hand vorbereitet haben, liegt der Verdacht nahe, daß die Ruthenen überhaupt sich mit ihm solidarisch fühlten, was nicht eben dazu beitragen dürfte, das Verhältnis zwischen ihnen und den Polen freundlicher zu gestalten.

Die zur Sozialdemokratie lassen sich aus dem revolutionären Charakter der ruthenischen Bewegung erklären, aus dem begreiflichen Bestreben, sich im Kampfe gegen die herrschende Klasse Verbündete zu schaffen.

Weniger verständlich erscheint dagegen ihr Liebäugeln mit Rußland, dessen — trotz Duma — despotisches Regiment ihrem Freiheitsdrange doch durchaus widerstreben sollte, zumal da die Ruthenen im Zarenreiche das moskowitische Joch vielleicht noch schwerer fühlen als das polnische in Österreich**). Allerdings sind in Ostgalizien schon seit Jahrzehnten russische Agitatoren an der Arbeit, die die unwissende, leichtgläubige Bevölkerung von den Segnungen russischer Kultur zu überzeugen suchen, wobei zweifellos der berüchtigte „rollende Rubel" das wesentlichste Argument abgibt.

Der überwiegende Teil der Ruthenen ist sich der großen Gefahr, die diese törichte Russophilie für ihre nationalen Bestrebungen bedeutet, auch wohl bewußt und bekämpft sie, so daß die nationalen Ruthenen oder Ukrainer einen Kampf auf zwei Fronten zu führen haben: gegen die Polen im feindlichen, gegen die Russophilen im eigenen Lager.

Daß sie unter solchen Umständen für den Panslawismus keine Sympathien fühlen können, liegt auf der Hand, sind ihre Bedränger doch ausschließlich Slawen.

„Als Ruthene Panslawist zu sein, mit der panslawistischen Idee zu gehen, wie sie jetzt beschaffen ist und wie sie kaum anders sein kann, hieße sich selbst nicht achten." Mit diesen Worten kennzeichnet der Ukrainer Kuschnir die Stellung seines Volkes zum Panslawismus und fügt dann noch hinzu:

**) Kuschnir, „Der Neopanslawismus", S. 23 ff.

„Wir können einer gekünstelten Organisation, wie es der Panslawismus ist, nur die Eigenschaften einer negativen Tätigkeit zumuten, wie er sie im Dienste des Zarismus Jahrzehnte lang entfaltet hat und wie sie, nach gewissen Anzeichen zu schließen, auch weiterhin entfaltet werden soll ... Wir wollen mit allen slawischen Völkern in Eintracht und Freundschaft leben, wir wünschen uns mehr als irgend etwas, daß wir den Zustand erreichen, um auch mit unsern slawischen Gegnern einen Ausgleich machen zu können, welchen Moment jedoch der Panslawismus, statt ihn näher zu rücken, eher entfernt — aber eine offizielle Slawenliebe, an der wir selbst zugrunde gingen, lassen wir uns nicht aufreden" *).

Wie man sieht, hat es mit dem Zusammenschluß aller Slawen, wie die Panslawisten sie erträumen, noch gute Wege. Zeigt sich doch selbst bei solchen Anlässen, die die Solidarität aller Slawen dartun sollen, wie weit diese davon noch entfernt sind. Der letzte neoslawische Journalistenkongreß in Belgrad — Sommer 1911 — hat dies in besonders drastischer Weise illustriert: er schloß nach verschiedenen Differenzen im Schoße seiner Teilnehmer mit einer erbitterten Prügelei zwischen den slawischen „Brüdern".

*) „Der Neopanslawismus", S. 18 u 19..

Anhang.

[1]) Die antimilitärische und antidynastische Tätigkeit des Abgeordneten Klofač. (Zu S. 245.)

„Klofač war derjenige Abgeordnete, welcher im Jahre 1908, als unsere Armee in der Mobilisierung begriffen war, sich nach Belgrad begab, um dort zu schüren. In jener kritischen Zeit triefte seine Zeitung von verräterischer Gesinnung. Dem Einflusse dieser Zeitung und anderer Zeitungen, deren Inspirator er war, ist es auch zuzuschreiben, daß die Reservisten eines Regiments während des Transports nach Bosnien meuterten. Der geistige Leiter der antimilitärischen Vereine in Prag und im Lande war er, und nur die Immunität schützte ihn vor der gerechten Strafe. Klofač war es, der die Rekruten aufforderte, zur Assentierung mit dem Trauerflor zu erscheinen. Er war es, der der Lehrerschaft und durch sie der braven und loyalen Bevölkerung den Haß gegen das Militär einimpfte. Seinem Einflusse ist es auch zuzuschreiben, daß ein Städtchen wie Hohenmauth, in dem vor seinem Kommen das Spießbürgertum des Mittelalters blühte, zum Herde des Antimilitarismus wurde. Es waren Zeiten in diesem Städtchen, wo sich der Offizier nicht auf der Gasse zeigen konnte, ohne insultiert zu werden. Er isolierte den Offizier vollständig und machte die Stadt zu einer Strafgarnison kat' exochen, in der der Offizier bis heute gar keine geistige und seelische Zerstreuung hat. Klofač war es, der den Bürgermeister vor die Alternative stellte, entweder auf den damals ihm von Seiner Majestät verliehenen Franz Josefsorden zu verzichten oder das Landtagsabgeordnetenmandat niederzulegen. Der Bürgermeister verzichtete auf das Mandat. Gelegentlich des sechzigjährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät gab Klofač eine Festnummer der von ihm geleiteten Zeitung heraus. Diese Nummer

enthielt eine Sammlung der von Klofač gehaltenen antimilitariſtiſchen Reden. Der Staatsanwalt war dieſem infamen Preßerzeugnis, das von Aufreizungen gegen Öſterreich und die Armee ſtrotzte, gegenüber machtlos, weil es „immuniſierte" Brandreden waren. Dem Terror eines Klofač iſt es zuzuſchreiben, daß am Geburtstage Seiner Majeſtät auf keinem Haus eine Fahne gehißt werden durfte ..."

„Danzers Armee-Ztg." Nr. 26, Jg. 1911.

[2]) Die Vernachläſſigung Dalmatiens. (Zu S. 265.)

An eine erfolgreiche Hebung Dalmatiens iſt nicht eher zu denken, als bis Dalmatien eine direkte Verbindung mit Öſterreich auf dem Landwege erhält. Daß ihm dieſe heute noch immer fehlt, iſt das augenfälligſte Symptom ſeiner kraſſen Vernachläſſigung. Wer zu Lande nach Dalmatien reiſen will, muß den zeitraubenden ungeheuern Umweg über Bosnien machen. Über 70 Jahre iſt es her, daß Öſterreich Bahnen baut; in dieſer langen Friſt aber hat es keine Zeit gefunden, die Verbindung mit Dalmatien herzuſtellen, das vor der Okkupation Bosniens und der Herzegowina ſelbſt auf Umwegen mittels Eiſenbahn nicht zu erreichen war. Was das Fehlen der Bahnverbindung für Dalmatien in wirtſchaftlicher Hinſicht bedeutet, braucht nicht erſt erörtert zu werden. Aber auch vom militäriſchen Standpunkt, auf den man in Öſterreich ſonſt mehr Rückſicht zu nehmen pflegt, erſcheint die Lage Dalmatiens dadurch ſehr ungünſtig beeinflußt, wenn auch nicht mehr in ſolchem Maße wie vor der Okkupation. Damals hing Dalmatien ſozuſagen in der Luft und war im Fall eines Kriegs einzig und allein auf die Flotte angewieſen; eine Kataſtrophe in der Adria, die bei der bekannten numeriſchen Schwäche der k. u. k. Marine keineswegs ausgeſchloſſen war, hätte Dalmatien aus der Machtſphäre Öſterreichs völlig ausgeſchaltet und zweifellos ſeinen Verluſt zur Folge gehabt. Aber auch heute noch iſt die ſtrategiſche Situation Dalmatiens keineswegs unbedenklich, denn mangels einer direkten Bahnverbindung wären die Truppentransporte, falls man ſie zu Lande, alſo außerhalb des feindlichen Bereichs, befördern wollte, zu dem zeitraubenden Umweg über Bosnien genötigt, wodurch folgenſchwere Verzögerungen entſtehen könnten. Auch die Verpflegung der in Dalmatien ſtehenden Truppen würde dadurch empfindlich leiden, weil deſſen reſſourcenarmes Hinterland Bosnien deren Bedarf nicht decken könnte, ſo daß ſie von Öſterreich und Ungarn ab-

hängig wäre, denn zur See wäre die Zufuhr nicht minder durch den Feind bedroht als die Truppentransporte . . .

Nun kann die österreichische Regierung die Schuld an dieser unverzeihlichen Unterlassungssünde allerdings von sich abzuwälzen und der ungarischen Regierung aufzubürden suchen, die sich bisher nicht bereit gefunden hat, die Verbindung zwischen dem österreichischen Festland und Dalmatien herzustellen, um dieses dadurch Österreich zu entfremden und von Ungarn abhängig zu machen; aber eine zureichende Entschuldigung ist das nicht; man hätte in Wien eben alles daran wenden sollen, diesen Bahnbau durchzusetzen, und sich von Ungarn nicht unter allerlei nichtigen Vorwänden hinhalten lassen dürfen. In jedem Falle steht der Name Dalmatien in dem Sündenregister der österreichischen Regierung und des Parlaments ganz obenan.

III. Irredenta.

I.

Obwohl die Italiener in Österreich nur einen sehr bescheidenen Bruchteil der Bevölkerung bilden, etwa 750000 von 28 Millionen, somit nicht einmal 3%, haben sie's doch verstanden, sich im politischen Leben Österreichs in einer Weise bemerkbar zu machen, die in keinem Verhältnis zu ihrer geringen Zahl steht. Nicht nur durch ihr südlich lautes und leidenschaftliches Auftreten sondern hauptsächlich infolge des starken Rückhalts und der nachdrücklichen Unterstützung, die sie bei ihren Landsleuten jenseits der Grenze finden.

Die Anfänge der nationalen Auflehnung gegen die österreichische Herrschaft reichen weit zurück und haben sich schon in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bemerkbar gemacht; namentlich durch das Treiben der Cabonari, deren revolutionäre Bestrebungen aber durch das strenge österreichische Polizei- und Militärregiment niedergehalten wurden. Diese Strenge wich später jedoch einer übel angebrachten Milde, die während der Revolution vom Jahre 1848 sehr böse Folgen nach sich ziehen sollte. Trotz deutlichster revolutionärer Symptome, trotz leidenschaftlicher Ausbrüche wildesten Hasses gegen alles Österreichische, namentlich gegen die in den italienischen Provinzen garnisonieren-

den Offiziere[1]) verkannten die kaiserlichen Behörden den Ernst der Lage und bekundeten eine geradezu sträfliche Arglosigkeit*). Der Verlust beinahe der gesamten Flotte, auf deren Verläßlichkeit man vertraut hatte, trotzdem das Offizierskorps fast ausschließlich aus Italienern bestand, war eine der bedeutsamsten Folgen dieses unbegründeten Optimismus*).

Dieselbe Arglosigkeit und Nachsicht legte die Regierung auch gegen die nationalen Expansionsbestrebungen der Italiener in Südtirol an den Tag. Helfert berichtet hierüber:

„Wenn das italienische Element keinen Anlaß unbeachtet ließ, im Gefolge seiner sich ausbreitenden Ansiedler auf Schule und Unterricht Beschlag zu legen, die Berücksichtigung von Amt und Gericht zu beanspruchen, italienische Seelsorger auf Pfarren zu bringen, deren Einwohner noch zum guten Teile deutsch waren: so unternahmen die kaiserlichen Behörden ihrerseits nichts, um dem eingeborenen Stamme in dem vom Welschtum bedrohten Gegenden feste Stütz- und Anhaltspunkte zu geben und leisteten wohl gar, unbedacht oder eingeschüchtert, den gegenteiligen Maßregeln jeden möglichen Vorschub, so

*) F. M. L. Anton Ritter v. Martini, der Kommandant der k. u. k. Marine, äußerte sich kurz vor deren Abfall zu den Italienern über den in ihr herrschenden Geist folgendermaßen: „er fühle sich gedrungen, die stark beunruhigenden Ansichten, die teilweise über die Marine herrschten, auf ihr wahres weniger wogendes Niveau zurückzuführen." Er war der Überzeugung, „daß gegenwärtig noch keine wirklich dringende Gefahr vorhanden". Er hatte wohl seine Freude an den vielen Offizieren nichtitalienischer Nationalität, doch er blickte voll Vertrauen auch auf „solche italienischen Stammes, aber von ehrenvoller treuer Gesinnung", die, „höchstens einzelne Fälle des Gegenteils" ausgenommen, „im großen und ganzen jederzeit ihrer Pflicht nachkommen werden". A. Frh. v. Helfert: „Geschichte der österr. Revolution". Bd. I, S. 119.

daß die italienische Sprachgrenze immer weiter in Gebiete hineinrückte, die ihrer Geschichte, ihrem Entwicklungsgange, ihren staatsrechtlichen Verhältnissen nach ausschließlich dem deutschen Stamme angehörten" *).

Über das Anwachsen und die Erfolge der gegen Österreich gerichteten nationalen Bewegung in den ehemaligen italienischen Provinzen und dann im neuen Königreiche braucht hier nichts mehr gesagt zu werden; es ist schon an anderer Stelle geschehen. Im folgenden soll die nationale Propaganda der Italiener nur soweit behandelt werden, als sie sich auf österreichischem Boden abspielt, also ins Gebiet der Innern Politik gehört.

Die Unterschätzung dieser Bewegung und die nachsichtige Auffassung, die schon 1848 bei der österreichischen Regierung bestanden hat und durch die Tatsachen so grausam ad absurdum geführt worden ist, besteht merkwürdigerweise auch heute noch[2]), wenngleich man ihnen seit einiger Zeit etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken begonnen hat. Baron Leopold Chlumecky äußert sich hierüber in seinem bereits mehrfach erwähnten gehaltvollen Werke folgendermaßen:

„Schwerlich würden anderwärts derartig offenkundige Losreißungstendenzen so weitgehende Nachsicht finden wie bei uns. Der einstige alte Polizeistaat, er ist in manchen Beziehungen heute recht modern geworden, er läßt gewissen Meinungsäußerungen in Wort und Schrift so freien Lauf, daß der gesprochene und gedruckte Irredentismus bisweilen die Grenzen des Hochverrats ungestraft überschreiten darf" **).

*) „Geschichte der österreichischen Revolution". Bd. I, S. 19.
**) „Österreich-Ungarn und Italien". S. 26.

Der Hauptgrund für dieses Verhalten der Regierung ist wohl in der schon an anderem Orte gekennzeichneten übergroßen Rücksicht zu suchen, die sie dem Bundesgenossen jenseits der Alpen schuldig zu sein glaubt und die sie alles ängstlichst vermeiden läßt, was dort nur entfernt verstimmen könnte. Lieber schließt sie beide Augen zu dem staatsgefährlichen Treiben der Irredenta und läßt diese immer dreister auftreten, als daß sie durch einen derben Griff in das Wespennest die von ihr stets versicherte „Herzlichkeit" der Beziehungen zu Italien zu gefährden wagte.

Nun mag es ja sein, daß es nicht nur die landesübliche Gefälligkeitssucht gegenüber dem empfindlichen Bundesgenossen war, was die österreichische Regierung zu dieser Haltung veranlaßt hatte, sondern auch ein psychologisches Motiv, nämlich der Glaube, daß durch scharfen Druck auch der Gegendruck verschärft zu werden pflege und daß gegen herausforderndes Gebahren scheinbare Nichtbeachtung meist am wirksamsten sei. Aber was die Psychologie des Alltags lehrt, läßt sich nicht auch immer auf die Politik anwenden, in der die Psychologie der Geschichte ebenso berücksichtigt werden muß. Diese aber lehrt, daß Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber jeglicher Umsturzbewegung diese nicht nur nicht abschwächen sondern im Gegenteil noch anspornen; die Weltgeschichte kargt nicht mit Beispielen dafür; man denke nur an die große französische und an die Wiener Revolution, besonders an Ludwig XVI. und Latour...

Die Unterschätzung der irredentistischen Bewegung durch die österreichische Regierung ist um so schwerer zu begreifen, als der Fall Oberdank doch zur Genüge deutlich gezeigt hat, wessen Fanatiker dieser Richtung fähig sind. Allerdings sind seither fast schon dreißig Jahre vergangen und Italien ist fast ebensolange der offizielle Bundesgenosse der

Monarchie; aber die Irredenta ist noch ebenso vorhanden wie damals, und wenn sie sich derzeit auch nicht mehr ganz so jugendlich ungestüm gebärdet wie früher, wo Menotti Garibaldi allen Ernstes an Überfälle auf Triest und Südtirol mitten im Frieden dachte, so wird sie jetzt um so planmäßiger und wirksamer betrieben. Daß auch heute eine Wiederholung des Falls Oberdank keineswegs ausgeschlossen ist, geht aber mit unheimlicher Deutlichkeit aus der Tatsache hervor, daß mit dem Andenken an diesen Mann nicht bloß in Italien, sondern auch auf österreichischem Boden ein förmlicher Kult getrieben wird, ein Kult, an dem sich selbst Amtspersonen beteiligen*), und daß die italienische Jugend von Triest als Trutzlied gegen Österreich die Oberdankhymne singt. Die Triestiner Presse, vor allem der „Piccolo", leisten diesem Treiben nach Kräften Vorschub, ohne von den Behörden daran gehindert zu werden; im Gegenteil, diese tun dasselbe, wenn auch ungewollt, indem sie patriotische Kundgebungen gegen den Irredentismus unterdrücken**). Die k. u. k. Behörden gehen dabei von dem für

*) Da der Ort, wo Oberdank begraben liegt, nicht bekannt ist, hat man das Grab seiner Mutter zum Gegenstande irredentistischer Demonstrationen gemacht. Am ersten Jahrestage ihres Todes, 4. Dezember 1909, hat die Triestiner Jugend ihr ein Denkmal aus Marmor errichten lassen und das Grab bekränzt. Unter den Kranzspendern befand sich auch ein Beamter der Stadtgemeinde von Pola! In Rom gibt es, wie Vizeadmiral Chiari erwähnt, sogar eine Oberdankstraße; ein überaus drastisches Symptom der bundesfreundlichen Gesinnung nicht nur des italienischen Volks sondern auch der Regierung, die eine derartige Ungeheuerlichkeit zugelassen hat.

„Danzers Armee-Ztg." Nr. 50, Jg. 1909 und Nr. 21, Jg. 1910.

**) So haben sie unter anderem im Jahre 1906 anläßlich einer Gegenkundgebung der Triestiner „Patriotenliga" gegen die irredentistischen Demonstrationen der „Nationalliga" die schwarz-gelben Fahnen mit Beschlag belegen lassen! Fahnen in den Farben des ita-

Regierungsorgane jedenfalls eigenartigen Standpunkt aus, man dürfe die Italiener nicht durch patriotische Kundgebungen „herausfordern“ *).

Mit vollem Rechte wird auch auf die bedenkliche Ähnlichkeit verwiesen, die die gegenwärtigen Zustände im Küstenland und in Südtirol mit denen in der Lombardei und in Venetien vor 1848 zeigen, sowie auf die Beteiligung der k. u. k. Beamten italienischer Nationalität am Irredentismus.

„Wer sich jemals durch einige Zeit in Trento aufgehalten hat, konnte schon aus der Art des täglichen gesellschaftlichen Lebens erkennen, daß dort vor allem die

lienischen Königreichs aber dürfen unbehelligt, gleichsam im Triumph, durch die Straßen Triests getragen werden.

*) Daß von ihnen auch das Singen der österreichischen Hymne als eine derartige „Herausforderung“ angesehen wird, zeigt nachstehender Bericht aus Südtirol.

„So bedenklich und so unbegründet gleichzeitig die Angst unserer obersten Behörden ist, mit den irredentistischen Elementen kurzweg aufzuräumen, so groß und beschämend ist die tatsächlich überall sich offenbarende Scheu, hier Ordnung zu machen. Nicht als besonders bemerkenswerter Vorfall, sondern als typisches Vorkommnis sei folgende Tatsache erzählt, die drei oder vier Jahre zurückdatiert: In einer kleineren Garnison in Südtirol hält eines Tages ein bekannter Hetzapostel aus dem Königreiche mit Bewilligung der Behörden eine Versammlung ab. Am selben Tage ladet ein jüngerer Offizier die gerade an diesem Tage ausscheidenden Reserveoffiziere des Bataillons zu sich in die Privatwohnung, wobei gegen Abend bei offenen Fenstern gemeinsam die Volkshymne gesungen wurde. Es kam zu keinerlei Rekontre oder Demonstration, wohl aber wurde — offenbar von einem Irredentisten — die Sache in einem anonymen Briefe dem Bataillonskommando angezeigt. Der Offizier wurde zum Rapport befohlen und erhielt einen Verweis, weil seine Handlungsweise die Bevölkerung provoziert haben könnte“ . . . „Danzers Armee-Ztg.“ Nr. 29, Jg. 1908.

Finanz- und die Gerichtsbeamten so ziemlich durch die Bank Irredentisten sind. Die einzige Maßregel der Regierung beschränkt sich meist darauf, wenigstens an den wichtigsten Bezirkshauptmannschaften zuverlässige politische Beamte zu dislozieren, seien es deutsche Beamte aus Nordtirol, seien es gutgesinnte italienische Beamte. Letztere haben allerdings stets den schwersten Stand, weil sie von den terroristischen Irredentisten als Renegaten verfolgt werden. An solchen Orten verkehren dann die Finanzbeamten und die Herren vom Gericht zwar mit den einheimischen Italianissimi, meiden aber ostentativ den Kontakt mit den politischen Beamten und selbstverständlich noch mehr den Verkehr mit den Offizieren!"*)

Nichts aber beleuchtet die Arglosigkeit der Regierung einerseits, die Dreistheit des Irredentismus anderseits so grell wie die Tatsache, daß jene eine Ausstellung subventionierte, die in unverkennbarer Absicht den Irredentismus verherrlichte.**)

Es sieht nach all dem fast so aus, als kennte die österreichische Regierung kein heißeres Bemühen, als möglichst viele und drastische Beispiele für die Richtigkeit des Sprichworts zu erbringen: „Wen der Herr verderben will, den schlägt er vorher mit Blindheit" . . .

2.

Die bedeutsamste Forderung der Italiener Österreichs ist die nach einer eigenen Universität oder mindestens einer eigenen Rechtsfakultät. Sie ist, um es gleich zu sagen, durchaus unberechtigt, denn die Zahl der Italiener in Österreich

*) „Danzers Armee-Ztg." Nr. 20, Jg. 1908.
**) „Danzers Armee-Ztg." Nr. 30, Jg. 1910.

ist viel zu gering, ein solches Verlangen zureichend zu begründen. Für ein Volk, das mit seinen 750000 Köpfen nicht einmal 3% der Gesamtbevölkerung beträgt, eine eigene nationale Universität oder auch nur Fakultät errichten zu sollen, das ist ein Ansinnen, das zu erfüllen der Staat keinerlei Ursache hat, zumal im Hinblick auf die 2 Millionen Südslawen und $3^3/_4$ Millionen Ruthenen, die auch noch keine eigene Universität oder Fakultät besitzen, obwohl sie hierauf doch um so viel mehr Anspruch hätten. Die Italiener und ihre zahlreichen deutschen Anwälte in Österreich wollen die geringe Zahl zwar nicht als Gegengrund gelten lassen und berufen sich auf die „alte Kultur der lateinischen Rasse" (das ist in diesem Fall die stehende Phrase), die ihnen ein Recht gäbe, diese Forderung zu stellen. Aber so bestechend dieses Argument für kurzsichtige Leute auch zu sein scheint, in Wahrheit steht es auf recht schwachen Füßen. Vor allem drängt sich ihm gegenüber die Frage auf, warum Österreich auf die — angeblichen — Kulturbedürfnisse der Italiener um so viel mehr bedacht sein soll als Italien selber? Dieses besitzt 17 staatliche Universitäten, was bei rund 36 Millionen Einwohnern eine Universität auf etwa 2 Millionen ergibt. In Österreich aber soll schon für 750000 Einwohner eine Hochschule errichtet werden! . . . Doch auch, wenn man diese rein mathematische Vergleichung nicht gelten lassen sollte, gibt es noch einen andern, weit wirksameren Einwand gegen die Berufung auf das italienische Kulturbedürfnis. Mit welchem Rechte darf ein Volk eine besondere Berücksichtigung seines Bildungsdranges fordern, das in seinem eigenen Land im Unterrichtswesen Zustände duldet, die weit eher an die Barbarei des Orients als an die „alte lateinische Kultur" erinnern, mit der es sich so brüstet? Nahezu 40% der Rekruten sind in Italien Analphabeten, in ein-

zelnen Provinzen noch mehr, so in Cagliari 71%*), was die dort herrschenden Schulverhältnisse hinlänglich beleuchtet[3]). Angesichts dieser fatalen Zahlenbilder zur „lateinischen Kultur" täte man demnach auf italienischer Seite entschieden besser, dieses Argument nicht ins Treffen zu führen ...

Für die Errichtung einer italienischen Fakultät besteht nach alldem somit gewiß kein Grund; wohl aber gegen sie. Schon aus Rücksicht auf die Südslawen und Ruthenen. Hat man diesen, die fast dreimal und fast fünfmal so viel Köpfe zählen, bisher keine eigene Universität oder auch nur Fakultät gegeben, so darf man sie von Rechts wegen auch dieser Handvoll Italiener nicht geben; das wäre eine Parteilichkeit, die jene mit Recht aufs äußerste erbittern müßte. Aber auch noch ein zweites Motiv spricht gegen die Gewährung des italienischen Verlangens: die Sicherheit des Reichs. Bei der fast durchweg irredentistischen Gesinnung der studierenden Jugend italienischer Herkunft würde eine italienisch-nationale Universität zweifellos eine gefährliche Brut- und Zuchtanstalt für den Irredentismus werden, der

*) Baron L. Chlumecky gibt noch andere äußerst drastische Daten zu diesem Thema. So hatten noch vor wenigen Jahren 87% der Schulen in der Provinz Teramo kein Wasser, nur 16% die vorgeschriebene Größe, und 99% keine Aborte! 90% der Schulen sind in der Provinz Sassari (Sardinien) gelegentlich einer Revision als „unzulänglich" bezeichnet worden, und die Kommission erklärte, man müsse sich vom hygienischen Standpunkte geradezu freuen, daß etwa ein Drittel der schulpflichtigen Kinder vom Unterricht fortbleiben! ...

„Österreich-Ungarn und Italien", S. 168.

Daß diese Zustände auch heute noch nicht besser geworden sind, daß die Bevölkerung namentlich in Süditalien und Sizilien in tiefster Unwissenheit lebt, das haben die Revolten anläßlich der jüngsten Choleraepidemie gezeigt. Höchst interessante Details hierzu gibt derselbe Autor in seinem Aufsatz „Aus dem dunkelsten Italien".

„Österreichische Rundschau", Bd. XXVIII, Nr. 6.

Staat würde in ihr somit wirklich eine Schlange an seinem Busen nähren.

Unter solchen Umständen hätte die Staatsräson der Regierung die Pflicht auferlegt, den italienischen Hochschulansprüchen mit einem festen Nein zu begegnen. Die kategorische Formulierung der italienischen Forderung „Trieste o nulla!“ würde ihr die beste Handhabe dazu geboten haben. Sie hätte hierauf ebenso kategorisch erwidern müssen: „Nulla“. Allen Einwänden gegenüber hätte sie sich bloß auf das Beispiel Deutschlands zu berufen gebraucht. Dort denkt die Regierung auch nicht entfernt daran, den Polen eine eigene Universität zu bewilligen, obwohl deren Zahl über drei Millionen beträgt, mit den stammverwandten Masuren, Kassuben und Wenden sogar noch um eine halbe Million mehr; obwohl ferner die polnische Kultur doch auch nicht von heut' ist. Und ebensowenig würde man sich im Deutschen Reiche dazu verstehen, den Franzosen im Elsaß und den Dänen in Schleswig eine eigene Hochschule zu geben, selbst wenn ihre Zahl weit größer wäre, als sie tatsächlich ist; und das sind doch gewiß Nationen, deren Kultur die der gegenwärtigen Italiener wesentlich übertrifft . . .

Da in Österreich die Staatsräson aber immer hinter der Wohldienerei gegenüber irgendeiner Nation zurückstehen muß, so fand es die österreichische Regierung trotz alledem für angemessen, den Italienern ihren Willen zu tun, um wenigstens nach dieser Seite hin für einige Zeit Ruhe zu haben. Sie beschloß ihnen in Innsbruck eine eigene Fakultät zu errichten, die aber nur provisorischen Charakter haben sollte*).

*) Italienische Kurse haben sich schon seit dem Jahre 1864 an der dortigen Universität befunden.

Die Wahl dieses Standorts wäre an sich gar nicht ungeschickt gewesen, denn Tirol ist ein zweisprachiges Land; eine utraquistische Universität in seiner Hauptstadt hätte sonach den nationalen Verhältnissen entsprochen. Aber sowohl auf deutscher wie auf italienischer Seite war man mit dieser Wahl höchst unzufrieden.

Die Deutschen, weil sie Innsbruck nicht „verwelschen" lassen wollten, was, beiläufig bemerkt, bei dieser rein deutschen Stadt gar nicht zu befürchten war; die Italiener, weil sie ihre Universität im eigenen Sprachgebiete haben wollten und zwar in Triest. Beide Teile wären in der Hauptsache somit einig gewesen; das hinderte aber nicht, daß ihre Erbitterung gegeneinander immer mehr zunahm, geschürt von gewissenlosen Hetzern, die, wie stets in derartigen Fällen, die Universitätsstudenten als die empfänglichsten Medien für ihre Suggestionen erkoren hatten.

Bei der Stimmung, die infolgedessen in Innsbruck herrschte, lag der Ausbruch eines ernsten Konflikts zwischen den beiden nationalen Lagern sozusagen in der Luft und war vorauszusehen. Er ließ auch nicht lange auf sich warten. Schon an dem Tage, an dem die neue Fakultät ihre Tätigkeit eröffnete, platzten die Leidenschaften aufeinander und führten zu einem Skandal, der als eine der wüstesten und widerwärtigsten Episoden des an solchen Erscheinungen wahrlich nicht armen nationalen Haders bezeichnet werden muß.

Am 3. November 1904 fand in der neuen Fakultät die Antrittsvorlesung statt. Dieses für die Italiener immerhin bedeutsame Ereignis wurde dann von den italienischen Studenten im Vereine mit ihren Professoren und einigen konnationalen Abgeordneten im Gasthause festlich begangen, und es mag sein, daß die Versammelten im Hinblick auf die ihnen gewordene Genugtuung dieses Mahl als eine Art

Siegesfeier ansahen und in die entsprechende Stimmung gerieten. Als ein Teil von ihnen das Lokal verließ, kam es auf der Straße zu einem Zusammenstoße mit deutschen Studenten. Bei dieser Gelegenheit machten die Italiener von ihren mitgenommenen Revolvern Gebrauch und gaben damit das Signal zu einem Sturm, der ganz Innsbruck in Aufruhr brachte. Die deutschen Studenten erhielten binnen kurzem Verstärkung, nicht bloß aus den Kreisen ihrer Kollegen sondern auch aus der übrigen Bevölkerung, und fielen nun mit erdrückender Übermacht über ihre italienischen Kollegen her. Nur mit Mühe gelang es der Polizeiwache, diese in Sicherheit zu bringen. Immerhin wurden doch einige von ihnen, die in die Hände der wütenden Menge gefallen waren, „unmenschlich mißhandelt"*); ein Schicksal, das auch mehreren Wachleuten widerfuhr. Obwohl mit der Verhaftung der italienischen Studenten jeder Anlaß zu weiteren Unruhen beseitigt gewesen wäre, nahmen die Exzesse immer bedrohlichere Formen an, so daß schließlich Militär zu Hilfe gerufen werden mußte. Da die aufgehetzte Menge Widerstand leistete, sah sich dieses genötigt, mit dem Bajonett vorzugehen, und dabei geschah es, daß ein italienischer Kaiserjäger einem Manne, der sich später als ein Maler Namens Pezzey herausstellte, seine Waffe in den Rücken rannte und ihn hierdurch tötete. Das gab dem Aufruhr neue Nahrung und, wie in solchen Fällen unausbleiblich, wandte sich die Wut der tobenden Menge nun gegen die „Mörder". Erst gegen Morgen trat in der Stadt Ruhe ein.

Aber sie sollte nur von kurzer Dauer sein, denn der nächste Tag brachte noch wüstere Szenen, die in der Demo-

*) Nach der Darstellung des Ministerpräsidenten Dr. v. Körber in der Reichsratssitzung vom 17. Nov. 1904.

lierung der italienischen Fakultät ihren Gipfelpunkt erreichten. Alles, was in der Stadt italienisch war, wurde von den Deutschen als vogelfrei angesehen und danach behandelt. Kein Italiener war mehr seines Lebens und seiner Habe sicher, denn die Polizei zeigte sich vollständig machtlos, das Militär aber wurde nur sparsam verwendet, denn da die Stadtbehörden sich über dessen „zu scharfes" Vorgehen am Abend zuvor beschwert und dabei auf den Fall Pezzey gepocht hatten, wagte die Regierung, ängstlich wie immer, vom Militär nicht in dem Umfange Gebrauch zu machen, wie die Sachlage es erfordert hätte*). Die selbstverständliche Folge war für Innsbruck ein Tag fast schrankenloser Anarchie[5]) ...

In Italien schlug die Nachricht von diesen Vorgängen wie ein Blitzstrahl ein, und im Nu loderte die Empörung in hellen Flammen aller Orten empor. Es gab kaum eine größere Stadt, in der es nicht zu mehr oder weniger stürmischen Demonstrationen kam. Kundgebungen vor den k. u. k. Konsulaten, Verbrennen schwarzgelber Fahnen und „Abasso l'Austria!"-Rufe waren an der Tagesordnung. Und diesmal waren diese Demonstrationen ausnahms-

*) Als überaus bezeichnend für die Auffassung und Haltung der Innsbrucker Stadtbehörden sei hier hervorgehoben, daß — dem „Neuen Wiener Tagblatt" vom 5. November zufolge — der Bürgermeister Greil dem Statthalter Freiherrn v. Schwarzenau erklärt hatte, sein, des Bürgermeisters, Wort genüge immer, die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen. Er müsse deshalb bitten, von jeder fernern Verwendung des Militärs abzusehen, da die Folgen eines derartigen Schrittes unabsehbar wären. Wenn das Wort des Bürgermeisters bei den Innsbruckern wirklich so viel galt, so ist nur nicht einzusehen, warum er von dieser Suggestionskraft nicht Gebrauch gemacht hat, als die Menge sich anschickte, die italienische Fakultät zu demolieren und die andern Exzesse zu begehen?

weise auch begründet, denn was den Italienern in Innsbruck widerfahren war, gab ihnen das Recht von deutscher Barbarei zu sprechen und sich über Brutalisierung ihrer Minorität zu beschweren. Nur die Adresse war falsch, an die sie diese Kundgebungen richteten, denn es war nicht Österreich als solches, das die Schuld an diesen Vandalismen traf, sondern einzig und allein die Deutschen Österreichs waren es, d. h. der Teil der Deutschen, dessen Mitglieder ein Sonderrecht auf diesen Namen zu haben glauben, und sich jederzeit als Vertreter und Beschützer der Freiheit aufspielen. Die konservativen Deutschen — zu ihrer Ehre sei's gesagt — hatten mit diesen Vorgängen nichts zu tun und verurteilten sie, was zur Folge hatte, daß sich die aufgehetzte Menge auch gegen sie wendete*) ...

Das Leichenbegängnis des „ermordeten" Malers Pezzey vollzog sich genau nach dem Vorbilde des sieben Jahre früher in den Badeni-Tagen bei dem Aufruhr in Graz gefallenen Tischlergehilfen Ketter. Massenbeteiligung, erdrückende Blumenspenden, Verherrlichung des Toten als eines Märtyrers der „heiligen Sache des Volkes", und was dergleichen Demonstrationen mehr sind: all diese stets bewährten Stimulantien kamen auch in diesem Falle wieder zur Anwendung. Nach dem Begräbnis hielten die alldeutschen Abgeordneten Stein und Berger, die eigens hierzu nach

*) Die „Neuen Tiroler Stimmen" brachten einen Artikel, betitelt: „Gewaltherrschaft in Innsbruck". Das Blatt schreibt: „Mit tiefer Scham müssen wir gestehen, daß der traurige Ruhm der Urheberschaft an diesen Szenen ausschließlich den Deutschen gebührt. Die Gosse herrscht ohne Hindernis. Das Ansehen des Deutschtums hat sich durch die Exzesse nicht gehoben." Das Blatt greift den Bürgermeister Greil und den Vizebürgermeister Dr. Erler auf das heftigste an und fordert, daß die Polizei in Innsbruck verstaatlicht werde. — Die „Tiroler Stimmen" nennen den 4. November den Jakobinerfesttag.

Innsbruck gekommen waren, aufreizende Ansprachen an die Menge, um deren Beruhigung zu verhindern*) . . .

Unter dem Eindrucke der austrophoben Kundgebungen, die aus Italien kamen, hielt es die Regierung für ratsam, dem Treiben in Innsbruck durch energische Maßregeln ein Ende zu machen . . .

Wenige Tage später folgte das parlamentarische Nachspiel dieser Vorgänge. Die Darstellungen, die Abgeordneter Dr. Erler, der Vizebürgermeister von Innsbruck, als Vertreter der Deutschen, und Abgeordneter Mazzorana, als der der Italiener, gab, widersprachen einander natürlich auf das schärfste, da beide die ganze Schuld der gegnerischen Partei aufzubürden trachteten. Dr. Erler begnügte sich aber nicht damit, die Italiener anzugreifen, er griff auch, und noch gehässiger, den Statthalter von Tirol und namentlich den Ministerpräsidenten Dr. v. Körber an, den er als den eigentlichen Urheber der Vorfälle in Innsbruck bezeichnete und für sie verantwortlich machte. Seine Reden waren sichtlich zum Fenster hinausgesprochen, denn er pries den getöteten Maler

*) Als überaus bezeichnend sei hier auch die Antwort wiedergegeben, die der Immunitätsausschuß des Parlaments auf das Ansuchen des Innsbrucker Landesgerichts um Auslieferung der Abgeordneten Stein und Berger erteilt hat. Dem Ansuchen ist keine Folge gegeben und dies in dem vom Abg. Sylvester erstatteten Berichte damit begründet worden, daß alle angeblichen Tathandlungen der beiden Abgeordneten in engster Beziehung zu den politischen Vorgängen, die sich nach Eröffnung der italienischen Fakultät in Innsbruck abgespielt haben, standen, daß die Abgeordneten Stein und Berger in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete zu den besprochenen Ereignissen eigens von ihren politischen Parteigenossen gerufen wurden und als solche an den unzweifelhaft politischen Unruhen Anteil nahmen, die inkriminierten Tathandlungen also in ganz bestimmtem Zusammenhange mit dem Mandat waren.

„Neues Wiener Tagblatt" vom 28. Februar 1905.

als „Märtyrer", beschuldigte das Militär, verlangte die Bestrafung der Schuldigen in dessen Reihen, drohte, falls diese nicht erfolgen sollte, mit der Verweigerung des Militärbudgets, apostrophierte Dr. v. Körber als den „Alba von Tirol" und forderte zu dessen Entfernung auf. Für die vandalische Demolierung der italienischen Fakultät fand er nicht ein einziges Wort des Tadels! Kurz: es waren die typischen Hetzreden eines Demagogen*). Daß Dr. Erler dabei von den alldeutschen Abgeordneten noch eifrig unterstützt wurde, war bei deren sattsam bekannter Art nicht zu verwundern.

Dr. v. Körber blieb ihm aber die Antwort nicht schuldig und gab ihm zu verstehen, daß die Verantwortung an den Innsbrucker Vorfällen nicht zum geringsten die städtischen Behörden traf, die, obschon von der herrschenden Stimmung wohl unterrichtet, keinerlei Maßnahmen getroffen hatten, den Skandalen vorzubeugen, und sich gegen die rechtzeitige Verwendung des Militärs ausgesprochen hatten. Die Debatte über dieses Thema nahm so erregte Formen an, daß Dr. v. Körber auf eine Invektive des Abg. Wolf in drohendem Tone rief: „Wagen Sie sich an mich heran! Wagen Sie es nur!**) . . ."

Die Deutschen gingen aus den Kämpfen in Innsbruck allerdings als Sieger hervor, über die Italiener und mehr noch über die Regierung, denn sie hatten die italienische Fakultät an dieser Stätte dauernd unmöglich gemacht; aber

*) Für reichsdeutsche Leser dürfte es nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß der Mann, der in solcher Weise gegen die Regierung und das Militär loszog und den Aufruhr in Schutz nahm, nicht nur die Stelle eines Vize-Bürgermeisters bekleidet, sondern auch die eines k. u. k. Oberleutnants im nicht-aktiven Stande der Landwehr! . . .

**) Reichsrats-Sitzung vom 17. Nov. 1904.

ſie brauchten ſich auf dieſen Sieg durchaus nichts zugute zu tun, denn er war mit einer ſchweren moraliſchen Niederlage erkauft. Was ſie in Innsbruck getan, was ſie verbrochen hatten, war ein europäiſcher Skandal, der das Deutſchtum, in deſſen Namen ſie gehandelt hatten, vor aller Welt auf das Schmachvollſte bloßſtellte und ſeinen Feinden berechtigten Anlaß gab, es der Unkultur und Brutalität zu zeihen.

Damit ſoll die Revolvertaktik der italieniſchen Studenten natürlich keineswegs in Schutz genommen werden, aber ſie läßt ſich, wenn auch nicht entſchuldigen, ſo doch immerhin begreifen: da ſie auf einen Zuſammenſtoß mit den Deutſchen gefaßt waren, ſo ſuchten ſie im Hinblick auf die erdrückende numeriſche Überlegenheit ihrer Gegner ihre Minderzahl durch wirkſamere Bewaffnung wettzumachen, ein Vorgehen, das ſehr nahe lag, da eben keine Partei Luſt hat den Kürzeren zu ziehen. Daß es ihnen nicht um die Ermordung der Deutſchen zu tun geweſen war, wie dieſe behaupteten, ſondern vor allem um deren Einſchüchterung, geht ſchon aus der Tatſache hervor, daß von den 37 Revolvern, die bei den 135 verhafteten italieniſchen Studenten gefunden wurden, nur acht Perſonen (drei ſchwer, fünf leicht) getroffen worden waren, keine aber getötet.

Jedenfalls haftet dem Verhalten der Italiener nicht die pöbelhafte Roheit an, mit der die Deutſchen ihre nationale Würde beſchmutzt hatten, indem ſie als wilde Horde durch die Stadt zogen und alles zu verwüſten ſuchten, was ihr Mißfallen erregte, gleichviel ob es ein italieniſcher Laden, eine konſervative Redaktion oder die kaiſerliche Burg war ...

Nicht einmal die Entſchuldigung hatten die Deutſchen für ſich, daß dieſe Vandalentaten vom „Mob" verübt worden ſeien, denn eine kleine Provinzhauptſtadt beſitzt keinen eigent-

lichen „Mob"; was dieſen vertrat, waren Studenten und Bürger geweſen*).

Das beſchämendſte an dieſem traurigen „Siege" der Innsbrucker Deutſchen war aber, daß er von den übrigen Deutſchen ſtürmiſch akklamiert wurde, daß dieſe ſeine fragwürdigen „Helden" allen Ernſtes als ſolche feierten, daß ſie ſich alſo der Kulturwidrigkeit und Ungeheuerlichkeit der Innsbrucker Vorgänge gar nicht bewußt waren**).

Und ebenſowenig ſcheint man im deutſchnationalen Lager begriffen zu haben, daß man damit nur Waſſer auf die Mühle der Italiener getrieben hatte, indem man ihnen die erwünſchte Gelegenheit gab, ſich auf die Märtyrer hinauszuſpielen und alle Welt zu Zeugen anzurufen, daß ſie in Öſterreich als Stiefkinder behandelt würden.

Die Deutſchnationalen hatten da wieder einmal den Beweis erbracht, daß ſie nicht nur die brutalſte Politik in Öſterreich trieben, ſondern auch die ungeſchickteſte, indem ſie die eigene Sache heillos bloßſtellten und den Gegnern ſelber die wirkſamſten Waffen in die Hand gaben.

3.

Damit ſtand die „italieniſche Univerſitätsfrage" wieder dort, wo ſie vor den Innsbrucker Tagen angelangt war.

*) Vom Alldeutſchen Dr. Schalk iſt dies in einer Proteſtverſammlung ausdrücklich mit ſichtlicher Genugtuung erklärt worden.

**) Von den zahlloſen zuſtimmenden Kundgebungen ſei nur die der deutſchen Univerſitätshörer Wiens hier angeführt. Sie lautet:

„Die deutſche Studentenſchaft Wiens erhebt flammenden Proteſt gegen das brutale Vorgehen der Welſchen. Mit Freude und Stolz hat ſie von dem mannhaften Eintreten der deutſchen Studenten und Bürgerſchaft für die Rechte des deutſchen Volkes vernommen und ſpricht beiden dafür Dank und Anerkennung aus."

„Neues Wiener Tagblatt" vom 5. Nov. 1904.

An eine Wiederholung des mißlungenen Experiments war natürlich nicht zu denken. Es mußte sonach für die italienische Fakultät ein anderer Standort gefunden werden; es fragte sich nur: wo?

Diese Frage spukt seither als drohendes Gespenst ruhelos im politischen Leben Österreichs herum und verursacht der Regierung kein geringes Alpdrücken. Ihm zu entrinnen gibt es für diese keine Möglichkeit, denn sie hat sich durch ihr Versprechen gebunden. Auch die Schwerhörigkeit, die sich bei ihr einzustellen pflegt, wenn sie von einer ihr mißliebigen Angelegenheit keine Notiz nehmen will, konnte sie in diesem Falle nicht ins Treffen führen, dafür sorgten schon die lärmenden Demonstrationen, die von den italienischen Studenten in Wien und Graz von Zeit zu Zeit inszeniert wurden und sich beim besten Willen nicht überhören ließen.

Besonders arg wurden diese Kundgebungen im Spätherbst 1908 unter der Wirkung der Annexion, die die Reizbarkeit der Italiener gegen Österreich so bedenklich gesteigert hatte und ihre Forderung nach einer eigenen Universität noch stürmischer und drohender werden ließ. Am 23. November kam es vor dem Universitätsgebäude zu einer förmlichen Schlacht zwischen italienischen und deutschnationalen Studenten, wobei abermals mit Revolvern geschossen wurde und es eine ganze Schar Verwundeter gab.

Unter dem Drucke dieser drohenden Mahnungen sah sich die Regierung bemüßigt, die italienische Fakultätsfrage ernstlich in Angriff zu nehmen, und Baron Bienerth faßte im Einverständnis mit dem Parlamentsausschuß den Entschluß, eine italienische Fakultät einstweilen in Wien zu errichten; nach Ablauf von vier Jahren sollte sie dann auf italienisches Sprachgebiet verlegt werden.

Die Wahl Wiens zum Standort war, vorausgesetzt

daß man der Handvoll Italiener überhaupt eine eigene Hochschule bewilligte, unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur die nächstliegende sondern auch die beste, denn die zentrale Lage, die deutsche Nationalität und loyale Art der Wiener schloß die Gefahr irredentistischer Einflüsse vollständig aus. Aber diese glückliche Wahl wurde durch ihren provisorischen Charakter wieder entwertet und zu einem jener landesüblichen Palliativmittel herabgewürdigt, mit denen sich die Regierung so gern aus heikeln Situationen herauszuhelfen sucht. Einerseits wagte sie nicht die Fakultät nach Triest zu verlegen, wie die Italiener es wünschten, weil Gründe militärisch-politischer Natur dies im Hinblick auf die heimliche Spannung zwischen den zwei Bundesgenossen nicht ratsam erscheinen ließen; anderseits wollte sie den Italienern doch wieder entgegenkommen, um sie nicht in die Opposition zu treiben. So war sie denn, da auch ihr ursprünglicher Plan, Roveredo zum Standort zu wählen, aus denselben Gründen hinfällig geworden, auf den Ausweg dieses Provisoriums verfallen und hatte die Italiener auf die Zukunft vertröstet. Warum just in vier Jahren möglich sein sollte, was derzeit als nicht möglich gilt, ist allerdings nicht einzusehen, denn selbst wenn sich das Verhältnis zwischen der Monarchie und Italien innerhalb dieser Frist wirklich bessern sollte — eine immerhin recht fragliche Voraussetzung —, so bliebe eine italienische Hochschule auf italienischem Sprachgebiete doch nach wie vor eine Gefahr für Österreich, weil der irredentistische Gedanke in absehbarer Zeit gewiß nicht verschwinden wird, am allerwenigsten unter der studierenden Jugend und so nahe der Grenze. Aber möglicherweise hat sich die Regierung dabei der stillen Hoffnung hingegeben, daß das Provisorium einen dauernden Charakter annehmen und sich allmählich zum Definitivum wandeln werde.

Mochte Baron Bienerth diesen Hintergedanken nun haben oder nicht, jedenfalls blieb es ihm erspart, in dieser heikeln Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen, da er, bevor diese Notwendigkeit an ihn herantrat, infolge der tschechischen Obstruktion und der für die Regierung ungünstigen Neuwahlen seine Demission gab.

Sein Nachfolger, Freiherr von Gautsch, beeilte sich gleich in seiner Programmrede, die Italiener darüber zu beruhigen, daß er die ihnen von seinem Vorgänger gegebene Zusage aufrecht erhalte, und erklärte die italienische Fakultätsangelegenheit zu einem der ersten Punkte seines Arbeitsplanes machen zu wollen; über die Frage des Standorts und, ob provisorisch oder definitiv, sprach er sich jedoch nicht näher aus, offenbar weil er hierüber selber noch nicht schlüssig war.

Auch er sollte nicht dazu kommen, sein Versprechen einzulösen, denn schon nach viermonatlicher Tätigkeit sah er sich zum Rücktritt veranlaßt.

Gleich ihm versicherte auch sein Nachfolger, Graf Stürgkh, die Italiener schon bei seinem Regierungsantritt seines entschiedenen Willens, ihnen zu ihrer Fakultät zu verhelfen. Da somit jede Regierung, gleichviel welcher Minister sie verkörpert, für die Erfüllung des italienischen Hochschul-Wunsches eintritt und auch im Parlament die Stimmung hierfür günstig ist, darf die Errichtung der italienischen Fakultät als sicher angenommen werden, soweit eben bei der Unberechenbarkeit der politischen Vorgänge in Österreich von Sicherheit überhaupt die Rede sein kann.

Nur die Frage nach ihrem Standort ist noch immer offen. Die Regierung dürfte mit Rücksicht auf die Einwände, die von militärischer Seite gegen die Wahl Triests erhoben worden sind, an dem Wiener Provisorium fest-

halten. Ob sie diese Absicht aber wird durchsetzen können, ist fraglich, denn sie stößt im Parlament auf Widerspruch; nicht nur bei den Italienern, die durchaus Triest haben wollen und einem Provisorium, nicht ganz ohne Grund, mißtrauen dürften, sondern mehr noch beim radikalen Teil der Deutschnationalen, die von der Errichtung einer italienischen Fakultät überhaupt nichts wissen wollen, Wien als Standort aber ganz besonders ablehnen. Nun haben sie in der Hauptsache ja zweifellos recht, weil die Errichtung einer italienischen Universität aus den bereits angeführten Gründen tatsächlich nicht gerechtfertigt ist: ganz und gar unrecht aber haben sie mit der Motivierung ihrer ablehnenden Haltung und namentlich mit ihrer Opposition gegen Wien. Ihr Standpunkt ist nämlich der, daß in Österreich überhaupt keine nicht-deutschen Hochschulen errichtet werden sollen, in Wien aber schon gar nicht, weil die Reichshauptstadt nicht „entnationalisiert" werden dürfe; ein Einwand, der die Unduldsamkeit und nationale Monomanie der Alldeutschen und Deutschradikalen wieder einmal im grellsten Lichte zeigt. Daß sie durch die lächerliche Behauptung, zwei- bis dreihundert italienische Studenten könnten den deutschen Charakter einer Stadt von 2 Millionen Einwohnern gefährden, eben diesem Charakter das denkbar schlechteste Zeugnis ausstellen, scheinen sie in ihrem nationalen Koller gar nicht zu merken . . .

Da diese Vertreter des Ur- und Nur-Deutschtums im Reichsrat glücklicherweise doch nur in der Minderzahl sind, brauchte die Regierung auf ihre fixen Ideen weiter keine Rücksicht zu nehmen und könnte die italienische Fakultät trotzdem in Wien errichten; aber die Drohungen dieser Fanatiker, die nicht übel Lust zu haben scheinen, in Wien eine Wiederholung der Innsbrucker Untaten zu inszenieren, könnte

die Regierung einschüchtern und sie, ihrer bessern Einsicht entgegen doch veranlassen, sich für Triest zu entscheiden*).

Diese Möglichkeit ist um so mehr zu besorgen, als nicht nur die Italiener sondern auch die Tschechen, Sozialdemokraten und fortschrittlichen Deutschen für Triest sind.

Daß es die Tschechen sind, läßt sich daraus erklären, daß sie für alles eintreten, was der zentralistischen Staatsidee abträglich ist und geeignet, die Wünsche der nicht-deutschen Nationen des Reichs zu fördern.

Daß die Sozialdemokraten für Triest eintreten, geschieht allein schon aus Opposition gegen die militärischen Bedenken

*) Der deutschnationale Abg. Wedra hat ganz unverblümt mit einer zweiten Auflage der Innsbrucker Gewalttaten gedroht. Er rief bei den parlamentarischen Verhandlungen über die italienische Fakultät dem damaligen Unterrichtsminister Grafen Stürgkh die bedeutsamen Worte zu:

„Exzellenz, mit der Sache werden Sie kein Glück haben! Dessen kann ich Sie von dieser Stelle aus versichern. Da wird Wien auf die Straße gehen! Das gibt es nicht, daß Wien entnationalisiert wird! Gehen Sie nach Konopischt, wenn Sie wollen! In Wien gibt es das nicht! Da können Sie etwas erleben in Österreich! Geben Sie die Universität nach Triest oder wohin Sie wollen, aber nach Wien absolut nicht!"

Dieser Abgeordnete hat im Verein mit seinem Kollegen Pollauf am 12. November 1911 auch eine Protestversammlung gegen die Errichtung einer italienischen Fakultät in Wien veranstaltet, wobei es zu antidynastischen Kundgebungen kam, die bei den maßvollern Mitgliedern des „Deutschen Nationalverbands" berechtigten Unwillen hervorriefen, auch eine ziemlich scharfe Abwehr zur Folge hatten (Leitartikel des Abg. Steinwender im „Neuen Wiener Tagblatt" vom 14. November). Diese Kundgebungen bestätigen nur, was im Kapitel „Alldeutschtum" gesagt worden ist: die alldeutschen und radikaldeutschen Fanatiker warten bloß auf eine Gelegenheit, ihren antiösterreichischen und antidynastischen Gefühlen Luft zu machen und ihren wilden Terrorismus von neuem zu beginnen.

und aus ihren Sympathien für die antiösterreichischen, revolutionären Tendenzen der triestiner Italianissimi.

Nicht so einfach liegt die Sache bei den Deutschfortschrittlichen. Es ist noch nicht so lange her, da haben sich diese anläßlich der Innsbrucker Vorgänge vor Entrüstung über die „welsche Tücke" nicht zu fassen gewußt, haben die dortigen teutonischen Vandalen zur Demolierung der italienischen Fakultät und ihren sonstigen Terrorismen gegenüber den Italienern wie zu einer Heldentat beglückwünscht und sich in begeisterten Zustimmungsäußerungen mit ihnen für solidarisch erklärt: heute aber setzen sie sich mit demselben Pathos für die „uralte lateinische Kultur" ein und stellen die Bedenken gegen die Wahl Triests als den Ausdruck militärischer Wichtigtuerei und klerikaler Machenschaften hin! ...

Und die Ursache dieses Gesinnungswandels? ... Die ist einfach in dem Bestreben zu suchen, die Bundesgenossenschaft der Italiener gegen die Slawen zu erlangen, deren Bekämpfung ja das Um und Auf ihrer Politik bedeutet. Was ihnen dabei vorschwebt, ist der „deutsch-romanische Block", von dem sie so gern phantasieren. Was es aber mit diesem vermeintlichen Palliativ gegen die „slawische Gefahr" für eine Bewandtnis hat, geht aus der bezeichnenden Tatsache hervor, daß die Zahl der Italienisch-Liberalen, die allein dabei in Frage kämen — die Italienisch-Klerikalen täten wohl kaum mit — verschwindend klein ist und ganze 4 Mann umfaßt. Selbst wenn man die 5 Rumänen aus der Bukowina dazu rechnet, gäbe das im ganzen nur 9 Köpfe. Und um dieser paar Stimmen willen tragen die Deutschfortschrittlichen kein Bedenken, eine Standortwahl zu befürworten, die eine Gefahr für das Reich bedeutet!

Eine Gefahr für das Reich? ... Ist das nicht wirk-

lich eine Übertreibung, nicht wirklich ein unnötiges Schaumschlagen der militärischen Kreise? . . .

Nun, man sollte glauben, schon ein Blick auf die Karte müßte diesen Zweifel verstummen machen. Zu Land in bedenklichster Nähe der Grenze, zur See schutzlos den Angriffen einer feindlichen Flotte preisgegeben, bildet Triest schon an und für sich die Achillesferse der Monarchie; um wie viel mehr erst wüchse die Gefahr für diesen einzigen großen Seehafen des Reiches durch die Ansammlung einer vom irredentistischen Gedanken fanatisierten Schar jugendlicher Hitzköpfe, deren wilder Tatendurst vor keinem Gewaltmittel zurückschrecken würde, wenn es gälte, das verhaßte Österreich zu schädigen[5]) . . .

* * *

Falls die Regierung ihre Absicht, eine italienische Fakultät zu errichten, verwirklicht, wie das nach dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit zu erwarten ist, so wird ihr nichts anderes übrig bleiben, als in absehbarer Zeit auch die ruthenischen und slowenischen Hochschul-Wünsche zu erfüllen, wenn sie sich von seiten dieser Nationen nicht den begründeten Vorwurf zuziehen will, sie ungerechterweise zurückzusetzen und zu vernachlässigen. Nur dadurch könnte sie dieses den Italienern ohne zureichenden Grund gemachte Zugeständnis wenigstens nachträglich rechtfertigen . . .

Daß sich die Regierung zu diesem bereit gefunden hat und der Handvoll Italiener gewährt, was sie den nahezu vier Millionen Ruthenen und zwei Millionen Slowenen bisher versagt hat, geschieht offenbar nur in der Hoffnung, die österreichischen Italiener hierdurch endlich zufrieden zu stellen und damit wohl auch die Beziehungen zu Italien zu bessern; aber es wäre leicht möglich, daß sich diese Hoffnung als Täu-

schung erweist, denn es ist keineswegs ausgemacht, daß es den Italienern wirklich so sehr um die italienische Fakultät zu tun ist, und es gibt Leute, die behaupten, dieses Verlangen biete ihnen nur den willkommenen Vorwand, gegen Österreich zu schüren. Ist dem so — und die Wahrscheinlichkeit spricht zum mindesten nicht dagegen —, dann wird nach der Beilegung der Fakultätsfrage eben eine neue „Frage" auftauchen; um einen geeigneten Vorwand dazu werden die klugen Landsleute Machiavells gewiß nicht verlegen sein . . .

Anhang.

[1]) Der Haß der Italiener gegen Österreich vor 1848.

(Zu S. 283.)

Offiziere und Mannschaften durften in jenen Tagen nur zu zweit oder gruppenweise ausgehen, denn Überfälle auf sie, und zwar sehr ernste mit Dolch und Pistole, waren an der Tagesordnung. Selbst die Frauen der österreichischen Offiziere und Beamten blieben vom Hasse der Italiener nicht verschont. Man begoß ihre Kleider mit ätzenden Flüssigkeiten oder besudelte sie auf irgendeine andere Art. Häufigen Anlaß zu Zusammenstößen gab auch der Krieg, den die Italiener den Zigarren erklärt hatten, die ein Monopol des österreichischen Aerars bildeten und durch deren Boykottierung man dieses finanziell schädigen wollte. Wer mit einer Zigarre angetroffen wurde, war seiner Haut nicht sicher. Bis zu welchem Grade der austrophobe Fanatismus ausgeartet war, dafür liefert Helfert ein bezeichnendes Beispiel: „Das Ärgste leisteten die Buben vom Mailänder Kommunalgymnasium Santa Marta, die aus ihren Schulbüchern die kaiserlichen Adler herausschnitten und von der Türe bis zum Katheder auf den Boden legten, so daß der eintretende Professor, ohne es zu merken, mit seinen Absätzen darauf treten mußte."

Geschichte der Österr. Revolution 1848, I. Bd. S. 198.

[2]) Naivität der k. u. k. Behörden gegenüber der Irredenta.

(Zu S. 284.)

Ein besonders drastisches Beispiel für die unbegreifliche — Arglosigkeit der k. u. k. Regierung gegenüber den Italienern ist dem Verfasser von einem österreichischen Offizier mitgeteilt worden, der in Südtirol

stationiert war. Diesem Gewährsmann zufolge hat die Regierung beim Bau der daselbst errichteten, zum Schutze gegen einen Angriff Italiens bestimmten Befestigungen italienische Arbeiter verwendet und sich gegen die nahe liegende Möglichkeit eines Verrats dadurch zu sichern geglaubt, daß sie den Leuten das Versprechen abnehmen ließ, Stillschweigen zu bewahren. Ohne diesen Leuten nahetreten zu wollen, darf man doch annehmen, daß ihre ethischen Begriffe nicht allzu hoch entwickelt und gegen klingende Versuchungen um so weniger gefeit sein können, als sie selber doch zumeist arme Teufel sein dürften. Sich unter solchen Umständen auf ihr Versprechen zu verlassen, zeigt von einer Naivität, die nicht so bald ihresgleichen finden dürfte.

[3]) Italienische Schulverhältnisse. (Zu S. 290.)

Sehr interessante und charakteristische Angaben hierüber macht das italienische Militärblatt „Esercito Italiano", in dem ein Hauptmann Caruso folgendes berichtet:

„Was ich schreibe, ist das Resultat der von mir angestellten Prüfungen mit den Rekruten des Jahrganges 1907, und zwar aus den Bezirken Pavia, Modena, Foggia und Avellino. Die Zahl der Analphabeten war eine beträchtlich große, und es schmerzt mich zu sagen, daß die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen in all diesen Bezirken, in denen die Società Dante Alighieri ihre Tätigkeit entfaltet, eigentlich die gleiche war. Der Unterschied lag nur darin, daß die Analphabeten aus den Ergänzungsbezirken Pavia und Modena das gänzlich vergessen hatten, was sie während eines zwei-, dreijährigen Schulbesuches angeblich gelernt, während die Analphabeten aus Foggia und Avellino niemals in ihrem Leben die Schwelle einer Schule betreten hatten. Bezüglich derjenigen, welche Schulbildung genossen, hier meine Erfahrungen: Die Schüler der zweiten Klasse vermochten nur mühsam zu lesen, nicht viel besser jene der dritten, geläufig jene der vierten. Keiner war aber imstande, auch nur annähernd richtig ein paar kurze Sätze aus dem Gelesenen wiederzugeben. Der größte Teil der Absolventen der dritten Volksschulklasse konnte nur schlecht mit den drei ersten arithmetischen Grundoperationen mit ganzen Zahlen fertig werden; die Schüler aus den Realschulen und Gymnasien hatten nur mehr einen blassen Schimmer vom Rechnen mit Zehntelbrüchen. Aus der Geographie wußte der größte Teil der Rekruten nur, daß die Hauptstadt Italiens Rom heißt. Die Leute, welche

Mittelschulen besucht hatten, habe ich gefragt, ob sie wüßten, wo Bayern und Ägypten gelegen, aber aus ihren Mienen gewann ich sofort den Eindruck, daß sie diese Namen zum erstenmal in ihrem Leben vernommen. Als die Rekruten im Jahre 1907 zum Regiment einrückten (alle Jahre habe ich übrigens dieselben Erfahrungen gemacht), kannten 70 Prozent den Namen unseres Königs nicht; sie wußten überhaupt nicht, was ein König sei. Mancher meinte, ein König sei ein mächtiger und reicher Herr. Kein einziger Rekrut wußte von unseren Befreiungskriegen; äußerst wenige waren in der Lage, zu sagen, wer König Viktor Emanuel II. und Garibaldi gewesen. Ich füge noch hinzu, daß in Avellino vor fünf oder sechs Jahren fünfzehn Assentpflichtige aus einer kleinen Gemeinde der Kommission sich vorstellten und alle fünfzehn waren Analphabeten. Sehr überrascht über diese Erscheinung, fragte ich den Bürgermeister, ob sich denn in seiner Gemeinde keine Schule befinde. Der würdige Bürgermeister gab mir zur Antwort: ‚Wir haben seit mehreren Jahren einen Lehrer und eine Lehrerin, Mann und Frau, welche inamovibel sind und die Hälfte der Gemeindeumlagen einstecken. Wer aber in unserer Gemeinde Lesen und Schreiben lernen will, der muß privaten Unterricht nehmen‘.“

„Danzers Armee-Zeitung“ Nr. 38, Jg. 1909.

4) Die Demolierung der italienischen Fakultät in Innsbruck.

(Zu S. 294.)

Innsbruck, 4. November (1904). In der Stadt herrscht unausgesetzt die größte Aufregung. Heute mittag haben die Deutschen das Gebäude, in welchem die italienische Fakultät untergebracht ist, demoliert. Nach 1 Uhr mittags zogen Tausende von Studenten, Bürgern und Arbeitern in die Liebeneggstraße. Unter ohrenbetäubendem Lärm wurden die Tore des Gebäudes erbrochen. Hunderte stürzten in das Gebäude und drangen in die Hörsäle; die Einrichtung wurde vollkommen demoliert, Bänke, Kasten und Öfen zerschlagen und alle Einrichtungsgegenstände auf die Straße geschleudert, wo sie zertrümmert liegen blieben. Jedesmal, wenn ein Gegenstand durch die Luft auf die Straße sauste, ertönten Heilrufe der vor dem Gebäude tobenden Menge. Die Wache war dem Treiben derselben gegenüber ohnmächtig. Das Zerstörungswerk dauerte eine halbe Stunde. Das Innere der Fakultät bietet einen gräßlichen

Anblick; Türen und Fenster sind aus den Angeln gerissen, die ganze Einrichtung demoliert. Alle Tafeln und Ankündigungen in italienischer Sprache wurden herabgerissen. Dieselben vor sich her tragend, zogen die Demonstranten unter ununterbrochenen Rufen gegen die Italiener und die Regierung vor das Landhaus, wo sie gegen den christlichsozialen Landesausschuß Grafen Trapp demonstrierten. Auf dem Wege dahin hatte die Menge in allen Geschäften, welche italienische Firmentafeln trugen, die Fenster eingeschlagen. Die Gasthöfe „zum weißen Kreuz" und „zur goldenen Rose" waren bereits gestern total devastiert, Fenster und Türen aus den Füllungen gerissen und zerschlagen worden. Die Deutschen hatten hierbei mit dem Blute der Verletzten Kreuze an die Tore der demolierten Gebäude gemalt. Die italienischen Abgeordneten ließen heute früh die demolierten Gasthöfe photographieren und wandten sich telegraphisch an die Regierung mit der Bitte um ausgiebigen Schutz. Nachdem die aufgeregte Menge heute mittag das Zerstörungswerk in der italienischen Fakultät verrichtet und dann auch vor dem Landhaus demonstriert hatte, wandte sich der stetig anwachsende Zug über die Maria-Theresienstraße gegen den Rennweg vor das Gebäude der Statthalterei. Hier ertönten gellende Pfiffe und Rufe: „Abzug Schwartzenau!" Steine und Stöcke flogen gegen die Fenster. Sodann zogen die Demonstranten zur Kaserne der Tiroler Kaiserjäger. Hier gestaltete sich die Situation sehr bedrohlich. Beim Nahen der Menge trat die Kasernenwache unters Gewehr, die Bajonette wurden aufgepflanzt. Die Menge pfiff und brachte Pfuirufe aus. Der wachhabende Offizier fertigte Patrouillen zur Säuberung des Platzes vor der Kaserne ab. Dabei wurden mehrere Personen verhaftet. Die Menge demonstrierte aber ununterbrochen weiter, bis die Bereitschaft schließlich die Menge zerstreute.

* * *

Hunderte umstehen das Gebäude, in welchem die italienische Rechtsfalkultät untergebracht war und betrachten die grauenhafte Zerstörung. Ausgehobene und zertrümmerte Fenster und Türen, Sessel, Kleiderrechen, Betten, Ofenschirme, Besen, Öfen liegen zertrümmert zu meterhohen Haufen aufgeschichtet auf der Straße. Das Stiegengeländer ist vollkommen zerhackt, das elektrische Licht verbogen und herabgerissen, eiserne Rolltüren

sind aufgesprengt. Alles voll Schutt und Mörtel. Selbst das Klosett wurde nicht geschont. Im ersten Stocke, wo die Hörsäle untergebracht waren, bietet sich ein womöglich noch gräßlicherer Anblick. Tische, Bänke, Uhren, Kasten sind auf kleine Splitter zerhackt, es herrscht ein wüstes Chaos. Der Fußboden ist meterhoch mit Glassplittern und Schutt bedeckt. Im ganzen Gebäude gibt es keinen brauchbaren Gegenstand mehr; alles war in einer halben Stunde vollkommen vernichtet.

Um ½4 Uhr nachmittags zogen die deutschen Demonstranten vor das „Hotel Europa", wo die italienischen Abgeordneten abgestiegen waren, und verlangten von dem Hotelier die Auslieferung der italienischen Führer. Glücklicherweise waren die Abgeordneten bereits wieder abgereist. Vom „Hotel Europa" aus begab sich die Menge vor die Wohnung des Hauptmanns Leuprecht, welcher nachts die zur Assistenz ausgerückte Infanteriekompagnie kommandiert hatte. Sämtliche Fenster wurden eingeschlagen. Dann ging es abermals vor das Statthaltereigebäude und vor die Hofburg, wo gepfiffen und gejohlt wurde. Eine halbe Stunde später wurden die Fenster der Wohnung der Gräfin Trapp, der Schwiegermutter des Statthalters Freiherrn v. Schwartzenau, demoliert. Gleichzeitig fand vor dem italienischen Konsulat eine große Demonstration statt. Die Konsulatstafel mußte eingezogen werden. Achtzig Gendarmen sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten, sind aber natürlich der nach Tausenden zählenden Masse von Demonstranten nicht gewachsen. Auch bei Anbruch der Dunkelheit ziehen die Demonstranten noch durch die Straßen der Stadt und zertrümmern alles, was italienisches Eigentum ist. Vor der Redaktion der klerikalen „Tiroler Stimmen" fand heute abend eine Demonstration statt. Es wurden die Schilder herabgerissen, die Fenster zertrümmert. Die Demonstranten machten hierauf den klerikalen Abgeordneten Katzenmusiken.

* * *

Um 11 Uhr nachts kam es zu erneuten Demonstrationen vor dem Statthaltereigebäude und der Hofburg. Stürmische Pfui- und Abzugrufe ertönen ohne Unterlaß aus Tausenden von Kehlen. Eine Eskadron berittener Landesschützen zersprengte die Demonstranten in drei Gruppen. Die Situation wird immer kritischer.

Die aufs höchste erregten deutschen Bürger der Stadt treten dem Militär entgegen und rufen den Soldaten zu: „Hier ist die Brust! Zielt, Tiroler, und schießt auf Tiroler!"

Neues Wiener Tagblatt.

[5]) Eine italienische Stimme gegen Triest als Standort der italienischen Fakultät.

(Zu S. 306.)

Daß es selbst in Italien einsichtsvolle Köpfe gibt, die die Wahl Triests zum Standort einer italienischen Fakultät als töricht verurteilen, beweisen nachstehende äußerst treffende Ausführungen der „Illustrazione Italiana" vom 19. Juni 1910. Es heißt da unter anderem:

„Wir ereifern uns über die Frage der Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät auf österreichischem Boden. Gut; aber über diese delikate Geschichte tut es wohl not, schonungsvoll zwar, aber bestimmt einige Wahrheiten endlich zu sagen. Wir empfinden gar niemals die Pflicht der Verteidigung unserer nationalen Interessen, wenn in Malta oder Nizza gegen uns irgend etwas geschieht; unsere Empfindsamkeit wird aber sofort eine krankhaft erregte, wenn von Trient oder Triest die Rede. Das macht eben Österreich, jenes geschichtliche, nicht recht bestimmbare Element, das die Saiten unseres Herzens so leicht zum Erzittern zu bringen imstande ist ... Wollten und könnten wir beispielsweise uns überzeugen, daß seit dem Jahre 1866 eine Frage der territorialen Berichtigung zwischen uns und Österreich-Ungarn in Wahrheit nicht mehr besteht — von gewissen höchst ehrenwerten Empfindungen sei jetzt hier nicht die Rede —, dann ließe keine einzige Frage in so einfacher Weise sich lösen als die der italienischen Hochschule in Österreich. Denn unser Betragen wäre dann ein anderes. Die österreichische Regierung hat übrigens das Recht der Italiener auf eine eigene Hochschule laut proklamiert, und was ihr jetzt noch Schwierigkeiten macht, das ist lediglich die Frage nach dem schicklichsten Ort. Wo ist aber da der vernünftige Mensch, der Triest hierfür vorschlagen möchte, insolange der Name „Trieste" der Kriegsruf bleibt für eine Agitation, die in ihren letzten, wahren Tendenzen noch weit hinausschießt über das Ziel jener Leute, die innerhalb der schwarzgelben Pfähle über die Rechte des italienischen Volkes eifersüchtig wachen? Würden

wir beispielsweise, die wir die Italianisierung der Valle d'Aosta betreiben, von seiten der französischen Republik auch nur den hundertsten Teil jener unberechtigten Eingriffe dulden, die wir uns den Österreichern gegenüber erlauben? Gewiß sind Trient und Triest zwei edle Provinzen; insolange indes die internationalen Verträge und das politische Geschehen über sie nicht anders verfügt haben werden, insolange wird auch für uns die Verpflichtung bestehen, Trient sowohl als Triest als integrierenden Bestandteil Österreich-Ungarns zu respektieren. Das ewige laute Rumoren um die Fakultät in Triest und um die Autonomie des Trentino nützt weder uns noch unsern Brüdern; wohl dürfte unsere hysterische Reizbarkeit uns von einer diplomatischen Demütigung zur anderen führen. Die brennenden und heikeln Fragen der Italiener in Österreich werden am besten gelöst, wenn wir von ihnen überhaupt nicht reden. „Na ja," so wird zuweilen bei uns gesagt, „der Kaiser von Österreich sollte gelegentlich seines achtzigsten Wiegenfestes den Italienern gegenüber sich großmütig zeigen." Das aber ist viel leichter gesagt als getan, denn in Österreich leben mit den Italienern noch andere Völker, die dann mit ihren mehr oder weniger exorbitanten Forderungen ihrerseits sofort herausrücken würden. Das Habsburgerreich — ob schön oder häßlich — ist einmal das, was es ist, und vom Kaiser von Österreich kann man billigerweise unmöglich verlangen, daß er etwas tue, wodurch er vermeinte, sein vielvölkisches Reich mit den eigenen Händen in Stücke zu reißen. Um in solchen Dingen vernünftig denken zu können und keiner trügerischen Fata Morgana zum Opfer zu fallen, bleibt es allemal unerläßlich, auch auf die Kehrseite der Medaille zu blicken. Und dann? Ist es etwa nicht richtig, daß der Kaiser von Österreich der allerhistorischeste und gegenwärtig am meisten gefeierte Herrscher des Kontinents ist? Huldigt ihm nicht alle Welt? Was haben denn wir Italiener aber getan, um den greisen Herrscher von Österreich, der demnächst sein achtzigstes Lebensjahr vollendet und das zweiundsechzigste seines Regierungsantrittes, unsere Sympathien zu zeigen? Was getan, um seinen Argwohn gegen uns zu zerstreuen? Ist es wirklich denn die Schuld des Kaisers allein, wenn die Stadt Triest bloß als die Stadt von Guglielmo Oberdank sich ihm präsentiert? Wenn er sie perhorresziert als Sitz einer italienischen Hochschule? Müssen schließlich nicht alle Monarchen ein bißchen durch die Augen auch derjenigen sehen, die zu ihrer Umgebung gehören? Ich denke mir übrigens, daß in den hohen politischen Sphären des

benachbarten Reiches in folgender Weise argumentiert wird: ‚Da schaut einmal her! Selbst die Magyaren haben Vernunft angenommen und die Rebellenparteien bei den letztverflossenen Wahlen so gut wie pulverisiert. Nur die Italiener grollen im Winkel und schüren das Feuer der klassischen Unversöhnlichkeit weiter.'"

Der Verfasser dieser trefflichen Worte hat seinen Mut und sein Gerechtigkeitsgefühl aber empfindlich büßen müssen, denn er sah sich durch die infolge dieses Artikels gegen ihn losbrechende Entrüstung zu einer Erklärung genötigt, die einem Widerruf des ersten Artikels gleichkommt und hier ebenfalls wiedergegeben sei, weil sie beweist, daß in dem Österreich angeblich bundesfreundlich gesinnten Italien eine unbefangene Erörterung der Beziehungen beider Staaten nicht möglich ist. Das Peccavi des Allzuverwegenen lautet:

„Ein wahrer Hagelschlag von beleidigenden Billetten, Artikeln und Entrüstungserklärungen ist dieser Tage über mein Haupt niedergegangen um der Dinge willen, die ich am 19. Juni d. J. in der Angelegenheit der italienischen Fakultät in Österreich zu schreiben mir erlaubt. Meine sehr verehrten Herren Widersacher erheben den Vorwurf gegen mich, daß ich genau so gesprochen habe, wie die enragiertesten Österreicher zu sprechen pflegen. Nichts aber ist nach meiner bescheidenen Ansicht deplazierter, als eine derartige Anklage, weil ich in Wirklichkeit nichts anderes tat, als in aller Objektivität auf die Quellen hinzuweisen, aus denen die österreichische Opposition entsprungen ist. Nicht ich und nicht die „Illustrazione Italiana" haben eigentlich gesprochen, die „Illustrazione Italiana" hat vielmehr zur Orientierung ihrer Leser die Gegner der welschen Fakultät in Österreich zu Worte gelangen lassen. Mir tut es unendlich leid, mich nicht gehörig verständlich gemacht und dadurch die Seelen jener Brüder der „Terre irredente" betrübt zu haben, mit denen wir allezeit uns eins zu fühlen gedenken. Wie konnte man übrigens auf die Vermutung kommen, daß die „Illustrazione Italiana" eine Gegnerin der italienischen Fakultät in Österreich und besonders des Standortes Triest sei? Hat nicht dieselbe „Illustrazione Italiana" erst vor wenigen Jahren eine propagandistische Streitschrift zugunsten dieser vielbesprochenen Universität hüben und drüben verbreitet?"

Wiedergegeben in „Danzers Armee-Zeitung" Nr. 32, Jg. 1910.

c) Resumé.

I. Die Symptome.

Überblickt man den nationalen Hader in seiner Gesamtheit und läßt sich dabei nicht durch die Fülle der Vorgänge verwirren, so wird man unschwer zur Erkenntnis gelangen, daß alle diese Kämpfe, so verschieden ihre Ursachen und Absichten auch sein mögen, im Grunde einander doch zum Verwechseln ähnlich sehen. Ihnen allen sind ganz bestimmte Züge gemeinsam, die, zusammengefaßt, ein typisches Bild des nationalen Zwistes geben, gleichviel, ob sich dieser nun in Prag oder Graz, in Brünn oder Laibach, in Lemberg oder Innsbruck abspielt.

Was dabei vor allem in die Augen springt, ist der krasse Mangel jeglicher Objektivität, jeglichen Gerechtigkeitsgefühls bei den streitenden Parteien. Sie erinnern darin lebhaft an raufende Schulbuben: werden solche bei einer Balgerei betroffen, so behauptet jeder eifrigst: „ich war's nicht! Er hat angefangen!" Genau so machen es die hadernden Nationen Österreichs, d. h. deren Vertreter in Parlament und Presse. Nie tragen sie selber Schuld an dem Konflikt, immer die andere Partei. Immer sind sie der leidende Teil, der „an die Wand gedrückt" und „vergewaltigt" wird; immer handeln sie nur in der Notwehr, immer gilt es für sie, die „heiligsten Güter der Nation" zu verteidigen. Und

all dies wird mit dem pathetischen Brustton des Theaterheldentums vorgebracht und mit der kniffigen Rabulistik des Winkeladvokaten zu beweisen gesucht ...

Auch die Methode, nach der diese Kämpfe ausgetragen werden, ist mit kleinen Variationen immer dieselbe:

Ein Schmäh-Chorus im Parlament pflegt die Ouvertüre zu bilden; versagen endlich Schimpfvorrat und Lungen, so kommen die Tintenzeuge, Lineale und Pulte an die Reihe, denen sich Kindertrompeten, Radfahrerglocken, Sirenenpfeifen u. dgl. Lärminstrumente zugesellen. Ab und zu treten auch die Fäuste in Aktion. „Tosender Lärm" ist die Signatur des Finales.

Auf der Straße spielen sich die nationalen Kämpfe wieder anders ab:

Hier pflegen Universitätsstudenten den Ton anzugeben und den Kampf zu eröffnen. Dies geschieht nach dem Muster der Stiergefechte: der Gegner wird durch das herausfordernde Zurschautragen nationaler Farben, durch das Absingen nationaler Trutzlieder so lange gereizt, bis er wild wird, was stets sehr bald der Fall ist, und losgeht. Dann beginnt die Keilerei. Mit Stöcken wird gefochten, mit Revolvern geschossen, mit Steinen bombardiert. Nehmen die Exzesse solchen Umfang an, daß das Eingreifen des Militärs notwendig wird, dann ruft dessen Erscheinen bei der stärkern Partei unfehlbar die heftigsten Wutausbrüche hervor, weil sie sich dadurch in ihrem Siegeslaufe gehemmt sieht. Das Militär wird beschimpft und attakiert, und die Wortführer dieser Partei — meist sind es Abgeordnete, die sich eigens zur Aufwiegelung der Menge eingefunden haben — verlangen in kategorischem Tone den Abzug der Soldaten. Geben ihnen die Behörden nach, was nur zu oft der Fall ist, dann beklagt sich nachher die unterlegene

Partei über unzureichenden behördlichen Schutz, wirft der Regierung sträfliche Schwäche vor und verdächtigt sie des heimlichen Einverständnisses mit den Gegnern; wird das Militär aber nicht zurückgezogen und legt es den „Siegern" das Handwerk, dann sind diese es, die über die Regierung herfallen, sie reaktionärer Gewaltwirtschaft zeihen und ihr drohen, sie auf die Anklagebank zu bringen. Geschieht es vollends, daß bei dem Einschreiten des Militärs ein Mensch ums Leben kommt — man muß sich wundern, daß dies nicht öfter der Fall ist —, dann erhebt sich in den Reihen der Partei, zu der der Getötete gehört hat, ein furchtbares Rachegeschrei. „Mörder!" „Bluthunde!" „Henker!": so gellt es der Regierung in die Ohren, und eine Sturmflut von Zeitungsartikeln und Parlamentsinterpellationen bricht über die ärmste herein. Der „Ermordete" aber wird als Märtyrer seines Volkes, als ein Opfer seiner nationalen Überzeugung gefeiert und erhält ein so feierliches Leichenbegängnis, wie es selbst den hervorragendsten Geistesgrößen des Landes nie zuteil zu werden pflegt ...

In dieser Weise spielen sich in Österreich ausnahmslos alle nationalen Kämpfe ab, gleichviel um welche Nationen es sich gerade handelt. Nur der Schauplatz und die Schauspieler wechseln ab, das Stück selbst ist immer dasselbe. Es bildet den eisernen Bestand des politischen Repertoires und beherrscht die Bühne des „hohen Hauses"; eine Komödie für den unbeteiligten Zuschauer (freilich eine, die durch ihre ewigen Wiederholungen alle Komik eingebüßt hat und mit ihren uralten Späßen schal und abgestanden erscheint); eine Tragödie für den, der die hohen Kosten für dieses Schauspiel aus der eigenen Tasche bezahlen und es wider seinen Willen täglich mit ansehen muß ...

Man sollte meinen, es müßte den Akteuren selber schon

ein Ekel sein, immer und immer wieder dieselben hochtrabenden Phrasen herunterzuleiern, sich immer aufs neue vor aller Welt miteinander herumzubalgen; man sollte meinen, sie müßten sich selber danach sehnen, einmal Anderes und Besseres zu tun, um so mehr, als dieses wüste Spektakelstück seine Zugkraft schon merklich eingebüßt hat. Aber es scheint ihnen noch immer Vergnügen zu machen, und wenn es auch nicht der Fall wäre: die Regisseure, an deren Drähten sie herumhampeln, wollen von einer Änderung des Spielplans nichts wissen, denn für sie ist er sehr einträglich, und so wird denn fortspektakelt, unbekümmert darum, daß die überwiegende Mehrzahl des Publikums nichts sehnlicher wünscht, als daß das grausame Spiel einmal ein Ende habe.

II. Die Ursachen.

Und die Ursachen dieses endlosen wüsten Gezänks? ... Je nun, die liegen sozusagen in der Luft, im Nationalismus, der als geistige Epidemie die ganze politische Atmosphäre unserer Zeit mit seinen ansteckenden zwietrachtschwangern Keimen erfüllt und zu einer hypertrophischen Entartung des Nationalgefühls geführt hat, nicht nur in Österreich-Ungarn, sondern auch im übrigen Europa und selbst schon in den andern Erdteilen.

Diese krankhafte Überentwicklung des Nationalgefühls muß in unsern Tagen eigentlich befremden, denn sie widerspricht dem nivellierenden, kosmopolitischen Geiste der Zeit; anderseits freilich stimmt sie wieder ganz zu deren hochfahrendem, unduldsamem und terroristischem Charakter, ja sie ist geradezu eine ihrer typischen Ausdrucksformen ...

Bei der Ausdehnung und Heftigkeit, mit der sich der

nationale Hader zwischen den Völkern der Habsburgischen Monarchie äußert, könnte man leicht glauben, es bestünde zwischen ihnen eine tiefwurzelnde, instinktive Antipathie, wie sie beispielsweise nahezu bei allen europäischen Nationen den Juden oder bei den Nordamerikanern den Negern, Japanern und Chinesen gegenüber vorhanden ist. Dieser Glaube wäre jedoch ein arger Irrtum. Zwischen Deutschen und Tschechen, Italienern und Kroaten, Polen und Ruthenen, Magyaren und Rumänen bestehen ausschließlich politische Gegensätze, nicht etwa solche der Rasse, des Instinkts. Sie hassen einander, aber sie empfinden gegeneinander keine Antipathie, was, so paradox es auch klingen mag, keineswegs immer dasselbe bedeutet ...

Übrigens hat es auch mit diesem Hasse eine besondere Bewandtnis: er ist vorhanden und äußert sich nur zu oft in der wildesten Art, das läßt sich nicht bestreiten; aber echt ist er doch nur bei einem sehr bescheidenen Bruchteil der Bevölkerung, bei den nationalen Fanatikern. Außer diesen gibt es wohl noch eine ganze Anzahl von Leuten, die sich nicht minder fanatisch gebärden, ja vielleicht sogar noch wütender, ohne daß ihr Haß jedoch einer tiefgründigen, ehrlichen Überzeugung entspränge. Die einen tun es, weil in ihrem lockern Seelengrunde die Keime jeder geistigen Epidemie den üppigsten Nährboden finden, also auch die der nationalen; die andern wieder tun es, weil sie in der nationalen Bewegung ein passendes und wirksames Mittel für ihre persönlichen Zwecke sehen. Beide würden sich mit demselben Begeisterungsaufwand auch jeder andern politischen oder sozialen Strömung anschließen, wenn sie just Mode wäre; die einen, weil sie immer die Meinung haben, die just zeitgemäß ist, die andern, weil diese Begeisterung ihnen hohe Zinsen trägt.

Ist die Zahl dieser Mode- und Geschäftsnationalisten zweifellos auch viel größer als die der Nationalisten aus Überzeugung, so bleibt sie doch weit hinter der ungeheuren Menge derer zurück, denen die nationalen Fragen mehr oder weniger gleichgültig sind. Allerdings beteiligt sich auch von ihnen eine beträchtliche Zahl am nationalen Kampfe, was dieser Behauptung zu widersprechen scheint, aber doch nur als Statisten und Mitläufer, nicht aus Leidenschaft oder innerem Bedürfnis, sondern einfach, weil sie sich aus irgendwelchen persönlichen Gründen hierzu bemüßigt glauben und mit dem Strom zu schwimmen leichter und ungefährlicher ist als gegen ihn. Die sogenannten „heiligsten Güter der Nation", von denen die Nationalen immer soviel Wesen machen, sind der großen Menge, und keineswegs bloß der ungebildeten — man denke nur an die Frauen! —, in Wahrheit furchtbar gleichgültig. Der Durchschnittsmensch hat anderes und für ihn weit Wichtigeres zu tun als sich um diese ihm angeblich so heiligen Güter zu kümmern. Ob sein Einkommen ausreichen, ob er in seinem Beruf bald vorrücken, ob ihn seine Erwählte erhören wird? Das sind die Fragen, die ihm wirklich am Herzen liegen und die ihm unendlich mehr bedeuten als ein deutsches Kreisgericht, eine tschechische Straßentafel oder eine italienische Hochschule. Sein persönliches Wohlergehen und was damit zusammenhängt: das sind seine „höchsten Güter". Ob er den Steuerbogen in deutscher oder in tschechischer Sprache abgefaßt erhält, ist ihm Nebensache: wenn er nur nicht viel zu zahlen braucht! Darauf allein kommt's ihm an. Das mag ja vielen Ohren peinlich nüchtern klingen, aber es ist nun einmal so. Das ist in Wahrheit die Stellung, die die große Menge, welcher Nation sie auch immer angehöre, den nationalen Fragen gegenüber einnimmt; nur zeigen es die Leute natürlich meist nicht und machen

vor dem nationalen Götzen pflichtschuldigst ihren Kotau, weil das eben Mode ist . . .

Was Grillparzer vor einem halben Jahrhundert über den Sprachenkampf mit erbittertem Patriotismus geschrieben hat, es gilt auch heute noch:

Zu Aesops Zeiten sprachen die Tiere.
Die Bildung der Menschen ward so die ihre:
Da fiel ihnen aber mit einmal ein,
Die Stammesart sollte das Höchste sein.
Ich will wieder brummen, sprach der Bär.
Zu heulen war des Wolfs Begehr.
Mich lüstet's zu blöken, sagte das Schaf.
Nur einer der bellt, schien dem Hunde brav.
Da wurden allmählich sie wieder Tiere
Und ihre Bildung der Bestien ihre.

Druck von Wilhelm Hecker in Gräfenhainichen.

Allgem. Verein für Deutsche Literatur

Protektorat:

Se. Kgl. Hoheit Großherzog Wilh. Ernst von Sachsen-Weimar
und Se. Hoheit Herzog Friedrich zu Anhalt.

Ehrenkomitee:

Dr. Erich Schmidt
Geheimer Regierungsrat und Ordentl. Professor an der Königl. Universität zu Berlin

Dr. Georg Reicke
Regierungsrat und Bürgermeister von Berlin

Satzungen:

§ 1. Der „Allgemeine Verein für Deutsche Literatur" verfolgt die Aufgabe, seinen Mitgliedern neue, gute populärwissenschaftliche Werke hervorragender deutscher Schriftsteller auf dem Gebiete der Geschichte, Literatur, Länder- und Völkerkunde, Naturwissenschaften, Philosophie, Musik, Kunst usw. zu einem billigen Preise zugänglich zu machen und mittellose öffentliche deutsche Bibliotheken des In- und Auslandes durch unentgeltliche Lieferung von Vereinswerken zu unterstützen.

§ 2. Die Mitglieder verpflichten sich zur Zahlung eines jährlichen Abteilungsbeitrages von Achtzehn Mark (Ausland Mk. 22.—), der beim Eintritt in den Verein oder bei Empfang des ersten Bandes der Abteilung zu entrichten ist oder auch ratenweise vierteljährlich bezahlt werden kann.

§ 3. In jeder Abteilung erscheinen in Zwischenräumen von drei Monaten vier Werke im Umfange von ca. 20 Bogen Oktav, die sich durch geschmackvollen Druck und eleganten Halbfranz-Einband auszeichnen und allen Vereinsmitgliedern postfrei zugesandt werden.

§ 4. Die Vereins-Veröffentlichungen gelangen zunächst nur an die Mitglieder zur Versendung und werden an Nichtmitglieder erst später und nur zu bedeutend erhöhtem Preise (der Band zu 6—9 Mark) abgegeben. Der sofortige **Umtausch** eines neuerschienenen Werkes gegen ein anderes, früher erschienenes ist den Vereinsmitgliedern **ohne jede Nachzahlung gestattet.**

§ 5. Der Eintritt in den Verein kann jederzeit erfolgen. Die Beitrittserklärung ist an eine beliebige Buchhandlung oder an die Geschäftsstelle des „Allgemeinen Vereins für Deutsche Literatur", Berlin-Wilmersdorf, Augustastr. 36, zu richten. Ein etwaiger Austritt für die nächste Abteilung ist spätestens bei Empfang des dritten Bandes der vorhergehenden der betreffenden Buchhandlung oder der Geschäftsstelle des Vereins anzuzeigen.

§ 6. Die Geschäftsführung des Vereins liegt in den Händen des Verlagsbuchhändlers Alfred Paetel. Die Veröffentlichungen erscheinen bei Hermann Paetel Verlag G. m. b. H.

Die Veröffentlichungen des „Allgem. Vereins für Deutsche Literatur" haben in den 36 Jahren seines Bestehens in allen Gauen Deutschlands und weit über dessen Grenzen hinaus die größte Anerkennung gefunden und sich in allen Schichten der gebildeten Gesellschaft, ja selbst in den höchsten Kreisen und unter den gekrönten Häuptern Europas eine überaus stattliche Zahl treuer Freunde erworben.

In den bisher erschienenen XXXVI Abteilungen gelangten nachstehende Werke zur Ausgabe:

Abteilung I

†**Bodenstedt, Fr. v.**, Aus dem Nachlasse Mirza-Schaffys.

°**Sybel, H. v.**, Vorträge und Aufsätze.

Ofenbrüggen, E., Die Schweizer. Daheim und in der Fremde.

°**Schmidt, Adolf**, Historische Epochen und Katastrophen.

°**Reitlinger, Edm.**, Freie Blicke. Populärwissenschaftl. Aufsätze.

°**Löher, Fr. v.**, Kampf um Paderborn 1597—1604.

Hanslick, Eduard, Die moderne Oper.

Abteilung II

°**Richter, H. M.**, Geistesströmungen.

°**Heyse, Paul**, Giuseppi Giusti, Gedichte.

°**Bodenstedt, Fr. v.**, Shakespeares Frauencharaktere.

°**Auerbach, Berthold**, Tausend Gedanken des Collaborators.

°**Gutzkow, Carl**, Rückblicke auf mein Leben.

°**Hoyns, Georg**, Die alte Welt.

°**Frenzel, Karl**, Renaissance- und Rokoko-Studien.

Abteilung III

†**Vambéry, Hermann**, Sittenbilder aus dem Morgenlande.

†**Lorm, Hieronymus**, Philosophie der Jahreszeiten.

†**Büchner, Ludwig**, Aus dem Geistesleben der Tiere.

°**Lindau, Paul**, Alfred de Musset.

†**Bodenstedt, Fr. v.**, Der Sänger von Schiras, Hafisische Lieder.

°**Goldbaum, W.**, Entlegene Kulturen.

°**Reclam, C.**, Lebensregeln für die gebildeten Stände.

Abteilung IV

°**Woltmann, Alfred**, Aus vier Jahrhunderten niederländisch-deutscher Kunstgeschichte.

°**Dingelstedt, Franz**, Literarisches Bilderbuch.

°**Strodtmann, Ad.**, Lessing. Ein Lebensbild.

†**Lazarus, M.**, Ideale Fragen.

°**Lenz, Oscar**, Skizzen aus Westafrika.

°**Vogel, H. W.**, Lichtbilder nach der Natur.

†**Büchner, Ludwig**, Liebesleben in der Tierwelt.

Abteilung V

Hanslick, Eduard, Musikalische Stationen. (Der „Modernen Oper" II. Teil.)

†**Laffel, Paulus,** Vom Nil zum Ganges. Wanderungen in die orientalische Welt.

°**Werner, R. von,** Erinnerungen und Bilder aus dem Seeleben.

Lauser, W., Von der Maladetta bis Malaga. Zeit- und Sittenbilder aus Spanien.

Abteilung VI

°**Lorm, Hieronymus,** Der Abend zu Hause.

Schmidt, Max, Der Leonhardsritt. Lebensbilder aus dem bayerischen Hochlande.

°**Genée, Rudolf,** Lehr- und Wanderjahre des deutschen Schauspiels.

°**Kreyssig, Friedrich,** Literarische Studien und Charakteristiken.

Abteilung VII

†**Weber, M. M., Freiherr von,** Vom rollenden Flügelrade.

°**Ompteda, Ludwig, Freiherr von,** Aus England. Skizzen und Bilder.

Hopfen, Hans, Lyrische Gedichte und Novellen in Versen.

°**Das moderne Ungarn.** (Herausgegeben von Ambros Reményi.)

Abteilung VIII

†**Ehrlich, H.,** Lebenskunst u. Kunstleben.

Hanslick, Eduard, Aus dem Opernleben der Gegenwart. (Der „Modernen Oper" III. Teil.)

°**Reuleaux, F.,** Quer durch Indien. Mit 20 Original-Holzschnitten.

†**Klein, Hermann J.,** Astronomische Abende. Geschichte und Resultate der Himmels-Erforschung.

Abteilung IX

†**Brahm, Otto,** Heinrich von Kleist. (Preisgekröntes Werk.)

Egelhaaf, G., Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. (Preisgekröntes Werk.)

Jastrow, J., Geschichte des deutschen Einheitstraumes und seiner Erfüllung. (Preisgekröntes Werk.)

°**Gottschall, Rud. v.,** Literarische Totenklänge und Lebensfragen.

Abteilung X

°**Preyer, W.,** Aus Natur- und Menschenleben.

Jähns, Max, Heeresverfassungen und Völkerleben. Eine Umschau.

°**Lotheissen, Ferdinand,** Margarethe von Navarra.

°**Hanslick, Eduard,** Konzerte, Komponisten und Virtuosen.

Abteilung XI

†**Gneist, Rud. v.,** Das englische Parlament in tausendjährigen Wandlungen vom 9. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts.

Güssfeld, Paul, In den Hochalpen. Erlebnisse a. d. Jahren 1859 bis 1885.

Meyer, M. Wilhelm, Kosmische Weltansichten. Astronomische Beobachtungen und Ideen aus neuester Zeit.

†**Brugsch, H.,** Im Lande der Sonne. Wanderungen in Persien.

Abteilung XII

Meyer, Jürgen Bona, Probleme der Lebensweisheit. Betrachtungen.

°**Herrmann, Emanuel**, Kultur und Natur. Studien im Gebiete der Wirtschaft.

†**Büchner, Ludwig**, Tatsachen und Theorien a. d. naturwissenschaftl. Leben der Gegenwart.

Hanslick, Eduard, Musikalisches Skizzenbuch. (Der „Modernen Oper" IV. Teil.)

Abteilung XIII

Geffcken, F. H., Politische Federzeichnungen.

Lesseps, Ferdinand von, Erinnerungen.

°**Meyer, M. Wilh.**, Die Entstehung der Erde und des Irdischen.

Bodenstedt, Friedrich v., Erinnerungen aus meinem Leben. I. Bd.

Abteilung XIV

°**Falke, Jacob von**, Aus dem weiten Reiche der Kunst.

°**Herrmann, Emanuel**, Sein und Werden in Raum und Zeit.

°**Henne am Rhyn, O.**, Kulturgeschichtliche Skizzen.

°**Preyer, W.**, Biologische Zeitfragen.

Abteilung XV

Hanslick, Ed., Musikalisches und Literarisches. (Der „Modernen Oper" V. Teil.)

Bodenstedt, Fr. v., Erinnerungen aus meinem Leben. II. Band.

°**Hellwald, Fr. v.**, Die Welt der Slawen.

°**Spielhagen, Fr.**, Aus meiner Studienmappe.

Abteilung XVI

Büchner, Ludwig, Das goldene Zeitalter.

Brugsch, H., Steininschrift und Bibelwort.

Meyer, M. Wilh., Mußestunden eines Naturfreundes.

°**Sterne, Carus**, Natur und Kunst.

Abteilung XVII

Hanslick, Ed., Aus dem Tagebuche eines Musikers. (Der „Modernen Oper" VI. Teil.)

Henne am Rhyn, O., Die Frau in der Kulturgeschichte.

°**Gottschall, Rud. v.**, Studien zur neuen deutschen Literatur.

°**Falke, Jacob v.**, Geschichte des Geschmacks.

Abteilung XVIII

°**Werner, R. von**, Auf fernen Meeren und Daheim.

°**Ullrich, Titus**, Reisestudien.

°**Jähns, Max**, Über Krieg, Frieden und Kultur.

°**Diercks, G.**, Kulturbilder aus den Vereinigten Staaten.

Abteilung XIX

Ehlers, Otto E., An indischen Fürstenhöfen. I. Band.

Ehlers, Otto E., An indischen Fürstenhöfen. II. Band.

Brugsch, H., Mein Leben und mein Wandern.

Ehlers, Otto E., Im Sattel durch Indo-China. I. Band.

Abteilung XX

Hanslick, Ed., Aus meinem Leben. I. Band.

Ehlers, Otto E., Im Sattel durch Indo-China. II. Band.

Hanslick, Ed., Aus meinem Leben. II. Band.

°**Fitzner, Rud.**, Die Regentschaft Tunis.

Abteilung XXI

°**Falke, Jakob von**, Aus alter und neuer Zeit.

°**Frenzel, Karl**, Rokoko, Büsten und Bilder.

°**Ehrlich, H.**, Modernes Musikleben.

Wegener, Georg, Herbsttage in Andalusien.

Abteilung XXII

Hanslick, Ed., Fünf Jahre Musik. (Der „Modernen Oper" VII. Tl.)

Dove, Karl, Südwest-Afrika.

°**Herrmann, E.**, Das Geheimnis der Macht.

Ehlers, Otto E., Im Osten Asiens.

Abteilung XXIII

°**Wegener, Georg**, Zum ewigen Eise.

Werner, R. von, Salzwasser. Erzählungen aus dem Seeleben.

°**Hirschfeld, G.**, Aus dem Orient.

°**Haacke, W.**, Aus der Schöpfungswerkstatt.

Abteilung XXIV

°**Karpeles, Gustav**, Literarisches Wanderbuch.

°**Dove, Karl**, Vom Kap zum Nil.

°**Seidel, A.**, Transvaal, die Südafrikanische Republik.

Tanera, Karl, Aus drei Weltteilen.

Abteilung XXV

Hanslick, Ed., Am Ende des Jahrhunderts. (Der „Modernen Oper" VIII. Teil.)

°**Zabel, Eugen**, Russische Literaturbilder.

°**Below, Ernst**, Mexiko. Skizzen und Typen aus dem Italien der neuen Welt.

°**Lindau, Paul**, An der Westküste Kleinasiens.

Abteilung XXVI

°**Gottschall, Rud. von**, Zur Kritik des modernen Dramas.

Koenigsmarck, Graf Hans von, Japan und die Japaner.

°**Münz, Sigismund**, Römische Reminiscenzen.

Hanslick, Ed., Aus neuer und neuester Zeit. (Der „Modernen Oper" IX. Teil.)

Abteilung XXVII

°**Münz, S.**, Moderne Staatsmänner. Biographien und Begegnungen.

°**Reuleaux, F.**, Aus Kunst und Welt. Vermischte kleinere Schriften.

°**Zimmermann, A.**, Weltpolitisches. Beiträge und Studien zur modernen Kolonialbewegung.

°**Wegener, Georg**, Zur Kriegszeit durch China 1900/1901.

Abteilung XXVIII

°**Meyer, M. Wilh.**, Der Untergang der Erde.

°**Rumpelt, A.**, Sizilien und die Sizilianer.

°**Meyer, Chr.**, Kulturgeschichtliche Studien.

°**Tanera, C.**, Eine Weltreise.

Abteilung XXIX

°**Grothe, H.**, Auf türkischer Erde, Reisebilder und Studien.

°**Wilda, J.**, Reise auf S. M. S. „Möwe".

°**Pietsch, L.**, Aus der Heimat und der Fremde.

°**Meyer, M. Wilh.**, Im Bannkreise der Vulkane.

Abteilung XXX

°**Zabel, Eugen**, Auf der sibirischen Bahn nach China.

°**v. d. Hahmer, Ernst**, Vom Mittelmeer zum Pontus.

°**Dehn, Paul**, Weltwirtschaftliche Neubildungen.

°**Kienzl, Wilh.**, Aus Kunst und Leben.

Abteilung XXXI

°**Wegener, Georg**, Reisen im westindischen Mittelmeer.

°**Karpeles, Gustav**, Literarisches Wanderbuch. Neue Folge.

°**Dehn, Paul**, Weltpolitische Neubildungen.

°**Genthe, Siegfried**, Korea. Reiseschilderungen. Herausgegeben von Georg Wegener.

Abteilung XXXII

°**Genthe, Siegfried**, Marokko. Reiseschilderungen. Herausg. von Georg Wegener.

°**Heigel, Karl Theodor von**, Biographische und kulturgeschichtliche Essays.

°**Wilda, Johannes**, Amerika-Wanderungen eines Deutschen. I. In der Mitte des Kontinents.

°**Wilda, Johannes**, Amerika-Wanderungen eines Deutschen. II. Zwischen Alaska und Peru.

Abteilung XXXIII

°**Vosberg-Rekow**, Nation u. Welt.

°**Wilda, Johannes**, Amerika-Wanderungen eines Deutschen. III. Im Süden des Kontinents der Mitte.

°**Dehn, Paul**, Von deutscher Kolonial- und Weltpolitik.

°**Ottmann, Victor**, Nach dem Pharaonenlande. Eine Reise auf Umwegen.

Abteilung XXXIV

°**Kienzl, Wilhelm**, Im Konzert.

°**Pflugk-Harttung, J. von**, Splitter und Späne aus Geschichte und Gegenwart.

°**Hörstel, W.**, Die Napoleonsinseln Korsika und Elba.

°**Genthe, Siegfried**, Samoa.

Abteilung XXXV

Koenigsmarck, Graf Hans von, Die Engländer in Indien.

°**Pflugk-Harttung, J. von**, Splitter und Späne aus Geschichte und Gegenwart. Neue Folge.

°**Dix, Arthur**, Die Wurzeln unserer Kraft.

°**Kienzl, Wilh.**, Betrachtungen und Erinnerungen.

Abteilung XXXVI

Grothe, H., Wanderungen in Persien.
Diercks, G., Kreuz und Halbmond.
Staby, L., Im Kreislauf des Jahres.
Hörstel, W., Am blauen Mittelmeer.

Abteilung XXXVII

Rehm, H. S., Auf deutschen Landstraßen.
Hennig, Rich., Von Deutschlands Anteil am Weltverkehr.

v. Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreiche. Randglossen zur Zeitgeschichte. Bd. 1.

In Vorbereitung ist der zweite Band des Werkes.

Vorzugs-Bedingungen für Vereins-Mitglieder:

Damit die verehrlichen Mitglieder, welche dem Verein neu beitreten, Gelegenheit haben, sich aus den früher erschienenen Abteilungen die ihnen zusagenden Werke **billiger als zum Ladenpreise** von 6—9 **Mark** für den Band beschaffen zu können, haben wir bei einer **Auswahl** aus den mit einem ° bezeichneten Bänden zur Erleichterung des Bezuges eine bedeutende Preisermäßigung eintreten lassen, und zwar in der Weise, daß nach freier Wahl

5	Bände	anstatt	30 — 40	M.	jetzt	nur	20	M. kosten.
10	„	„	60 — 80	„	„	„	35	„ „
15	„	„	90—100	„	„	„	50	„ „
20	„	„	120—150	„	„	„	65	„ „
25	„	„	150—200	„	„	„	80	„ „
30	„	„	180—240	„	„	„	95	„ „
35	„	„	210—280	„	„	„	110	„ „
40	„	„	240—320	„	„	„	125	„ „
50	„	„	300—400	„	„	„	155	„ „
60	„	„	360—480	„	„	„	183	„ „
70	„	„	420—560	„	„	„	210	„ „

Die mit † versehenen Bände können nur noch **bei Abnahme sämtlicher 37 Abteilungen** abgegeben werden.

Der Verein hat die ihm gestellte Aufgabe, in seinen Veröffentlichungen dem deutschen Volke eine gediegene, edle geistige Kost zu bieten, glänzend erfüllt. Er hat es wie kein zweiter verstanden, die führenden Geister auf dem Gebiete der verschiedenen Wissenszweige wie der schöngeistigen Literatur als Mitarbeiter an sich zu fesseln, so daß die 155 nunmehr vom Verein veröffentlichten Werke aus der Feder unserer hervorragendsten Schriftsteller, Forscher und Gelehrten ein klares Spiegelbild des geistigen Lebens unseres Volkes geben und die wechselnden Strömungen der deutschen Literatur deutlich erkennen lassen. Schriftsteller und Gelehrte, Forscher und Denker, deren Namen im deutschen Volke den besten Klang haben, sind durch ein oder mehrere hervorragende Werke im Verein vertreten. Der „Allgemeine Verein für Deutsche Literatur" darf daher mit voller Befriedigung auf seine bisherige Tätigkeit zurückblicken.

Münchener Neueste Nachrichten.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

218200

HG.
S715sp

Author Sosnosky, Theodor von

Title Die Politik im Habsburgerreiche. Vol.1.

NAME OF BORROWER.